

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf
Reichsfinanzminister
Aufzeichnungen und Korrespondenzen

Bd. ~~4a~~⁸

C. Tagebuch St.Sekr. Dr. Hans Schäffer
1930-1931

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4952/73	Best. ZS/A20
Rep. 40	Kat.

1930

Jan.

Mai

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte		25/A-20/08 - 3	
ARCHIV		1	
Akt. 4787/72	Bisb. 25 A/20	/8	
Rep.	Kat.		

St.S.H. Schäffers Tagebuch 29.12.1929-31.5.1930

Zu S.1 Als Schäffer im Winter 1929 Nachfolger von Popitz im RFM wurde, brachte man ihm im Ministerium starkes Misstrauen entgegen. Die Beamtenschaft war fast ausnahmslos "bürgerlich" eingestellt, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten hielten sich die Waage. Unter den 11 Ministern seit der Revolution waren 4 Mitglieder des Zentrums, Erzberger, Wirth, Hermes und Köhler, 3 Demokraten, Schiffer, Dernburg und Reinhold, 2 Deutsche Volkspartei, Luther und Moldenhauer, ein Deutschnationaler, v. Schlieben, und ein Sozialdemokrat, Hilferding. Während vor allem die Zentrumsminister bemüht waren, Angehörige ihrer Partei ins Ministerium zu bringen -die anderen bürgerlichen Minister hatten das nicht nötig-, kam es dem menschlich besonders sympathischer Hilferding nur auf die Leistung, nicht die Parteizugehörigkeit an. Der objektive und innerlich unabhängige Mann holte nur einmal unter dem Druck seiner Fraktion einen Parteigenossen -er war Landrat, den Name habe ich vergessen- ins Haus. Über meine Ernennung zum Etatsdirektor durch ihn habe ich in meinem Buch "Es geschah in Deutschland¹⁾" berichtet. Über die Einstellung des Landrats entschuldigte er sich bei mir -er teilte ihn meiner Abteilung zu, und bat um gut Wetter für ihn. Ich hatte auch besten Willen. Aber der Landrat brach sich selbst das Genick. Er trat, da er sich berufen fühlte, den "reaktionären Haufen" linksrum machen zu lassen; Überheblich auf, kümmerte sich nicht um seine Arbeit, verstand auch von Finanzfragen nichts und zog sich infolgedessen in kurzer Zeit so fest, dass auch Hilferding ihn nicht schützen konnte oder wollte; er zog die Konsequenzen und bat selbst um seine Rückversetzung in die preussische Verwaltung. An der Parteizugehörigkeit Schäffers stiessen sich am wenigsten die "Parteilosen" im Ministerium, zu denen auch ich gehörte.

Ihre anfängliche Zurückhaltung beruhte vor allem darauf, dass Schäffer Outsider war. Er stammte nicht aus dem Finanzministerium, auch nicht aus der Finanzverwaltung, er war nicht einmal alter Beamter. Bis dahin waren alle Staatssekretäre des Hauses aus der eigenen Verwaltung oder zum mindesten aus dem Beamtentum hervorgegangen. Zum ersten Mal übernahm ein Aussenstehender das Kommando

¹⁾ siehe S. 80 (Ausg. 1951)

Es war verständlich, dass man sich entschloss, vorsichtig abzuwarten. Bei der Einstellung gegenüber Schäffer spielte keine Rolle, dass er Jude war. Ich habe im Finanzministerium unter den Beamten nie eine Spur von Antisemitismus entdeckt. Der Ministerialdirektor Dorn war Jude, Zarden stammte aus einer jüdischen Familie, seine Mutter war Christin, seine Frau Jüdin, die Mutter des Staatssekretärs Fischer war Jüdin. Es gab im Hause nur einen Antisemiten, das war der Minister Dietrich, der 1930 Moldenhauers Nachfolger wurde. Ich habe in meinem Buch von seiner Abneigung gegen das "internationale Kapital" berichtet²⁾. Als er mir von seinem Besuch in Wien erzählte, sprach er vom "jüdischen" Bankkapital, das dort herrschte. Ich könnte noch verschiedene andere Beispiele für seine Einstellung geben. Als Dietrich das Ministerium übernahm, liess er mich kommen - ich hatte in jahrelanger Zusammenarbeit in einem Sonderausschuss sein Vertrauen gewonnen - und sagte, ich solle dafür sorgen, dass der jüdische Einfluss im Ministerium nicht zu stark würde. Ich erwiderte ihm, das sei nicht meine Aufgabe und überstiege auch meine Möglichkeiten. Das sei ausschliesslich seine Sache. Er wurde sofort zornig: das wisse er, er habe auch nichts gegen den einzelnen Juden, aber sie hätten die Eigenschaft, sich sofort, wie ein "Tintenfleck im Löschpapier" - der Ausdruck ist mir unvergesslich geblieben -, auszudehnen. Und bei der Abwehr dieser Expansionstendenz könnte und müsste ich ihm helfen.

Schäffer verstand es, die Zurückhaltung in der Beamtenschaft rasch zu überwinden. Wir hatten alle Popitz bewundert, aber zu einer inneren Wärme, ihm gegenüber war es bei den wenigsten gekommen. Das Verhältnis zu Schäffer war von vornherein menschlicher und gelöster. Auch er verlangte viel, aber er bekümmerte sich darum, ob und mit welchem Kräfteaufwand der einzelne seine Aufgabe erfüllen konnte. Nur das Verhältnis zwischen Dietrich und Schäffer wurde nicht herzlicher. Schäffer sagte mir einmal, er fühle sich Dietrich gegenüber immer in der Rolle des Rats von Schweinichen gegenüber dem dicken Schlesierherzog Heinrich in dem Roman von Robert Neumann, er habe nicht die Gabe, die Temperamentsausbrüche seines Gebieters zu zügeln.

2) siehe Seite 95

Popitz' Rücktritt war auf eine Differenz mit Schacht zurückzuführen³⁾. Ich hatte damals Popitz gewarnt, Schacht werde bestimmt von den hinter seinem Rücken eingeleiteten Verhandlungen mit einer amerikanischen Bank Wind bekommen und daraus eine cause célèbre machen. Popitz werde in diesem Kampf zweiter Sieger bleiben. Dabei liess Schacht mit sich reden, man musste nur bei ihm den Honig dick aufs Brot schmieren. Als das Kabinett ihm im Sommer 1929 bat, aus Paris zu Verhandlungen über einen Kassenkredit nach Berlin oder wenigstens nach Köln zu kommen, lehnte er das glatt ab. Das Kabinett drahtete ihm, ich würde nach Paris kommen, Schacht antwortete, ich sei ihm immer willkommen; wenn ich aber wegen eines Kassenkredits käme, sollte ich lieber in Berlin bleiben. Ich fuhr trotzdem und rang ihm schliesslich die Einwilligung ab. Dazu musste man Geduld und ein dickes Fell haben⁴⁾. Als im November das Reich wieder in Kassennöten steckte, erklärte Popitz, ein nochmaliger "Kanossagang" zu Schacht komme nicht in Frage. Er selbst wäre für solche Verhandlungen auch nicht geeignet gewesen. Er und Schacht waren sich in vielem zu ähnlich.

Der Vorsitz im Geheimen Heeres-Ausschuss blieb Schäffer immer etwas unheimlich. Er überliess mir gern das Wort, wenn etwas zu fragen oder einzuwenden war. Doch befolgte er Popitz' Rat und nahm Fühlung mit Schleicher auf. Die beiden grundverschiedenen Männer fanden an einander Gefallen. Als Schäffer, durch Schleicher's Berlinern auf einen falschen Weg geführt, mit einigem Verwundern hörte, dass der General die Verweichlichung des Justizwesens für eine militärische Notwendigkeit erklärte⁵⁾, lachten beide Tränen, nachdem sich herausgestellt hatte, dass nur das Gestütswesen gemeint war.

zu S. 6/7 Der Unterschied in der Reaktion Moldenhauers und Schachts auf ein angenommenes Abweichen der Alliierten von Beschlüssen eines Komitees - M: es geht nicht, dass ihr jetzt abweicht, Sch: wenn ihr euch lossagt, sind auch wir nicht gebunden - war typisch für beide Männer. Kennzeichnend war auch Schachts feine Unterscheidung zwischen der Zusage der Sympathie der Regierung mit der Mobilisierung - "die Anleihen sollen mobilisiert werden können" - und der Zusage für ein besonderes Verhalten der Regierung - bei einer Bindung würde Schacht den ganzen Young-Plan ablehnen -

3) siehe Seite 340, 4) siehe Seite 184, 5) siehe Seite 119

und die kühne Behauptung, wenn man den Young-Plan im Januar ablehnte, würde man im Mai bessere Bedingungen bekommen. Schliesslich hatte er doch selbst in Paris lange genug verhandelt, ohne "Besseres" zu erreichen.

Zu S.9 Der Reichskanzler Müller hatte völlig recht mit seiner trockenen Bemerkung, Schacht werde sicher erzählen, er habe heute die Regierung erst scharf gemacht. Die Behauptung von Sämisch, Schwierigkeiten gebe es beim Etat der Marine, während das Heer sich leichter füge, trifft nach meinen Erfahrungen nur bedingt zu. Der Marine-Etatsreferent Bastian war ehrlicher und daher angenehmer als Fromm, der Referent des Heeres. Aber es war richtig, dass die Marine mehr Kommando- und Verwaltungsstellen eingerichtet hatte, als nötig war, offenbar schon berechnet auf eine kommende Vergrösserung, und dass die Marineleitung "kopflastig" war. So gehörten ihr um 60 v.H. mehr höhere Beamte an als für die grosse Flotte 1914. Der oft wiederholte Vorwurf unkontrollierbarer Unübersichtlichkeit schien durch den "Lohmann-Skandal" bestätigt zu werden, der 1927 entstanden war. Die Folgen waren: Der Rücktritt des Chefs der Marineleitung -an seine Stelle trat Raeder, mit dem gut zu verhandeln war-, die Einführung des besonderen Etats für die "schwarzen" Reichswehrausgaben, und das Gesetz, nach dem Garantien von einer bestimmten Höhe an die Unterschrift des Ressortsministers tragen mussten und der Zustimmung des Finanzministers bedurften.

Zu S.10 Ritscher war ein ungewöhnlich geschickter Bankier und hatte auch in politischen Dingen ein kluges Urteil. Ich kann mir denken, dass er die Auffassung, Schacht arbeite auf den Sturz der Regierung und eine Diktatur hin, nur Schäffer allein mitteilen zu können glaubte.

Zu S.11/13 Schäffer hatte die Kassenlage eingehend mit mir besprochen. Ich hatte ihm gesagt, dass sich mit Schacht gut reden und verhandeln liesse, wenn er das Gefühl hätte, dass man rückhaltslos alle Karten aufdeckte. Dieses Verfahren hat Schäffer mit Geschick und Erfolg betrieben.

Zu S.15 Auch ich weiss nicht, wer Pinson ist. Ich war damals nicht im Haag.

Zu S.17 Ich habe Melchior immer für einen der feinsten Köpfe und der ruhigsten Beobachter gehalten. Es ist sehr beachtlich, dass man nach seiner Auffassung, wenn die Revisionsklausel abgeschwächt

worden wäre, besser auf den Dawes-Plan hätte zurückgehen sollen.

So vertrat er auch den allein vernünftigen Standpunkt, dass die Frage des Zahlungsdatums, wenn die Kassenlage in Ordnung sei, keine grosse materielle Bedeutung habe; er hätte hinzufügen können, dass, wenn die Kassenlage nicht in Ordnung sei, das Zahlungsdatum uns auch nicht helfen würde.

Zu S.22 Das Auftreten Schachts im Organisations-Komitee wirkte wie eine Bombe. Moldenhauer war besonders empört. Ich stand ~~an~~ der Frage, ob man Schacht durch eine gesetzliche Bestimmung zwingen sollte, an der Gründung der internationalen Bank teilzunehmen oder nicht, auf der Seite von Melchior. Die starke politische Stellung durch Rücktritt konnte sich Schacht jederzeit verschaffen. Im Übrigen war Schacht ja ganz einverstanden damit, dass man ihn zwang. Der Eintritt von Reichskreditgesellschaft und Seehandlung war natürlich nur eine Übergangslösung und nicht einmal eine glückliche.

Zu S. 25/26 Schäffer, der immer einen Ausweg wusste, fand die Lösung; der selbständige Charakter der Reichsbank müsse aufrecht erhalten werden (Standpunkt Moldenhauer), man könne aber in das neue Statut der BIZ den Satz aufnehmen, dass "die Mitarbeit der Reichsbank stattfindet" (Vorschlag Melchior). Im Haag müssen nach Curtius' Bericht die vier Minister Curtius, Moldenhauer, Wirth und Schmidt sehr deutlich mit Schacht gesprochen haben. Im Kabinett und in Gesprächen Schäffers mit Bankiers ging es immer darum, dass Schacht ein notwendiges Übel sei; man suchte nach dem ~~Quadrat~~ Quadrat des Kreises, er sollte ~~glauben~~ gehalten, aber gehindert werden, wieder auszubrechen.

S.28 Der Landrat Gereke, mordsgescheut, überaus ehrgeizig, zu Intrigen neigend und Hans-Dampf in allen Gassen, sang natürlich auch das allgemeine Lied der Steuersenkung. Es war eine merkwürdige Zeiterscheinung, dass im gleichen Jahr (1929), in dem wir im Finanzministerium verzweifelt gegen den Kassenkollaps ankämpften und Schacht nur bereit war, dem Reich Kassenkredite zu gewähren, wenn die Regierung Steuererhöhungen vornahm, Menschen, die als sachverständig galten, sich ernsthaft mit Steuersenkungsplänen befassten. In Bad Eilsen tagte wochenlang bis in den Herbst hinein die Friedrich List-Gesellschaft, und ihre Mitglieder, Professoren

und andere Kenner auf dem Finanzgebiet, beratschlagten, nicht das Ob, sondern nur das Wie möglichst weitgehender Steuersenkungen.

Und Popitz, stets an Steuerfragen mehr interessiert als an Haushalts- und Kassenproblemen, machte eifrig mit. Vielleicht hat ihn diese, weite Kreise umfassende Bewegung mit dazu verführt, den Kampf mit Schacht zu wagen. Ich und meine Mitarbeiter in der Etatsabteilung waren glücklich, dass der neue Staatssekretär nicht in den Wolken schwebte, sondern Realist war und genau sah, wo im Augenblick die wichtigsten Probleme lagen. Der "Steuersenkungswelle" hatten sich auch die Politiker nicht entziehen können. Das Finanzprogramm der Regierung, das am 9. Dezember 1929 der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden war, hatte einerseits erhebliche Steuersenkungsvorschläge, z.B. für Einkommen-, Kapitalverkehr-, Rentenbank-, Grund- und Gewerbesteuer, andererseits entsprechende Steuererhöhungen, wie für Bier- und Fabaksteuer, die Gemeindebürgerabgabe (die sog. "Negersteuer") und eine befristete 1/2 v.H.-Beitrags-erhöhung zum Arbeitslosenversicherung enthalten. Sie war nur als Kompromisslösung zwischen den Kabinettsmitgliedern zu stande gekommen und stieß auf Widerstand bei den Fraktionen. Bei dem Vertrauensvotum des Reichstages für die Regierung am 16. Dezember hatten 14/ Abgeordnete der DVP gegen die Regierung gestimmt und 24 der SPD waren der Abstimmung ferngeblieben. Bei der Beschaffung des notwendigen Überbrückungskredits war Popitz auf der Strecke geblieben und Schachts "Diktat", das die Einstellung eines Tilgungsfonds von 450 Mio in den Etat verlangte, hatte den Rücktritt von Hilferding herbeigeführt und allen Steuersenkungen ein Ende bereitet.

Zu S.29/30 Ich hatte aus der Unterhaltung mit Schacht, der sonst, sobald die Rede auf die Kassenlage kam, sofort vom Leder zog und schwerste Vorwürfe gegen die Regierung erhob, jetzt aber völlig ruhig blieb und resigniert sprach - die deutsche Wirtschaft gehe ohnehin zu Grunde, der Young-Plan sei ja doch nicht durchführbar u.ä., den Eindruck, dass er an der ganzen Sache nicht mehr interessiert war und den Absprung erwog. Der spätere Ministerialdirektor Berger, Leiter der Kreditabteilung im Finanzministerium, damals noch Referent in der Reparationsabteilung unter Dorn, ein kluger, unheimlich misstrauischer Mann, ein Intrigant, der taub war, aber das Gras wachsen hörte und intime Verbindungen zur Reichsbank besass, hatte die Interesselosigkeit Schachts für die internationale Bank auch bemerkt.

Zu S.32/33 Es ist kennzeichnend, dass Schäffer mit Brüning, der als Sachkenner die Finanzlage des Reiches richtig erkannte, über Steuererhöhungen sprach, dagegen mit Kastl, der -als langjähriger Angehöriger des Reichsfinanzministeriums- zwar auch Fachmann, aber als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industrieverbandes doch in erster Linie Interessent war, über eine Verzögerung der Steuersenkung.

Zu S.34/38 Der Bericht über die Kabinettsitzung gibt ein vorzügliches Charakterbild der Kabinettsmitglieder, des nüchternen ehrlichen Reichskanzlers, der, ohne mitzureissen, sich redlich müht, die Gegensätze zu überbrücken, und daran denkt, dass "man auch nachher zusammenbleiben muss", des fanatischen Sozialpolitikers Wissell, der sofort mit dem Rücktritt droht, wenn man an die Rentenversicherung rührt, des Innenpolitikers Severing, der auf das psychologische Moment und die kommunistische Gefahr Bedacht nimmt, des Bayern Schätzel, der gegen die Erhöhung der Biersteuer ist, des Franken Stegerwald und des Rheinländers v. Guérard, die sich in der Ablehnung der Weinststeuer einig sind, des praktischen Dietrich, der ausrechnet, was noch alles aus Steuern herauszuholen ist, des fröhlichen Moldenhauer, der die Bedenken aufzählt, die gegen alle Deckungsvorschläge erhoben werden können, und daher, ohne zu überzeugen, zu dem Ergebnis kommt, bessere Vorschläge als seine könne man nicht machen. Der Etat für 1930 wies einen Mehrbedarf von 1,4 Mrd. auf (450 Mio Tilgungsfonds, 250 Zuschuss für die Arbeitslosenversicherung, 470 Mehrausgaben, 230 Mindereinnahmen). 700 Mio sollten durch Young-Plan-Einsparungen gedeckt werden, die überbleibenden 700 durch Ausgabekürzungen von 80 Mio, durch Erhöhung der Umsatz- und Biersteuer von 370 Mio, durch eine Gefahrengemeinschaft der Sozialversicherungsträger zur Aufbringung der 250 Mio für die Arbeitslosenversicherung. Das war die umstrittenste Frage.

Zu S.39/42 Die Parteiführerbesprechung wurde gekennzeichnet durch die Verlagerung des Schwergewichts. Die Führung ging von der Regierung auf die Parteien über. Einen klaren Plan legte Brüning vor, wie denn überhaupt das Zentrum den geschlossensten und entschlossensten Eindruck machte. Breitscheid zeigte nur die Probleme auf, ohne eine Lösung vorzuschlagen. Koch-Weser sah, wie schief die Lage geworden war, und verlangte, die Regierung solle führen.

Scholz kam ~~aber~~ über ein Ja ^{-aber} nicht hinaus; hier wurde am deutlichsten, welche Lücke Stresemanns Tod (Oktober 1929) gerissen hatte. Der Reichskanzler sagte baldige Verabschiedung der Young-Gesetze, Reichs- und Verwaltungsreform zu. Aufh Kochs Kritik erwiderte er, im Kabinett könne man sich verständigen, aber erst wolle man sehen, wie die Auffassung der Parteien sei. Das war Müllers Fehler, der starken Führung eines einigen Kabinetts hätten sich die Parteien schwer entziehen können. Moldenhauer lehnte vor der Presse jede Belastung der Wirtschaft durch Erhöhung der direkten Steuern ab; das war für ihn genau so tabu, wie eine Beschränkung der Sozialleistungen für Wissell.

S. 43/47 Der Prälat Leicht von der Bayrischen Volkspartei, einer der besten Sachkenner, freute sich über die friedliche Stimmung. Die herrschte auch tatsächlich, es wurden auch sachdienliche Vorschläge gemacht, aber insgesamt bot sich doch ein Bild völliger Zerfahrenheit. Jeder war vor allem bedacht, die Vorschläge des andern in Grund und Boden zu kritisieren. Und Moldenhauer bemühte sich darum, Zwischenlösungen aufzuzeigen, die keinem wehtun sollten, und die keine wirkliche Lösung brachten.

Zu S.48/49 Die Verhandlungen im Kabinett zeigten ein ähnliches Bild der Zerfahrenheit. Man wusste nichts Besseres als die Vorschläge Moldenhauers. Aber der entschiedene Widerspruch Wissells verhiessen für den weiteren Fortgang nichts Gutes. Das Kabinett beschränkte sich denn auch auf den Beschluss, "auf dem vom Finanzminister vorgeschlagenen Wege weiter zu arbeiten". Mit dem "unangenehmen" Schreiben vom Dezember 1929, das Müller erwähnte, kann wohl nur die Forderung von Schacht gemeint gewesen sein, einen Tilgungsfonds von 450 Mio in den Etat einzustellen. Denn diese Forderung hatte das mühsam zu stande gebrachte Regierungsprogramm, das dem Reichstag am 14. Dezember vorgelegt worden war, über den Haufen geworfen.

Zu S.49/50 Im Kabinett wurde im Zusammenhang mit den Beschlüssen des Reichsrat endlich die Ausgabeseite definitiv geklärt. Vor allem wurde der Wehretat trotz der Gegenvorstellungen von Groener gekürzt.

Zu S.50/55 In der Besprechung der Finanzsachverständigen tauchte zum ersten Mal der neue von der SPD verfochtene und von den Gewerkschaften unterstützte Gedanke auf, eine Deckung für die 250 Mio Zuschuss für die Arbeitslosenversicherung bei denen zu suchen, die das Glück hätten, von der Wirtschaftskrise noch nicht betroffen worden zu sein, aber ein "einmaliges Notopfer" von den Festbesoldeten zu erheben. Der Notopfergedanke sowie eine Beitragserhöhung auf 4 v.H. waren die Hauptsanierungsvorschläge der SPD, an denen sie für die ganze nächste Zeit festhielt und die in den weiteren Verhandlungen eine grosse Rolle spielten. Die DVP lehnte sie ab, das Zentrum war nicht abgeneigt, aber Brüning betonte, die Initiative müsse beim Kabinett liegen.

Zu S.53/57 Zum ersten Mal wurde im Kabinett der "farbige" Etat eingehend besprochen. Anlass dazu scheint eine Kritik Ossietzkys an illegalen Wehrmächtsausgaben gegeben zu haben. Saemisch berichtete über die Arbeit des Ausschusses, der die farbigen Etats festlegte, und verlangte die Verantwortung des Kabinetts für diese Arbeit. Groener berichtete über die Arbeiten der Wehrmacht in Russland, die den Hauptteil des farbigen Etats ausmachten. Curtius regte an, die Beteiligung des Reichs mit 51 v.H. an Rheinmetall abzustossen. Das ist m.W. nicht geschehen. Rheinmetall wurde später mit Borsig verschmolzen, und die vereinigte Gesellschaft gehörte zu den Reichsunternehmungen.

Zu S.57/57 Der Reichskanzler berichtete über die Schwierigkeiten, denen die Deckungsvorschläge bei den Parteien und der Wirtschaft begegneten. Auch er hielt ein Notopfer für notwendig. Dieser Gedanke hatte inzwischen Zustimmung beim Zentrum und bei den Demokraten gefunden; nur die DVP lehnte entschieden ab. Dagegen hatte Hindenburg seine Sympathie mit dem Vorschlag bekundet. Der Beamtenbund hatte sich zwar gegen das Beamtennotopfer geäussert, aber die Beamtenschaft erklärte sich zum Opfer bereit, wenn es nicht nur ihr, sondern allen leistungsfähigen Volksschichten zugemutet würde.

Zu S.59/69 Im Kabinett ritt jeder sein Paradedepferd. Müller glaubte, dass sich der strittige Fehlbetrag auf 100-120 Mio herabsetzen lässt, der auf drei Wegen gedeckt werden könne, entweder durch Beitragserhöhungen auf 4 v.H. oder durch irgend ein Notopfer

oder durch Beitragserhöhung um 1/4 v.H. und Beschaffung des Restes aus Ersparnissen und Reserven der Bank für Industrieobligationen (1/4% Beitrag ist wichtig, ein "geringer Zuschuss aus der Reichskasse" ist falsch, gemeint ist offenbar die Industriebank). Die Abstimmung über einen der Wege wurde auf Antrag Moldenhauers ausgesetzt. Der Kanzler hätte wohl im Kabinett eine Mehrheit für sich gewinnen und einen entsprechenden Vorschlag, gestützt auf die Stimmen der Weimarer Koalition, im Reichstag durchbringen können. Aber da die Bayrische Volkspartei nicht für die Biersteuer und die Deutsche Volkspartei nicht für ein Notopfer zu haben war, hätte das eine Regierungskrise bedeutet. Moldenhauer rechnete mit seinem Rücktritt, da er seiner Fraktion nicht zumuten könne, auf den Notopfergedanken, der im Kabinett eine Mehrheit gefunden hatte, einzugehen. Severing erwies sich mit seinem Eintreten für ein Volksoffer aus staatspolitischen Gründen und mit seinem Vorschlag, die Krise bis nach Annahme des Young-Plans zu vertagen, als Staatsmann, während die Volkspartei mit dem Plan eines Kabinetts ohne SPD, mit Scholz als Reichskanzler und Luther als Finanzminister Illusionen nachjagte.

Zu S.69/76 Severing begründete die Notwendigkeit einer direkten Steuer mit der kommunistischen Gefahr, deren Grösse die Funde im Liebknecht-Haus erwiesen hatten, Curtius die Ablehnung mit dem Argument, man habe ein Jahr lang Steuersenkung versprochen und könne nicht unvermittelt von der Senkung zur Erhöhung übergehen; auch der Young-Plan habe mit einer Senkung der direkten und einer wesentlich stärkeren Erhöhung der indirekten Steuern gerechnet. Der Kanzler erwies sich wieder als ehrlicher Makler, der die Argumente beider Seiten als richtig anerkannte, aber für ein einziges Jahr eine Besitzabgabe für unerlässlich hielt. Er fand Unterstützung bei Stegerwald, der für das Notopfer der Festbesoldeten eintrat, und bei Meissner, der im Auftrage Hindenburgs mitteilte, dass dieser ein solches Opfer für möglich halte. Diese Stellungnahme machte sogar auf Scholz Eindruck.

S. 77/84 Das Schicksal des Kabinetts hing von der DVP ab. Aber Scholz erklärte gegenüber dem Reichspräsidenten und am 3. März auch in der Öffentlichkeit, das politische Kernproblem sei die sofortige Finanzreform mit dem Ziel, die Kapitalbildung zu fördern. Logischerweise dürfe diese Reform nicht mit einer Er-

höhung der direkten Steuern beginnen, auch nicht in der verschleierte Form eines sogenannten Notopfers der Festbesoldeten. Damit war das Notopfer tot. In der Kabinettsitzung wurde es begraben. Es war ein staatsrechtliches Novum, dass ein Staatssekretär nicht gegenüber seinem Minister, sondern gegenüber dem Chef der Reichskanzlei erklärte, er werde unter bestimmten Voraussetzungen zurücktreten - Schäffer: wenn Kasse und Etat nicht rechtzeitig gedeckt würden. Bei den Besprechungen im Kabinett ging es im wesentlichen um das "Opfer des Besitzes" - Moldenhauer schlug eine Erhöhung der Industrie-Obligationen-Belastung auf 350 Mio vor (Wissell: "Moldenhauer macht lauter Vorschläge, um das Gesicht zu wahren") - und die "Reform der Arbeitslosenversicherung" - Wissell kündigte scharfen Widerstand an, wenn damit eine Herabsetzung der Leistungen gemeint sei-. Mit einer Erhöhung der Beiträge auf $3 \frac{3}{4}\%$ (um $\frac{1}{4}\%$), wie vom Kanzler vorgeschlagen, war er einverstanden. So wurde am 5. März der Haushaltsplan 1930 zusammen mit einer Deckungsvorlage verabschiedet, die Mehreinnahmen von 240 Mio aus der Erhöhung der Biersteuer, von 50 Mio aus erhöhten Tee- und Kaffeezöllen, von 65 Mio aus einem neuen Benzin- und Benzolzoll, von 40 Mio aus der Wiedereinführung geführten Mineralölsteuer, von 70 Mio aus $\frac{1}{4}\%$ Beitragserhöhung und von 30 Mio aus Reserven der Industrie-Obligationen-Bank vorsah. Als politischer Ausgleich für die Steuererhöhungen sollten schon jetzt für 1931 Steuererleichterungen für Einkommen- und Lohnsteuer in Höhe von mindestens 600 Mio gesetzlich festgelegt werden.

Bei der DP und der Rechtsopposition sah man die Vorlage als Sieg der SPD an, die eine Reform der Arbeitslosenversicherung verhindert habe. Moldenhauer war unglücklich darüber, dass die Wirtschaft auch dieses Programm ablehnte.

Zu S. 84/95 Bei den Besprechungen der Parteisachverständigen und der Parteiführer mit dem Reichskanzler zeigte sich, dass trotz der einmütigen Kabinettsvorlage die Spannungen zwischen den Koalitionsparteien sich eher gesteigert als vermindert hatten. Die Erörterungen drehten sich ständig im Kreise. In fast allen Fragen herrschten Meinungsverschiedenheiten, aber das Hauptstreitobjekt war die Arbeitslosenversicherung. Da die interfraktionellen Verhandlungen keine günstige Aussicht auf Einigung mehr boten, schien das Ende der Koalition gekommen. Doch die Parteien der

Weimarer Koalition (Zentrum, DD, SPD) einigten sich auf der Basis der Regierungsvorlage. Freilich bestand wenig Wahrscheinlichkeit, dass diese Einigung genügende Sicherheit für die Annahme der Young-Gesetze bieten werde. In diese Atmosphäre platzten zwei Nachrichten: Am 8. März 1930 trat der Reichsbankpräsident Schacht zurück - für die Regierung kam dieser Schritt nicht unerwartet und auch nicht ganz unerwünscht - und am 11. März, bevor die Young-Gesetze mittags in zweiter Lesung vom Reichstag verabschiedet wurden, liess sich Dr. Brüning, der Führer der Zentrumsfraktion, vom Reichspräsidenten empfangen und erhielt von ihm die Zusicherung, er werde von allen verfassungsmässigen Mitteln Gebrauch machen, um die rechtzeitige Regelung der Finanzfrage zu verwirklichen. Damit hatte Brüning, der seitdem als "homo regius" galt, dem Zentrum die Garantie für die Sanierung der Finanzen verschafft, so dass das Zentrum nun den Young-Gesetzen zustimmen konnte. Sie wurden am 12. März mit 270 gegen 192 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen; die Bayrische Volkspartei hatte sich bei der zweiten Lesung der Stimme enthalten, bei der dritten stimmte sie grösstenteils mit Nein, in diesem Sinn beeinflusst durch den bayrischen Ministerpräsidenten Held, der mit seinem Finanzminister Schäffer in der Nacht nach Berlin gekommen war.

Zu S. 96/98 Es war eine Überraschung, dass der Parteitag der DVP am 22./23. März in Mannheim plötzlich wieder Versöhnungswillen zeigte. Aber Scholz richtete in Mannheim auch einen Aufruf zum Zusammenschluss an alle bürgerlichen Parteien. Es blieb völlig offen, ob die "Windfahnen"-Partei nun, nach Annahme der Young-Gesetze, ein Zusammengehen mit der SPD oder mit der NSDAP suchen würde. Die Beratungen drehten sich wieder im Kreise.

Zu S. 99/103 Nach Mannheim wurden die interfraktionellen Besprechungen der Parteiführer beim Reichskanzler wieder aufgenommen. In der Besprechung am 25., die bis 1.00 Nachts dauerte, zeichneten sich gewisse Kompromissmöglichkeiten ab. Die Entscheidung musste am 27. fallen. Die Krisenstimmung am 26. wurde durch die Befürchtung Moldenhauers gekennzeichnet, "seine Leute" würden nicht mitmachen, weil Hindenburg für eine Rechtsregierung sei. Wenn diese Befürchtung fundiert war, dann wäre der Sturz des Kabinetts Müller, wenn nicht von höchster Stelle betrieben, so doch zum mindesten nicht ungerne gesehen worden.

Zu S.103/105. Lag bisher die Schuld an der Verschärfung der Krise hauptsächlich bei der DV, so übernahm ~~man~~ mit der Ablehnung des Kompromisses die SPD eine erhebliche Verantwortung. Das führte zu der Klage Hilferdings gegenüber Noske: Es sei ein furchtbarer Zustand, dass (in der Fraktion) Leute den Ton angäben, die wegen der Frage, ob für die Arbeitslosen 30 Pfg. mehr oder weniger aufgewendet würden, wenn nicht die Partei, so aber doch die ganze Demokratie und die Republik zum Teufel gehen lassen wollten. Das Gleiche hätte aber auch Moldenhauer von der VP sagen können. Bei dem "Kompromiss" handelte es sich um den Vorschlag Brünings, die kritischen Punkte aufzuschieben; er bot keine konstruktive Lösung, aber die Möglichkeit, die akute Krise zu umgehen. Die Regierung wurde, wie der Vorwärts damals schrieb, "im Streit der Parteiführer unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgewürgt". In der Kabinettsitzung am Nachmittag des 27. März machte der Kanzler einen letzten Versuch; nachdem die Parteien sich nicht geeinigt hätten, sollte die Regierung die Deckungsvorlage, unter Hinausschieben der Frage der Arbeitslosenversicherung, allein durchführen. Aber jetzt machte Moldenhauer nicht mit, er war nicht mehr bereit, seine eigene Vorlage zu vertreten. Die letzte Chance wurde verpasst, das Kabinett trat zurück.

Zu S.105/109 Von dem Wunsch Brünings, dass ein zweiter Staatssekretär im RFM ernannt würde, habe ich damals nichts gehört. Ich weiss nur, dass Schäffer für die Einheitlichkeit des Ministeriums stark eintrat. Ich halte es für möglich, dass Zarden, der mit allen Mitteln nach oben zu kommen versuchte und sich, wie mir Brüning später selbst erzählte, von ihm als Abgeordneten hatte versprechen lassen, ihn einmal zum Staatssekretär zu machen, schon zu Beginn der Kanzlerschaft Brünings, diesen an die Erfüllung seiner Zusage erinnerte.

Liest man Schäffers Bericht über die Besprechung mit den Parteiführern, gewinnt man den Eindruck, dass Moldenhauer viel aktiver war als im Kabinett Müller. Er fühlte sich in einer mehr rechts gerichteten Regierung offenbar wohler. Die an ihn gerichtete Mahnung Schäffers "Werde hart" war wohl notwendig, aber nicht erfolgreich; der Rheinländer war nicht geschaffen, hart zu werden.

Zu S.110-115 Interessant ist, dass im Gespräch Schäffers mit Moldenhauer am 8. April dieser bestimmt mit der Ablehnung der Sanierungsvorlagen, mit der Auflösung des Reichstages und der Anwendung des Art. 48 rechnete und dass Schäffer keinen Versuch machte, ihn von den unheilvollen Auswirkungen einer Wahl zu überzeugen. Es war damals ^{schon} vorauszusehen, dass die Wahl eine gewaltige Zunahme der Stimmen und Sitze der NSDAP bringen, dass der Reichstag funktionsunfähig werden und nur noch ein Regieren mit Art. 48 möglich sein würde. War selbst Schäffer schon davon überzeugt, dass man nur noch mit Art. 48 weiter kommen könne? Aber dies Mal ging es, wenn auch ganz knapp, noch einmal gut.

Zu S.116-120 Wieder interessant die Besprechung Schäffers über die Ernennung eines zweiten Staatssekretärs. Brüning verschanzte sich hinter VF und Zentrum, die schon bei der Ernennung Schäffers sich für Zarden eingesetzt hätten. Das wird zutreffen, aber entscheidend für Brünings Wunsch war doch wohl die von ihm selbst gegebene Zusage. Ich kann mir vorstellen, wie sehr Brüning Zarden hat "trösten" müssen, weil Schäffer -begreiflicherweise- ihm nur die Steuerabteilung abgegeben wollte. An meine Unterhaltung mit Schäffer über Brünings "mangelnden Deckungswillen" kann ich mich nicht mehr erinnern. Später haben wir öfter über die Schwierigkeit gesprochen, den Kanzler zu einer Deckungsvorlage in ausreichender Höhe zu veranlassen.

Zu S.121-129 Bemerkenswert die Klarheit der Ausführung, Silberbergs. Hier sprach ein Mann, der wusste, was er wollte.

Zu S.129-135 Das Gespräch des Reichskanzlers mit einem Staatssekretär unter vier Augen über das gesamte Gebiet der damals zu meisternden Probleme gibt einen tiefen Eindruck von der ungewöhnlichen Stellung und Persönlichkeit Schäffers. Kennzeichnend für Schäffer ist seine Warnung vor Lohn- und Preissenkungen durch Gesetz. Aktuell bis in unsere Zeit ist seine Feststellung, dass, wenn man nicht auf einschneidenden Gebieten (Wehr- und Sozialpolitik) einen ganz anderen Kurs einschlagen wolle, man zu einer Kombination kleinerer Sparmassnahmen genötigt werde. Zarden hatte Bedenken gegen die Einführung von Benutzungsgebühren auf der Autobahn, sie würden verwaltungsmässige Schwierigkeiten herbeiführen und den Autoverkehr zu sehr belasten. Weder Schäffer noch ich teilten diese Befürchtung.

Das Projekt Wachsmann (Osthilfe) stammte von dem Ministerialdirigenten Wachsmann im RFW, der sehr darunter litt, dass 1929 nicht er, sondern ich ~~als~~ Leiter der Etatsabteilung geworden war, und der nun auf dem Gebiet der Osthilfe vorwärtskommen wollte. Der ebenso tüchtige wie ehrgeizige Mann erreichte auch sein Ziel. Klepper war Präsident der "Preussenkasse", später preussischer Finanzminister als Nachfolger von Höpker-Aschoff. Der gescheute Mann, der unter lächelnder Liebenswürdigkeit harte Energie verbarg, sammelte um sich einen Stamm junger Agrarwirtschaftler, der "Klepper-Jünglinge", die, ebenso robust und sachkundig wie ihr Herr und Meister, geachtet und gefürchtet wurden. Die von Schäffer vorgeschlagenen Spezialkommissare waren: für Ostpreussen Adolf Tortilowicz von Batocké-Friebe (1868-1944), von 1916-1917 Chef des Kriegsernährungsamts, vorher Oberpräsident von Ostpreussen, ein ausgezeichnete Mann, für Pommern: der frühere Oberpräsident Lippmann, klug, aber wohl nicht energisch genug, Dewitz, der Vorsitzende des Pommerschen Landbundes, Volkskonservativ, Friedrich von Zitzewitz-Muttrin, Leiter der Prüfungsstelle der ungeschuldeten Betriebe, ebenfalls volkskonservativ und zeitweise Reichstagsabgeordneter, einer der besten Sachkenner in der Osthilfe; für die Grenzmark Kasparek, über den ich nichts sagen kann, für Oberschlesien Dr. Hans Lukaschek (1885-), ~~aber~~ 1949 Vertriebenenminister, eher ein Politiker als ein Verwaltungsmann. Kommissar in Pommern wurde Dewitz, Zitzewitz, ein Schwager von mir, war mehrmals bei Schäffer und immer überrascht über sein Einfühlungsvermögen. Er war Hauptgeschäftsführer der Haupttreuhandstelle der Entschuldungsverbände. Der von ihm zusammen mit Silverberg gearbeitete Kreditplan sah die Finanzierung der Osthilfe durch die Industrie (Industriebank) vor mit Übernahme bestimmter Kreditsicherungen durch die Entschuldungsverbände, mit Betriebskontrolle und Überwachung in drei verschiedenen Formen, je nach Risiko. Dieser Teil der Osthilfe funktionierte gut. Der Erfahrungsaustausch der Verbände war glänzend. Die Überwachung ermöglichte eine Rentabilitätsberechnung der verschiedenen Grösse- und Güte-Klassen, wie es ^{sie} bisher noch nicht gab. Zitzewitz rühmte immer die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Industriebank und dem Finanz-, weniger mit dem Ernährungsministerium.

Zu S. 135-141 Hans von Raumer (1870-1965) Schatzminister 1920/21, Wirtschaftsminister, 1923, Elektroindustrieller, hochgebildeter, kluger Mann, und Ernst Trendelenburg (1882-1945), Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, 1930-1931 mit der Leitung des Ministeriums betraut, mit Schäffer besonders befreundet, waren beide ideenreich. Raumer hatte gute Beziehungen zu den Gewerkschaften. Bereits nach zwei Monaten fühlte man im Kabinett Autoritätsschwund. Moldenhauer, rasch deprimiert, klagte über Verlust des Ansehens. Treviranus erklärte mit dem bei ihm üblichen, etwas fehlgeleiteten Aplomb, er werde eine weitere Senkung des ~~Ausschusses~~^{Ansehens} nicht mitmachen. Stegerwald, wie immer verständig, war zu Abstrichen in seinem Haushalt bereit, aber dann müsse gleichmässig verfahren werden, er wolle nicht der einzige "Abbauminister" sein.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1930

Juni

Dezbr

Tagebuch 1.6. - 31.12.1930

Zu S.142-154 Bei den Besprechungen im Kabinett über die Finanzreform gingen Vorschläge und Ansichten stark durcheinander. Moldenhauer liess die Zügel schleifen. Der ausgezeichnete Staatssekretär Zweigert, ein Jurist grossen Formats, trug zu der Verwirrung durch den Hinweis bei, dass das Notopfer u.U. verfassungsändernd sei. Die neuen Männer, der Justizminister Dr. Viktor Bredt (1879-1940), der leider der Wirtschaftspartei angehörte, zu der er gar nicht passte, der Ernährungsminister Schiele (1870-) und der Minister für besetzte Gebiete Treviranus (1891-) nahmen an den Debatten lebhaft teil. Der Staatssekretär Bernhard von Bülow, Neffe des früheren Reichskanzlers, ein feiner Kopf und ausgezeichneter Völkerrechtler, stand Brüning und Schäffer besonders nahe. Moldenhauer, schon am 16. Juni bedrückt und seinen Sturz voraussehend, wurde am 18. von seiner Partei aus dem Kabinett zurückgezogen. Die DV setzte ihre Krisenpolitik fort.

Zu S.154-165 Scholz, der Fraktionsführer der DV, und Curtius, der Aussenminister blieb, arbeiteten trotz des Abgangs von Moldenhauer an der Finanzreform mit. Aber die anderen Minister, vor allem Dietrich und Treviranus, waren dafür, der DV zu zeigen, dass man auch ohne sie regieren könne. Der Staatssekretär Joel, der schon einmal Justizminister gewesen war und unter Brüning es wieder wurde, als Nachfolger von Bredt, ein glänzender Jurist, warnte vor Anwendung des Art. 48 bei anwesendem Reichstag. Der Staatssekretär des Preuss. Staatsministeriums Weismann (SPD) hatte u.a. die Aufgabe, vor jeder Reichsratssitzung die Vertreter der Preussischen Provinzen, die ja selbständig abstimmen und dadurch die Stimmen des Staatsministeriums paralisieren konnten, dahin zu beeinflussen, dass sie einheitlich mit dem ~~As~~ Staatsministerium abstimmten; manchmal gelang das seiner grossen Gewandtheit und Liebenswürdigkeit, sogar bei so rechtsstehenden Männern wie dem Frhr. v. Gayl oder dem Grafen Fritz Eulenburg (Ostpreussen), den Vertretern Brandenburgs v. Quast-Michel oder v. Arnim-Kröchlendorff und dem Grafen Behr-Behrenhof (Pommern). Schleicher drohte mit dem Rücktritt von Groener, wenn Abstriche am Wehretat gemacht würden.

Zu S.165-182 Am 26. Juni ernannte Hindenburg Dietrich zum Reichsfinanzminister. Schäffer begrüsst ihn im Hause. Ich hatte mit ihm die Unterhaltung über den "Fettfleck", die Ausdehnungstendenz der Juden. Nach der Ernennung Dietrichs war von Zarden als zweitem Staatssekretär keine Rede mehr. Dietrich drückte sofort

stark auf seine Lieblingsidee, Arbeitsbeschaffung an Stelle von Arbeitslosenunterstützung. So kamen die ersten Besprechungen mit dem Reichswerkehrsministerium, Reichsbahn und Reichsbank zustande. Im Zusammenhang hiermit sprach Luther, Schachts Nachfolger als Reichsbankpräsident, über Preis- und Zinssenkung. Uneinigkeit entstand wegen der Kürzung der Gehälter der leitenden Beamten. Bei der Abstimmung blieb Brüning mit Trendelenburg und Schleicher in der Minderheit.

In der Besprechung mit den Parteiführern erklärte Brüning, auf die 50 Mio Ostprogramm, bei denen der Volksparteiler Cremer für 1930 eine Kürzung auf 25 Mio vorgeschlagen hatte, könne "wegen einer massgebenden Stelle" nicht verzichtet werden. Es war vielleicht nicht glücklich, das Interesse des Reichspräsidenten an der Osthilfe so deutlich herauszustellen. Bei der Parteiführerbesprechung setzten sich vor allem der Volkskonservative v. Linden-einer-Wildau, früherer Rhodes-Stipendiat, sehr gescheut und ehrgeizig, als Geschäftsführer der DNVP einmal die Hoffnung der Partei, dann aber mit Hugenberg zerfallen, und der Demokrat Reinhold für die Finanzreform ein. Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, der Hotelier Drewitz, lehnte die Schankverzehrssteuer ab, ihr anderer Vertreter, der frühere Kampfflieger Sachsenberg, der zur Wirtschaftspartei nur kam, weil ihm die anderen Parteien nicht sofort ein Reichstagsmandat zusagten, meinte, die Wirtschaftspartei sei gar nicht mehr weit von dem, was die Regierung vorschläge. Die Vertreter der Volkspartei, Scholz und Hoff, warnten vor Steuererhöhungen. Der Kanzler fasste die Möglichkeiten einer Einigung zusammen.

Zu S. 182-187 In der Fraktionsführerbesprechung wies Brüning darauf hin, dass, wenn die Regierungsparteien die Vorlage ablehnten, nur noch "die gewaltsame Lösung" übrig bliebe; gemeint war: Notverordnung und, wenn der Reichstag deren Aufhebung beschlösse, Auflösung. Brüning hatte schon einmal Schäffer gebeten, in den Kabinettsitzungen keine Notizen zu machen. Dietrich sagte, das brauche Schäffer für seine Memoiren. Wann er die denn herausgeben wolle, fragte Brüning. Er wisse gar nicht, erwiderte Schäffer, ob sie je veröffentlicht werden würden, er kenne für diesen Fall nur den Titel. Und der sei? fragte, neugierig geworden, der Kanzler. Wie aus der Pistole geschossen kam die Antwort: "Im Schatten der Titanen".

Zu S. 187-195 Am 16. Juli wurden, wie befürchtet, die Vorlagen abgelehnt. Die Regierung veröffentlichte sie nun als Notverordnung. Am 17. wurde bekannt, dass die Deutschnationalen für Aufhebung der Notverordnung stimmen würden. Am 18. ging der Antrag auf Aufhebung durch. Der Kanzler löste auf. Bei den Besprechungen über die nun zu erlassende Notverordnung erklärte Bredt bereits, die Wirtschaftspartei werde ihn zurückziehen, wenn die Notverordnung die Gemeindegetränkesteuer brächte; der Postminister Schätzel teilte mit, er werde ausscheiden, wenn man die Biersteuer erhöhte. Der Pressereferent Brandt, der, selbst Zentrumsmitglied, über die Schwierigkeiten im Zentrum berichtete, war eine wenig erfreuliche Erscheinung, weder diskret noch zuverlässig, also mit Eigenschaften, die ihm gerade zum Pressereferenten ungeeignet machten, sein einziger Vorzug war, dass er den ganzen Tag unterwegs war, um überall herumzuhorchen. Wagner und Löffler waren tatsächlich erst Referenten, später Abteilungsleiter beim Rechnungshof. Wagner stammte aus dem Finanzministerium; er hatte in der Etatsabteilung gearbeitet, ein penibler Arbeiter, der sich aber zu leicht in Kleinigkeiten verlor. Ich war ganz froh, dass er zum Rechnungshof ging; dort gewann er eine gewisse Berühmtheit durch die von ihm entworfene Anordnung über Ersparnisse bei der Beschaffung und Verwendung von Toilettenpapier.

Zu S. 196-215 Im August begannen die Verhandlungen über die "grosse" Notverordnung. Nicht nur Moldenhauer war "feige vor der Wahl". Auch Dietrich hörte nicht gern unbequeme Zahlen. Ich musste seinen Optimismus dämpfen. Ich arbeitete an der Sonderaufzeichnung für den Kanzler mit, die auf S. 200-215 enthalten ist. Auf S. 214 ist die ursprüngliche Fassung "dem Sommer 1930 gegenüber" richtig. Schäffer schreibt, eine günstigere Rechnung sei nur zulässig, wenn die Kassenlage wenigstens für einige Monate keine Gefahrenpunkte biete. So sei -im Frühling- die Situation "gegenüber dem Sommer 1930" gewesen. Deshalb habe man im März und auch noch im Juli günstigere Entwicklungsmöglichkeiten in Rechnung gestellt.

Zu S.216-221 Pünder trat immer für eine Koalition "von Breitscheid bis Treviranus" ein. Das wäre eine noch um die Volkskonservation erweiterte grosse Koalition gewesen. Warum sollte die besser zusammenhalten als Müllers Koalition? Richard von Kühlmann (1873-1948), Staatssekretär des Auswärtigen 1917/18, Vater des jetzigen FDP-Abgeordneten v.Kühlmann-Stumm, war mit einer Stumm verheiratet und daher industriell interessiert und tätig. Schäffer nannte die Wahlresultate "entsetzlich" -das waren sie auch- und fragte, wie denn nun weiter regiert werden solle? Ja, hatte er denn dieses Ergebnis nicht geahnt? Waren vor der Auflösung wirklich alle Möglichkeiten der Einigung erschöpft worden? Jetzt klagten Schäffer und Dietrich, dass Volkspartei und Wirtschaftspartei, beide durch Minister im Kabinett vertreten, bei den Verhandlungen mit der SPD vor der Auflösung nicht hatten mitziehen wollen.

Zu S.222-230 Pünder ritt sein Steckenpferd "von Breitscheid bis Treviranus", Oskar Meyer und Geheimrat Demuth waren dafür, die Nazis in die Regierung zu nehmen, Paul Kempner, der besonders kluge und sympathische Schwiegersohn des Seniorchefs der Mendelssohnbank, Franz von Mendelssohn (1865-1935), war ebenso wie sein Mitarbeiter Rudolf Loeb für eine grosse Koalition und, wenn daraus nichts werden sollte, für eine "Diktatur der verfassungstreuen Kreise" unter einem republikanischen General. Graf Westarp sagte in der gleichen Zeit, man habe, wenn parlamentarisch regiert werden solle, nur die Wahl zwischen der "grossen Front der Vernünftigen" (DNVP bis SPD) oder der "antisozialistischen Front" (alle bürgerlichen Parteien + Nationalsozialisten). Hilferding war für ein "Tolerieren" durch die SPD. Dietrich musste von Schäffers auf die richtigen Zahlen, von mir auf die allein zu Buche schlagenden Ausgaben hingewiesen werden. Die für den Generalrat der Reichsbank vorgeschlagenen neuen Mitglieder waren Georg Müller-Oerlinghausen, von 1915 bis 1933 der tatkräftige Organisator der deutschen Leinenindustrie, und Richard von Flemming, einer der klugen, bedächtigen Brüder aus dem Pommerschen Adelsgeschlecht.

Zu S.230-240 Bei der Besprechung des Steuerausfalls schein ich mit der höheren Schätzung recht behalten zu haben. Schäffer klagte über die Schlappeheit Dietrichs gegenüber Höpker-Aschoff. Aber der preussische Finanzminister war bei aller Zuvorkommenheit einer der stursten Menschen, denen ich begegnet bin. Als Etats-

direktor im RFM war ich Vorsitzender der vereinigten Reichsratsausschüsse und habe hier mit den Ländern viele Kämpfe ausfechten müssen. Ich beklagte mich immer wieder darüber, dass die Länder den Reichsetat bis in den verborgensten Winkel durchstöbern und kritisieren könnten, dass aber das Reich keine Möglichkeit habe, die Länderetats auch nur kennen zu lernen. So war es ein grosser Fortschritt, dass Höpker-Aschoff mit einer Beteiligung des Reiches an den preussischen Etatsverhandlungen einverstanden war.

Der Generalkonsul Otto Kiep gehörte später zu den Teilnehmern an dem unseligen Tee bei der Oberin von Thadden, zu dem sie während des Krieges einige vertraute Freunde zur Besprechung von Friedensmöglichkeiten einlud. Ein Spitzel zeigte sie an, der Staatssekretär Zarden stürzte sich nach einer Vernehmung aus dem Fenster, Frau Solf, die Witwe des Staatssekretärs des Auswärtigen, Wilhelm Solf (1862-1936), wurde nur durch Fürsprache der Japaner, die Solf als langjährigen deutschen Botschafter in Tokio sehr verehrten, gerettet, Schachts Schwiegersohn ^{von Idarke} Scharffenberg, der spätere Staatssekretär, wurde wegen unterlassener Anzeigepflicht zu Gefängnis bestraft, alle Übrigen wurden hingerichtet. Im Mittelpunkt der Aufzeichnungen um den 1. Oktober stand der Lee Higginson-Kredit.

Zu S. 241-250 An die Verhandlungen über die Reise Schäffers zum Chef der Banque de France, Moret, und darüber, dass Dietrich "aus innerpolitischen Gründen" mich reisen lassen wollte, kann ich mich nicht erinnern, weiss auch nicht, um was für Gründe es sich gehandelt haben kann. Schäffer selbst war aus diesen Gründen der Ansicht, dass ich fahren sollte. Auch an die Besprechung am 10. Oktober bei Dietrich über die Stützungsaktion am 11. kann ich mich nicht entsinnen. Am 11. Oktober wurde der Lee-Higginson-Kredit endlich unterzeichnet.

Zu S. 251-255 Ich weiss nicht, warum Schäffer bei Abgabe der Erklärung über die Begrenzung der schwebenden Schulden gegenüber der Irving Trust sich gesichert fühlte, weil ich mich mit der Erklärung einverstanden hatte. Die Septemberwahlen hatten eine ausserordentlich schlechte Wirkung auf das Vertrauen des Auslandes. Loeb berichtete eindrucksvoll über die Stimmung in Holland und Frankreich. Bei den Verhandlungen hatte sich die Regierung verpflichten müssen, die Schuldentilgung gesetzlich zu verankern; darüber hinaus musste sie über die von ihr geplanten Sanierungs-

massnahmen ausführliche Mitteilungen machen, und legte sich dadurch dem Ausland gegenüber auf ein Programm fest. Unter diesen Umständen war es verständlich, dass Dietrich am 18. Oktober in einem Gespräch mit dem amerikanischen Bankier Morgan diesem sagte, er habe die feste Absicht, mit Krediten solcher Art ein für allemal aufzuhören, und dass er andererseits mit gewohnter Energie im Parlament für die Annahme des Schuldentilgungsgesetzes eintrete. Am 13. Oktober wurde es im Reichsrat, am 23. im Reichstag angenommen.

Zu S.255-260 Schäffer hielt mit Recht den Botschafter Leopold von Hoesch für das beste Pferd im deutschen diplomatischen Stall. Schäffer neigte ~~auch~~ der Ansicht von Hoesch zu, eine Moratoriumserklärung oder ein Revisionsantrag bedeute eine solche Kredit-schädigung, dass sie den Vorteil einer Herabsetzung der Zahlungen vollständig aufhebe. Er hielt auch die Zahlungen nach dem Young-Plan bei einer Besserung der Konjunktur nicht für undurchführbar und befürchtete, dass der Versuch, in der Krise den Nachweis der Leistungsunfähigkeit zu erbringen, das deutsche Volk einer Belastungsprobe unterziehen würde, der es kaum gewachsen sein könnte. Im Gegensatz zu beiden war ich der Ansicht, dass wir nur in der Krise die Revision des Young-Plans erreichen könnten und dass wir diese Chance nicht verpassen dürften. Dieser Ansicht war auch Brüning.

Zu S.260-268 Min.Direktor Ritter im AA. stammte aus dem RPM. Er war wohl zuerst im AA. als Fremdkörper behandelt worden, hatte sich dann aber durchgesetzt und war nun gefürchtet. Er verfügte über eine überragende Sachkenntnis und brachte sie mit denkbarer Schärfe zum Ausdruck. Die Forderung Seeckts, in diesem Augenblick die Aufrüstungsfrage aufzuwerfen, zeugte nicht von politischem Weitblick. Sein eigener Parteigenosse Curtius sprach sich dagegen aus, nur Frick stellte einen gleichen Antrag. Am 22. Oktober äusserte sich in einem Gespräch mit Luther ~~der~~ Berater in Finanzfragen an der englischen Botschaft, Rowe-Duffon, mit dem ich zwei Jahre später auf der Baseler Konferenz viel zu tun haben sollte, skeptisch über die Erfolgchancen des Brüning'schen Programms.

An der internen Beratung zwischen den beiden Ministerien nahmen vom RFW der Leiter der Reparationsabteilung, Dorn, ungewöhnlich sachverständig und bienenfleissig, und Berger teil. Von den drei Vertretern des Wirtschaftsministeriums wurde Lautenbach in der Öffentlichkeit durch seine Vorschläge über die Krisenbekämpfung am bekanntesten. Er war einer der führenden "Reformer". Seine Pläne sind in seinem 1932 erschienenen Buch "Zins, Kredit und Produktion" dargestellt. Lautenbach musste 1933 Hitler die Theorien der Krisenbekämpfung darlegen, siehe den Durchschlag des anliegenden Schreibens von Wilhelm Riebe an Schacht. Aber Schacht hat ihn im August 1934 aus dem Wirtschaftsministerium gehen lassen, am gleichen Tage wie Feder. Er nahm wohl an, dass Lautenbach zu sehr Feder'schen Gedankengängen folgte. Das Problem der Verkopplung der Reparationen mit der Frage der interalliierten Schulden hat mir zwei Jahre später in Lausanne viel zu schaffen gemacht. Der Botschafterrat Dieckhoff in London war später Botschafter in USA.

Zu S. 269-277 Gustav Brecht, der "schwarze" Brecht, war ein Bruder des "blonden" Brecht, des Ministerialdirektors im Preussischen Innenministerium, des grossen Etatskenner. Die Ausführungen von Curtius in der Ministerbesprechung am 28. Oktober waren nach meinem Gefühl von Anfang bis Ende falsch. Es war nicht richtig, dass wir nur, wenn es uns gut ging, mit erfolgreichen Verhandlungen rechnen könnten. Es war falsch, dass am gefährlichsten die Revision am wenigsten gefährlich die Moratoriumserklärung sei. Richtig war nur, dass wir das eigene Haus selbst in Ordnung bringen müssten. Es war kennzeichnend, dass Schäffer, als er geheime^{me} Dinge zu besprechen hatte, nicht mit Dietrich sprach, sondern alles dem Kanzler vortrug.

Zu S. 277-292 Marcus Wallenberg war ein Freund Schäffers und besuchte ihn, so oft er in Berlin war. Er hatte einen bemerkenswerten Überblick über die politische Lage in der Welt, wie seine Ausführungen zeigen. Bei ihnen ist beachtlich, dass er Hindenburg als grossen "Vertrauensposten" für Deutschland betrachtete. Es ist mir auch heute noch nicht klar, ob Dietrichs "Devisentheorie" so falsch war. Denn schliesslich hatte er ja leider nur allzu recht mit seiner Voraussage, dass es Deutschland bald an Devisen fehlen würde; sobald kurzfristige Kredite abgezogen wurden, brach Deutschland zu-

sammen (1932).

Bülow und Hoesch waren grundverschieden und mochten sich wohl nicht sehr; es ist kennzeichnend, dass Bülow die Berichte des Botschafters entweder oberflächlich oder schulmeisterlich nannte.

Ich kann gut Schäffers Ungeduld verstehen, wenn im Reichsrat hier Bayer Held seinen bayrischen Souveränitätsanspruch aussenpolitisch begründete oder der blonde Brecht seiner Neigung, die Etatskritik allzu tiefgründig und weitschweifig vorzutragen, nachging. Gut kann ich mir auch den choleroschen Dietrich Zorn vorstellen, als er, dies Mal wahrscheinlich zu Unrecht, feststellen zu müssen glaubte, dass Schäffer "jetzt" doch schon eigene Politik mache". Er tat es oft genug. Bei dem Plafondgesetz stand ich auf Seiten Schäffers, während Joel und sein Referent Kritzinger, der spätere Staatssekretär in der Reichskanzlei, die Ansicht vertraten, das Gesetz sei verfassungsändernd. Der Ausdruck "Landesfürsten" wurde nur für die Ministerpräsidenten (später für die Gauleiter), nicht für die Oberfinanzpräsidenten, angewandt.

Zu S.293-299 Der holländische Ministerpräsident Colijn war im Dezember 1931 in Basel Vorsitzender des Ausschusses, der über den von mir als Vertreter der Reichsregierung erstatteten Bericht beriet und das von der Konferenz zu beschliessende Gutachten entwarf; ihm war zusammen mit dem Engländer Rowe-Dutton vor allem zu verdanken, dass das Gutachten so gut für Deutschland ausfiel.

Fritz Baade (1893-) war von 1925 ab Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik. Als solcher und als Reichskommissar bei der deutschen Getreidehandelsgesellschaft stand er im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen. 1935 ging er als Berater der türkischen Regierung nach der Türkei, 1946 nach Amerika. 1948 wurde er als Nachfolger von Harms Direktor des von diesem gegründeten Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Ordinarius an der Kieler Universität, 1949 für die SPD Mitglied des Bundestages. Baade zeichnete neben seiner Sachkenntnis eine unbeeinflussbare Unabhängigkeit des Denkens aus.

Die Notverordnung vom 1. Dezember 1930, das Produkt unendlich vieler Verhandlungen, sollte das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung mittels 28 Einzelgesetzen verwirklichen. Ihr Inhalt konzentrierte sich auf folgende Punkte: Loslösung der Arbeitslosenversicherung vom Etat, Erhöhung der Beiträge von 4 auf 6,5%, Limitierung der Krisenfürsorge auf 420 Mio, Kürzung der Beamtgehälter um 6%, bei den Reichstagsabgeordneten um 20%, Kürzung der Überweisungen an Länder und Gemeinden (388 Mio) und der sächlichen Haushaltsausgaben. Das war der Beginn der nunmehr sukzessiv einsetzenden Sparmassnahmen, welche die Ausgaben des Reiches einschliesslich der Länderüberweisungen von 12 Mrd. 1928 auf weniger als 9 1931 und schliesslich weniger als 8 Mrd. 1932 sinken liessen. Trotzdem stimmte der Haushalt 1931 nur formal, es fehlte das volkswirtschaftliche Gleichgewicht. Die Kassenlage war nach Dreyse's Urteil so gesichert, dass der Ultimo Dezember als gedeckt bezeichnet werden konnte. Man kann Dietrich wohl keinen Vorwurf machen, wenn er in seiner Etatsrede am 4. Dezember sagte: "Der Etat ist ausgeglichen, die Gefahrenmomente sind beseitigt".

Zu S.300-317 Es ist kennzeichnend, dass Schacht nach dem Bericht von Loeb in Berlin zuerst sehr vernünftig, dann über die Regierung schimpfend gesprochen habe, ein Amerika nach dem Bericht von Max Warburg zuerst recht temperamentsvoll, dann aber nur von sich und seiner Stellung zur Regierung redend, und dass Schäffer mit Dreyse über "nutzbare Beschäftigung von Schacht" sprechen zu müssen glaubte. Die Kassenlage war ungünstiger, als die Etatsrede sie hingestellt hatte, im Januar fehlten bereits wieder 50 Mio.. In der BIZ in Basel zweifelte man an der Wirksamkeit der Notverordnung.

In Berlin sagte Brüning, es müsse an der Reparationsfrage etwas geschehen. Damit leitete er die Politik ein, die während der nächsten anderthalb Jahre sein Verhalten ausschlaggebend bestimmte. Der Schwerpunkt lag fortan bei den Reparationen. Auch Curtius hatte seine Ansicht gewandelt; jetzt sagte er durchaus zutreffend, man könne das Reparationsproblem nicht aufrollen, wenn eine Beruhigung auf der ganzen Welt eingetreten sei. Die Befürchtung Luthers, dass der Beratende Sonderausschuss, wenn er allein, ohne grosse Aktion, zusammenträte, in die Hand Frankreichs geraten wür-

de, hat sich nur zum Teil als richtig erwiesen. Tatsächlich versuchte im Dezember 1931 in Basel der Vertreter Frankreichs, Professor Rist, eine für Deutschland ungünstige Einstellung des Ausschusses durch folgende Argumentation zu erreichen: es sei möglich, dass Deutschland zur Zeit zahlungsunfähig sei, aber das sei Deutschlands eigene Schuld, die Zahlungsunfähigkeit sei durch die Verschwendung der Städte, vor allem Kölns, herbeigeführt worden, man dürfe nicht die selbstverschuldete Lage zur Grundlage eines Gutachtens machen. Nur mit Hilfe Colijns gelang es mir, diesen Angriff abzuwehren. In der Kontroverse Melchior/Schäffer - Melchior: man hätte in Versaille nicht unterschreiben dürfen, "weil man nichts unterschreiben dürfe, was man nicht glaubt erfüllen zu können", Schäffer a.A. - stand ich gefühlsmässig auf Seite Melchiors.

Markull, aus der Danziger Kommunalverwaltung stammend, war der beste Kenner der Probleme des Finanzausgleichs in Deutschland. Er konnte die Länder nicht leiden und strebte einen vom Reich einheitlich für alle Gemeinden geregelten Ausgleich an. Diese Regelung setzte er 1943 schliesslich durch, gegen den wütenden Widerstand der "Gaufürsten", mit Hilfe der Parteileitung, die sich nicht im leisesten für die sachliche Frage interessierte, sondern nur stur das tat, was der Abteilungsleiter, der Staatssekretär Reinhardt, vorschlug. Den hatte aber der kluge Markull mit dem Argument gewonnen, das sei ein ungeheurer Prestigegewinn für das RFM. Dabei war Markull ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus und machte auch kein Hehl daraus. So war zuerst das Verhältnis zwischen Reinhardt und Markull frostig. Zufällig war Markull der erste Referent, dessen Vortrag bei mir Reinhardt als neuer Staatssekretär miterlebte. Als ich entgegen Markull's Votum entschied, erhob er sich, sagte: "Ich weiche nicht der höheren Einsicht, sondern nur dem höheren Gehalt", und verliess das Zimmer. Ich lachte hinter ihm her, Reinhardt aber sagte entgeistert: "Darf man hier so etwas sagen?" Markull war ein Original, im dienstlichen wie im Privatleben, aber ein hochgebildeter Mann, der über eine künstlerisch geschliffene Ausdrucksweise in Wort und Schrift verfügte, die er mit Bibelziten zu würzen pflegte. Ihm wurde deshalb auch regelmässig die Aufgabe übertragen, bei Abschiedsfeiern die Rede zu halten. Der Rede

beim Abschied von Schäffer legte er Nadowessirs Totenklage zu Grunde mit dem Schlussvers: Farben auch, den Leib zu malen, Gebt ihm in die Hand, Dass er rötlich möge strahlen in der Selgen Land! Schäffer fiel dieser ungewöhnliche Mann natürlich sofort auf, und er fand an ihm ein grosses Wohlgefallen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1931

Jan.

Mai

Tagebuch des St.S.Schäffer vom 1.1.-31.5.1931

- S.1-9 Interessant, dass Schäffer im Gespräch mit Bülow (S.4) und im Unterschied von diesem den Beratenden Ausschuss ablehnte, der sich Ende 1931 dann als so nützlich für uns erwies und im Gespräch (S.6) mit Professor Vershoven (mir nicht bekannt) für eine Senkung der Löhne eintrat und damit entgegen der heute üblichen Anschauung der Auffassung Brüning's über die Notwendigkeit der Kostensenkung in der Krise recht gab. Die Abweichung von Brüning in der Reparationsfrage trat wieder in der Besprechung bei Melchior (S.8) in Erscheinung, da Schäffer eine Revision erst für möglich bezeichnete, wenn wir eine gewisse finanzielle Stärke erreicht hätten, während Brüning ja unsere finanzielle Schwäche als Voraussetzung für eine Revision ansah.
- S.10-17 Das Wort "Streuung" unter dem 7.1.31 muss falsch sein. Tatsächlich führten wir auf der spanischen Werft den Bau von U-Booten durch, um in dieser Sparte nicht völlig ins Hintertreffen zu kommen. Moltke (S.10) war später bis zum Kriegsausbruch Gesandter in Warschau und starb während des Krieges als Botschafter in Madrid, einer der hervorragendsten deutschen Diplomaten. Die Äusserungen, über die Groener (zu dieser Zeit nur R.Wehrmin.) berichtete (S.11), waren typisch für ^{die} unsinnigen Vorstellungen und Vorschläge, die damals in Wirtschaftskreisen im Schwange waren. Auf S.13 unter 12. Januar muss es wohl Geld - (nicht Gold)-politik heissen, denn es handelte sich mehr um das Moratorium, als um das Goldabkommen zwischen Frankreich und Amerika. Kennzeichnend für Brüning die Äusserung (S.14): "Man muss es bis zum Äussersten kommen lassen, sonst bekommen wir nie eine Ordnung". Aber Schäffer war immer gegen "Äusserstes". Auf S.15, 2. Absatz, muss es "konsortien (für Reichsanleihen, nicht Reichsangelegenheiten) heissen.
- S.18-28 Die Mitteilung Zardens an Brüning (S.18), Luther trage sich mit dem Gedanken seiner Nachfolge, ist charakteristisch für Zardens gefährliche Neigung, Gerüchte weiterzutragen, und zugleich für sein Bestreben, sich beim Kanzler lieb Kind zu machen. Die Bemerkung Brüning's (S.20) über eine Verständigung mit Frankreich "auf der ganzen Linie" ist interessant im Hinblick auf seine

Haltung auf der Pariser Konferenz im Juli, ebenso, im Blick auf die weitere Entwicklung, seine Bemerkung, selbst der Führer der rechten Opposition könne er zähmen. Die Charakterisierung von Ereviranus durch Murnane (S.22) ist völlig zutreffend. Im Hinblick auf die Pariser Konferenz ist auch die Bemerkung Mannheimers (S.23) bedeutsam, 1-2 Mrd. frcs könnten immer beschafft werden, wenn das politische Verhältnis zu Frankreich gebessert würde. Hinsichtlich der Einigung mit Frankreich sollte sich Bülow's Ansicht, dass der Weg einer Militärkonvention sehr ungeeignet sei, später voll bestätigen. Der vernünftige Plan (S.28), 5-6 spezielle Botschaftsräte für Finanz- und Reparationsfragen auszubilden und den wichtigsten Stellen zuzuteilen, ist m.W. nie verwirklicht worden.

S.29-45

Schäffer hat mir nie etwas von Dietrich's Liebeserklärung (S.31) erzählt. Die Ernennung ^{Dr.} ~~Dr.~~ zum Präsidenten des Reichsfinanzhofs war für mich von Bedeutung, weil ich nun neben der Leitung der Etatsabteilung auch die der Reparationsabteilung zu übernehmen hatte. Die Aufforderung Schachts (S.32) an Murnane, die Regierung Brüning nicht zu stützen, war nicht nur ~~war~~ unverantwortlich, sondern für einen so klugen Mann auch erstaunlich töricht. Er musste sich doch sagen, dass Murnane mit seinen Freunden von Mendelssohn darüber sprechen und dass es auf diesem Wege der Regierung zu Ohren kommen würde.

Schäffer hat mir von einer Unterhaltung mit Somary -ich weiss nicht, ob es die am 25./26.1.1931 war- erzählt, bei der dieser auf Schäffer's Frage, wann die Krise zu Ende gehen werde, erklärt habe: erst müssten drei Dinge passieren, England müsse sich vom Pfund lösen, die Berliner Grossbanken müssten zusammenbrechen und der Kreuger-Konzern müsse Pleite machen. Als Somary in den ersten Monaten 1932 wieder in Berlin war, sagte ihm Schäffer, zwei der Voraussetzungen für das Krisenende seien nun eingetroffen, ob ~~man~~ nicht der Kreuger-Zusammenbruch erspart bleiben könne. Leider nein, erwiderte Somary, aber wir brauchten nicht mehr lange zu warten. Kurze Zeit darauf nahm sich Kreuger in Paris das Leben. Als ich am Morgen des 31.Mai 1932 in Paris ankam, traf ich im Foyer meines Hotels Somary und sprach ihm meine Bewunderung über seine Voraussagen aus. Er entgegnete, wir Deutsche seien merkwürdige Leute, wir nähmen uns nie Zeit, über eine Sache mal ruhig nachzudenken. Mich, z.B.

halte er für intelligent genug, um, wenn ich einmal die Probleme gründlich bedacht hätte, die gleichen Voraussagen machen zu können. Ich habe das lachend in Abrede gestellt. Etwa 25 Jahre später fragte ich Schäffer, ob er Somary einmal wieder-gesehen und ihn um eine Zukunftsdiagnose befragt habe. Schäffer antwortete, er habe Somary vor noch gar nicht langer Zeit in USA getroffen und tatsächlich an ihn eine solche Frage gerichtet. Somary habe aber gesagt, Voraussagen könne man nur machen, wenn man über Menschen und Dinge genau Bescheid wisse. Das werde durch den Eisernen Vorhang für einen Teil der Welt unmöglich gemacht. Er könne daher keine fundierte Prognose stellen, sondern sich nur aus dem Gefühl heraus äussern. Gefühls-mässig neige er zu der Ansicht, dass es keinen Krieg geben werde, aber die westlichen Demokratien würden zusammenbrechen.

Der Eindruck Somarys (S.43/45), dass Schacht unter dem Young-Plan leide und möglichst bald vor dem deutschen Volk als Verfechter einer besseren Lösung erscheinen möchte, ist sicher richtig, ebenso dass er für die Nazis eine tiefe Verachtung hegte. Aber ich glaube nicht daran, dass sein Ehrgeiz nicht dahin gegangen sei, Politiker zu werden, sondern einmal eine hohe unpolitische Stellung zu bekleiden. Das könnte doch nur der Posten des Reichspräsidenten gewesen sein. Ich habe nie gehört, dass man ernsthaft an Schacht als Kandidaten hierfür ^{gedacht} oder dass er sich Hoffnungen darauf gemacht habe.

S.45-56

Der Unterhaltung mit Bülow über die Reparations-Attachés (S.47) entsinne ich mich nicht. Aber ich habe eine vage Erinnerung an die geplante Entsendung von Hans Meyer nach Paris. Ich kann also nicht mehr behaupten, dass der Attaché-Plan nicht verwirklicht worden sei.

Der Inhalt des Plans d'Ormesson (S.49) ist mir nicht mehr erinnerlich. Schäffer erläutert ihn auf S.60.

In Lausanne habe ich 1932 mit meinen französischen Freunden eine lange Aussprache darüber gehabt, warum die Franzosen im Gegensatz zu den Engländern auch solche deutsche Forderungen ablehnten, deren Berechtigung selbst sie nicht bestreiten könnten. Der Grund sei, sagten meine Freunde, darunter Coulonde ^{de} der spätere französische Botschafter in Moskau und Berlin, unsere verdammta Artischockenverfahren. Sobald wir ein Blatt

herausgegriffen hätten, griffen wir zum nächsten. Die Richtigkeit ihrer Theorie hätten sie an Schachts Plänen (S.51) demonstrieren können. Es ist begreiflich, dass Schäffer und Dräyse sich wieder einmal den Kopf darüber zerbrachen, wie er unschädlich zu machen sei.

Emile Francqui (1863-1935), der Gouverneur der belgischen Nationalbank gewesen war, 1926/27 unter Henri Jaspar und 1934/1935 unter Georges Theunis dem Kabinett als Minister ohne Geschäftsbereich angehörte hatte, und 1932 in Lausanne Belgien auf der Reparationskonferenz vertrat, war ein besonders gewiegter Geschäftsmann mit politischem Spürsinn.

Bei der Besprechung Schäffers mit Bülow (S.52/56) tritt deutlich in Erscheinung, wie wenig selbst geschulte Diplomaten (Sackett's 10 Mrd.-Anleihe) und erfahrene Politiker (Otto Brauns Saarverhandlungen) von Finanzsachen verstanden. In der von Bülow geplanten Zollunion mit Österreich sah Schäffer die gefährlichen Wirkungen klarer und richtiger voraus als der Staatssekretär des AA. Bemerkenswert ist, dass Schäffer als Voraussetzung für eine Freigabe Russlands von den Franzosen eine annehmbare Regelung der Reparationen und der östlichen Grenzfrage (mindestens Beseitigung des Korridors und Garantie dieser neuen Grenze) verlangen zu müssen glaubte. Er schien es doch für denkbar zu halten, dass die Franzosen hierauf eingingen.

S.56-64

Die Auffassung von Bendix (S.57), dass die Republikaner "abgewirtschaftet" hätten, war richtig. Nachdem sie 12 Jahre lang an der Herrschaft gewesen waren (mit Harding, Coolidge, Hoover), kamen nun die Demokraten an die Reihe, aber nicht mit Ritchie, sondern mit Delano Roosevelt.

Warburgs Ansicht (S.59), das Brüning nicht verstanden habe, zündend zu wirken, trifft den Kern der Sache. Brünings völliger Mangel an Massenpsychologie -in kleinerem Kreis konnte er stark wirken- war die Ursache seines Scheiterns. Der kluge Schleicher sah frühzeitig diesen Mangel und sagte in der ihm eigenen burlesken Ausdrucksweise, Brüning müsse regelmässig im offenen, mit vier Schimmeln gespannten Wagen die Linden herunterfahren. Brüning verstand überhaupt nicht den Sinn des Vorschlags. War-

burgs Gedanke, im Osten zu kolonisieren und die Durchführung ausgerechnet der Volkspartei zu übertragen, zeigt, wie naiv auf dem Gebiet der Massenwirkung, selbst Pläne überaus kluger Bankiers sein konnten. Aber sein Vorschlag, etwaige Ersparnisse bei der Arbeitslosigkeitsversicherung zur Senkung der Beiträge zu verwenden, war wohl zweckmässiger als Schäffers Gedanke, einen Reservefonds zu schaffen.

Die Bemerkung Schäffers zu Dreyse (S.60), wir müssten für den Mai und Juni bankpolitisch stark sein, ist wieder ein Beweis für seine ungewöhnliche Fähigkeit, die wirtschaftliche- und politische-Lage richtig zu beurteilen und daraus Voraussagen für die kommende Entwicklung abzuleiten.

Es ist immer wieder überraschend zu hören, wie intensiv die grossen internationalen Bankiers, die Wallenbergs, ebenso wie die Warburgs, über die deutsche Frage nachgedacht haben und zu welchen praktischen Vorschlägen sie gekommen sind (Paul Warburg S.61), ebenso, wie unverblümt Schäffer erklärt, er werde sich nicht wie Hilferding und Popitz von den Banken behandeln lassen, und in Aussicht stellte, die Geldgeschäfte des Reiches künftig mit ausländischen Banken zu machen (S.62). Es ist auch kennzeichnend, dass Warburg für Schäffers Standpunkt, es gehe nicht, dass die deutschen Banken immer wieder alles persönliche Unglück auf das Geschäft mit dem Reich zurückführen, Verständnis hat, Luther dagegen vor Empfindlichkeit warnt (S.63).

Was Wallenberg über die öffentliche Meinung in Frankreich sagt (S.64), deckt sich völlig mit dem, was wir in Lausanne Coulondre u.Gen. sagten. Sie führten die Haltung der französischen Regierungen gegenüber Deutschland nicht nur auf die deutsche Artischockenpolitik, sondern auch darauf zurück, dass jeder französische Staatsmann die allgemeine Einstellung berücksichtigen müsse und sich deshalb vor einem zu grossen Entgegenkommen gegenüber Deutschland hüte.

S.65-74

Die enteigneten deutschen Bauern (S.65) waren jahrelang ein Spielball im Streit Reich/Preussen. Sie sassen in Sammellagern, während die Ressortvertreter endlose Debatten darüber führten, ob Preussen sie zu entschädigen habe, weil sie preussische Ansiedler seien, oder das Reich, weil es sich um Kriegsfolgen

handle. Da man sich nicht einigen konnte, ging es wie in Heines Lied von den zwei edlen Polen, es "zahlte keiner von den beiden". Meine Bekanntschaft mit Schlieben, dem späteren Reichsfinanzminister, stammte aus dem Winter 1923/1924. Als Referent des RFM für Entschädigungen sagte ich in einer Resortbesprechung, in der eine Aufbauhilfe für die noch immer in Bagern verkommenden Bauern wieder an der Grundsatzfrage zu scheitern drohte, ich könne es nicht mehr mit ansehen, daß der Streit zwischen Reich und Preussen auf dem Rücken dieser armen Kerle ausgetragen würde, das Reich werde daher die verlangten 5 Mio bereitstellen, vorbehaltlich der Entscheidung, wer den Betrag endgültig zu zahlen habe. Als die 5 Mio angefordert wurden, liess mich Schlieben kommen und putzte mich mächtig herunter. Er war damals als Etatsdirektor dafür verantwortlich, dass das Reich mit den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln auskam. Davon hing das Schicksal der Rentenmark ab. Schlieben konnte ganz schön temperamentvoll werden. Zornrot schrie er, ob ich denn keine Ahnung habe, wie es mit den Reichsfinanzen aussehe. Ich schloss meine Verteidigung mit dem Satz, ich sei überzeugt, dass er an meiner Stelle genauso gehandelt haben würde. Da lachte er und gab mir die Hand. Das Reich und Preussen einigten sich und trugen gemeinsam die Last; ich weiss das Verhältnis nicht mehr, aber das Reich übernahm den Löwenanteil. Trotzdem versuchte Preussen immer wieder, seinen Anteil noch weiter zu senken. Schäffer wusste, dass Dietrich erst schrie und dann nachgab, vor allem, wenn der Partner sein Parteigenosse und Amtskollege, der zähe und unnachgiebige Höpker-Aschoff, war.

Mit Hoesch (S.65) war sich Schäffer wieder einig darin, nicht den Weg des Moratoriums oder der Revision zu gehen, sondern den der "kleinen" positiven Schritte, der Umwandlung von Bar- in Sachleistungen u.s.w. Genau das Gegenteil, die sofortige Sperrung aller Reparationszahlungen, verlangte Schacht (S.65). Es ist erstaunlich, dass Schacht die Gefahr des Abzugs kurzfristiger Kredite so unterschätzte und auch das "Chaos", durch das wir hindurchmüsstem, auf die leichte Achsel nahm.

Warum Dietrich die Beteiligung belgischen Kapitals an der Bewag (S.67) so zornwütig ablehnte, weiss ich nicht mehr. Er konnte doppelt wütend werden, wenn ihm die Menge des am Vortage genossenen Alkohols das Blut noch in Wallung brachte oder wenn er, was leider nicht allzuseiten geschah, direkt unter Alkoholeinfluss stand.

Unter Ziff.3 (S.68) muss wohl in der zweiten Zeile "Regendanz von" gestrichen werden. Wie Regendanz mit Benesch, von 1929-1935 Aussenminister, von 1935-1938 Staatsoberhaupt der Tschechoslowakei, zusammengekommen ist, weiss ich nicht!

Es bleibt erstaunlich, dass Bülow mit der "Aufregung in der Welt" über die Zollunion (Ziff.4) für April rechnete, dass aber beide Staatssekretäre, die sonst jede Erregung der öffentlichen Meinung durch Aufwerfen der Reparationsfrage zu vermeiden suchten, dieser Aufregung so gleichmütig entgegensahen.

Als Schäffer das Buch von Schacht "Das Ende der Reparationen" (Ziff.5) las, sagte er mir, er teile es nicht nach Seiten, sondern nach Lügen ein. Er sei gerade bei Lüge Nr.86.

Luthers Erstaunen (S.71) darüber, dass auch die Finanzierung 1931 Schwierigkeiten mache, wirkt etwas überraschend. Daß nach dem Krisentrend die Einnahmen zurückgingen und die Ausgaben stiegen, konnte niemanden verwundern. Dietrichs Versuch, den Haushalt für "in sich ausgeglichen" zu erklären, scheiterte an der Tatsache, dass nach dem Schuldentilgungsgesetz die Verpflichtung bestand, für Schuldentilgung 420 Mio aufzubringen. Luther und Schäffer hatten völlig recht, wenn sie ausführten, die Nichtbefolgung des Gesetzes würde einen miserablen Eindruck machen, und es verstosse gegen den Sinn des Gesetzes, 420 Mio zu tilgen und in gleicher Höhe neue schwebende Schulden aufzunehmen. Nachdem man über eine Senkung der Beamtengehälter und eine Wiedererhöhung der Umsatzsteuer debattiert, die Bedenken, die dagegen sprachen, erörtert hatte und zugleich sich darüber einig geworden war, dass "etwas Entscheiden des" geschehen müsse, zog Brüning die Konsequenz; ohne Aufrollung der Reparationsfrage komme man nicht durch (S.73). Schäffer brachte seine Lieblingsidee vor, Barleistungen in Sachleistungen umzuwandeln, und das Reparationsproblem nur im

Zusammenhang mit einem solchen Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzurollen, fand damit aber wenig Gegenliebe.

S.75-84

Die Verhandlungen über die Beag (S175 ff) nehmen einen grossen Raum ein. Schäffer hatte sicherlich recht mit der Feststellung, dass Finanzstellen leicht zu einer Einigung kämen, dass aber zwischen den Elektrizitätsunternehmen grosses Misstrauen herrschte. Wenn er aber fortfuhr (S.77), dass Lenzmann ebenso schlimm sei, wie Frank, dann muss ich hier doch zum besseren Verständnis hinzufügen, dass ich zwar Frank von der Preag nicht kenne, dass aber Lenzmann von der Viag ein besonders korrekter und honoriger Mann war.

Der Botschafter Sackett bewies durch seine Ausführungen (S.77), dass er doch von Finanzdingen etwas zu verstehen schien. Was er über den Absatz deutscher Schuldwarschreibungen sagte, war gar nicht dumm.

Bei der Unterhaltung mit Dreyse (S.79) fällt einmal auf, dass Schäffer von dem "merkwürdigen" Eindruck berichtet, den Schacht beim Reichskanzler (Anfang März) auf die Beteiligten gemacht habe, und dass Dreyse wie von etwas Selbstverständlichem davon spricht, den Korridor würden wir doch einmal zurückbekommen.

Ich kenne das Weissbuch von Gaus über Schachts Buch (S.80) nicht und weiss auch von keiner keulenschlagartigen, oder sonstigen Erwiderung. Schäffer hatte Recht, man müsse erst das Material zusammenhaben, bevor Curtius, wie er beabsichtigte, Schacht als "einen pathologischen Warren oder einen gemeinen Schwindler" bezeichnete (S.82).

Wen Pater Klöckner bei seinem Bericht über Russland (S.80/81) mit ~~12~~ russischen Machthabern und dem 33 jährigen General gemeint hat, weiss ich nicht. Volkskommissare waren damals Molotow, Litwinow, Menschinskij, Woroschilow, Grinko, Krylenko, Andrejew, Kuybischow.

In der Unterhaltung mit Melchior (S.83) bezeichnete dieser Regendanz, den er seit seiner Kindheit kenne, als sehr klug, in seinen privaten Angelegenheiten sehr vorsichtig, nicht sehr diskret, aber anständig. So kann man wohl unterstellen, dass sein Bericht über Beneš zutraf. Aber Melchiors Einwand, dass

tschechische Banken schwerlich Kredite aus Frankreich vermitteln könnten, entzog dem Plan -Unterstützung der ehrgeizigen Pläne Benšch' gegen französische Kredite - den Boden.

Melchior revidierte, als Schäffer einige Teile des Schacht'schen Buches mit ihm durchging, seine bisherige Ansicht, bis auf einige Gemeinheiten sei es nicht unanständig geschrieben. Das kann doch nur heissen: auch Melchior musste zugeben, dass es unanständig geschrieben sei. Wenn man dann noch erfährt, dass auch Männer wie Bernhard Harms (Leiter des Weltwirtschaftlichen Instituts in Kiel) und Luther fanden (S.84), gegen das Buch müsse unbedingt etwas geschehen, dann bleibt es ~~un~~verwunderlich, dass das Buch trotz mancher Gegenchriften bis heute seinen Ruf als bedeutenden Werk und als Geschichtsquelle ^{behalten} hat. Schäffer wäre wohl der einzige gewesen, der es mit Erfolg hätte zerpflücken können.

S.85-89

Wenn man die Besprechung in der Vorstandssitzung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung liest, muss man die ungewöhnliche Geschicklichkeit Schäffers bewundern, mit der er die aufgeregten Gemüter der Ländervertreter, die Sorgen wegen ihrer Staatsbanken hatten- der Sachse Paetzsch- -Heffler war übrigens ein besonders kenntnisreicher und intelligenter Mann-, der Gemeindevertreter, die darin interessiert waren, dass der Geldverkehr der Reichsanstalt sich nicht über die Reichsbank, sondern die Girokassen abwickelte, der Gewerkschaften, die einen Abbau der Arbeitslosenversicherung befürchteten und deshalb auf Reichskrediten bestanden, zu beschwichtigen verstand und trotzdem unverbrüchlich an dem Grundsatz der finanziellen Trennung der Reichsanstalt vom Reichsetat festhielt. Er wird gedacht haben: Gott schütze mich vor meinen Freunden! Denn der einzige, der ebenfalls den Weg über den Reichsbankkredit befürwortete, war der Vertreter der Arbeitgeber, Dr. Erdmann, er bestand aber auch auf dem vollkommenen Ausgleich des Haushalts der Reichsanstalt; notfalls müssten eben die Leistungen eingeschränkt werden. Das war aber gerade das, was die Gewerkschaften fürchteten. Schäffers Ausführungen wirkten (s.Syrups Mitteilung /S.94).

Da Die S.90-95 finden sich hinter 96-99.

Das Schachtbuch spielt wieder eine grosse Rolle, in Besprechungen mit Melchior (S.90) und Luther, (S.96), der über den starken

Eindruck berichtet, den das Buch auf viele seiner Freunde gemacht habe, und mit Curtius (S.104), dem Schäffer eine Zusammenstellung der grössten Unwahrheiten zusagt, und mit Dernburg (S.104), der mit der Schäffer'schen Ausarbeitung sehr einverstanden ist.

Im Kabinett wird am 16.3. die Zollunion mit Österreich eingehend besprochen (S.90/94). Auch Gefahren werden hervorgehoben, merkwürdigerweise vor allem die, dass das Reich unter die Fuchtel Österreichs kommt (tu felix Austria, nube). Nur Gaus, der kluge Jurist, sieht die Schwierigkeiten, die anderen Länder machen werden, voraus. Aber sein Chef Curtius will sie nicht sehen, klagt Gaus in einem nur für Schäffer bestimmten Stosseufzer. Schäffer teilt zwar die Ansicht von Gaus, hält aber doch die Sache nicht für so schlimm und sieht einen Vorteil darin, dass man nun wenigstens die Reparationsfrage nicht anrühren kann.

Als eine "possible basis" für die Erörterung der Reparationen wird ein Bericht der Internationalen Handelskammer (S.96) angesehen. Brüning und Dietrich möchten, dass er veröffentlicht wird. In einer Besprechung hierüber mit dem deutschen Mitgliedern, Dernburg, Frowein, Melchior, Bergmann, Hamm, warnt Schäffer vor einer Veröffentlichung in Deutschland. Er hat völlig recht, dass man darin die Hand der deutschen Regierung sehen und dass das die Stellung der deutschen Gruppe in Washington schädigen würde. Auch hier ist, wie so oft, die Unabhängigkeit bemerkenswert, mit der Schäffer seine Ansichten vertritt.

S.100-110 Diese Unabhängigkeit zeigte er auch im Gespräch mit dem besonders klugen und menschlich anziehenden, sozialdemokratischen Gesandten Adolf Müller (S.101), der ihm mitteilte, Brüning scheine die Reparationsfrage nach Ostern anschneiden zu wollen. Schäffer sagte, der Kanzler glaube, die beabsichtigten einschneidenden Deckungsmassnahmen aus innerpolitischen Gründen nur bei gleichzeitiger Aufrollung der Reparationsfrage treffen zu können. Er selbst halte im Augenblick den Zeitpunkt hierfür nicht für günstig. Auch für ein Transfer-Moratorium sei die Zeit nicht gekommen. Und dann

waren sich die beiden Sozialdemokraten darüber einig, dass die Kostenfaktoren, auch die Löhne, herabgesetzt werden müssten.

Die geringe Rentabilität war auch der Grund dafür, dass mit Russland -und auch mit anderen Ländern- nach Auskunft der Wirtschaftler (S.103) ~~so~~ wenig Geschäfte gemacht wurden. Es fällt auf, dass der Reichskanzler nach Mitteilung eines von ihnen die verlangte Garantie des Reiches für den Russenkredit, über den bei Trendelenburg verhandelt wurde, bereits zugesagt hatte, dass aber der zuständige Staatssekretär hiervon nichts wusste.

In dem langen Gespräch mit Eberstadt (S.104-108), wohl einem amerikanischen Journalisten -ich kenne ihn nicht-, ist bemerkenswert die Erklärung Schäffers, eine endgültige Gesundung, sowohl in Deutschland wie in der Welt, sei nur möglich, wenn die Reparationen beseitigt würden, und die Auffassung Eberstadts, die Amerikanier müssten von sich aus, nicht auf Grund fremder Einwirkungen (Schacht), die Schädlichkeit der Reparationen erkennen. Bei der Aussprache über Russland war sich Eberstadt im Zweifel, ob der propagierte hermetische Abschluss aller Länder gegen Russland möglich sei und wirksam sein würde, während Schäffer am europäischen Judentum, vor und nach der Emanzipation, exemplifizierte, dass ein Aufhören des Drucks den Zusammenhalt, insbesondere auch die weltanschauliche Einheit, lockere.

Aus den Besprechungen bei Luther (S.108), beim Reichskanzler (S.109) und mit Vertretern des Reichsarchivs (S.109) ist nur erwähnenswert, dass jetzt Harms ein Gremium zur Erörterung der Reparationsprobleme bilden sollte, und dass das Schacht'sche Buch nicht von der Regierung, sondern von Historikern widerlegt werden sollte, am besten vom Reichsarchiv.

S.110-122

Während seines Aufenthalts in Italien vom 29.3. bis 14.4. 1931 hat Schäffer eine Ausarbeitung über die Reparationen vom 9. April angefertigt. In der Zollunionsfrage sah Berger jetzt schwarz, beklagte sich, dass durch diese Sache die Reparationsfrage gestört würde, und zuckte auf Schäffers Einwendung, dann hätte man den Kanzler davon abmahnen müssen, nur die Achseln. Das konnte ebensogut geissen: warum hast du es denn nicht getan?, wie; auf das AA hört der Kanzler doch nicht. Unter dem 17. April, 1. Absatz, muss der Satz

in der 5. Zeile "War das der Kanzler?" so gelesen werden:
 "War das dem Kanzler klar?"

Das lange Gespräch mit Bülow enthält eine Reihe höchst interessanter Punkte: zunächst den bekannten Hinweis, der Kanzler könne sich zu Einsparungen nur entschliessen, wenn die Reparationsfrage angeschnitten würde, dann Schäffers Deckungsvorschläge (Einsparungen bei Kriegsbeschädigten, Invaliden und Beamten, keine Umsatzsteuererhöhung), Frage, ob die Reparationsfrage zum Schein oder ernsthaft aufgerollt werden solle, ob nach dem Plan des Grafen Heinrich Bernstorff (1862-1939), -der von 1908-1917 deutscher Botschafter in Washington war, als Demokrat und Anhänger eines Verständigungsfriedens scharf kritisiert wurde, 1919 den Aussenministerposten ablehnte, seit 1921 im Reichstag sass und 1926 die Vertretung der Abrüstungskommission in Genf übernahm, - Amerika, England und Frankreich Ersparnisse aus Abrüstung zum Erlass von Reparationsforderungen verwenden könnten und ob der deutsche Wehretat bei Gewährung grösserer Rüstungsfreiheit herabgesetzt werden könne. Schleicher hielt das für möglich, der Chef der Heeresleitung, Hammerstein, war dagegen, aber Bülow meinte, Hammerstein, den ich in meinem Buch "Es geschah in Deutschland" den "lässigen Seigneur" genannt habe, werde sich wohl strecken. Die Abrüstungskonferenz musste nach Bülows Ansicht auf alle Fälle begonnen werden und sollte mit der Rüstungsfreiheit, zugleich aber mit der Zusage der Reichsregierung schliessen, sie werde von dieser Freiheit nur in geringem Umfang und bestimmter Höhe Gebrauch machen. Von einem Angebot, die Rüstungen schon jetzt faktisch zu beschränken, versprach sich Schäffer nicht viel. Da Bülow den Kanzler als zugänglich für Gegenwände gegen die Aufrollung der Reparationsfrage bezeichnete, meinte Schäffer, er werde ihm seine Denkschrift schicken; die Reparationsfrage solle man nur dadurch in Fluss bringen, dass Deutschland zunächst durch Kreditgewährung und - Schäffer war hartnäckig - Umwandlung der War- in Sachleistungen Erleichterung verschafft wurde. Bei der Berechnung über die Aussichten von Chequers ist Bülows Mitteilung interessant, dass Kasep Broning dringend abgeraten hat, hinzuzufahren. Aber Bülow hatte mit seiner Ansicht Recht,

dass die Sache nur Zweck habe, wenn Brüning teilnahm; ihn wollten die Engländer sehen, nicht Curtius. Bemerkenswert ist auch Bülow's Ansicht, dass der beginnende Abfall von Hitler mit von der Wilhelmstrasse inszeniert worden sei und dass der Kanzler nicht eine Spaltung der Partei, sondern ihre Vernichtung wolle.

- S. 122-131 Eisenlohr, der spätere Gesandte, ist der erste, der dagegen ist, das Schacht'sche Buch zu bekämpfen. Das Argument, dass man dadurch die aussenpolitische Wirkung des Buches, die es zweifellos hatte und die für uns günstig war, abschwächen würde, war durchaus beachtlich.

Der Staatssekretär Bergmann, der vom August 1919 bis September 1921 Staatssekretär im APM war, das Reich bei der Hopko in Paris vertreten hatte und von 1921 bis 1924 als Vertrauensmann der Reichsregierung bei den Reparationsverhandlungen fungiert hatte, war einer der besten Sachkerner auf dem Gebiet der Reparationen.

Bulow (S. 124) war immer dafür, seinem Chef Curtius, wenn er zu Verhandlungen fuhr, Begleitung mitzugeben. Denn so klug Curtius war, Diplomatie war nicht seine starke Seite, und er neigte dazu, "heroisch" zu werden, auch wenn's nicht nötig war.

Was Brüning und Luther (S. 124) gegen Dittwitz, unseren Botschafter in Washington, hatten, weiss ich nicht. Ich hatte ihn nur flüchtig kennen gelernt und hatte nicht den Eindruck einer überragenden Persönlichkeit; er schien gewandt und glatt zu sein, war aber nicht mit einem Mann wie Loesch zu vergleichen.

In der sehr interessanten Debatte (S. 124-128), in der Somary für, Hilferding, Loeb und Gregory, mit verschiedenen Begründungen gegen eine Zollunion mit Frankreich waren - dessen Plan nahm Curtius im Juli 1932 auf der Pariser Konferenz, im ungeeignetsten Augenblick, wieder auf und fiel damit so aus der Rolle, dass auf die flehentlichen Blicke von Bulow und mir der grossartige Übersetzer Schmidt eine herrliche französische Übersetzung von Stapel liess, in der kein Wort von Zollunion vorkam (nur François-Poncet neckte

Das Spiel) war auch Schaffer für den kürzeren Weg zur politischen Einigung. Dabei nannte er als Forderungen die Erleichterung der Reparationen und die Aufhebung des Polnischen Korridors, als mögliche Gegenleistung ein Entgegenkommen in der Abmattungsfrage und die Umwandlung von Darlehen in Sachleistungen. Schaffer blieb konsequent.

Auch der kluge Wallenberg (S. 128) irrte sich in der Annahme, dass Frankreich die deutsch-österreichische Zollunion hinnehmen würde. Schaffer war im Gespräch mit Somary (S. 129) hierüber in diesem Punkt skeptischer. In der Reparationsfrage war Wallenberg (S. 134) gegen ein Aufrollen der Reparationsfrage im gegenwärtigen Moment und für eine Konferenz, in der alle Kriegsschuldungen auf 5 Jahre gestundet wurden.

Gegenüber Hoff (S. 130) beantwortete Schaffer die Frage, ob das deutsche Elend so überzeugend wirken könne, dass die Gläubigermächte ihren Völkern selbst Steuererhöhungen zumuteten, mit der einleuchtenden, aber nicht durchschlagenden Feststellung, dass die Finanzminister der Reparationsgläubiger dazu nicht stark genug seien, und stellte zwei Möglichkeiten zur Debatte: entweder Verständigung mit Frankreich auf breiter Basis, wobei wir mit einer Vertagung der Abmattungsfrage einverstanden sein und auf Zollunion mit Österreich wie mit Frankreich verzichten müssten, oder Annäherung der Reparationsfrage mit dem Ziel, Anleihen und (Schaffers Steckenpferd) Sach- statt Darlehen zu erreichen.

S. 132-133 Bei der Deckung des Defizits hat man sich nun doch neben der Ausgabenkürzung (Beamtenbesoldung) zu einer "kleinen" Umsatzsteuererhöhung entschlossen. In der Deckungsfrage war Schaffer nicht so konsequent wie in der Reparationsfrage (S. 133).

In der Besprechung mit Nathan (erhob Schaffer) der die neue Lehre der Krisenbekämpfung Frisch aus Amerika mitbrachte und als Forderungen der Konjunkturpolitik in der künftigen Zeit Fondsbildung und Schuldentilgung nannte, den Einwand, dass die Vorflüssigung durch Schuldentilgung die Wirtschaft

noch stärker anfeuern. Er hätte sich als Beweis auf die Vorgänge nach 1870 berufen können. Als man damals die französische Kriegsentschädigung weitgehend zur Schuldentilgung benutzte, überstutzte sich die Konjunktur derartig, dass der Krisenrückschlag von 1873 eintrat. Welcher der Doppelwirkungen der Schuldentilgung das Schwergewicht beizumessen sei, ist auch heute noch unstritten. Über Amerikas Haltung zur Kriegsschuldenfrage gab Nathan die von allen Amerikanern geteilte Auffassung bekannt: Sympathie für Deutschland, Schuldensenkung nur in Verbindung mit Abrüstung denkbar, Anstoß darf nicht von Deutschland kommen.

Bei Droyse (S. 134) sprach sich Schäffer für ein grosses Arbeitsbeschaffungsprogramm aus. Ihm war natürlich klar, dass dies nicht möglich war ohne Auslandskredite und/oder Kreditschöpfung im Innern. Einem Vorgehen in dieser Hinsicht hat der unter der Furcht vor Inflation stehende Präsident Luther stets schärfsten Widerstand geleistet. Droyse war in dieser Hinsicht "moderner". Er hat ja denn auch später die neuen "Wechsel" erfunden, die der Reichsbank als Grundlage für Kreditgewährung dienten.

In der Besprechung mit Nowar, Warburg und Nathan (S. 135) kam ein Gegensatz in der Auffassung über die Schädlichkeit der Reparationen zum Ausdruck. Der Auffassung Nowars, dass durch die Exportüberschüsse, die Deutschland erzielen müsse, ein um Reparationen leisten zu können - einer Auffassung, von der auch Dietrich ausging - widersprach Schäffer: sie sei "wahrscheinlich unrichtig". Aber auch seine Argumente waren nicht voll überzeugend.

Den vom Abg. Hoff (S. 136) gemachten Vorschlag, die Notverordnung im Sinn der Erfüllung von Forderungen des Reparationsagenten Gilbert auszurufen und zugleich anzukündigen: wenn dieses Mittel bis zum 1.1.1932 Versage, werde man den Gläubigern sagen müssen, man könne nicht mehr zahlen, teilte Schäffer in seiner langen Unterhaltung mit Brüning (S. 137-143) dem Kanzler mit, dem dieser Plan gefiel. Brüning sagte bei dieser Gelegenheit u.a., er habe die Zollunion mehr toleriert, als betrieben; ein Sieg sei kaum mehr zu erwarten. Wenn das stimmt, fragt man sich, wie der Kanzler

eine Sache, deren Wichtigkeit und Gefährlichkeit ihm doch klar gewesen sein muss, "tolerieren" konnte. Um an die Möglichkeit einer deutsch-französischen Zollunion zu glauben, wie Schäffer (S. 143) sich wenigstens den Anschein gab, dazu gehörte allerdings "Handelspolitische Phantasie", wie er sie dem braven Ernst aussprach. Das war in Wirklichkeit ein Fachmann hohen Grades, aber von unüberbietbarer Mächtigkeitsheit. Man hielt ihn aber wohl für notwendig, um Curtius zu "beschatten".

S. 145-153 In der Kabinettsitzung (S. 143) ergab sich überraschenderweise, dass Dietrich die von Schäffer vorgeschlagene "kleine" Umsatzhöhung durchaus nicht haben wollte; wenn überhaupt, dann die grosse. ~~Zam~~ schloss sich Dietrich an, der Kanzler dagegen Schäffer.

Beim Abendessen bei Brüning (S. 144) trug Berger die verschiedenen Möglichkeiten der Reparationslösung vor. Nach der Ernennung Dorns zum Präsidenten des Reichsfinanzhofs war Berger vorübergehend Leiter der Reparationsabteilung. Aber man war sich wohl allseitig klar darüber, dass er ein vorzüglicher "zweiter Mann", aber eben kein erster sei; so glaubte auch Bulow, ihn für internationale Verhandlungen nicht empfehlen zu können. Bald darauf wurde mir neben der Leitung des Stats- auch die der Reparationsabteilung übertragen. Bei Dietrich glaubte dagegen Bulow, er könne in geeigneter Begleitung ganz gut wirken. Eine Probe seines Auftretens gab Dietrich gleich bei Brüning, indem er, wahrscheinlich wein- und zornglühend, weil Luther vor einem Moratorium gewarnt halte, seinerseits erklärte, er behalte sich vor, unter Androhung seines Rücktritts, das Moratorium zu fordern. Als das Gespräch unter dem Einfluss des Weins noch nicht "phantastisch" geworden war, bekannte sich Wendelenburg zu der von Schäffer angezweifelten Auffassung, es sei wichtig, in der Konjunktur Schulden zurückzuzahlen, damit in der Krise neue gemacht werden könnten. Auch ich neige dieser Ansicht zu.

In der Unterhaltung mit Donn (S. 146) äusserte dieser, die Krise könne nur durch Ausbrennen enden, nämlich, wenn alle Preise auf ein gleichmässig tieferes Niveau gekommen

seien. Das war die klassische Theorie der Krisenbekämpfung, der auch Brüning, mindestens während der ersten Hälfte seiner Regierung, anhing und wegen der er später von Historikern und Wirtschaftlern so heftig getadelt worden ist.

Die lange Besprechung mit Henry Goldmann (S. 147/155) zeigte wieder einmal sehr deutlich Schäffers aussergewöhnliche Gewandtheit, kluge Argumente gut vorzubringen und damit den Gesprächspartner zu beeinflussen. Unter den Ratschlägen des weisen alten Bankiers war bemerkenswert der, an die amerikanische Sentimentalität zu appellieren - deshalb wirkte dort das Hoover-Moratorium im Sommer 1932 so stark -, Verschwendungsquellen abzustellen - ich habe als Vertreter des Reichs im Dezember 1931 in Basel erlebt, wie gefährlich es wurde, wenn der französische Vertreter die Sündenliste der deutschen Städte herausholte und mit Köln begann -, und erst auf Grund einer offensichtlichen Zwangslage zu handeln. Es war das Programm der Brüning'schen Reparationspolitik.

S. 154-162 Curtius, der "sehr langweilig" vortrug - (S. 154) das tat er meistens, er sprach wie ein Rechtsanwalt über komplizierte Rechtsfälle, die seine Zuhörer doch nicht verstehen würden -, war hinsichtlich der Zollunion noch optimistisch. Der Kanzler war es nicht. Auch Dietrich wollte von Anfang an dagegen gewesen sein. Jetzt hatten alle kalte Mäse.

Schäffer wurde von Luther und Bulow aus der Kabinettsitzung herausgerufen (S. 165); die Creditanswelt in Wien wackelte. Schäffer hatte jetzt das richtige Gefühl, dass die Franzosen da hinter steckten. Warburg glaubte (zwar nicht, aber Melonior, der die Franzosen unverbesserlich nannte, schien Schäffer beizustimmen. Die internationale Bankwelt, in England und Basel, wurde mobil. Der Gedanke einer Stützung durch deutsche Banken kam nicht auf. Aber man griff Schäffers Anregung auf, einen Beobachter nach Wien zu schicken.

19 Reparationskränzchen verteilte man die notwendigen Arbeiten (S. 156). Vockes Ansicht, dass wir gegebenenfalls ein Nichtkönnen erklären müssten, entsprach vollständig dem Brüning'schen Programm.

Stolper war der erste, der die Notwendigkeit begründete, von deutscher Seite etwas für die Creditanstalt zu tun (S. 157). Das von "anderer Seite" vorgebrachte Bedenken, eine solche Aktion der deutschen Regierung könne nicht geheim bleiben, stammte höchstwahrscheinlich von Schäffer. Die vereinbarte Betrachtungsweise entsprach der Lage. In der Besprechung beim Kanzler, in der Schäffer über dieses Ergebnis vortrug, war Curtius für ein schärferes Vorgehen, während Brüning bremste.

Um was für ein "französisches Projekt" es sich handelte, vor dem Curtius in der Kabinettsitzung warnte (S. 159), weiss ich nicht. In Frankreich war seit dem Januar 1931 Laval Ministerpräsident, Briand Aussenminister. Er blieb es auch bis zum Januar 1932. Warum man im Mai 1931 von seinem Sturz sprach, weiss ich nicht. Aber es muss sich um eine ernsthafte Sache gehandelt haben (S. 161).

Schäffer hatte Grund zu klagen (S. 161), dass durch die Hinausschiebung der Deckungsvorlage die Kasse wieder in Schwierigkeiten geriet. Die "Titanen" im Kabinett aber waren von einer Einigung weit entfernt. Brüning lehnte die "grosse", Dietrich die "kleine" Umsatzsteuererhöhung ab. Dietrich, der häufig gefühlsmässig Nichtiges spürte, ohne geeignete Massnahmen vorschlagen zu können, betonte, dass Einsparungen nur die Schrumpfung vergrösserten, und trat für Befruchtung des Arbeitsmarktes ein. Das wurde forlan seine Lieblingsidee. Aber Ankurbelung ging nicht ohne die Reichsbank, und doch lehnte der ängstliche Luther jede Kreditschöpfung ab, weil das nach Inflation roch. Daher Dietrichs Zorn auf Luther.

Bei der Besprechung am 16. Mai (S. 162) habe ich, aus sprachlichen wie sachlichen Gründen, Zweifel, ob der Satz in der zweiten Zeile von unten, Dreyse "scheint zu verzagen, dass mit Hilfe der Notenbanken etwas zu erreichen ist", richtig sein kann.

S. 163/170 Man spürt aus dem Bericht über die Besprechung bei Dietrich Schäffers Zorn, dass der Minister "wieder nicht an den Entschluss" will.

So klug Kastel war, er konnte einen geradezu zündlichen

Stolz bezeugen, wenn er glaubte, einen guten Einfall gehabt zu haben. Und dass sein Angriff auf den Schwindel im Schacht'schen Buch auf Thyssen und Rausch Eindruck machte (S. 163), ging ihm glatt ein, ebenso, dass andere sich dumm benahmen oder sich an seiner Brust ausweinten.

Bei der Besprechung mit Somary (S. 164/165) bin ich nach meiner Erinnerung zum Teil dabei gewesen. Hier führte Somary aus, er habe den Zusammenbruch der Wiener Banken schon seit Jahren vorausgesagt, jetzt sage er voraus, dass auch Ivar Kreuger einmal nicht weiter können. Von dem Trio Ge-Gä-Go höre ich zum ersten Mal.

Schäffer musste wieder über Dietrichs Unentschlossenheit klagen (S. 166). Er liebäugelte wieder mit der grossen Umsatzsteuererhöhung, während Gröning für eine allgemeine Beschäftigungsabgabe statt der Besoldungskürzung zu sein schien. Ob und in welcher Form ich Schäffers Wunsch, die Arbeitsbeschaffung in der Vordarrund zu rücken, erfüllt habe, dessen kann ich mich nicht mehr entsinnen. Salow war instinktiv auf dem richtigen Wege, als er kritisierte, mit Gehaltskürzungen und derlei phantasielosen Massnahmen würden wir auf dem Weltmarkt wenig Eindruck machen.

Bei den Besprechungen über die Creditanstalt (S. 167/68) drante sich alles im Kreis. Schäffer vertrat den einzigen möglichen Standpunkt, dass wir nur im Rahmen einer internationalen Gesamtregelung helfen könnten. Aber er sah auch, dass ein Schaltersturm in Wien, wenn die Creditanstalt ihre Schalter schliesse, für uns eine schwere Sache sein würde, und ärgerte sich daher über Dietrichs Gedanken, sie ruhig in Konkurs gehen zu lassen und dann die Forderungen gegen die österreichischen Industrien zu erwerben.

S. 170-181 Die Mitteilungen Wallenbergs (S. 170-174) über seine Eindrücke in Frankreich, die totale Unkenntnis Gardizus von den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands, seine Zustimmung zu einer dreijährigen Schuldenpause, die Empfindlichkeit der Franzosen wegen Chequers und ihren Zorn auf die Zollunion, müssen für Schäffer höchst interessant gewesen sein. Bemerkenswert ist, dass Wallenberg als deutsche Mitglieder für ein deutsch-französisches Komitee

neben Bergmann, Melchior und Ruppel (drei Reparations-Sachkenner) auch Krupp v. Bohlen nannte. Das ist ein Beweis, dass dieser Mann im Ausland erhebliches Ansehen genoss, und dass das Bild, dass man nach 1945 von ihm entworfen hat, korrekturbedürftig ist. Unverständlich ist nur die Behauptung Wallenborgs, Briand sei durch eine persönliche Intrige gestürzt worden. 1931 war er jedenfalls nicht gestürzt, nach dem Ministerplatz war er im 1. Kabinett Laval Aussenminister, als solchen habe ich ihn im Juli in Paris selbst erlebt. Wenn sich die Bemerkung auf den Sturz Briands als Premier bezieht - zuletzt war er 1929 (zum 10. Mal) MPr. -, verstehe ich den Zusammenhang nicht. Tardieu war 1929 zum ersten, 1930 zum zweiten Mal MPr. und wurde 1932 für drei Monate Lavals Nachfolger. Er hat also auf die Geschichte Frankreichs keinen grossen Einfluss mehr gehabt.

Die Sitzung des Kabinetts (S. 177/180) hinterliess einen verworrenen Eindruck, beginnend mit Bergers "sehr langweiligen" Vortrag, in dem er das Moratorium empfahl. Man kommt nirgends zu einer Einigung, weder darüber, ob man das Moratorium oder die Revisionsklausel oder beides erklären soll, noch darüber, ob der Transfer (so die Sachverständigen) oder die Aufbringung (so Berger) das Entscheidende ist, noch ob die Aufnahme von Anleihen nutzt oder schadet, noch ob man in der Notverordnung etwas über Reparationen sagen soll oder nicht. Schliesslich schien man sich nur darin einig zu sein, es würde am besten sein, die Verhandlungen auf das nächste Jahr zu vertagen. Fraglich war nur, ob wir das aushalten könnten. Deshalb verblieb man schliesslich, nachdem man sich mehrfach im Kreise gedreht hatte, bei der Entscheidung, es müsse geprüft werden, welche Mittel es gebe, die Frage hinauszuschieben und uns zu sichern.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1931
Juni
Aug.

Tagebuch des St.S. Schäffer 1.6.1931-15.7.1931

S. 182-191 Die streitbarsten Minister des Brüningkabinetts, Dietrich und Stegerwald, drohten wieder einmal mit Rücktritt, für den Fall, dass irgend etwas nicht nach ihrem Willen ging.

Schleicher, der damals noch dem Kanzler die Stange hielt, hatte immer Angst vor unpopulären Massnahmen und befürwortete deshalb die Verschiebung von Gehaltskürzungen u.ä. Der schlaue Taktiker bezeichnete deshalb den Bericht von Schäffer über die Kassenlage als "grossartig", ohne sich darum zu kümmern, vielleicht auch ohne es wirklich zu wissen, ob sie nun gut oder schlecht war. Und die anderen Minister, die es besser wissen mussten, liessen sich nur zu gern von Schleichers Begeisterung anstecken.

Die nächsten Tage nach der Abreise von Brüning und Curtius nach Chequers sind mit den Besprechungen über das von Dietrich verfasste Manifest angefüllt. Es war bezeichnend, dass Dietrich jede Änderung an seinem Opus mit einem Wutanfall beantwortete, der bayerische Postminister mit seinem Rücktritt drohte, wenn der Passus über die Reichsreform nicht stark abgeschwächt würde, und dass ausgerechnet Wirth den Reparationsanteil verschärft sehen wollte. Kein Wunder, dass Schäffer über die "Kleinbürger" und seinen grollenden Achilles spottete.

Die am 5. Juni verkündete Notverordnung brachte eine Kürzung des Sachetats um rund 100 Mio, weitere, nach Gehaltshöhe gestaffelte, Senkung der Beamtengehälter, die sich zwischen 4 und 8 v.H. bewegte, und Kürzung der Renten und Versicherungsleistungen; da diese Kürzungen zur Deckung des Fehlbetrages nicht ausreichten, durchbrach man den Grundsatz, keine Steuererhöhungen zu bringen, und erhöhte die Zuckersteuer sowie die Mineralölzölle und führte eine Krisensteuer ein. Die Notverordnung rief Erregung und Kritik bei den Parteien hervor. Sie führte die Gefahr herauf, dass SPD und Volkspartei sich den von den Kommunisten und der Rechtsopposition gestellten Forderung, den Reichstag einzuberufen, anschlossen. Auf der anderen Seite wirkte die offizielle deutsche Forderung nach der Young-Revision, der "Tributaufruf" vom 6. Juni, wie eine "Kriegserklärung" auf das Ausland. Entsetzt sagte Stimson, nichts habe den Kredit Deutschlands mehr zerstören und seine Lage mehr verschlechtern können. Der als Beruhi-

gunnungsspiel für das Inland gedachte Tributaufruf tat, gleichsam aus Versehen, das Einsetzen des Run auf Deutschland ausgelöst. In der Überzeugung, dass es, nachdem die Reparationskrise nun einmal ausgebrochen sei, besser sei, die Entscheidung rasch zu erzwingen, als hinzuhalten, tat die Regierung zunächst wenig, um die Kapitalflucht einzudämmen.

Selbst Loeb und Ritscher (S. 185) waren, um einen Run zu verhüten, für ein Moratorium. Schäffer blieb bei seiner Ablehnung.

Es war verständlich, dass Schäffer eine Aussprache mit dem alten Reparationsexperten Dorn suchte und genoss (S. 186). Ich war ja noch völliger Neuling auf diesem Gebiet. Vernünftigerweise zog Dorn eine dreijährige Pause einer Senkung um 500 Mio. vor, die er für durchaus unzureichend hielt.

In der Frage, welche öffentlichen Arbeiten sich für eine Kreditgewährung für das Internationale Arbeitsamt eigneten (S. 187), vertrat Berger den wichtigen Standpunkt, dass Kredite unsere Ausgangslage für eine Revision beeinträchtigen würden. Nahm man aber Kredite auf, dann muss man wohl Schäffer darin recht geben, dass nicht nur rentable, sondern auch notwendige Objekte zu berücksichtigen seien.

Schäffer und Dietrich waren sich wieder einmal über die Deckung des Kassendefizits im Juni nicht einig (S. 188). Schäffer machte die Abziehung von 440 Mio. Devisen in 1 1/2 Wochen und die verschlechterte Geldmarktsituation besorgt. Was er für den Juni vorausgesagt hatte, traf ein. Die Sanierung der Creditanstalt ging nicht voran, die Österreicher waren nicht aktiv genug, und die Franzosen legten sich quer. Und was sollten die Deutschen machen? Nur kein Moratorium, sagten Vocke und Luther.

S. 191-207 Die Verschlechterung der Kassenlage nahm weiter zu. Jetzt machte Luther dasselbe, was Schacht immer gemacht hatte, er behauptete, nicht rechtzeitig und nicht ausreichend informiert worden zu sein (S. 192). Das liess ihm Schäffer natürlich nicht durch.

Die Berichte, die Bergmann, Frowein und Mamm aus Amerika mitbrachten, waren durchaus ermutigend. Man war in Amerika durchaus bereit, eine Senkung der Reparationen ins Auge zu fassen oder wenigstens eine Atempause zuzugestehen. Der Angelpunkt war für sie der Zusammenhang mit der Abrüstung. Besonders wichtig, dass Hoover versuchte, den Leuten klar zu machen, dass die Reparationen auf die

Dauer der Schaden der ganzen Welt sein müssten. Worin Morgans Privatidee (S. 194) bestand, weiss ich nicht mehr. Die deutschen Vertreter in der Frage der Rückgabe des deutschen Eigentums, Lewinski und Kieselbach, waren beides ausgezeichnete Juristen und gute Unterhändler. Sie kannten auch das amerikanische Pflaster. Wenn sie, Lewinski in Amerika, Kieselbach von Hamburg aus tätig, schliesslich nur einen Teilerfolg hatten, lag es nicht an ihnen.

Was der Botschafter Sackett dem Kanzler und Curtius auf der Rückreise von Chequers erzählt hatte (S. 196), stimmte wenig mit dem überein, was Bergmann berichtet hatte. Er rief zum Moratorium, wusste nichts vom Zusammenhang der Abrüstungs- und der Schuldenfrage und kündigte für Ende Juli den Besuch von Henry Lewis Stimson an, der schon unter Taft 1911-1913 Kriegssekretär gewesen war, jetzt unter Hoover Staatssekretär war und 1940 unter Roosevelt wieder Kriegssekretär werden sollte. Vor seinem Besuch durfte kein Moratorium verlangt werden.

Die Banken hatten dem Reich den verlangten Kredit gegeben, aber sie wurden angesichts der Abzüge von Krediten immer nervöser. Sie ächzten an die eigene Sicherheit.

In der Kabinettssitzung, die sich mit Chequers befasste (S. 199-207), berichteten Brüning und Curtius über ihre Verhandlungen mit dem englischen Ministern, zu denen auch Vansittart und Leith-Ross zugezogen wurden. Dieser war der Wirtschaftsberater der englischen Regierung, ein Mann von stupendem Wissen und ebenso stupendem Selbstbewusstsein. Kontinentale Ministerpräsidenten behandelte er gönnerhaft von oben herab. In dem "Reparationskränzchen", in dem sich unter seinem Vorsitz Vertreter der Gläubiger mit Deutschen (bisher Min.Dir. Dorn) trafen, übte er diktatorisches Regiment. Er schob mir in Lausanne im Juni 1932, als über die Höhe der deutschen Kapitalabfindung verhandelt wurde und wir 2 Mrd. anboten, einen Zettel zu, Brüning habe ihm doch in Chequers schon 4 Mrd. zugesagt. Davon sagte Brüning im Juni 1931 nichts; Brüning hob zum ersten Mal den Kernpunkt seiner Reparationspolitik klar hervor: wenn wir den Augenblick der Weltkrise ungenützt vorübergehen liessen, sässen wir für zwei Generationen auf den Verpflichtungen des Youngplanes fest. Für die Fortführung der auswärtigen Politik sei der Zusammentritt des Reichstages untragbar; wenn das geschehe, werde er zurücktreten. Die umstrittene Deckungsnotverordnung war erlassen worden und hatte scharfe Ablehnung

gefunden. Die Parteien wollten die Aufhebung durchsetzen und dazu den Reichstag einberufen. Auf die SPD und die Volkspartei kam es an. Brüning konnte durch die Rücktrittsdrohung vielleicht die SPD beeindrucken. Der VP musste er Konzessionen machen, um den Zusammentritt zu verhindern. Jedenfalls konnte er jetzt das Kabinett nicht, wie es der Reichspräsident wünschte, nach rechts verbreitern. Und auch in der Reparationspolitik musste er noch warten. Das Moratorium konnte erst erklärt werden, wenn Stimson dagewesen war. Hierin sah Dietrich, immer geneigt, den zögernden Kanzler mitzureissen, die Hauptgefahr. Da er am Zuge war, nahm er auch Luther mit aufs Korn, dieses Mal sogar von Wirth unterstützt. Das Kabinett macht einen zerfahrenen Eindruck. Diesen Eindruck hatten wohl auch die Minister selbst, wenn Groener sie zu einem einheitlichen Willen aufrief oder Stegwald von einer verworrenen Lage sprach.

Seite 207-217 Der Sturm kündigte sich an. Schon wurde auf Schwierigkeiten bei der Danat hingewiesen. Noch wollte allerdings selbst der vorsichtige Ritscher das nicht wahr haben.

Schäffer beschwichtigte Dietrichs Zorn auf Luther (S. 207), schrieb an Luther und bekam von ihm ein Vertrauensvotum (S. 211).

Bankiers und Ressortvertreter diskutierten, ob das Reich Auslandsanleihen für innere Arbeiten haben wolle. Berger rief zu grösstem Misstrauen, Vocke und Ritter meinten, man könne Auslandskapital, wenn man es zu verständigen Bedingungen bekomme, nicht ablehnen. Schliesslich einigte man sich auf eine vorsichtige Antwort.

Schäffer, der ein Gespür für kommandes Unheil hatte, fühlte die Gefahr für die Banken heraufziehen. Ob Kempner mit seinem Rat, Brüning solle sofort nach Paris fahren (S. 211), recht gehabt hat, oder Schäffer und ich, die sich hiervon nichts versprochen?

In der Volkspartei gewann der rechte Flügel (Dingeldey, Dauch) immer mehr Boden gegenüber den ruhigeren Elementen (Scholz, Stauss). So kam es zu dem Beschluss, den Reichstag einzuberufen (S. 211). Sie forderte den Skalp ihres eigenen Mannes, Curtius, auf den sie besonders böse war, von Dietrich und wohl auch von Schäffer, der sofort bereit war, seinen Posten zur Verfügung zu stellen. Dann begann das Verhandeln im Kreis, Schäffer mit Hertz und Moldenhauer, der alle Schuld auf den ungeschickten Curtius schob, Dietrich mit Seeckt und Hertz, der die Bürokratie für verantwortlich hielt.

Die Nachrichten aus Paris lauteten schlecht (S. 215). Der Finanzminister Flandin, der seine Laufbahn als Generalresident von Tunesien 1918 begonnen hatte, unter Mitterand 1920 zum ersten Mal dem Kabinett angehörte, dann unter François-Marsal 1924, unter Tardieu 1929/30 Handels-, nun unter Laval Finanzminister war, dieses Amt 1932 unter Tardieu wieder bekleiden und 1940/41 unter Pétain eine Zeitlang Aussenminister sein sollte, war im Gegensatz zu seinem kleinen lebhaften südfranzösischen Chef Laval ein grosser wohlbeleibter Nordfranzose mit ruhigen Bewegungen, auch weit entfernt von Briand'scher Romantik, ein nüchterner Rechner, der sich nichts vor-machen liess. Er glaubte nicht daran, dass es den Deutschen schlecht ginge. Warum machten sie so törichte Dinge wie den Anschluss - so nannte er die Zollunion -, den Panzerkreuzerbau und den Stahlhelmtag?

Der 15. und der Ultimo waren für uns immer Angsttage (Gehalt- und Zinszahlungen). Auch am 15. Juni kaperte es mit der Deckung. Ich erinnere mich genau, dass mich bei den Besprechungen über die Hereinnahme von Auslandskrediten immer die Sorge bedrückte, wir könnten zu betrügerischen Bankerotten werden. Ebenso quälte mich die Angst, was wir machen sollten, wenn Stimson uns von dem Moratorium abriet (S. 216). Bei der Aussprache mit Schäffer war es kein Trost, dass dieser sagte, bisher sei die Reparationsfrage denkbar schlecht gelaufen.

Die Auffassung von Naphtali, die SPD müsse auf einer Abänderung der Notverordnung bestehen, war verständlich. Es war nicht bloß eine eingebil-dete Gefahr, dass ihre Wähler und Mitglieder fortliefen und zu den Kommunisten gingen.

S. 217-226 Es ist kennzeichnend, dass Schäffers Anregung, der Kanzler solle sich mit einem Franzosen treffen, damals noch nicht weiterverfolgt wurde und dass man Mannheimers Bitte, jemanden zu Verhandlungen nach Paris zu schicken, nicht erfüllen konnte, weil es kein Beamter sein durfte, weil ein Bankvertreter nur über die Lage seiner eigenen Bank voll orientiert war, und weil bei der Reichsbank keine suggestive Persönlichkeit vorhanden war.

Auch über die Hilfe für Österreich konnte man sich nicht einigen, noch weniger darüber, was im Falle einer katastrophalen Zuspitzung der Lage geschehen solle. Aber man hatte noch die Hoffnung, die Panik könne vermieden werden, wenn die österreichische Sache in Ordnung

komme und der Reichstag nicht einberufen wurde (S. 221), und vertraute auf solche homöopathischen Mittel, wie die am 13. Juni vom Zentralkomitee beschlossene Erhöhung des Diskonts um 2 v.H. von 5 auf 7 v.H. Dadurch wollte man die Aufmerksamkeit der Welt auf Deutschland richten und das Heranreifen von Entscheidungen beschleunigen. Aber schon grollte der erste Donner des neuen Ungewitters, die Nachricht von den Schwierigkeiten bei der Nordwolle.

Dietrich war in seinem Element, wenn er in stürmischen Versammlungen sprach. Der alte nationalliberale, militärbegeisterte Bismarckverehrer hatte eine Hassliebe für die Nazis. Die Kerle, sagte er zornig, wollen doch im Grund dasselbe, was ich auch will: für nationale Ehre und Freiheit, gegen das internationale Kapital, für soziale Verständigung, nur ich will es verständiger und ruhiger machen. Kam er dann von einer solchen Reise durch sein geliebtes Baden zurück, war er bereit, mit Schäffer Frieden zu machen (S.222).

Auch die Reichsbank sah eine Rettung nur, wenn die Wiener Sache in Ordnung käme und der Reichstag nicht einberufen würde. An dem einen arbeiteten die Notenbankpräsidenten, an dem anderen der unermüdliche Loeb und der Kanzler. Während aber Dreyse, ebenso wie Schäffer, für den Fall der Einberufung das Schlimmste voraussah, sah Luther, das Stehaufmännchen, einen Silberstreifen auch am Horizont der Katastrophe (S. 225).

Während Jacob Goltschmidt der Volkspartei die Hölle heiss machte, fand Zarden, dass der Lebensstil der oberen Klassen schon weit genug herabgedrückt sei, verlangte Moratorium oder Zahlungseinstellung und vermisste ausreichende Resultate der Diktatur. Die Frage in der zweiten Zeile auf S. 226 muss wohl heißen: Wozu hat man denn die Diktatur?

S. 226-237 Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Sillow stand das zu erwartende Hoover-Moratorium und die in Scene zu setzende Reise Brünnings nach Frankreich. Während nach Auskunft von Loeb und Dreyse man um den Zusammentritt des Reichstags herumzukommen schien, bereitete der vorsichtige Schäffer die für den schlimmsten Fall zu ergreifenden Massnahmen vor. Er tat recht daran, denn Pünder teilte mit, es sei nichts mehr zu machen. Er irrte sich, der Ältestenrat stimmte gegen die Einberufung. Das Drängen auf SPD und VP hatte also doch gewirkt. Dafür breitete sich die Krise aus. Hamburg konnte

seine Auslandsverpflichtungen nicht erfüllen, Breiten steckte noch tiefer in der Krise, Frankreich machte Schwierigkeiten in der Österreichfrage, und die Banken überlegten, was sie machen sollten, wenn eine von ihnen notleidend würde. Ergebnis: die Bundesbahn muss helfen.

Frank (S. 232) strengte sich in der Voraussage, wer an die Regierung kommen würde, nicht übermässig an. Weder Seipel, der schon fünfmal, noch Ramek, der zweimal Bundeskanzler gewesen war, trat wieder auf der Bühne auf, sondern erstmalig Dr. Karl Buresch, und als Vizekanzler und Aussenminister Schober, der schon dreimal Kanzler gewesen war und nach Ansicht Franks kein Vertrauen bei den kapitalistischen Mächten genoss. Graf Eulenburg, der in der Aufzeichnung genannt wird, war wahrscheinlich Graf Eulenburg-Prassen, Vertreter Ostpreussens im Reichsrat.

Die Besprechungen über die Reparationsfrage drehten sich, wie meistens in Krisenzeiten, im Kreise. Brüning musste sofort nach Paris, möglichst mit Dietrich und Luther, aber die Anregung dazu muss aus Paris kommen. Das Moratorium musste sofort erklärt werden oder wenigstens bald, keinesfalls zu früh und vor allem in einer Form, die den Franzosen nicht weh tut. Luther, immer besorgt, er könne etwas gesagt haben, was ihm Dreyse und Voeke tadelnd vorhalten könnten, bestritt grundsätzlich, etwas "Alsbaldiges" verlangt zu haben, und rettete sich gern in die pathetische Feststellung des historischen Moments (S. 233/34). Während Curtius und Dietrich immer wieder die Alternativen wälzten, sich fragten, ob es schlimmer oder besser würde, wenn man etwas täte, aber doch mehr dafür waren, etwas zu tun, wünschte sich Luther noch etwas Zeit, um die Entwicklung beobachten zu können. In der Deutschen Gruppe der Handelskammer lehnten die Fachleute, Bergmann, Dernburg und Kempner von den vier Möglichkeiten, die Schäffer zur Debatte stellte, einer provisorischen Lösung, einer endgültigen Teillösung, einer Atempause und einem grossen Kredit, eine Anleihe ab, hielten eine Teillösung im Augenblick nicht für möglich und waren für eine provisorische Lösung oder eine Atempause (S. 237). Schäffer traf den Kern des Problems mit der Feststellung, die Reparationsfrage sei mehr ein politisches als ein wirtschaftliches Problem.

Seite 237-244 In der grossen Aussprache Schäffers mit Dietrich

kam dieser Punkt auch zur Sprache. Schäffer erklärte sich durchaus bereit, mit dem Minister in dieser Frage einig zu gehen, auch wenn er in manchen Punkten anderer Ansicht sei. Offen war, wer gelogen hatte, die Leute von der Volkspartei, die Dietrich erzählt hatten, ihr Kampf richte sich nicht gegen ihn, sondern nur gegen Schäffer, oder die, die dieses versicherten, niemand in der Volkspartei habe je seinen Kopf gefordert. Wahrscheinlich sagten beide die halbe Wahrheit; niemand hatte seine Verabschiedung gefordert, aber die Hauptangriffe richteten sich weniger gegen Dietrich, als - besonders von seiten des immer stärker werdenden radikalen Flügels - gegen den "internationalen Juden". Und tatsächlich hatte Schäffer durch seine Persönlichkeit und seine einzigartige Stellung, als Vertrauensmann des Kanzlers, Freund der bedeutendsten Grossbankiers, Berater der Industrie - und Sozialdemokrat, mehr Einfluss als irgend ein Minister. Er war Herz und Gehirn des Brüning-Kabinetts. Dietrich hatte recht mit seiner Behauptung, er beobachte sehr genau; er wusste über Zardens Verkehr und gesellschaftlichen Umgang bestens Bescheid. Aber als misstrauischer Alemanne überschätzte er Zarden, wenn er annahm, dieser hetze gegen ihn. Schäffer lag völlig richtig mit seiner Charakterisierung, Zarden schwätze nur und sei "durch den Besitz seiner Frau hinreichend bestraft." Sie war wohlhabend, eine Orenstein, aufdringlich, ehrgeizig und gewöhnlich, eine Jüdin, die, wie mir Schäffer einmal sagte, selbst in einem Rassengenossen antisemitische Gefühle wecken konnte. Natürlich war die Alternative "Dietrich oder Zarden" einfach grotesk. Ebenso grotesk war es, Zarden in einem Atem mit Schäffer zu nennen. Zarden war ein ungewöhnlich tüchtiger Steuerfachmann, aber sonst eben doch nur ein geschwätziger Hans-Dampf, während Schäffer ein Mann von wirklichem Format war. Ich konnte Schäffers Ansicht über Zarden nur bestätigen (S. 248). Schwer verständlich bleibt, dass Zarden mit Brüning "seit Jahren befreundet" war. Zu erklären ist es wohl nur so, dass, als Brüning noch im Kommen war und sich im Steuerausschuss die ersten Sporen als Finanzsachverständiger verdiente, Zarden ihn dabei mit Rat und Tat unterstützte und sich auch später dem Kanzler als Zuträger von Gerüchten unentbehrlich machte. Unverfroren wie Zarden war, holte er sich von Brüning die Zusage, ihn zum St.S. im RFM zu machen. Unter Dietrich wurde dieser Plan nicht weiter verfolgt. Schäffer war, wie immer, so auch in der Beurteilung von Zarden von vorbildlicher Objektivität.

Während er mit Dorn eng befreundet war, mochte er Zarden im Grunde nicht. Zarden entstammte einer jüdischen Familie Zantoch. Sein Vater heiratete eine Christin, liess sich taufen und den Namen ändern. Zarden war also "Halbbarier". Trotzdem und trotz seiner Frau sprach Zarden ständig abfällig über "Juden" und betonte manches Mal den Unterschied zwischen ihm, dem Nichtjuden, und den Juden Schäffer und Dorn; das kam beiden natürlich zu Ohren. Dass diese Charakterlosigkeit ihre Hochachtung vor Zarden nicht erhöhte, war klar.

Da Dietrich im Aufwaschen war, erzählte er auch gleich von der Enttäuschung, die Schäffer und ich ihm bereitet hätten. Es war typisch für Dietrich, mir Übelzunehmen, dass ich seine Anordnung wörtlich erfüllt und die gegenteilige Absicht unberücksichtigt gelassen hätte, nachher aber auch offen zuzugeben, im Ergebnis hätte ich recht gehabt. Schäffer gab zu, die Unwahrheit gesagt zu haben, er habe das Brünings wegen tun müssen. Es bleibt erstaunlich, dass Brünig sogar oder gerade Dietrich gegenüber die Version aufrechterhalten sehen wollte, die Zollunion habe den Kanzler überrascht. Der Moralist konnte gelegentlich auch lügen, aber mehr aus Rechthaberei, als um der Macht willen, wie es die Vollblutpolitiker, Stresemann oder Adenauer, taten.

S. 242-252 Schubert war als Botschafter in Rom mehr in seinem Element denn als Staatssekretär in Berlin. Er konnte mit dem Parlament nicht zurecht kommen. Wenn der Etat des AA im Haushaltsausschuss verhandelt wurde, musste mehr~~e~~ manches Mal Stresemann in den Reichstag geholt werden, weil Schubert sich festgefahren hatte. So musste er, selbst Bonner Preusse, das AA gegen den Vorwurf verteidigen, es setze zu viel Korpsstudenten, vor allem vom "weissen Kreis" und besonders von den Bonner Preussen, in die leitenden Stellen. Das sei übertrieben, sagte Schubert, bei den Ministerialdirektoren sei es gar nicht schlimm - hie und da kam Lachen auf -, unter ihnen sei nur ein Korpsstudent, bei den Ministerialdirigenten sehe es allerdings schlimmer aus - nun lachte der ganze Ausschuss, "jetzt hat er sich ums Band geredet", flüsterte mit ein boshafter Legationssekretär zu, die Referenten stürzten ans Telefon, der Minister musste sofort kommen. In dem Gespräch mit Schäffer führte fast ausschliesslich Hoesch das Wort, Schubert berichtete nur über Äusserungen der Italiener. Er zeigte sich in der ganzen Frage, schreibt Schäffer, sehr ^{un}unter-

richtet, er habe offenbar alles vergessen, was er in der Vergangenheit gelernt hätte; ich glaube, dass er nicht viel gelernt hatte.

Gegenüber der französischen Forderung, ein Transfermoratorium dürfe sich nicht auf Sachlieferungen erstrecken, hatte Schäffer mit seinem Gefühl völlig recht, dass Curtius es unbedingt auch auf Sachlieferungen angewandt sehen wollte; auch Brüning und Dietrich hatten dies Verlangen abgelehnt. Hoesch nannte die Regierung Laval-Briand-Flandin "sehr schwach", aber sie blieb ein volles Jahr im Sattel. Vielleicht war die nachfolgende Regierung Tardieu-Reynaud-Flandin stärker, aber sie hielt sich nur drei Monate, sicherlich ebenso schwach war die Regierung Herriot-Germain-Martin, mit der 1932 die Deutschen in Lausanne verhandeln mussten. Eine sachliche Änderung des Young-Plans hielt Hoesch für ausgeschlossen, sogar die Schäffers Lieblingsidee, die Umwandlung von Bar- in Sachlieferungen, nennt er einen ungangbaren Weg. Am weitesten würde man mit einem "Feierjahr" kommen (S. 243). Bemerkenswert ist, dass zu diesem Zeitpunkt selbst der vorsichtige Ritter der Ansicht war, man solle mit der Reparationsfrage nicht mehr lange warten (S. 245).

Bei der Unterhaltung mit Dreyse (S. 246) war sein Urteil über Luther als Gesamtpersönlichkeit interessant; es traf den Nagel auf den Kopf. Luthers beste Zeiten waren die als Oberbürgermeister und als Minister, vor allem als Finanzminister. Alles, was er da sagte und tat, hatte Hand und Fuss. Als Kanzler besass er nicht das nötige politische Fingerspitzengefühl; seinen Sturz verschuldete er selbst durch die ungeschickt behandelte Flaggenfrage. Als Notenbankpräsident fühlte er sich unsicher, er verstand nicht genug von dem Metier und hatte immer Angst, sich vor den Herren des Direktoriums zu blamieren. Deshalb nahm er sie nicht gern zu Besprechungen mit, deshalb kam es auch zu keinem Entschluss; die Entwicklung musste immer abgewartet werden. Als er später Botschafter in Amerika war, fragte bei einem Essen, das sein Nachfolger, Schacht, gab, der italienische Botschafter Attolico den Gastgeber: Nicht wahr, Ihr Vorgänger, Dr. Luther, war doch Bankier und ist jetzt Diplomat? Nein, sagte Schacht, er ist nicht Diplomat, er ist Botschafter in Washington. Als alles lachte, fuhr Schacht unbewegten Gesichts fort: "Ich will dem guten Dr. Luther nicht unrecht tun, Diplomat mag er geworden sein, aber Bankier ist er nie gewesen." Das war echt Schacht'sche Bosheit, aber ganz Unrecht hatte er nicht.

Ich kenne die Holländer Bruins und van Hängele nicht, aber der Rat, den dieser Vögler gab, Brüning solle den Franzosen die Zollunion möglichst teuer verkaufen (S. 247), war nicht schlecht. Als der Fall vor ein internationales Gericht gebracht worden war, bekam er gar nichts mehr dafür.

Davon, dass Dietrich in das Innenministerium hinüberwechseln sollte (S. 247), habe ich nie etwas gehört.

Wenn Warburg (S. 248) Luthers Furcht, sich einen Korb zu holen, als Grund dafür nannte, dass er Verhandlungen unterliess, ergänzt dieser Hinweis Luthers Charakterbild. Je unsicherer er sich fühlte, um so mehr fürchtete er sich vor Körben und Blamagen.

Die Besprechung bei Brüning (S. 249/251) brachte keine neuen Gesichtspunkte. Alle Gründe für und wider raschen Vorstoss oder Abwarten wurden nochmals erörtert, wobei Luther für sich noch ein paar Tage Beobachtungsfrist verlangte.

Die nächsten Besprechungen warfen ein nur allzu bezeichnendes Licht auf die damalige Lage: die Volkspartei "schlitterte" in einen Beschluss hinein, der für das Reich verhängnisvoll sein konnte, und ihr Minister Curtius reichte nicht aus (Hoff S. 251), Luther verstand die Dinge nicht (Mannheimer S. 251), die Ungewissheit war das Schlimmste (Hans Meyer S. 252). Der Anruf Kuhs, Hoover denke daran, einen Teil der Kriegsschulden zu streichen (S. 253), zeigte einen Silberstreifen am Horizont.

S. 253-260 Bei der Besprechung hierüber suchte der ewig misstrauische Berger nur die Bedenken heraus. Er sah nicht, was Schäffer sofort sah, dass sich hier eine Lösungsmöglichkeit für uns auftut. Im übrigen ergab die Besprechung, wie zu erwarten war, Übereinstimmung darüber, dass, wenn man schon das Moratorium erklärte, man es auf die Sachleistungen erstrecken müsse (S. 254).

Luther, nunmehr ganz "aus dem Häuschen", teilte weitere Devisenabzüge mit. Er müsse mit Schäffer ein ernstes Gespräch führen. Schäffer gab ihm den einzig vernünftigen Rat, selbst und sofort mit Norman zu sprechen. Luther verteidigte sich, er habe immer Kontakt mit Norman gehalten, aber der telefonischen Verständigung mit Norman ständen sprachliche Schwierigkeiten entgegen. Man traut seinen Augen nicht, aber so war es wirklich. Luther sprach miserabel

Englisch und hatte überdies Angst vor Norman, "eine merkwürdige Scheu, sich persönlich in der Rediskontfrage zu exponieren".¹⁷⁾ Schäffer drängte, Luther solle nach London fliegen, Vocke mitnehmen und ihn dauernd als Gesandten bei Montagu in London lassen, - die Bankiers hielten es auch für notwendig und für durchaus erfolversprechend, dass Luther sich in London um einen Rediskont-Kredit bemühte - und Luther versprach schliesslich alles, aber beruhigte Schäffer nicht ganz (S. 256).

Doch Luther rief Norman tatsächlich an, natürlich war es "ungeheuer schwierig" gewesen, ihn zu erreichen, und dann war das Verhör "Was haben Sie veranlasst?" so scharf, dass Luther nur "schweissperlend" davon berichten konnte. Ergebnis: kein Rediskontkredit, die Frage ragt aus der Zuständigkeit der Notenbank ins Politische, Luther soll nach London kommen (S. 258).

Bei Brüning wird über das verhandelt, was man später das Hoover-Moratorium genannt hat. Erst die Anfrage, wie sich Deutschland zu einem einjährigen Zahlungsaufschub stellen würde, dann die von dem aufgeregten amerikanischen Botschafter Sackett vorgetragene Bitte, der deutsche Reichspräsident möge die Notwendigkeit durch ein Telegramm unterstreichen, und die Beratungen der Sachverständigen, wobei Berger natürlich unheimliche Tücken vermutete, schliesslich die Formulierung der Depesche Hindenburgs. Wer einmal an der Formulierung eines wichtigen Dokuments durch ein Team mitgearbeitet hat, kann sich die Redaktionschwierigkeiten denken, die es hier zu überwinden gab (S. 259).

S. 260-267 Am 21.6.1931 wurde das Hoover-Moratorium erklärt. Die Bemerkungen des Tagebuchs können nur unvollkommen den Eindruck wiedergeben, den dieser Schritt des amerikanischen Präsidenten in der ganzen Welt hervorrief. Hoover, der schon von 1921 bis 1929 unter Harding und Coolidge Handelssekretär gewesen war, verknüpfte zweimal seinen Namen mit einer grossen Aktion seines Landes, 1931 mit der Erklärung des einjährigen Moratoriums, 1946/47 mit der Untersuchung der Ernährungslage in Europa. Schäffer hatte wieder alle Hände voll zu tun, dass Luther, der plötzlich wieder Reichskanzler spielen und "ein bisschen kleine Reichsreform" machen wollte, durch seine beabsichtigten Restriktionen keinen Schaden anrichtete, dass man die Franzosen in der nächsten Zeit zart behandeln solle und dass

die SPD nicht gerade jetzt Aufhebung eines Teils der Notverordnung fordern dürfe (S. 261).

Unter dem wichtigen Gesichtspunkt, es helfe der Reichsbank nichts, wenn sie durchkäme, das Reich aber zahlungsunfähig würde, suchte Schäffer im Auftrage des Kanzlers, Luther von der Restriktionierung abzubringen. Aber alles prallte an Luthers Hartnäckigkeit ab, der, offenbar unter dem Druck seines Direktoriums stehend, zeigen wollte, dass die Reichsbank die Währung verteidige. Er widersprach sich auch, wenn er einmal erklärte, nichts könne mehr schaden, als eine zu grösse Zuversicht, dann aber kühn behauptete, von deutschen Banken werde keine schwach werden (S. 263).

Mir Schäffers Einstellung, es liege ihm nicht, unter Cremer zu dienen (S. 264), habe ich volles Verständnis. Mit Cremer, der auch in dem aus 5 Abgeordneten bestehenden "Sparausschuss" sass, habe ich viel zu tun gehabt. Er war ein Sachkenner, aber ein Stänker.

Die Erörterungen, wie man sich Frankreich gegenüberstellen sollte, gingen weiter. Dazwischen schlug der Streit zwischen Wehrmacht und Polizei wegen verschieden gehandhabter Gehaltsabzüge Wellen (S. 265/266). Ich kann nicht mehr sagen, wie es ausgegangen ist.

Auffällig ist das abschätzige Urteil Schäffers über Theodor Wolffs aussen- und innenpolitischen Gedankenkreis (S. 266). Ich muss ihn überschätzt haben.

Die von vielen Seiten ausgesprochenen Wünsche, Brüning möge ein freundliches Wort an Frankreich richten, veranlassten ihn, eine entsprechende Rede im Radio zu halten. Schäffer schreibt: sie "wirkt sehr gut". Aber von der Wirkung bei den Franzosen merkte man nichts.

S. 268-276 Am 24. Juni gab es einen Mordskrach, Die Bank von England sollte den Rediskontkredit, über den Vocke in London verhandelte nur bis zum 16. Juli geben. Deshalb wollte die Reichsbank einen Lombard an die Banken für einen Reichskredit auch nur bis zum 16. Juli geben. Schäffer nannte das mit Recht eine "harte Zumutung". Denn da wir ihn nach dieser Zeit nicht zurückzahlen könnten, würde man uns als Kaufleute "gewissenlos" nennen. Das waren noch schwache Ausdrücke. Luther glaubte, die Engländer wollten einen Druck auf die Franzosen ausüben; Schäffer hielt es für möglich, dass sie uns in der Klemme haben wollten. Denn da Macdonald und Henderson an

17. Juli nach Berlin kommen wollten, höchstwahrscheinlich mit einem Sack voller Wünsche, lag die Annahme nahe, dass sie uns gern in Abhängigkeit sehen wollten (S. 269). Bülow's Bericht über die "entsetzlichen" französischen Forderungen, zweigte, wie wenig Brüning's Rede gewirkt hatte. Besonders schlimm war, dass man nicht genau wusste, wer die englische Politik machte, der Notenbankpräsident oder das Kabinett. Collett Montagu Norman (1871-1950) war von 1920-1944 Gouverneur der Bank von England. Er besass eine Macht und einen Einfluss, wie kein Gouverneur vor oder nach ihm. Selbst die Stellung Schachts auf dem Gipfel seiner Macht war mit der von Montagu nicht zu vergleichen. Er war aber Schacht insofern ähnlich, als er, stark von sich eingenommen und keine Götter neben sich dulddend, eine eigene Politik betrieb mit Zielen, die oft nicht mit denen des englischen Kabinetts übereinstimmten. Er war eine überragende, achtungsgebietende Persönlichkeit.

Ein kleinerer Krach spielte sich zwischen Dietrich und Schäffer ab. Wie Dietrich berichtete, war es bei Brüning's Rede heiss hergegangen. Erst hatte er sie überhaupt nicht halten wollen, dann gab es Differenzen wegen des Wortlauts, Dietrich hatte darüber mit Schäffer sprechen wollen und erfahren, dass der bei Curtius war. Das verursachte natürlich einen Zornesausbruch des badischen Cholerikers, der nicht einsehen konnte oder wollte, dass Schäffer zwar formell Staatssekretär im RFM, in Wirklichkeit aber wesentlich mehr war, so etwas wie Sir Frederic Leith-Ross, wirtschaftlicher Berater des Kabinetts. Schäffer nahm die Ausbrüche seines dicken Herzogs nicht tragisch und nannte ihn kaltlächelnd "beinahe so misstrauisch wie Berger".

Bei dem Nachweis des Absinkens der Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung scheint mir für das Einkommen, über das 5 Millionen Familien verfügten mit einem Betrag von 700 RM 1931, der Satz "über 800" richtiger zu sein als der von "1800" (S. 271).

In dem Gespräch mit Prittwitz und zwischen Schäffer und mir setzte sich immer stärker der Grundsatz durch: zunächst nur ein Provisorium, aber die definitive Lösung lässt sich nur in der Krise erreichen. Die Modalitäten der Statsaufstellung waren keine grundsätzlichen, sondern mehr technische Fragen (S. 273). Die Ausarbeitung über Verwendung der Reparationsersparnisse war eine der unzähligen Ausarbeitungen, die Schäffer auf diesem Gebiete selbst anfertigte

oder anfertigen liess.

S. 276-284 Bei den Besprechungen über die französischen Forderungen war hinderlich, dass sie über Sackett liefen und dieser nicht Bescheid wusste. Bei der Aussprache mit mir (S. 279) gab Schäffer zum ersten Male zu erkennen, dass er sich mehr aus den Reparationssachen zurückhalten möchte. Ich sollte fortan auch das Reparationsgremium leiten. Worauf dieser Wunsch Schäffers zurückzuführen war, weiss ich nicht.

Der Panzerkreuzer B hatte immer viel Ärger gemacht. er hatte auch bei den Differenzen zwischen SPD und VP unter Hermann Müller eine Rolle gespielt. Nun sollte sein Bau hinausgeschoben werden, da wollte es der böse Zufall, dass er seit drei Tagen auf Kiel lag und alle Aufträge vergeben waren (S. 279).

Die Besprechungen am 30. Juni drehen sich nur darum, was man tun kann und muss, um den Amerikanern die Verhandlungen mit den Franzosen zu erleichtern. Solange diese sich sperren, wirkte das Moratorium nicht, und flossen Devisen weiter ab.

S. 285-300 Auch am 1. Juli wurde das gleiche Problem behandelt. Wieder ist bemerkenswert, welche Rolle Schäffer bei allen diesen Ministerbesprechungen spielte. Er war nicht nur ein gleichberechtigter Partner, sondern der Mann, von dem die meisten Vorschläge, neue Ideen und Formulierungen ausgingen. Aber gegenüber der "intellektuellen Hilfe", die man schliesslich Hoesch übermittelte (S. 288), war selbst der gewandte Botschafter skeptisch; er werde nicht alle Fragen beantworten können. Das passierte ihm selten.

Inzwischen zog sich das Gewitter in Berlin zusammen. Borsig wurde notleidend; wir lehnten eine Subvention ab (S. 285). Viel gefährlicher war der drohende Zusammenbruch der Nordwolle. Schäffer vertrat den richtigen Standpunkt, die Privatwirtschaft könne nicht ihre verfehlten Spekulationen nachher vom Reich ersetzt verlangen, und gerade der Leitung der Nordwolle, den Lahm'sens, konnte man fundierte Vorwürfe machen. Aber Luthers Standpunkt, im Interesse des deutschen Kredits müsse man helfen, hatte ebenfalls viel für sich. Das Schlimme war, dass man kein klares Bild bekam, die Verluste erhöhten sich von Tag zu Tag, oder von Stunde zu Stunde. Die Krise bei der Nordwolle drohte sich auf die Banken, zunächst die Schröderbank in Bremen, dann die Danat, auszudehnen, deren Leiter,

Jakob Goldschmidt, ein gut Teil Verantwortung dafür trug, dass sich die soliden Bremer übernommen hatten. Jetzt war auch Schäffer für eine Reichshilfe, aber nicht für Übernahme der ganzen Last, und die vorübergehend geleistete Hilfe müsse ihr später wieder erstattet werden (S. 290).

Die Krise verschlimmerte sich dramatisch. Die Amerikaner waren nicht glücklich über unsere Hoesch übergebenen Vorschläge, Bremen meldete Zahlungseinstellung an (S. 291) und auch Hamburg konnte seine Verpflichtungen nicht erfüllen (S. 293). Der seltene Fall einer Differenz zwischen Schäffer und Melchior trat ein. Der Auffassung Melchiors, die Zahlungseinstellung Hamburgs müsse hingenommen, aber das Haus Warburg dürfe nicht gefährdet werden, setzte Schäffer die richtige These entgegen: was hülfe es Warburg, dass es bestehen bliebe, wenn er niemanden mehr hätte, für den er Bankgeschäfte machen könnte. Montagu regte an, wir sollten am 15. Juli unsere Zahlungen nach Basel einfach ausfallen lassen. Und dann?

Der Nordwolle ging es immer schlechter, die Verlustzahlen stiegen weiter, die Ansichten, ob man ihr wegen der zu erwartenden Auswirkungen helfen oder sie fallen lassen und alle Kraft auf die Kreditinstitute konzentrieren sollte, gingen auseinander. Luther und Dietrich waren für, Trendelenburg, Dreyse und Vocke gegen eine Hilfe. Schäffer und ich schlossen uns der ersteren Ansicht an. Die Verhandlungen mit den Banken, die unter Vorsitz von Dreyse, in Gegenwart von Schäffer und mir stattfanden, blieben noch ohne Ergebnis. Auch die Verhandlungen USA/Frankreich kamen nicht recht vom Fleck, trotz immer neuer Vorschläge. Aber am 3. Juli Abends kam die Nachricht, dass die Dinge ganz gut stünden.

S. 301-302 Bei der Besprechung über Nordwolle und Borsig vor dem Reichskanzler (S. 301) wurde Borsig fallen gelassen, einer Stützung der Nordwolle aber im Grundsatz zugestimmt. Selbst Trendelenburg streckte sich. In einer Besprechung bei ihm wurden die Modalitäten einer Stützungsaktion festgelegt; besonderen Wert wurde darauf gelegt, dass die Mitwirkung des Reiches nicht in Erscheinung trete. Ich musste angeben, wie man den Pelz waschen könne, ohne ihn nass zu machen. Die Aktion auf den Haushalt zu übernehmen, war nicht möglich. Also musste man den inkorrekten Weg gehen, - mindestens vorübergehend - mit Kassenmitteln einzugreifen (S. 303). Warum

Wassermann über die alsbaldige und frohe (?) Bezahlung brummte, kann ich nicht verstehen.

Brüning wollte mit einer Rede an die Öffentlichkeit treten. Natürlich mussten Bulow und Schäffer den "Gesang" verfassen. Aber der Kanzler bestand darauf, dass die vorgeschlagene Erwähnung des Youngplans - Erfüllung nur bei Besserung der wirtschaftlichen Lage - gestrichen wurde. Der Satz war aus aussenpolitischen, seine Streichung aus innenpolitischen Gründen berechtigt. Da zu erwarten stand, dass Sackett die Forderung der Franzosen überbringen würde, den Youngplan ausdrücklich anzuerkennen, verschwand Brüning und war nicht mehr erreichbar.

Trotz des guten Standes der französisch-amerikanischen Verhandlungen dauerten Abzüge und Kündigungen der kurzfristigen Kredite an (S. 304). Luthers Absicht, den Generalrat der Reichsbank einzuberufen und die Notendeckung herabzusetzen, hielt Loeb für völlig verfehlt. Das würde nur Unruhe ins Publikum bringen. Er hielt die Gründung einer "Zentralbank für den ausländischen Kredit" (Akzept-, Remboursbank) für notwendig. Der gleichen Ansicht waren Dreyse und Melchior.

Jakob Goldschmidt war deprimiert und schob die Schuld an der Notlage seiner Bank auf andere. Die gewagten Kreditgeschäfte der Grossbanken, die erst nach dem ersten Weltkrieg einsetzten, waren mit der Person des genialen, aber waghalsigen ^{Danal-Chefs} Danal verknüpft, der, jahrelang auf der Woge des Erfolgs schwimmend, besonders in Bremen bei den dortigen soliden Kaufleuten und Bankiers Gehör für seine Expansionsvorschläge gefunden hatte und den nun der Zusammenbruch der Nordwolle und der Schröderbank mit ins Verderben reissen sollte. Es war etwas kläglich, dass der grosse Mann nun klagte, er habe immer auf Lahusen gedrückt, aber keine übersicht bekommen können (S. 307).

Max Warburg, Hilferding und Kempner stimmten darin überein, dass Luther die anderen Notenbanken um einen Rediskontkredit bitten müsse, keine Angst vor einem Refus haben dürfe und die Notengrenze nicht herabzusetzen brauche. Kempner betonte die Solidarität der Banken und die Notwendigkeit, dass im Falle eines Runs die Reichsbank sofort einspringen müsse. Aber man merkte allen diesen Besuchern und Anrufern an, dass sie kein Vertrauen zu einer festen Reichsbank-

führung hatten. Selbst Dreyse war für die Bitte um einen Rediskontkredit nicht zu haben (S. 309). Mit Ritscher besprach Schäffer die Möglichkeiten der Stützung einer schwach werdenden Bank. Er sah sich schon das Problem Danatbank auf sich zukommen.

Im Generalrat war Luther grantig (Goldschmidt) und Bockbeinig (Warburg), wenig grosszügig und leicht beleidigt (Kempner) gewesen. Man hatte alle möglichen klugen Vorschläge gemacht. Goldschmidt hatte melancholisch gesagt, es sei für alles zu spät. Luther hatte seinen Widerstand gegen eine Bitte um Rediskontkredite schliesslich fallen lassen. Man hatte schliesslich individuelle Kreditrestriktionen beschlossen, eine Herabsetzung der Deckung nur dann, wenn der Rediskontkredit abgelehnt würde (S. 312) - nascetur ~~id~~idiculus mus.

Sackett wußte die Erklärung wiederholt, man werde die Ersparnisse nicht für Rüstungen verwenden, aber eine Erklärung abgelehnt, dass man keine Panzerschiffe weiter bauen werde (S. 311). Nach einem erbitterten finish einigten sich Amerikaner und Franzosen.

S. 312 Der 6. Juli war ein hochdramatischer Tag. Beim Kanzler besprach man Luther's Vorschlag, einen Garantieverband der deutschen Wirtschaft zu errichten, das Problem der illiquid gewordenen Rheinischen Landesbank und die Hilfe für Borsig, deren Stützung das Wehrministerium aus Gründen der Landesverteidigung verlangte. Diese Gründe schlugen auch unter Brüning durch. Selbst der Subventionsgegner Trendelenburg musste sich beugen. Der "Preussen-Ernst", der mordsgescheite Ministerialdirektor im Preussischen Handelsministerium, später Bankier und unter Adenauer einer der einflussreichsten Wirtschaftler, kannte die Namen der Geldgeber; seine Erklärung, dass er danach die Sache für fundiert habe, reichte als Basis für die Sanierung aus.

Zarden wird wegen seines Zetergeschreis über die Notlage der Wirtschaft und seiner Gerüchtemacherei von Schäffer karikiert (S. 315).

Litter, der Vertreter des RFM in Paris, ein zuverlässiger Berichtstatter, der sich freilich nach meinem Gefühl gern etwas wichtig machte, weckte neue Aufregung durch die Mitteilung, dass eine neue Regelung der Sachleistungen notwendig sei. Die Diskussion wurde durch die Nachricht, dass weiter Devisen abgezogen wurden, beendet (S. 316).

Schäffer bewies wieder im Gespräch mit Otto Weidels, der, bevor er Geschäftsführer der Berliner Handelsgesellschaft wurde, in der Deutschen Bank an leitender Stelle gestanden hatte, ein hervorragender Kenner der angelsächsischen Finanzwelt, der für die britische Regierung das indische Finanzwesen reorganisiert hatte, der einmal das "Fehlen einer universellen, die Volkswirtschaft als Ganzes erfassenden Industriepolitik der Banken" kritisierte und einer der wenigen Bankiers mit einem Gesamtüberblick war, und mit Dreyse seine unübertreffliche Gabe, sowohl klugen Plänen wie einer rastlosen Planlosigkeit gegenüber das Wesentliche systematisch und geordnet vorzubringen (S. 317/18).

Von den Teilnehmern an der Chefbesprechung mit den Preussen kenne ich Abramowitz nicht. Kleiner war ein sachkundiger und sprachgewaltiger Präsident. Weltzien, später selbst Generaldirektor der Girozentrale und von 1934 an Geschäftsführer der Berliner Handelsgesellschaft, war ein energischer und seines Werts bewusster, aus dem Beamtentum hervorgegangener Bankfachmann, der zeitlebens mehr mit Sanierung als mit Schöpfungen zu tun hatte.

Als Schäffer Abends zu Hause war, kamen im Wechsel von Heiss und Klatt die Nachrichten, die Danat müsse am 7. Juli zumachen, Luther habe immer noch nicht um den Rediskontkredit gebeten, in Paris habe man sich geeinigt.

Die völlige Verwirklichung des Hoovermoratoriums hätte die Entlastung Deutschlands von allen Reparationsverpflichtungen für die Dauer eines Jahres gebracht und die künftige Suspendierung des Young-Planes bedeutet. Das war bei aller Erleichterung noch keine "Gesamtlösung", aber Brüning hatte der Teillösung zustimmen müssen, weil die Vorgänge der vorhergehenden Wochen ein weiteres Durchhalten unmöglich machten und die Verwirklichung des Hoover-Vorschlags das Maximum des im Augenblick erreichbaren zu sein schien. Die englische Regierung hatte den Vorschlag am 22. Juni, die italienische am 23. offiziell angenommen. Die Franzosen machten Schwierigkeiten, weil sie sich übergangen fühlten und, nicht mit Unrecht, fürchteten, dass die Ausführung des Hoover-Plans den Young-Vertrag in Frage stellte. Bei den Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und dem amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, zu dessen Unterstützung am 25. Juni der Finanzminister Mellon aus Amerika kam, forderten die

Franzosen die Weiterzahlung der unaufschiebbaren Annuität, die Beibehaltung der Sachlieferungen, die Rückzahlung der gestundeten Beiträge binnen fünf Jahre, sowie schliesslich die Aufgabe der Zollunion und des Panzerkreuzerbaus als Gegenleistung Deutschlands. Die Amerikaner machten verschiedene sachliche Konzessionen, weigerten sich aber strikt, die politischen Forderungen mit den französischen Unterhändlern überhaupt zu diskutieren, und übten auf die deutsche Regierung nur einen mässigen Druck in dieser Hinsicht aus. Die Engländer dagegen beschworen die Amerikaner, den Druck zu intensivieren; der englische Botschafter in Berlin bestürmte die deutsche Regierung, in der Zollunions- und Panzerkreuzerfrage nachzugeben.

Bruning bemühte sich, den Franzosen ein Nachgeben zu erleichtern. Aber er wollte sich nicht in die Pariser Verhandlungen hineinziehen ~~zu~~ lassen und lehnte daher eine dringende Einladung der französischen Regierung ab, vor der Einigung über den Hoover-Plan nach Paris zu kommen. Auch die politischen Zugeständnisse wollte und (angesichts der innenpolitischen Lage) konnte er nicht machen. Hier wäre Schäffer zu einem grösseren entgegenkommen bereit gewesen. In den zwei Wochen zwischen dem 22. Juni und dem 6. Juli gingen die Verhandlungen und Überlegungen in Berlin immer darum, wie man die Verhandlungsposition der Amerikaner erleichtern könne. Das einzige, was Bruning nach langem Zögern zugestand, war die Versicherung, dass die durch das Moratorium ersparten Beträge nicht zur Erhöhung der Rüstungsausgaben verwendet würden. Aber das war eher eine Selbstverständlichkeit als eine Konzession.

Trotzdem gelang es Mellon und Edge, teilweise durch massive Drohungen mit völliger Isolierung Frankreichs, eine annehmbare Lösung auszuhandeln. Das Übereinkommen vom 6. Juli, das bis zum 30. Juni 1932 galt, sah vor, dass Deutschland zwar die unaufschiebbare Annuität weiter bezahlte, dass die gleiche Summe aber als Kredit an die Reichsbahn gleichzeitig wieder nach Deutschland zurückfloss. Schon bestehende Sachlieferungskontrakte wurden weitergeführt, soweit die Mittel dafür schon bereit standen und keine neue Belastung des Etats erfolgte. Die Rückzahlung der gestundeten aufschiebbaren Annuität und des Reichsbahnkredits sollte zwei Jahre nach Ablauf des Feierjahrs begonnen und sich über 10 Jahre erstrecken. Damit war de facto eine völlige Entlastung Deutschlands für ein Jahr erreicht, die Form des Young-Plans aber einigermaßen gewahrt. Die

Franzosen mussten sich damit abfinden, weder eine zusätzliche Sicherung des Young-Plans (durch Koppelung mit der Rückzahlung) noch andere politische Zugeständnisse von Deutschland erreicht zu haben.

Die Entlastung von Reparationszahlungen reichte nicht aus, um den einmal in Gang gesetzten Kreditabzug aufzuhalten. Nur für wenige Tage war er durch die überraschende Hoover-Erklärung gestoppt worden. Hätten sich die Franzosen sofort einverstanden erklärt, wäre wahrscheinlich eine Beruhigung eingetreten. Das war auch die Ansicht von Max Warburg (S. 322). Aber infolge der durch die französische Weigerung entstandenen Unsicherheit setzte der Abzug mit voller Stärke wieder ein. Auch der Kredit, den die Reichsbank am 25. Juni von den Zentralbanken Englands, Frankreichs und den USA in Höhe von 420 Mio zur Überbrückung der nächsten Zahlungstermine erhalten hatte, reichte zur Behebung der Krise nicht aus. Die Bankenkrise konnte nicht aufgehälten werden, zu ihrer Bekämpfung jagte eine Notverordnung die andere.

S. 321-329 Dietrich, der, wie Stampfer einmal sagte, das Bemerkenswerte Talent besass, "den Kurs strengster Sparsamkeit mit munteren Redekarten zu begleiten", hatte auch die Gabe, eine Regierungserklärung stark zu popularisieren.

Bei den unter dem 7. Juli aufgezeichneten Besprechungen ging es in der Hauptsache um die Garantie für die Golddiskontbank, die Krise bei der Rheinischen Landesbank, die Krise bei der Danat und die Aufnahme einer grossen Auslandsanleihe; nach Ansicht von Jakob Wallenberg reichten 500 Mio nicht aus.

Die Aufzeichnungen Schäffers spiegeln das Auf und Ab in den Auffassungen der massgebenden Männer sowohl über die Kreditrückzüge wie über die Aufnahme neuen Auslandsgeldes wieder. Hatte die Reichsregierung in der Hoffnung auf eine Reparationserleichterung zunächst wenig getan, die Kreditabzüge aufzuhalten, so änderte sich die Lage mit der Annahme des Hoovermoratoriums. Für ein Jahr war Deutschland effektiv von Reparationen befreit; zudem bestand die Hoffnung, dass die Zahlungen, einmal unterbrochen, nicht ohne weiteres wieder aufgenommen werden würden. Andererseits war die endgültige Regelung der Reparationsfrage vertagt; von einer Verschärfung der Kreditkrise konnte im Augenblick keine Unterstützung der Reparationspolitik mehr erwartet werden, sondern nur noch der

wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands. Also bemühte sich die Reichsregierung seit dem 21. Juni, verstärkt seit dem 6. Juli, weitere Abzüge zu verhindern, und zwar gerade auf dem Wege, den man bisher abgelehnt hatte (Curtius noch in Chequers: eine Anleihe sei für Deutschland nicht akzeptabel), durch Beschaffung neuen Auslandsgeldes. Aber nun sperrte sich das Ausland. Montagu verweigerte jede Kredithilfe ~~und~~ mit ^{der} Begründung, Deutschlands Lage sei wegen der Reparationsbelastung zu unsicher - der Tributaufruf erwies sich als Bumerang. Frankreich dagegen hatte einen anderen Grund für seine Ablehnung; Paris verweigerte einen Notenbankkredit, um die deutsche Regierung zur Annahme einer Anleihe zu zwingen, die mit politischen Bedingungen verknüpft war.

In der Bankenkrise lässt sich Dreyses Zorn (S. 329) verstehen darüber, dass er von der Danat keinen richtigen Status erhalten konnte. Goldschmidt war in dieser Phase nicht viel besser als der Nordwollechef Lahusen. Sie klammerten sich an jeden Strohalm vager Hoffnung, weigerten sich, sich nackt auszuziehen, und erschwerten dadurch jede Hilfsaktion.

S. 329-341 Am 9. Juli unternahm Luther, vielfach gedrängt, und lange ablehnend, die aufsehenerregende Flugreise nach London und Paris, um dort einen weiteren Rediskontkredit zu erhalten. In Berlin drehten sich derweilen die Besprechungen über Moratorium, Bankenkrise und Reichskredit im Kreise. Die Danat sei nicht mehr zu retten, sagten Wassermann und seine Kollegen und lehnten es ab, etwas für sie zu tun. Man müsse aber etwas für sie tun, meinten die Herren der Reichsbank, es sei notwendig, bis zur Rückkehr Luthers die Stimmung zu beheben und dadurch weitere Devisenabflüsse zu verhindern. Das sei auch möglich, sagte der kluge Preussen-Ernst, Voraussetzung sei natürlich, dass die Reichsbank einen Rediskontkredit bekäme - und, führen die Herren vom Finanzministerium fort, eine Reihe von Verpflichtungen übernehme, vor allem das Reich von der Haftung bei der BZ für den 15. Juli entlastete. Aber Vocke teilte aus Basel mit, dass die Aussichten für den Rediskontkredit nicht gut ständen. Die Katze biss sich in den Schwanz.

Bei der Besprechung der Garantieübernahme des Reiches stellte sich heraus, dass man dazu eine Notverordnung brauchte. Aber die Sache hatte nur Aussichten, wenn man sie geräuschlos machen könnte. Durch die Notverordnung würde man jedoch die Aufmerksamkeit der

Öffentlichkeit erregen. Man drehte sich wieder im Kreise.

Der Status der Danat (S. 334) war nicht ermutigend. Dem Run der Auslandsgläubiger begann der Inlandrun zu folgen. Die Gefahr zeichnete sich ab, dass bei einem Sondermoratorium für die Danat die Krise auf die anderen Banken und dann auf die Sparkassen übergreifen werde. Aber ein allgemeines Moratorium lehnten die Fachleute ab, nur Dreyse meinte, es sei zwar unheilvoll, aber wohl unvermeidlich. Er sollte recht behalten. Kempner war bei der Danat für eine stillschweigende Erledigung durch Weiterzahlung. Natürlich wäre das das Beste gewesen, aber wer sollte es machen? Die Banken weigerten sich, die Reichsbank wollte nichts, das Reich konnte nicht.

Luther, inzwischen in Paris angelangt, hatte das Erlebt, was er immer befürchtet hatte, einen Refus von Montagu, und natürlich kreidete man ihm den Misserfolg an. Nun sollte er noch einen halben Tag länger in Paris bleiben. Denn wenn er ganz ohne Erfolg zurückkehrt, bestand, wie Schäffer schreibt, die Gefahr des sofortigen Zusammenbruchs der Danat. Schäffer selbst aber setzte nun aufs politische Pferd. Der Kanzler müsste zurücktreten oder sofort "mit der anderen Seite", d.h. doch wohl mit den Botschaftern der Gläubigermächte, sprechen. Wieder ist es für die damalige Situation wie für die Stellung und die Art Schäffers kennzeichnend, dass er die Anregung gab, sich für das Gespräch mit Brüning genau vorbereitete, den Gedankengang fixierte und mit mir besprach. Dem Kanzler leuchtete es nicht ein, dass er zurücktreten sollte, wohl aber dass mit der anderen Seite gesprochen werden müsse. Doch das sollte Schäffer machen. Der hatte denn auch, nachdem er festgestellt hatte, dass Melchior und Hans Meyer der gleichen Ansicht waren, dass nun auch die Schröderbank illiquid geworden^{ist} und die Danat unmittelbar davor stand, ihre Schalter schliessen zu müssen, eine Aussprache mit Sackett und mit Brinon.

S. 342-353 Am 11. Juli drehte es sich wieder um die Danat, die am Montag (13.7.) ihre Schalter schliessen wollte. Da der Rediskontkredit nicht zu stande gekommen war, blieb nur übrig, ein Spezialmoratorium unter Reichsgarantie zu erklären oder sie mit Reichsgarantie zu liquidieren. Wallenberg hatte denselben Eindruck wie wenige Tage vorher Dreyse, dass ihm Goldschmidt keinen klaren Wein eingeschenkt habe. Er war der Ansicht, dass man die Bank auflösen müsse.

Luther berichtete über das "völlig negative" Ergebnis seiner Reise. In Frankreich fordere man ein Moratorium auch für die politischen Dinge (Korridor, Zollunion). Das sollte in wenigen Tagen in Paris Brüning schwer zu schaffen machen.

Harrison in Amerika kritisierte die Reichsbank, sie habe zu wenig getan und tue zu wenig, keine Restriktionen, keine Devisenkontrolle. Luther erklärte sofort erschrocken im Kabinett, man habe ihm doch überall bestätigt, dass die Reichsbank "alles getan" habe.

Nachdem im Kabinett alle Möglichkeiten für den Fall des Schalterschlusses der Danatbank erörtert worden ^{waren} sind, besonders eingehend von Trendelenburg, fand eine Aussprache mit den Grossbanken statt, die wenig erfreulich verlief. Die Beteiligten bemühten sich vor allem darum, den schwarzen Peter weiterzugeben. Nachts um 2 Uhr war man nicht viel kluger als vorher.

Dazwischen lief ein Satyrspiel ab, Brüning müsse sofort nach Paris, im Flugzeug - das lehnteder Kanzler ab -, dann mit der Bahn - eine Lokomotive stand schon dauernd unter Dampf, bis Bulow feststellte, dass Laval von seiner von Brinon mitgeteilten dringlichen Einladung gar nichts wusste (S. 348). In der Nacht wiederholte der Graf die Einladung, Bulow, skeptisch geworden, fragte wieder in Paris an, aber die Sache "versandete", wie Schäffer sich vielsagend ausdrückte.

S. 353-360 Sonntag, den 12. Juli, war wieder ein dramatischer Tag. Der ideenreiche Kempner stellte ein neues Problem zur Debatte, die Schaffung von Hilfgeld (Rentenmark). Er teilte zugleich mit, dass am Montag nicht nur die Danat, sondern auch die Dresdner schliessen werde. Den Amerikanern durfte er es noch nicht sagen, in Paris wusste man es schon.

Hoover hatte durch Botschafter Sackett eine Empfehlung an die Reichsbank ergehen lassen, sie solle die Deutschen zur Abgabe von Devisen aufrufen und ausserdem scharf restriktieren. Luther reagierte im Kabinett pikiert: ein Aufruf zur Devisenabgabe sei sinnlos, Restriktionen dagegen habe die Reichsbank immer gewünscht und nur auf Veranlassung der Bank von England aufgehoben; jetzt würden sie verschärft werden. Trendelenburg warnte: blosse Restriktion führe nur zu um so früherem Kollaps. Im Kabinett erörterte man alle Möglichkeiten, Moratorium, Ersatzgeld, Börsenschluss.

Die klugen Bankiers, mit denen Schäffer frühstuckte, Kempner und Siegmund Warburg, konnten ihm auch keinen überzeugenden Rat geben. Er ubte an beiden, auch an Freund Kempner, deutlich Kritik.

Auch Trendelenburg bekommt etwas ab: "in grosser Fahrt und sehr pastoral". Die Besprechung mit den Banken brachte etwas Neues, nämlich den Vorschlag Wassermanns, die Danat ~~und~~ mit der Dresdner zu verschmelzen. Selbst kluge Bankiers beherrschte der wunderglaube, dass man aus zwei Kranken Gebilden ein gesundes machen könne.

Am Nachmittag zog Bruning auch Schacht zur Beratung zu. Schäffer erwähnt ihn als Berater in der Krise zum ersten Mal. Nach meiner Erinnerung wurde er schon früher herangeholt. Ich erinnere mich genau, dass bei einer Besprechung über die Nordwolle - leider weiss ich das Datum nicht - Schacht dem ob der Höhe neu bekannt gewordener Verluste erschreckten und zögernden Luther zurief, dem Zusammenbruch der Nordwolle würde der der Banken folgen. Jedes Zögern werde der Reichsbank später ein Mehrfaches der Beträge kosten, mit denen sie jetzt die Ausdehnung der Krise aufhalten könne.

Nachts wurden die Minister aus dem Bett geholt. Dass man sich erst um 3 1/2 Uhr trennte, wurde ublich. Die Minister konnten dann wenigstens zu Bett gehen. Aber die "Helfer", die zuständigen Staatssekretäre und Ministerialdirektoren, vor allem die des Reichsfinanzministeriums, mussten weiter arbeiten und die eben beschlossenen Notverordnungen bis zum nächsten Morgen Unterschriftsreif ausarbeiten. So haben wir auch die mehrfach abgeänderte Danatverordnung erst in den Morgenstunden des 16. Juli ins Reine geschrieben. Bis zur Abreise nach Paris am 17. Juli abends habe ich jede Nacht durchgearbeitet. Kam ich nachts aus dem Kabinett und einer Bankenbesprechung ins Ministerium, um die fälligen Notverordnungen auszuarbeiten, stand der Flur vor meinem Zimmer voll von Sparkassendirektoren, Verbandssekretären, Kämmerern usw., alle mit der gleichen Frage, wo sie das Geld für die am nächsten Tag fällig werden Zahlungen hernehmen sollten.

Dietrich hat später auf dem Ausserordentlichen Parteitag der Demokraten im September 1931 für sich in Anspruch genommen, er habe versucht, den Zusammenbruch der Banken hinten zu halten. Wenn das nicht gelungen sei, so könne er die Verantwortung dafür ablehnen. Dietrich nahm den Mund, wie so oft, etwas voll. Den guten Willen

hatten die anderen auch, und alle konnten für ihre Entscheidungen gute Gründe anführen. Mit Recht lehnte Brüning Dietrich, ebenso wie Brüning, das von den Banken geforderte Ersatzgeld ab; er hätte die ganze Misere des Notgeldes, aus den letzten Monaten der Inflation 1923 noch zu gut bekannt, wieder heraufgeführt und wäre nicht so leicht aus dem Verkehr zu vertreiben gewesen. Dietrich wollte aber auch, ebenso wie Brüning, das Auslandsmoratorium, das Schacht, die Sparkassen und ein Teil der Bankiers forderten, nicht zulassen. Die Entscheidung gegen das Auslandsmoratorium ist ihm als schwerer Fehler angekreidet worden. Es hätte der deutschen Wirtschaft für den Augenblick wahrscheinlich schwere Opfer erspart, vielleicht auch den Kreditabzug gestoppt und dadurch die rapide Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage im Herbst und Winter 1931, die weitgehend eine Folge der Lähmung des Zahlungsverkehrs in der zweiten Julihälfte war, verhindert oder gemildert. Aber die Position der Reichsregierung in den künftigen Reparationsverhandlungen wäre durch den Vertragsbruch, den das Ausland im einseitigen Moratorium hätte sehen können und sicher erblickt haben würde, von vornherein belastet worden. Dieser "Fehler" war also eine bewusste Unterordnung wirtschaftlicher und innenpolitischer Gesichtspunkte unter die Erfordernisse der Reparationspolitik. In der Frage, wie weit diese Unterordnung zu gehen hätte, dürfte vielleicht eine Quelle für Differenzen in der Auffassung Schäffers und der der "Titanen" liegen.

Nicht ganz einfach ist die Feststellung, wie sich Dietrich gegenüber der geforderten Garantie-übernahme des Reiches für die Einleger der Danat verhalten hat. Er selbst hat später erklärt, nach seiner Ansicht hätte das Reich nur für die Auslandsschulden und ~~die~~ die kleinen Einleger gerade stehen sollen. Von anderen wird behauptet, dass gerade er sich, als die Frage zu entscheiden war, ob die Danatbank bei Bekanntmachung der Garantieermächtigung am 13. Juli geschlossen oder geöffnet bleiben sollte, entschieden für die zweite Alternative aus. Er machte kein Hehl daraus, dass er die Reichsgarantie lieber einer offenen als einer geschlossenen Bank geben würde.

S. 360-371 Die Danatverordnung konnte den Run auf die anderen Banken nicht aufhalten. Er setzte am Montag, den 13. Juli, bei Sparkassen und Banken ein. Die Banken forderten ein Hilfgeld, die Sparkassen ein Moratorium. Merkwürdigerweise war im Direktorium der Reichsbank die Hälfte für, die andere gegen die Wiederausgabe

der Rentenmark. Auch im Kabinett gingen die Ansichten auseinander. Schäffer war einmal anderer Ansicht als Trendelenburg. Einig war man sich im Kabinett in dem Beschluss über Bankfeiertage.

Als Brüning und Dietrich harte Angriffe auf die Banken richteten, widersprach ^{Schäffer} er. Als Wallenberg den Banken den Mangel an Mut zur Solidarität vorwarf (S. 360), hatte er nicht protestiert. Gewiss, die deutschen Banken waren nicht schlechter als die anderer Länder, gewiss, sie hatten eine unerhörte Belastungsprobe zu bestehen, der sie eben nicht gewachsen waren. Aber es musste doch erlaubt sein, in den vier Wänden des Kabinetts diesen Mangel zu rügen, zumal man doch, vor allem bei Wassermann, eine gewisse Schadenfreude über das Pech des Wunderknaben nicht hatte überhören können.

Schäffer sagte auch dem Kanzler, als dieser nach einem Überblick über die aussenpolitische Situation ihm das Wort gab, er sei in vielem anderer Ansicht. Aus der Niederschrift geht nichts klar hervor, worin der Gegensatz bestanden hat. Man gewinnt den Eindruck, dass auch bei Schäffer die Nerven übermässig angespannt waren, vielleicht auch dass sich ein lange angestauter Antagonismus gegen seinen dicken Herzog - das kann nicht wundernehmen -, aber auch gegen Brüning - und das setzte in Erstaunen - Luft machte. Schäffer hatte wohl nach jeder Richtung recht mit dem Schlusssatz: "Allgemeines Gruseln bis 2 Uhr nachts."

Am 14. Juli gab das Gespräch mit Wallenberg vielleicht einigen Aufschluss über das gespannte Verhältnis Schäffers zum Kanzler. Die Bemerkung des Schweden, auch Bismarck habe nicht mit dem Kopf durch die Wand gekonnt und häufig den Weg geringeren Widerstandes gewählt, bedeutet doch, dass auch Brüning diesen Weg gehen sollte, d.h. er sollte sich mit den Franzosen vertragen und eine Anleihe an- und aufnehmen. Wallenberg war noch bereit, ihn in einem Brief auf die Gefahr eines zu langen Zuwartens hinzuweisen. Wenn Wallenberg zum Schluss Schäffer seine Bewunderung ausdrückte, er habe wie ein Löwe gekämpft, dann kann das doch nur heissen, Schäffer habe im Gegensatz zu Brüning sich für eine andere, schnellere und weichere Lösung eingesetzt.

In den Besprechungen wurde, abgesehen von technischen Detailfragen nur noch um eine Grundsatzfrage gerungen, die Rentenmarkfrage. Schäffer suchte Trendelenburg, der wirtschaftliche Argumente ver-

stand, und Treviranus, bei dem das nicht so sicher war, davon zu überzeugen, dass die Rentenmark bestenfalls 14 Tage dauern würde (S. 367). Aber auch er war nicht unbedingt dagegen, denn sie würde wenigstens die volle Auszahlung der Löhne ermöglichen. Aber die drei Referenten des Arbeitsministeriums, die eigentlich auf dieses Argument hätten springen müssen, hatten den richtigen Instinkt; die Beunruhigung über ein neues Geldzeichen würde die Inflation am Horizont erblicken. Als auch Kempner vor Währungsexperimenten warnte (S. 368) und die Gespräche hierüber im Ausland, in USA wie in Frankreich, Beunruhigung auslösten, schlug sich Schäffer ganz auf die Seite der Gegner eines Hilfgeldes.

Diese Ansicht trug er auch dem Kanzler vor. Diese Besprechung trug das gewohnte Gepräge, den pikierten Vizekanzler, der sich ärgerte, dass sein Staatssekretär wieder einmal ohne ihn mit dem Kanzler verhandelt hatte, brachte aber auch etwas ganz Neues, einen Krach Schäffers mit seinem Busenfreund Bulow. Der hatte die Gewohnheit, gelegentlich eine "leichtfertige", schnoddrige Bemerkung zu machen. Das hörte Schäffer sonst ganz gern. Dass er dies Mal die harmlose Bemerkung über die Devisenkurse, die mal rauf, mal runter gingen, so übel nahm, zeigte, wie sehr er mit den Nerven herunter war. Der Kanzler schloss schliesslich den Gedanken der Rentenmark aus der Diskussion aus. Man erörterte daher nur noch die Bankfeiertage, die zweite Forderung der Banken. Dietrich war dagegen, weil es nach einer Schliessung der Banken schwer sein würde, sie wieder zu öffnen. Auch Loeb hatte Bedenken, wie sollte man von ihnen wieder herunterkommen?

S. 371-376 Jetzt schossen alle verhinderten Schützen, aber auch die, die dabei gewesen waren, über das Grab. Oser meinte, man hätte die Danat nicht fallen lassen dürfen, Brüning berichtete von zwei gewichtigen Persönlichkeiten, die ihm gesagt hätten: Wenn die Banken sich solidarisch erklärt hätten, wäre das Unglück nicht geschehen. Der empfindliche Kanzler wollte doch gegenüber Schäffers Kritik Recht behalten. Steyerwald meinte, die Reichsbank hätte schon vor Wochen restringieren müssen. Dietrich raunzte seinen Staatssekretär mal wieder an, weil er für ein Auslandsmoratorium gesprochen habe; dabei hatte das Schäffer nicht getan.

An Neuigkeiten brachte der 15. Juli: die Bildung von Still-

haltekonsortien im Ausland; man musste mit ihnen verhandeln, scheute sich aber, Schacht und Vögler zu benennen. Auch die Dresdner Bank wurde notleidend; die Schaffung einer neuen Organisation (Abrechnungsstelle) und der Devisenordnung als Vorstufe für ein Auslandsmoratorium, dass die Banken (ausser Loeb und Ritscher) sich wünschten, Curtius aber ablehnte, wurde eingehend erörtert. Auf Grund eines Telegramms von Hoesch regte Bülow die Reise nach Paris an; Schäffer sollte mit dem Kanzler fahren, dieser war aber noch nicht geneigt; am Abend bei Curtius sprach man darüber, was man von den Franzosen verlangen könnte, Schäffer war für Kredit, um die Reichsbank wieder in Gang zu setzen. Hoesch wurde abends von Bülow beauftragt, Briand "unsere" Absicht, nach Paris zu kommen, mitzuteilen. Wer aber fahren würde, schien noch nicht festzustehen, oder Schäffer schrieb es noch nicht nieder. Am 16. Juli wurde bekannt, dass englische Zeitungen die Nachricht von einer Einladung nach England zum 20. Juli gebracht hatten.

Tagebuch Schäffer vom 16.7. - 31.7.1931

16.7.-17.7. (S.377-388) In der Nacht zum 16. wurde es Ernst mit der Einladung für den Kanzler nach Paris. Auf Bülow's Frage, ob Schäffer mitführe, weil doch jemand dabei sein müsse, dem etwas einfielle, will Schäffer angeregt haben, mich mitzunehmen aus "innenpolitischen" Gründen (S.377). Ebenso schlug er Pünder vor, er werde erst nach London mitkommen, in Paris würde doch nur politisch gesprochen. Das bedeutete also, dass solange über politische Fragen gesprochen würde, den Kanzler an Stelle des Sozialdemokraten Schäffer jemand begleiten solle, der als rechts eingestellt galt. Nun gehörte ich keiner Partei an, war unter Hilferding Ministerialdirektor geworden und die preussische Regierung -SPD, DD und Z- wollte mich als Nachfolger von Höpker-Aschoff zum Finanzminister machen, was daran scheiterte, dass Brüning mich nicht gehen liess; ich konnte also kaum als "rechtseingestellt" gelten. Tatsächlich lag wohl ein anderer Grund vor.

Dietrich sagte mir, der Kanzler habe gebeten, ihm mich an Stelle von Schäffer nach Paris mitzugeben; er brauche dort für die zu erwartenden schweren Entscheidungen jemanden, der "aus seinem instinktiven nationalen Gefühl heraus" Ratschläge gebe. Brüning hatte in den letzten Wochen wohl den Eindruck bekommen, dass Schäffer zu stark mit dem internationalen Finanzkapital, den Wallenbergs, Warburgs u.s.w. verbunden sei und den harten Weg der Reparationspolitik -endgültige Regelung, d.h. Beseitigung der Reparationen-, der notwendigerweise mit schrecklichem Elend im Innern und mit erbittertem Widerstand im Ausland verbunden war, nicht mitgehen wolle, sondern den weicheren Weg der Atempausen und Auslandskredite vorziehe. Daraus war der "Kampf" zwischen Brüning und Schäffer entstanden; Wallenberg beglückwünschte ja den Staatssekretär, dass er wie ein Löwe gekämpft habe.

Es ist aber auch möglich, dass Dietrich mir nur die halbe Wahrheit gesagt hat und dass die Anregung, mich an Stelle von Schäffer nach Paris mitzunehmen, von ihm ausgegangen ist. Ebenso wie Brüning unter dem antisemitischen Einfluss von Dietrich (S.382) statt Melchior nach London Weigelt mitnehmen wollte, kann er sich, da ja nach Pünders Mitteilung Dietrich "ihm öfters etwas gegen die Juden sage", auch zu meiner Mitnahme aus diesem Grunde entschlossen haben. Der "furchtbare Krach" zwischen Dietrich und Schäffer war

nur Ausdruck einer seit langem bestehenden und immer wieder durch Waffenstillstände überdeckten Spannung. Wie dem aber auch sei, Brüning wurde zu meiner Mitnahme durch die in Paris zu erwartenden Schwierigkeiten veranlasst. Sie waren sehr viel ernster, als in dem Schäfferschen Tagebuch zum Ausdruck kommt. Laval war entschlossen, den Deutschen gegenüber Zuckerbrot und Peitsche anzuwenden. Das Zuckerbrot war die -allerdings mit politischen Bedingungen verknüpfte- grosse Anleihe, die Frankreich uns anbot, die Peitsche waren, die an der Grenze aufmarschierten französischen Divisionen, die in Deutschland einmarschieren sollten, wenn Brüning ablehnte.

Es kennzeichnet die Situation und die Einstellung von Schäffer dass er eine Reichsanleihe von 500 Mio Dollar -die Franzosen boten uns in Paris 2 Mrd. frs. an- für notwendig hielt (S.380) und dem Journalisten Brudy (Börsenkurier), der meinte, Brüning dürfe aus innenpolitischen Gründen keine Bedingungen annehmen, die von den Franzosen gestellt würden, entgegnete: "Was aber dann?" Die hektische Betriebsamkeit am 16. Juli, die vielen Besprechungen über das Danat-Dresdner-Problem, die Kreditpläne, die Auslandszahlungen, die Vorbereitungen für London, die Alternativen: Rediskontkredit an die Reichsbank, Regierungskredit, Stillhaltecredit an die einzelnen Banken, lässt sich nur mit einem Blick auf die Gesamtlage verstehen.

Nach der Verkündung der Bankfeiertage kündigten *zahlreiche* ausländische Banken ihre sämtlichen noch in Deutschland stehenden Kredite. Andererseits teilten mehrere grosse amerikanische und englische Banken den Berliner Grossbanken mit, dass sie ihre Rembourskredite in Deutschland aufrechterhalten wollten. Es war klar, dass die Bankfeiertage nur eine befristete Atempause bedeuteten, dass die eigentliche Arbeit zur Überwindung ~~der~~ Bankenkrise noch bevorstand und dass Regierung und Reichsbank unter Zeitdruck beschleunigt handeln mussten. Die Einstellung des Zahlungsverkehrs durfte nur wenige Tage dauern, Dazu zwang die Rücksicht auf die ausländischen Gläubiger ebenso wie die innerdeutsche Situation. Denn während der Feiertage konnten keine Löhne und Gehälter gezahlt werden, das Reich erhielt keine Steuern, es war tatsächlich ein wirtschaftliche "Kurzschluss". Wenn man aber den Zahlungsverkehr sofort in vollem Umfang wieder aufgenommen hätte, würden sich die Vorgänge des 13.

Juli wiederholt haben, und es wären weitere Kreditinstitute auf der Strecke geblieben. Es war daher notwendig, den Zahlungsverkehr schrittweise wieder in Gang zu setzen und den Devisenverkehr unter die Kontrolle der Reichsbank zu bringen; sie hatte am 15. Juli nur noch eine Gold- und Devisendeckung von 35,8 v.H. und musste daher am 16. den Diskontsatz von 7 auf 10 v.H. heraufsetzen.

Die drei Tage vom 16. bis 18. Juli galten noch als Bankfeiertage. Danach blieb der Zahlungsverkehr noch drei Wochen lang starken Beschränkungen unterworfen. Zwischen dem 15. Juli und dem 1. August wurden sieben Notverordnungen erlassen, mit denen der Zahlungsverkehr von der völligen Stilllegung am 14./15. Juli ^{über}Stufenweise Lockerungen schliesslich wieder ganz freigegeben wurde. Vom 16. bis 18. Juli durften die Kreditinstitute und Postscheckämter Barauszahlungen und Überweisungen nur dann leisten, wenn der Empfänger die Zahlungsmittel nachweislich für Löhne, Gehälter, Versorgungsgebühren, Rentenversicherungen und Steuern brauchte.

Der 17. Juli war noch hektischer, mit dem Kampf Schäffers um die mitzunehmenden Sachverständigen, den Verhandlungen über die Flottmachung der Girozentrale, über ein Auslandsmoratorium, über den englischen Besuch u.a. Schäffer hatte völlig Recht mit seiner Befürchtung, "die Sache hier halte nicht länger als eine Woche", und deshalb müsse Luther verpflichtet werden, bei den schlimmsten Schwierigkeiten während der Abwesenheit des Kanzlers einzuspringen (S.382). Um die deutsche Zahlungsfähigkeit wieder herzustellen, war entweder eine Auslandsanleihe notwendig - dazu war nur Frankreich in der Lage und nur unter politischen Bedingungen bereit- oder die Erklärung eines Auslandsmoratoriums- ein solch eklatanter Verstoss gegen internationale Geschäftsgepflogenheiten war unmöglich- oder eine Stillhalteaktion, für die aber die Notenbanken sich für unzuständig erklärt und auf Regierungsverhandlungen verwiesen hatten. Der Anstoss zu solchen Verhandlungen ging am 16. Juli von Hoover aus. Auf seine Veranlassung lud die englische Regierung USA, Frankreich, Italien, Japan, Belgien und Deutschland zum 20. Juli nach London ein. Gleichzeitig legten die Engländer den Deutschen nahe, den in Chequers vereinbarten Gegenbesuch des englischen Minister in Berlin zu verschieben. Statt dessen sollten Brüning und Curtius vor der Londoner Konferenz nach Paris fahren. Damit wiederholten sie dringend den schon in Chequers Brüning gegebenen Rat,

sich mit Frankreich zu verständigen. In der Besprechung über die aussenpolitische Lage am 17. Juli sagte Brüning (S. 385), wir kennen die Forderungen der Franzosen aus der Presse; wenn sie in Paris ähnlich wären, müsse er ablehnen. Er sagte später den Mitgliedern der Delegation, es gebe Dinge, mit denen sich kein deutscher Staatsmann einverstanden erklären könne.

Die Art, wie Dietrich (S. 386) den Abbau der Zahlungssperre im Kabinett darstellte, war kennzeichnend für ihn: kehrt, marsch und raus aus der Geschichte, und wer dann pleite macht, muss pleite machen. Aber so einfach war es nicht. Denn einzelne Banken waren durch eine grosse Zahl von Überweisungsaufträgen stark belastet. Es bestand die Gefahr, dass das Publikum seine Konten von den angeschlagenen Banken abzog. Um solchen drohenden Möglichkeiten zu begegnen, schlossen sich jetzt endlich die grösseren Banken zu einer solidarischen Stützungs-gemeinschaft zusammen. Was in den ersten Julitagen die Mahnungen der Reichsregierung und der Reichsbank nicht erreicht hatten, das bewirkte nun der Schock des 13. Juli, nämlich eine Haftungsgemeinschaft der Banken, ohne dass das Reich oder die Reichsbank eine Garantie gaben. 43 Banken, sagte Luther (S. 386), würden der Haftungsgemeinschaft angehören, die am 18. Juli 1931 als "Überweisungsverband" e.V. unter Führung der Golddiskontbank von den Grossbanken und den grösseren Provinzbanken gegründet wurde.

Während Abends Goldschmidt um sein Vermögen bangte und auch Freund Kempner Trübsinn blies, waren Brüning und seine Begleiter unterwegs nach Paris. Als ich auf dem Bahnhof Zoo auf den Zug nach Paris wartete, erschien Dietrich mit 4 Flaschen badischen Weins, die solle der Kanzler trinken, und nicht "das Gift von der Mosel", damit er am nächsten Tag für die Verhandlungen in Paris einen klaren Kopf habe. Wir tranken sie Abends in Brünings Abteil zu viert aus und erzählten uns dabei Kriegsgeschichten. Vor der Abfahrt des Zuges erschien auch Treviranus und teilte mir mit, wegen der an der Grenze aufmarschierten französischen Divisionen habe unter Vorsitz des Reichspräsidenten ein „Kronrat“ (Teilnehmer: Brüning, Curtius, Groener, Treviranus) stattgefunden und beschlossen, im Falle eines Einmarsches werde die Reichswehr keinen Widerstand leisten und sich nach Osten zurückziehen. Ich hätte die Pflicht, mit dafür zu sorgen, dass jede Zuspitzung der Lage in Paris sofort nach Berlin mit-

geteilt würde. Mir erschien die ganze Sache abenteuerlich; da der Zug einlief, konnte ich Treviranus nicht um nähere Einzelheiten bitten. Am nächsten Morgen trat ich, als der Zug auf einer Station hielt, auf den Gang, um zu sehen, wo wir waren. Da eilte gerade der deutsche Botschafter von Hoesch am Zug entlang und stieg, wenige Schritte von mir entfernt, in den nächsten Schlafwagen, wo ihn an der Tür der schon fertig angezogene Reichskanzler mit der Frage empfing, wie die letzten Nachrichten über den militärischen Aufmarsch an der Grenze lauteten. Dass tatsächlich Divisionen einmarschbereit standen, wurde mir in Paris auf der Botschaft bestätigt; nur liess man offen, ob der Einmarsch ernsthaft beabsichtigt war oder ob man nur drohen wollte.

18.7.-21.7. (388-405) In Berlin spielte sich am 18.7. der gewohnte Tageslauf ab: Besprechungen über Kredite, Danat und mit den Amerikanern über den Ernst der Lage. Abends fuhren Schäffer und Vocke nach London, wo sie am 19. Abends eintrafen. Der Bericht, den Kempner aus Paris über die dortigen Verhandlungen Brünings mit den Franzosen erstattete, entspricht nicht ganz dem wirklichen Vorgang. Am 18. wurde den ganzen Tag verhandelt; auf deutscher Seite führte Brüning das Wort, selten abgelöst von Curtius, auf französischer Seite Laval, ebenfalls nur selten von Briand abgelöst, der die ganze Zeit mit geschlossenen Augen und leise schnarchend dasass, aber bei seinen Reden zeigte, dass er haarscharf aufgepaßt und jedes Wort gehört hatte. Wie erwartet, bot Laval eine langfristige Anleihe von 10 Jahren in einer Höhe von 500 bis 1000 Millionen Dollar an. Damit würde die deutsche Zahlungsfähigkeit wiederhergestellt und der Abzug gesoppt. Wenn die Deutschen die Anleihe annähmen, sei die Stillhaltekonferenz in London eigentlich überflüssig. Selbstverständlich müssten die Franzosen gewisse Bedingungen stellen, Deutschland sollte während der Laufzeit, also 10 Jahre lang, auf Revisionsforderungen hinsichtlich des Young-Plans, auf die Zollunion mit Österreich, auf die Forderung, das Anschlussverbot aufzuheben, und auf Anträge, die Grenzziehung zu überprüfen und zu ändern, verzichten. Auf die Zollunion, die doch nicht mehr durchzuziehen war, hätte Brüning verzichten können, der Verzicht auf Anschluss und Grenzrevision ging an die Grenze dessen,

was einem deutschen Kanzler zugemutet werden könnte, aber der Verzicht auf die Revision des Young-Plans war schlechterdings unzumutbar, Brüning hätte den Schwerpunkt seiner Politik aufgeben müssen. Brüning lehnte ab, und die Franzosen liessen leise und höflich, aber unmissverständlich Drohungen laut werden. Am Abend des 18. war nicht zu verbergen, dass die Konferenz gescheitert war. Brüning informierte Nachts die Amerikaner. Die französische Presse bestürmte Laval, die Deutschen nicht aus den Fängen zu lassen. Und im Quai d'Orsay arbeiteten die französischen Juristen zusammen mit ihren Kollegen Gauss an einer "formule", die das Scheitern überdecken und es Laval möglich machen sollte, trotzdem am 20. mit nach London zu fahren. Am 19. sassen beide Delegationen getrennt, die französische in einem Saal des Auswärtigen Amtes, die Deutschen in der Glasveranda^{Javor}, die Boten gingen hin und her mit Abänderungsvorschlägen, und die Delegationen, ausgehend von dem gemeinsamen Entwurf der Juristen, entfernten sich mit jeder Stunde immer weiter voneinander. Am Nachmittag kam ein Franzose nach dem Andern in die deutsche Veranda, wo schliesslich, ohne Leitung, alle durcheinander über die formule debattierten. Da schlug z.B. Curtius eine deutsch-französische Zollunion vor, was gar nicht in die Landschaft passte. Da sagte François-Poncet, der Kabinettschef Lavals, zum deutschen Botschafter, der einen Vorschlag zur formule gemacht hatte: "Mais, monsieur de Hoesch, ce que vous proposez-lâ ce n'est rien que... leeres geschwätz und faula Zauba, würde der Berliner sagen" (wörtlich). Nur Brüning sass zusammengesunken auf seinem Stuhl und schwieg zwei Stunden. Dann richtete er sich plötzlich auf und sagte auf französisch zu Laval: Es ist die grosse Tragik der Versuche einer deutsch-französischen Verständigung, dass Sie immer das, was eine Folge der Verständigung sein könnte und sein würde, zur Voraussetzung dafür machen. Daran sind alle bisherigen Versuche gescheitert, daran scheitert auch der heutige, moi personnellement, j'y suis très triste. Die Offenheit und Aufrichtigkeit des Kanzlers machte tiefen Eindruck. Ein paar Minuten herrschte Schweigen. Dann diktierte Laval aus dem Stegreif eine formule, die mit dem bisherigen Entwurf nichts mehr gemein hatte und der Franzosen wie Deutschen zustimmen konnten.

Es war nur der Persönlichkeit Brüning's zu verdanken, dass der tote Punkt dieser Konferenz überwunden wurde, und es war eine diplomatische Leistung ersten Ranges von Brüning, dass die Franzosen, obwohl wir ihr Zuckerbrot ablehnten, die Peitsche nicht hervorholten, sondern mit nach London führen. Am 18. war das noch völlig ungewiss gewesen, am 19. Abends wurden auf dem Essen, das Briand gab, nur Freundschaftsreden gehalten. Der einzige, der mir nicht zufrieden zu sein schien, war Flandin.

Bernstorff (S.392) war der Botschaftsrat Albrecht Graf v. Bernstorff (1890-1945), der, deutscher Rhodes-Stipendiat in Oxford, von 1922-1933 an der deutschen Botschaft in London war und sich um die Wiederherstellung der deutsch-englischen Beziehungen solche Verdienste erwarb, dass Mc-donald ihn bei seiner Abberufung durch eine besondere Veranstaltung in der Downing-Street ehrte. Der liberale Bernstorff stand zum n.s. Regime in so unversöhnlichem Gegensatz, dass er seine weitere Verwendung im diplomatischen Dienst ablehnte und in Berlin in das Bankhaus A.E. Wassermann eintrat. Im Kriege mehrfach verhaftet, war er zuletzt im Berliner Gefängnis in der Lehrter Strasse. Dort wurde er in der Nacht vom 24./25. April 1945 von der Gestapo abgeholt und ermordet. Otto Fürst Bismarck, Herberts Sohn, hatte drei Schwestern, die eine war mit dem Philosophen Graf Keyserling verheiratet, die zweite mit einem Grafen Einsiedel, die dritte, Hanna, mit einem Herrn von Bredow-Schäffer hat sicher diese gemeint, denn er hat mir oft von Hannas treffender Bemerkungen vorgeschwärmt.

Schäffer widerspricht sich etwas, wenn er (S.393) am Anfang eines Absatzes schreibt, der Kanzler habe bei der Ankunft in Dover ganz gut und zufrieden ausgesehen, und am Schluss, er habe einen erschöpften Eindruck gemacht. Schäffer, der nach seiner Einstellung das Ergebnis von Paris nicht als Sieg Brüning's, sondern als Misserfolg ansah, hatte natürlich das Gefühl, dass Brüning sich einer richtigen Betrachtungsweise verschloss.

Bei den Verhandlungen am 21. Juli (S.395 ff) traten immer wieder Gegensätze in der Auffassung in Erscheinung. Nach wie vor boten die Franzosen eine Anleihe an, alle ablehnten ein Moratorium ab, Stimson hält ein Stillhalteabkommen für ausreichend, Schäffer forderte die Aufhebung der Deckungsklausel und einen Bereitschaftskredit, Snowden hält es für nötig, eine Erhöhung der Diskontsätze zu

vermeiden, bezweifelt aber, dass die Senkung der Deckung geeignet sei, Vertrauen zu schaffen, Flandin befürwortete ein "organisiertes Moratorium". Schliesslich kam man auf ein kleines Komitee hinaus, das Vorschläge machen sollte. Schäffer glaubte, er falle dem Kanzler durch seinen ständigen Hinweis, ein Stillhalten genüge nicht, wir müssten einen Kredit haben, auf die Nerven. Des Kanzlers Antwort, ob er denn alle politischen Bedingungen schlucken solle, zeigt, wie misstrauisch er auf diesem Punkt gegenüber Schäffer geworden war. Er liess sich aber durch Schmitz und Melchior davon überzeugen, dass wir einen ungeheuren Kreditbedarf hätten. Ich habe in Schäffers Sinn nachgeholfen, weil auch ich der Ansicht war, dass man es der anderen Seite zu leicht mache, wenn man sich mit dem Stillhalten begnüge. Das Sonderkomitee tagte im Zimmer des Prime Min. im Parlament. Ich glaube mich zu erinnern, dass Brüning sehr erobost auf Vocke war. Denn als wir endlich so weit waren, dass ein Rediskontkredit in Aussicht gestellt wurde, kam zu tage, dass die Reichsbank keinen wollte. Aber glücklicherweise waren Schmitz und Melchior anderer Ansicht.

Was die neue Hoover'sche Botschaft gewesen sein soll, die Lochner und Reiner brachten und die Schäffer mit gewohnter witziger Schlagfertigkeit "eine Menükarte statt eines Mittagessens" nennt (S.405), weiss ich nicht mehr.

22.7.-23.7. (S.406-433) Für die deutschen Banken war es von grösster Wichtigkeit, dass die privaten Auslandsgläubiger schon vor dem förmlichen Abschluss einer Stillhaltevereinbarung ihre Geldabzüge aus Deutschland verringerten. Taten sie das nicht oder nahmen sie sogar die Abzüge wieder in dem Umfang auf, den sie im Juni und in der ersten Hälfte Juli gehabt hatten, dann war eine Wiederholung der Vorgänge vom 13. Juli zu befürchten. In diesem Fall war ein Auslandsmoratorium nicht zu vermeiden. Um dieser Gefahr vorzubeugen, sollten Melchior und Schlieper von der Deutschen Bank bereits während der Londoner Konferenz Stillhaltebesprechungen mit den City-Banken einleiten. Melchior war ja schon in London und hatte zusammen mit Schäffer mit solchen Besprechungen bereits begonnen. Jetzt kam auch Schlieper, wie mit der Reichsbank vereinbart worden war, nach London und brachte zur Sicherheit gleich den Entwurf für ein Auslandsmoratorium mit.

Die Engländer hatten von Anfang an die Reparationsfrage aufwerfen wollen. Die Franzosen waren nur unter der Bedingung gekommen dass das unterbliebe, und die Amerikaner hatten gedroht, sofort abzuzureisen. Es war nur eine Frage der Zeit, wann der gelähmte englische Schatzkanzler Philip Snowden, einer der scharfsinnigsten und scharfzüngigsten Menschen, denen ich begegnet bin, gegen das tabu angehen würde. Und er brannte tatsächlich ein Feuerwerk an Geist und Sprache ab. Den drei Empfehlungen, die auf amerikanischer Vorschlag die Konferenz beschliessen sollte, könne er nicht zustimmen. Sie rührten nicht an das Entscheidende. Die deutsche Notlage beruhe auf politischen Gründen. Ohne Entlastung von den Reparationen könne man den Deutschen nicht helfen. Da war es heraus. Flandin lief rot an und dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon klappte der Unterkiefer herunter. Nun drehte sich die Debatte munter im Kreise. McDonald, der alte Methodistenprediger, rief mit volltönender Stimme in den Saal: "Wenn der Kranke stirbt, wird der Kadaver die ganze Welt verpesten". Beim Schluss war Schäffer verzweifelt und Vocke guten Muts (S.412).

Die Verhandlungen im Finanzkomitee am Nachmittag schienen Schäffers Pessimismus Recht zu geben. Flandin bekam wieder Oberwasser, die einzig mögliche Lösung sei die Anleihe mit politischen Voraussetzungen. Auf der anderen Seite sah Mellon die Erwähnung der Politik überhaupt als ausserhalb der Zuständigkeit der Konferenz liegend an. Es ist kaum mehr möglich, die Bedeutung und die Absicht der einzelnen Anträge zu rekonstruieren. Eine immer grössere Bedeutung gewann das kleine von den Deutschen vorgeschlagene Dreimänner-Komitee, das neben dem Stimson-Komitee arbeiten und sobald wie möglich in Berlin zusammentreten sollte. Frankreich und Belgien verlangten, die Gläubigermächte sollten durch eine Erklärung Deutschlands unterstützt werden, die deutsche Regierung werde alles tun, um die Festigkeit der Währung aufrechtzuerhalten (S.419).

Nur Schäffer brachte es fertig, nach einem übervollen Arbeitstag in der Nacht noch eine Rede für den Kanzler zu entwerfen. Sie legte die Lage in schonungsloser Offenheit dar und malte die Möglichkeiten eines Zusammenbruchs in düstersten Farben. Aber für die beiden Amerikaner, denen der Entwurf gezeigt wurde, war sie zu schwarz. So musste die Rede völlig umgearbeitet werden. In der

Schlussitzung einigte man sich ziemlich rasch über die drei Empfehlungen: an die Notenbanken Englands, Frankreichs und der USA, an die BJZ und an die privaten Gläubigerbanken; die BIZ sollte ein Sachverständigenkomitee einsetzen, das die Kreditnotwendigkeiten Deutschlands und die Möglichkeiten untersuchen sollten, einen Teil der kurzfristigen in langfristige Kredite umzuwandeln. Die Konferenz nahm mit Interesse von dem Hinweis Brünnings auf das deutsche Garantiesyndikat vom 8. Juli 1931 Kenntnis, das eine gesunde Grundlage für die Wiederaufnahme der normalen internationalen Kreditoperationen bieten könnte. Eine längere Auseinandersetzung entspannte sich darüber, wer die Mitglieder des "Stimson-Komitees" und des von den Deutschen gewünschten Beratungskomitees für die Reichsbank bestimmen sollte. Man einigte sich schliesslich, dass die Mitglieder des ersteren Komitees, das nach seinem Vorsitzenden später das "Wiggin-Komitee" genannt wurde, auf Vorschlag der Notenbanken von der BIZ und die des anderen von der Reichsregierung ernannt werden sollten. Die Mitglieder des Wiggin-Komitees waren: Albert H. Wiggin (Chase National Bank), Walter Layton (Economist), Emile Moreau (Banque de France), Emile Franqué (Société Générale de Belgique), Alberto Beneduce (ital. Notenbank), Tanaka (jap. Notenbank), Rg. Bindschedler (Schweizer Kreditanstalt), P. Hofstede de Groot (Amsterdamer Bank), Oscar Rydbeck (Skan. Kredit-Aktie-Bolaget), Carl Melchior (Warburg), Generalsekretär war Blessing, damals bei der BJZ. Zur Beratung der Reichsbank berief die Reichsregierung den schwedischen Bankier Marcus Wallenberg und den amerikanischen Nationalökonom A. Sprague.

Bei dem Mittagessen mit den Franzosen, das zu einer "grossen Befremdung" führte, war die Bemerkung François-Poncets aufschlussreich, die französische Regierung hätte den Hoover-Plan, ohne zu stürzen, nicht früher annehmen können. Das zeigte, wie stark die Deutschfeindlichkeit im Lande noch war, und welches Glück wir hatten, ungerufen aus Paris herauszukommen. Die Einladung zur Gartenparty in Buckingham-Palace hatte Macdonald am Tage vorher in der Konferenz bekannt gegeben und für die Kontinentalen, die Englands Sitten nicht kannten, hinzugefügt, dass eine Einladung Sr. Majestät ein Befehl sei. So oft er den Namen des Königs erwähnte, machte der alte Sozialistenführer eine tiefe Verbeugung, wie sie kein Oberkammerherr formvollendeter hinlegen konnte.

Heinrich v. Friedberg (geb. 1881), war ein Enkel des preussischen Justizministers Heinrich Friedberg (1813-1895), der 1876 Staatssekretär im Reichsjustizamt, von 1879 bis 1889 Justizminister war und 1888 geadelt wurde. Er war erst im deutschen auswärtigen Dienst, später im Völkerbund tätig.

Aus den Besprechungen Schäffers an diesem Tage verdient hervorgehoben zu werden, dass Schäffer, objektiv wie immer, Luther, mit dem er so viel Streit gehabt hatte, dem Kanzler gegenüber verteidigte, dem deutschnationalen Journalisten Kriegk, der die Auffassung vertrat, Brüning hätte Kredite nehmen und die politischen Bedingungen schlucken müssen, mit gewohnter Schlagfertigkeit das Wort Bismarcks entgegenhielt über einen Gegner, der gerade an der Macht war: "Der Esel macht meine Politik", und vom Bankier André scharfe Kritik an den deutschen Banken, an der Konferenz, die Beschlüsse zu Lasten der englischen Bankiers gefasst habe, und an Montagu Norman, der zu spät eingeschritten sei, anhören musste.

Da ich in London bleiben musste, um im "Hoover-Komitee" die Anpassung der Reparationen an den Hoover-Plan zu beraten, während alle übrigen Deutschen am 24. 7. nach Berlin fahren, ging ich Abend zu Brüning und bat ihn um eine Generalanweisung für die Verhandlungen. Sollte ich mich den Amerikanern, den Engländern oder den Franzosen anschliessen? Musste ich unter allen Umständen ein Ergebnis herbeiführen oder konnte ich notfalls das Komitee aufliegen lassen? Brüning sah mich nachdenklich an, klopfte mir auf die Schulter und sagte: Machen Sie es, so gut Sie es können! Das war die einzige Weisung, die ich erhielt. Ich habe dann jeden Abend mit Fernschreiber über den Tageslauf berichtet und am Schluss gesagt, wie ich am nächsten Tage taktieren würde, falls ich keine gegenteilige Weisung erhielte. Einmal habe ich Schäffer angerufen (am 30. 7.), sonst schwieg Berlin wie ein Grab. Als ich mich hinterher bei Schäffer und im AA beschwerte, dass ich nie etwas von ihnen gehört hätte, lachten die Herren: "Warum?" Wir waren ja immer einverstanden". Ich konnte mit dem Resultat zufrieden sein. Der gefürchtete Vorsitzende des Komitees (je 1 Vertreter von England, USA, Frankreich, Italien, Belgien, Deutschland), Sir Frederic Leith-Ross, lud mich am ersten Tage zum Lunch in seinen Klub ein. Dabei stellten wir fest, dass wir zur selben Zeit in Oxford studiert hatten. Das lockerte den Ton, in dem die Verhandlungen am Nachmittag geführt wurden,

erheblich auf. Sir Frederic nahm es nicht übel, dass ich ihn unterbrach, als er in der von ihm beliebten Form völlige Einigkeit in einem Punkt feststellte, in dem ich ganz anderer Ansicht war; als ich ihm zurief: nein, so ginge das nicht, erstarrten die übrigen Mitglieder, das hatte noch keiner Sir Frederic zu sagen gewagt.

Ich bat am 24.7. Abends auch Schäffer, Dietrich über die Erledigung eines Sonderauftrags zu berichten, den er mir gegeben hatte. Ich hätte für einen schriftlichen Bericht noch keine Zeit gehabt. Dietrich war ein Mann mit Phantasie und liebte ausgefallene Ideen. Er wusste, dass der englische Ölmagnat, Sir Henry Deterding, gelegentlich riesige Silberkäufe tätigte, da sollte sich Deutschland anhängen. So abwegig war das gar nicht. Im Ausland argumentierte man vielfach, Silber sei in reichlichen Mengen vorhanden und könnte als Basis der Geldschöpfung unschwer eine Kreditausweitung ermöglichen. In England vertrat der frühere Schatzkanzler, Sir Robert Home, die Ansicht, dass die Rehabilitierung des Silbers schneller als irgendeine Massnahme dazu führen werde, die Preise zu steigern und den Handel wiederherzustellen. In den USA trat Roosevelt, in Frankreich der Kreis um Patenôtre, in England vor allem Deterding, mit viel Energie für die Silberinteressen ein. In Deutschland wurden diese Bestrebungen im allgemeinen nur registriert. Dietrich dagegen rechnete sich gewaltige Gewinnchancen aus. Ich wurde beauftragt, die Möglichkeiten mit Deterding zu besprechen. Sir Henry, dessen Familie aus Mecklenburg stammte, war deutschfreundlich und sah vor allem in Deutschland einen möglichen Bundesgenossen gegen den Feind, den er abgründig hasste, den Bolschewismus. Deshalb unterstützte er später auch Hitler. Als ich ihn besuchte, zählte er mir, lebhaft und entrüstet, alle die Schandtaten auf, die ihm die Bolschewisten angetan hatten. Im Augenblick war kein Silbergeschäft zu machen. Er versprach mir aber, an Deutschland zu denken.

24.7.-27.7. (S.434-456) Kennzeichnend für François-Poncet waren zwei Äusserungen, die er dem rechtsstehenden Journalisten Kriegk gegenüber gemacht hatte und die dieser an Schäffer weitererzählte. Poncet sagte, er spräche lieber mit einem einflussreichen Mann der Rechten als mit einem einflusslosen der Linken; an diesem Prinzip hat er später als Botschafter in Berlin festgehalten (S.434). Er stand auch den deutschen Rechtskreisen näher, wenn er Locarno als groben Fehlschlag ("faula Zauba") bezeichnete.

In Berlin stürzten sich sofort die alten Probleme und Sorgen auf Schäffer: der Gedanke, mit dem sogar Freund Kempner spielte, der ihm sehr nervös zu sein schien, die Bankennöte, die rückgängigen Steuereinnahmen und die Ultimoten. Über die Schröder-Bank (Bremen) fand am 25.7. eine Ministerbesprechung unter Vorsitz des Kanzlers statt. Die Bank, die am 20. Juli in Schwierigkeiten geraten war, gehörte zu den mittleren Banken, spielte aber in der Bremer Wirtschaft, vor allem durch die Bankverbindung mit der Nordwolle, dem Norddeutschen Lloyd und der Deschimag, eine wichtige Rolle; da sie zudem dem Bremer Importhandel umfangreiche Rembours-Kredite vermittelte, sollte ein Konkurs unter allen Umständen vermieden werden. Die Sanierung sollte durch eine Stützungsaktion erfolgen, an der sich das Reich, Bremen und die Bremer Wirtschaft beteiligen sollten. Dietrich berichtete in der Besprechung über diese Aktion. Wie immer wurden auch ~~hier~~ hier die Verluste weit unterschätzt. Anfangs rechnete man mit 20 Mio, dann erhöhten sie sich, wie Dietrich mitteilte, auf 48 Mio. In der ersten Augustwoche ergab eine genauere Prüfung einen Verlust von 90 Mio, am 8.8. erhielt Dietrich die Nachricht, dass der vorgesehene Stützungsbetrag noch immer nicht ausreichte und dass die Bank Konkurs erklären müsse, wenn ihr nicht weitere Stützungsmittel zugeführt würden. Wegen der gefährlichen Konsequenzen erhöhte Dietrich selbständig den Stützungsbetrag des Reiches von 48 auf 68 Mio und holte die nachträgliche Zustimmung des Kabinetts ein. Dietrich berichtete am 25.7. noch über die Schwierigkeiten der Orientbank, die dadurch besonders erhöht wurden, dass die unter rein englischer Einfluss stehende Ägyptische Nationalbank sich weigerte, deutsche Schatzanweisungen zu lombardieren, mit denen die Reichsbank helfen wollte.

In der gleichen Sitzung erklärte Brüning, bei den Entschliessungen des Kabinetts müsse die Tatsache zugrunde gelegt werden, daß er keine politischen Konzessionen an Frankreich einzuräumen geneigt sei, um dadurch eine finanzielle Unterstützung zu erlangen. Brüning war entrüstet, dass die von der BJZ für das Komitee ernannten Leute im wesentlichen französisch eingestellte Kreise seien (S.438). Deshalb sollte daraufhin gewirkt werden, dass die beiden ausländischen Sachverständigen, die zur Beratung der Regierung und der Reichsbank nach Berlin gekommen waren, auch für das Komitee benannt würden, von England der amerikanische Nationalökonom Sprague, von Schweden

Markus Wallenberg. Tatsächlich wurde -zu unserem Glück- von den Engländern Walter Layton bestellt, die Schweden blieben bei Rydbeck, der sich als völlig objektiv erwies. In den 10 Sitzungen, in denen sich zwischen dem 26.7. und dem 3.8. die Reichsregierung mit der Danat, der Dresdner und den Sparkassen beschäftigte, zog Brüning ausser den zuständigen Ministerien und der Reichsbank die beiden genannten Sachverständigen zu, ferner Melchior und Schmitz, deren klugen Rat er in London schätzen kennen gelernt hatte, schliesslich Dernburg, Bergmann, den Treuhändler für die Danat, den Generaldirektor der Viag M.von der Porten, Ritscher und den "Preussen-Ernst". In den Beratungen ging es nicht nur um sachliche sondern auch um personelle Fragen. Brüning war von dem Verhalten der leitenden Männer der Grossbanken in den kritischen Tagen tief enttäuscht. Er klagte, es sei schwierig, von den Bankleitern einigermassen zuverlässige Auskünfte zu erhalten. Nach der gemachten Erfahrung müsse er auf Ratschläge von Seiten der Bankiers verzichten. Das ging gegen die Danat, die Dresdner, aber auch gegen die Deutsche Bank. Brüning hielt personelle Änderungen für unerlässlich, einmal, um die Bankleitungen mit besser qualifizierten Leuten zu besetzen, zum andern, um die öffentliche Meinung zu beschwichtigen. Die Hilfsmassnahmen für Danat und Dresdner machte er von dem Rücktritt der beiden Vorstände und Aufsichtsräte abhängig. Als sich in den leitenden Gremien der Banken Widerstand gegen den personalpolitischen Druck der Regierung erhob, sagte Brüning, die Regierung lasse sich keine Sabotage ihrer Massnahmen gefallen und werde von allen zivil- und strafrechtlichen Mitteln Gebrauch machen. Die Ablösung der bei ihm in Ungnade gefallenen Herren erfolgte auch tatsächlich, aber erst im Laufe der nächsten Monate.

Deshalb waren auch die Danat und die Dresdner trotz ihrer besonders hohen Auslandsschulden nicht in dem Stillhaltekomitee der Banken vertreten, das am 25.Juli unter Luthers Vorsitz für Verhandlungen mit den Gläubigerbanken gebildet wurde und in das Luther Hans Fürstenberg (Handelsgesellschaft), Loeb (Mendelssohn), Spiegelberg (Warburg) und Schlieper (Deutsche Bank) berief. Auch die englischen und amerikanischen Gläubigerbanken bildeten eine Kommission zur Vertretung ihrer Interessen, und zwei Mitglieder dieser Kommission, der Engländer Tiarks (Schroederbank) und der Amerikaner Cannon, fuhren am 27.Juli zu Verhandlungen nach Berlin.

Luther machte in diesen Tagen wegen des in der Presse gegen ihn betriebenen Kampfes wie Schäffer schreibt, einen "ziemlich bekniffenen" Eindruck (S.439) Während der Bankfeiertage hatten die Bankiers versucht, Luther zu stürzen. Georg Solmsen, Vorsitzender des Zentralverbandes der Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (1931-1933) und Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, erschien am 15. Juli in der Reichskanzlei beim Staatssekretär Pünder, ^{und} forderte Luthers Rücktritt, weil dieser das Vertrauen der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Bankwelt, völlig verloren habe. Es ist verständlich, dass die Bankiers, namentlich die Direktoren der hoch an das Ausland verschuldeten Grossbanken, sich von Luther in der Bankkrise im Stich gelassen glaubten und mit seiner Amtsführung nicht einverstanden waren. Trotzdem sind Form und Inhalt der Demarsche Solmsens nicht zu verstehen.

Die Forderung nach Luthers Rücktritt richtete sich an die falsche Adresse. Seit dem Bankgesetz von 1924 -und das war Solmsen natürlich genau bekannt- war die Reichsregierung für die Ernennung und Abberufung des Reichsbankpräsidenten nicht mehr zuständig. Er wurde vielmehr vom Generalrat der Reichsbank gewählt und konnte von diesem auch jederzeit abberufen werden, aber nur "aus wichtigem Grunde". Von den zehn Mitgliedern des Generalrats gehörten immerhin sieben den Interessenverbänden an, in deren Auftrag Solmsen sprach: Louis Hagen (Oppenheim), Franz v. Mendelssohn, Max M. Warburg, Hans Remshard (Bayr. Hypothekenbank), Wassermann (Deutsche Bank), Franz Urbig (AR der Deutschen Bank) und Georg Müller-Oerlinghausen (RV der Deutschen Industrie). Aber ein "wichtiger Grund" im Sinn des Gesetzes konnte nur eine Verletzung seiner Amtspflichten durch den Präsidenten oder seine Dienstunfähigkeit infolge körperlicher oder geistiger Erkrankung sein. Der Generalrat konnte daher Luther damals gar nicht abberufen, selbst wenn eine Mehrheit es gern gewollt hätte. Deshalb wandte sich Solmsen nicht an die zuständige Stelle, sondern suchte Luther durch die Presseangriffe "weich zu machen", und mobilisierte die Reichsregierung, die bei Luther nachstossen sollte. Ein ziemlich gemeines Verfahren!

Noch erstaunlicher war, dass Solmssen gerade Schacht als Luthers Nachfolger vorschlug. Schacht hatte in seinem wenige~~n~~ Monaten vorher erschienenen Buch "Das Ende der Reparationen" Kreditrestriktionen für den Fall als notwendig erklärt, dass der Reichsbank durch plötzliches Ausbleiben oder Rückfordern von Auslandskrediten Devisen und Gold abgezogen würden. Er hätte also im Sommer 1931 nicht wesentlich anders handeln können als Luther. Zudem hatte Schacht im Winter 1931 aus politischem Ehrgeiz Verbindungen zu den Nationalsozialisten aufgenommen und sich wiederholt mit Göring (im Hause von Stauss, des Vorstandskollegen von Solmssen) und mit Hitler getroffen. Die antisemitischen Parolen der NSDAP, die sich namentlich gegen die jüdischen Bankiers, vor allem Solmssen und Wassermann, richteten, konnten Solmssen nicht verborgen sein. Was mag er sich dabei gedacht haben, als er ausgerechnet einem Mann, ^{laub} der die NSDAP an die Macht bringen wollte, für das Amt des Reichspräsidenten vorschlug? Die Krise muss die leitenden Bankiers nicht nur des Charakters, sondern auch des Verstandes beraubt haben.

Schäffer war wie immer objektiv. Er kritisierte Luther weiter schonungslos, so wenn er von seinem Gespräch mit Siepmann berichtete, er sei zum Teil zu selbstbewusst und preziös, zum anderen Teil zu wenig bestimmt, oder bei der Ernennung der Mitglieder des Baseler Komitees durch die BIZ, die entgegen der Abrede die Notenbankpräsidenten nicht gefragt oder ihre Antwort nicht abgewartet hatte, zu oberflächlich gewesen. Das waren ja Fehler, die Schäffer immer wieder bei Luther feststellte. Aber er sagte dem Börsenkurier, Luther habe alles getan, was ein Mensch tun konnte, auch Schacht hätte nicht besser operieren können (S.444); er warnte die Presse, weiter gegen Luther zu kämpfen, dieser würde in den nächsten Tagen eine grosse Genugtuung erleben; Schäffer dachte offenbar an die Stillhaltung. Und die Übernahme des Amtes des Reichsbankpräsidenten durch Schacht war für ihn nicht diskutierbar.

Schäffer sprach am 25.7. sowohl mit Norden (S.440) wie mit Dietrich (S.442) über die Akzeptbank. Der am 18. Juli gegründete Überweisungsverband wurde nach wenigen Tagen durch die Akzept- und Garantiebank abgelöst. Die Gründung dieser Bank entsprang einem Vorschlag Heinrich Dernburgs, des Kolonialstaatssekretärs (1907-1910) und Reichsfinanzministers (Februar- April 1919) im ersten republikanischen Kabinett Scheidemann. Dernburg, sowohl Po-

litiker wie erfahrener Bankier, war in der Bankwelt sehr angesehen, die Sanierungen, die er mit Erfolg durchgeführt hatte, brachten ihm den Beinamen "Sanitätsrat" ein. Dernburg ging bei seinem Vorschlag von folgenden Überlegungen aus: Die deutschen Banken brauchten, um zahlungsfähig zu bleiben oder wieder zu werden, neues Geld. Auf neue Einlagen von Inlandskunden konnte nicht gerechnet werden. Sie waren auf die Reichsbank angewiesen. Um von ihr Kredit zu bekommen, hatten sie reichsbankfähige Wechsel nötig. Gerade daran fehlte es aber. Die Ausleihungen der Banken waren eingefroren und liessen sich nicht ohne weiteres in Wechselkredite umwandeln. Es musste ein neues Institut mit "diskontfähiger" Unterschrift geschaffen werden, durch dessen Akzept ein Debitorenkredit in einen reichsbankfähigen Wechsel umgewandelt werden konnte. Zwischen den Banken und der Reichsbank musste also eine Zwischenstelle eingerichtet werden, deren Unterschrift und Garantie die Kreditfähigkeit der Banken gegenüber der Reichsbank wiederherstellte. Diese Aufgabe sollte die neue Bank erfüllen.

Dazu waren zwei Voraussetzungen unarlässlich: Die Akzeptbank musste kapitalstark und unbedingt sicher sein; vor allem aber musste die Reichsbank bereit sein, die von der Akzeptbank diskontierten Wechsel zu rediskontieren. Diese Rediskontzusage gab die Reichsbank am 25. Juli, natürlich unter der Voraussetzung, dass sie nicht mehr durch Abzüge kurzfristiger Auslandsgelder bedrängt werde. Nun konnte noch am gleichen Tage die Akzeptbank mit einem Kapital von 200 Mio, von dem 25 v. H. eingezahlt wurden, gegründet werden. Beteiligt waren: das Reich (80 Mio), die Golddiskontbank (20 Mio), die Deutsche Bank (20 Mio) und, mit Beteiligungen zwischen 2 und 6 v. H., die Bank für deutsche Industrieobligationen, die Reichskreditgesellschaft, die Berliner Handelsgesellschaft, die Commerz- und Privatbank, die Seehandlung, die Deutsche Verkehrskreditbank, das Bankhaus Mendelssohn und die Preussische Zentralgenossenschaftskasse. Das Reich übernahm die Ausfallbürgschaft für die nicht eingezahlten Kapitalbeteiligungen der übrigen Gründer. Damit war die Voraussetzung des nötigen Kapitals und der Sicherheit gegeben. Aufsichtsratsvorsitzender wurde Dernburg.

Bis Ende 1931 gab die Akzeptbank Stützungskredite in Höhe von 1625 Mio, damit stützte sie die Danatbank, die Dresdner Bank, die Landesbank der Rheinprovinz und vor allem (über 70 v.H.) die Sparkassen und Girozentralen, die nach der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs viele Einlagen auszahlen mussten. Ohne Hilfe der Akzeptbank wären sie dazu nicht in der Lage gewesen. Bis Ende 1932 wurden die Akzeptbankkredite auf 1360 Mio verringert und betrugen am 31.5.1936 nur noch 7 Mio. Durch die Akzeptbank wurde den Banken eine neue Kreditquelle eröffnet, zugleich aber auch der Kredit verteuert. Die Akzeptbank berechnete 2v.H. Provision für ihr Akzept, dazu kam der Diskontsatz der Reichsbank. Der betrug Ende Juli 10 v.H. und wurde am 1. August auf 15 v.H. erhöht, um die zu erwartenden Bargeldanforderungen einzudämmen. Luther entsprach damit nicht nur der Forderung "massgebender Zeitungen", sondern befolgte auch den Rat von Wilhelm Röpke, der in einem Artikel am 26. Juli empfohlen hatte, die Reichsbank solle, um der Gefahr einer Inflation vorzubeugen, keine Kreditrestriktionen vornehmen, sondern den Diskontsatz drastisch erhöhen; die Schäden eines hohen Diskontsatzes seien kleiner als die Schäden der Restriktion.

26.7.-28.7. (S.445-476). Schäffer machte sich in gewohnter systematischer Weise klar, mit welcher Technik der Abbau der Bankfeiertage zu bewerkstelligen sei. Man war allerseits von vornherein darin einig, dass Danat und Dresdner ihre Geschäftstätigkeit in vollem Umfang wieder aufnehmen müssten. Im Mittelpunkt der Aufzeichnungen Schäffers über den 26. bis 28. Juli standen denn auch die Überlegungen, hinsichtlich beider Banken. Strittig war, wie sie wieder zahlungsfähig gemacht und ob ihnen die notwendigen neuen Mittel durch Kredite oder durch Kapitalerhöhung zugeführt werden sollten. Zur Debatte standen die Zusammenlegung des bisherigen Aktienkapitals und die Ausgabe neuer Vorzugsaktien sowie die Fusion untereinander und mit anderen Banken. Der Gedanke einer Fusion Danat-Dresdner stiess bei allen Gesprächsteilnehmern auf Ablehnung. Bei der Danatbank wurde die Lösung leichter gefunden als bei der Dresdner. Bereits in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Kabinetts am 26. Juli teilte Dietrich mit, dass sich 35 Mio des Aktienkapitals der Danat in den Händen der Bank befanden und dass die westliche Schwerindustrie berate, ob sie diese 35 Mio zum Kurse von 150 übernehmen solle und auf diese Weise das Aktienkapital der Bank

wieder intakt machen würde. Am 28. wiederholte Bergmann diesen Plan, der von den führenden Männern der vereinigten Stahlwerke, Albert Vögler und Friedrich Flick, stammte. Die Industrie wollte die Aktien freilich nicht sofort bezahlen, sondern erwartete, dass das Reich ihr den Betrag vorschoss. Das vorgelegte Geld wollte die Industrie nach 5 bis 10 Jahren zurückzahlen. Dietrich konnte sich mit dem Plan zunächst nicht befreunden. Er befürchtete, dass es darüber zu langwierigen Verhandlungen kommen würde; ein Zeitverlust durch solche Verhandlungen schien ihm aber nicht vertretbar. Er schlug deshalb am 28. Juli vor, die eigenen Aktien der Danat zum Pari-Kurs auf das Reich zu übernehmen. Er erklärte sich dann aber doch mit dem Vorschlag Vöglers und Flicks einverstanden, nachdem dieser von Paul Silverberg und den Sachverständigen Dernburg, Sprague, Wallenberg, Schmitz, Porten und Ritscher unterstützt worden war. Damit wurde die Danatbank wieder flott gemacht, ohne dass das Reich sich an ihr beteiligte. Es streckte lediglich der Industrie das Geld für die Übernahme der Aktien vor und hielt seine Garantie für die Schulden der Danat aufrecht.

Für die Dresdner Bank schlug Luther am 26. Juli die Fusionierung mit der Reichskreditgesellschaft (Erka) vor. Die Gläubiger der Dresdner sollten mit 75 bis 80 v.H. ihrer Forderungen zur Erka übertreten und für den Rest ihrer Forderungen stillhalten. Dieser Vorschlag war einigermaßen erstaunlich. Die Erka hatte nur ein Aktienkapital von 40 Mio; damit sollte sie eine Bank mit einem Kapital von 100 Mio und kurzfristigen Verbindlichkeiten von 2 Mrd. übernehmen. Das war im Mai nicht gut gegangen, als die Österreichische Creditanstalt die Österr. Bodenkreditanstalt nicht verkraften konnte. Es war verständlich, dass Ritscher und Porten sich gegen den Vorschlag wehrten. Sie wurden darin von Wallenberg und Schäffer unterstützt. Lediglich Schmitz stellte sich auf die Seite Luthers und erweiterte dessen Vorschlag am 28. Juli dahin, dass die Erka ihr Kapital auf 100 Mio aufstocken solle. Die Sachverständigen, Sprague, Wallenberg, Melchior und Schmitz, zogen sich zu einer internen Beratung zurück und verkündeten als Ergebnis, das Richtige sei, das Vertrauen durch einfache Fortsetzung der Zahlungen wieder herzustellen und die Dresdner, ohne vorherige Sanierung, zusammen mit den anderen Banken, wieder zu eröffnen. Auch Dietrich, dem Schäffer und Melchior darin zustimmten, wollte die Dresdner einfach

wieder in Gang bringen, ohne eine Neukonstruktion vorzunehmen. Aber der Vorschlag, der von der Vorstellung ausging, dass durch Zahlungsbereitschaft das Vertrauen wiederhergestellt werden und dass dann auch wieder neues Kapital einströmen würde, lief doch praktisch darauf hinaus, die bestehenden Schulden durch Aufnahme von Schulden an anderer Stelle -beim Reich- zu bezahlen. Die ungünstige Kapitalstruktur der Dresdner Bank, das Missverhältnis von fremdem und eigenem Kapital, blieb bestehen. Der Generaldirektor von der Porten hatte hundertfach mit seiner Feststellung Recht, das Vertrauen zur Dresdner Bank könne nur hergestellt werden, wenn neues Kapital geschaffen würde. Die Diskussion hatte sich einigermaßen festgefahren. Trendelenburg brachte sie weiter, indem er vorschlug, die Dresdner durch Erhöhung ihres Kapitals neu zu konstruieren. Man vertagte die Beratung auf den 29. Juli; an diesem Tag fand der Vorschlag die grundsätzliche Zustimmung des Kabinetts.

Doch mindestens ebenso wichtig wie die Rekonstruktion von Danat und Dresdner war die Behandlung der Sparkonten. Man hätte den vollen Zahlungsverkehr am 1. August freigeben können, wenn es sich nur um die Banken gehandelt hätte. Dass man die Freigabe bis zum 5. August verschieben musste, war lediglich die Folge der Meinungsverschiedenheiten über die Sparkassen und Girozentralen. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband schätzte ihren Bedarf bei voller Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs auf 1 Mrd. RM, der durch gewisse Einschränkungen auf 500 Mio verringert werden könne. Der Verband forderte, dass den Sparkassen die Möglichkeit der Refinanzierung bei der Reichsbank eröffnet würde, indem sie das Recht erhielten, Wechsel zu akzeptieren und auszustellen. Gegen diese Wünsche sträubte sich Luther energisch. Die Spannung zwischen dem Giroverband und der Reichsbank veranlasste Weltzien (Girozentrale), etwas scharf gegen die Reichsbank zu polemisieren; Weltzien, der dazu neigte, den Mund voll zu nehmen, musste sich von Brüning, dem man auch steigende Nervosität anmerkte, eine Zurechtweisung gefallen lassen.

In der Sparkassenfrage steckte allerhand Dynamit. Seit Beginn der Krise waren die Spareinlagen stark angestiegen. 1930 nahmen sie von 8,9 auf 10,3 Mrd. zu. Viele Menschen wollten sich, gerade wegen der Krise, eine finanzielle Reserve schaffen. Das Vertrauen in die Währung war nicht erschüttert. Aber die Liquidität der Sparkassen war gefährdet. Nach dem in Preussen geltenden Musterstatut hatten die Sparkassen mindestens 10 v.H. ihrer Gesamteinlagen in flüssigen Werten als Liquiditätsreserven zu unterhalten. Danach hätten die

preussischen Sparkassen im Frühjahr 1931 bei ihren Girozentralen 770 RM als Liquiditätsreserven haben müssen. Sie hatten aber nur 671 Mio (8,7 v.H. der Einlagen). Aber auch diese verringerte Reserve war nicht sofort und nicht voll verfügbar, vor allem weil die Girozentralen daraus kurzfristige Kommunalkredite gegeben hatten, die Gemeinden aber nicht imstande waren, diese Kredite termingerecht zurückzuzahlen. Das war nicht nur auf höhere Gewalt zurückzuführen. Die Verschuldung der Gemeinden war schon vor der Wirtschaftskrise bedenklich hoch gewesen, und ein Teil dieser Schulden war nicht zur Bestreitung notwendigen Ausgaben aufgenommen worden, sondern zur Errichtung prächtiger und kostspieliger Bauten. Das galt besonders für die grossen Städte, an der Spitze Köln. Schacht hatte als Reichsbankpräsident gegen diese Sünden angekämpft, und Stresemann hatte in einem beschwörenden Brief auf den miserablen Eindruck hingewiesen, den sie im Ausland hervorriefen. Als Gewährsträger der Sparkassen nutzten nun die Gemeinden vielfach ihren Einfluss auf die Kreditinstitute dahingehend aus, dass diese ihnen, selbst gegen geschäftliche Regeln und Satzungen, weitere Kredite gewährten. Mit dieser Misswirtschaft gab sich die kommunale Selbstverwaltung eine Blöße, die von den Feinden der Demokratie weidlich ausgenutzt wurde. Das war das politische Dynamit, das im Sparkassenproblem steckte.

Am 9. August 1931 sollte im Lande Preussen ein Volksentscheid über die Auflösung des Landtages stattfinden. Er ging auf eine Initiative des Stahlhelms zurück und wurde von den beiden radikalen Oppositionsparteien, den Kommunisten und den Nazis, von den Deutschen Nationalen und einem Teil der Volkspartei unterstützt. Er richtete sich gegen die in Preussen regierende Mehrheitskoalition der SPD, des Zentrums und der Staatspartei. Der Reichsregierung lag daran, dass der Volksentscheid negativ ausfiel. Es musste befürchtet werden, dass eine Benachteiligung der Sparkassenkunden gegenüber den Bankkunden den Radikalen neue Propagandamunition für den Volksentscheid liefern würde. Auch hierin kam die politische Bedeutung der Sparkassenfrage zum Ausdruck. Der Wunsch der Frau Lüders, die Franzosen möchten unsere Lage erleichtern (S.449), zeigte, wie besorgt man in den Koalitionsparteien dem Volksentscheid entgegensah. Dagegen machte der Besuch von Macdonald und Henderson am 27. Juli in Berlin (S.455) einen erstaunlich geringen Eindruck. Während die-

ses Besuchs, der vom 27.-29.7. dauerte, wurden Beschlüsse über die weitere Behandlung der Reparationsfrage nicht gefasst, aber die Engländer gestanden zu, dass der Young-Plan nach Ablauf des Feierjahres nicht wieder voll in Kraft gesetzt werden könne, während deutscherseits als nächster Schritt eine Verlängerung des Hoover-Abkommens vorgeschlagen würde.

29.7.-30.7. (S.476-499) Auch an diesen beiden Tagen drehtensich die Besprechungen, endlos und ermüdend, um die gleichen Themen, Banken und Sparkassen, Bankenaufsicht und Stillhalteverhandlungen. Bei der Danatbank stieg nach dem Angebot der Industrie, das Wallenberg "grossartig" nannte, die Zuversicht, es werde gelingen, die Bank aufzubauen (S.482); der Schwede hatte allerdings Zweifel, ob "unser Freund" Jacob Goldschmidt dann noch in der Leitung sein würde. Aber Wallenberg wollte doch vor seiner Abreise noch darauf hinweisen, dass Jakob "die Bank schon wieder hochbringen werde". Schäfer selbst bat Wallenberg auch noch, sich für Goldschmidt einzusetzen (S.489). Diese Milde gegenüber dem von allen Bankiers doch zweifellos "schuldigsten" ist schwer verständlich. Bevor ich nach London fuhr, hielten alle, mit denen ich sprach, es für selbstverständlich, nicht nur dass er gehe, sondern dass man auch zivilrechtlich Schadensersatzansprüche gegen ihn durchführen müsse; damals überlegte man nur, ob man auch strafrechtlich gegen ihn vorgehen solle. Jetzt war man soweit, dass er nur ein Vierteljahr untertauchen müsse, dann aber wieder in die Leitung zurückkehren könne (S.490). Frisch von der Dresdner hatte ganz recht: die Juden waren nun einmal im Bankwesen durchaus die führenden Männer; aber sie hielten eben auch wie Kletten zusammen, wenn einer von ihnen Pech hatte. Auch für Ritscher war einer der Gründe für seine Ablehnung des Übertritts zur Dresdner Bank, der, dass er nicht gegen seine früheren Vorstandskollegen vorgehen wollte. Das Bild Ritschers wird mir etwas durch seine Forderung getrübt, er müsse 500 000 RM von der Dresdner Bank, über sein Erka-Gehalt hinaus, haben, das war, auch als einmalige Zahlung, für damalige Zeiten eine gewaltige Summe; damit die Sanierung einer notleidenden Bank zu beginnen, ist etwas merkwürdig. Der einzige, der konsequent, und schliesslich auch mit Erfolg, darauf bestand, dass alle Verantwortlichen aus der Leitung der beiden Banken verschwinden müssten, war Brüning.

Die "Personalien" nahmen einen breiten Raum in Schäffers Aufzeichnungen ein. Für die Dresdner Bank dachte man an Schacht, um ihn dort "nutzbringend" zu beschäftigen. Aber der Plan würde doch nicht weiter verfolgt. Dann stand Ritscher im Vordergrund. Aber als Jude konnte man ihn nicht in die Dresdner bringen, weil dort schon Juden in leitender Stellung tätig waren, und zwar, wie man damals sagte, nicht zum Vorteil der Bank - das galt vor allem von Gutmann; in der Erka dagegen brauchte man Ritscher gerade als Jude, um ein Gegengewicht gegen O.C.Fischer zu bilden, der damals der bestaussehende und der am weitesten rechts stehende Bankier Berlins und auf beides sehr stolz war. Pferdenges wäre eine gute Wahl gewesen, aber der hätte nicht daran gedacht, Köln mit Berlin zu vertauschen. An Pölder habe ich nur eine dunkle Erinnerung; ich glaube, dass er eine Zeitlang in einem Ministerium oder in der Reichsbank gearbeitet hat. Aber Frisch hatte mit seiner Beurteilung unzweifelhaft recht, dass er nicht das nötige Format besass.

Bei der Dresdner Bank drehten sich die Besprechungen noch mehr im Kreise als sonst. Es ist einigermaßen verblüffend, dass die grossen Sachverständigen, nachdem sie am Tage vorher, nach längerer interner Beratung, empfohlen hatten, die Bank einfach wieder zu eröffnen, ohne Kapitalserhöhung, 12 Stunden später sich denen anschlossen, die neues Kapital für notwendig hielten. Nur über die Grössenordnung war man sich noch nicht im klaren, ob 300 oder 400 Mio. Man stritt auch darüber, ob das neue Geld als Aktienkapital zugeführt werden solle oder je zur Hälfte dem Aktienkapital und den Reserven. Trendelenburg dachte daran, das neue Kapital teils in Aktien teils als Reservefonds anzulegen. Das entsprach auch den Wünschen der Industrie und der anderen Banken. Denen wäre es noch lieber gewesen, wenn der Dresdner Bank 150 Mio neues Kapital und 150 Mio Reichskredit gegeben würden. Sie fürchteten, bei einer zu starken Erhöhung des Aktienkapitals zu ins Hintertreffen zu kommen. Den Ausschlag gaben schliesslich die beiden ausländischen Sachverständigen, Späth und Wallenberg, die sich, im Gegensatz zu ihrer Vortags-Haltung, für eine Kapitalerhöhung um 300 Mio einsetzten. Eine Aufteilung des Kapitals in Aktien und Reservefonds scheiterte an dem Widerspruch Brünings: ein Reservefonds aus Reichsmitteln wäre ein reines Geschenk an die Bank. Es war fraglich, ob das ein durchschlagendes Argument war. Jedenfalls war nun die zweitgrösste

Privatbank Deutschlands in Reichsbesitz übergegangen. Niemand hatte das beabsichtigt, und man sah es allgemein als eine Not- und Übergangslösung an. Dietrich sprach im Kabinett die Absicht der Regierung aus, die Bank später wieder an die Wirtschaft abzugeben. Das ist dann auch erstaunlich rasch geschehen.

Heftige Debatten wurden in diesen Tagen auch über die Sparkassen geführt. Nach Luthers Vorschlag sollten die Sparkassen in der ersten Woche nach Wiedereröffnung des Zahlungsverkehrs nur 50 RM je Konto und höchstens 10 v.H. des Sparguthabens auszahlen. Die Sparkassenkundschaft wäre dadurch gegenüber der Kundschaft der Privatbanken benachteiligt worden. Stegerwald und Treviranus wieser darauf hin, dass die mittelständischen Gewerbe- und Handelsbetriebe die Leidtragenden sein würden, denn für sie übten die Sparkassen die Bankfunktionen aus. Wirth machte ferner darauf aufmerksam, dass es im Hinblick auf den Volksentscheid politisch bedenklich sei, die Sparkassenkunden zu benachteiligen.

Luther vertrat die Auffassung, dass die Reichsbank Noten nur unbeschränkt ausgeben könne, wenn die Haushalte der Länder und Gemeinden ausgeglichen seien. Der Ausgleichsvorschlag, den er machte, eine neue Senkung der Beamtengehälter, war nicht gerade originell. Dagegen brachte Olschers Vorschlag einer durchgreifenden Reichsreform etwas wirklich Neues. Olscher, der mich, während ich in London war, vertrat, und später, als ich Minister wurde, mein Nachfolger als Etatsdirektor wurde, war ein Mann von Ideen und eminenter Arbeitskraft. Im Kriege trat er in den Vorstand der Viag über und wurde 1945 von den Russen verschleppt; er blieb verschollen. Luther, der alte Reichsreformer, ging auf diese Pläne mit Begeisterung ein. Vielleicht wäre die Krise die einzige Zeit gewesen, in der man eine grösszügige Reichs- und Verwaltungsreform hätte durchführen können. Leider kam man nicht dazu. Es ist verständlich, dass Brüning, der genug Sorgen hatte, die ihm auf den Nägeln brannten, sich nicht auch noch diese Last aufhalsen wollte.

Man war sich allgemein darüber klar, dass man eine Bankaufsicht brauchte. Schäffer zerbrach sich frühzeitig den Kopf über die für den Posten des Bankenkommissars geeignete Persönlichkeit. Es ist kennzeichnend für seine völlige Unvoreingenommenheit und Objektivität, dass er den Ministerialdirektor im Reichsjustizministe-

rium, Dr. Franz Schlegelberger (geb. 1876), dafür ins Auge fasste (S. 479). Schlegelberger war ein ausgezeichnete Jurist, und Überzeugter Deutschnationaler, der breitestes Ostpreussisch sprach. Er war mit Schäffer dadurch näher bekannt geworden, dass er bei der Ausarbeitung der Notverordnungen die Verantwortung für den juristischen Teil hatte. 1931 war er Staatssekretär unter Jöel und Gürtner und wurde nach dessen Tod (Januar 1941) bis August 1942 mit der Leitung des Reichsjustizministeriums beauftragt. Das trug ihm eine Anklage in den Kriegsverbrecherprozessen ein. In Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt, wurde er 1950 wegen Krankheit entlassen und hatte jahrelang um seine Pension zu kämpfen. Als sein Sohn Justizminister in Schleswig-Holstein wurde, verlegte man die Abteilung, in der die Pensionssache des Vaters bearbeitet wurde, in das Innenministerium und gab sie, als Sohn Schlegelberger Innenminister wurde, dem Justizministerium zurück. Dem Vater Schlegelberger wäre vieles erspart geblieben, wenn er den Posten des Bankkommissars, für den er volle Eignung besass, bekommen hätte.

Mit den Empfehlungen der Londoner Konferenz war die Tür zu Stillhalteverhandlungen geöffnet. Bis zum Abschluss eines Stillhalteabkommens hatten die deutschen Banken noch eine Gefahrenstrecke zu überwinden. Das mussten sie aus eigener Kraft tun. Darauf wies der Botschafter Sackett den Staatssekretär Fünder in einem Brief vom 29. Juli ausdrücklich hin. Nur in einem Punkt war die Stillhaltung sofort wirksam geworden: die Notenbanken Amerikas, Englands und Frankreichs verlängerten den 100 Mio-Dollar-Kredit, den sie der Reichsbank am 25. Juni gewährt hatten; dieser Kredit wurde noch mehrfach um jeweils drei Monate verlängert und im April 1933 von der Reichsbank zurückgezahlt. Für die deutschen Banken aber war es ebenso wichtig, dass die privaten Auslandsgläubiger schon vor dem förmlichen Abschluss einer Stillhaltevereinbarung ihre Geldabzüge aus Deutschland verringerten. Darüber verhandelten Tiarks und Cannon seit dem 27. Juli mit dem Luther-Komitee. Die bisherigen Ergebnisse gefielen der Industrie nicht, wie der "schwarze" Brecht am 29. Juli Schäffer berichtete (S. 485). Die Deutschen schlugen zunächst eine völlige Stillhaltung auf 6 Monate für alle kurzfristigen Auslandskredite vor; die Ausländer, vor allem Tiarks, wollten nur für einen Teil der kurzfristigen Kredite eine Stundung auf 6 Monate einräumen. Ein Vermittlungsvorschlag, den Hans Fürstenberg machte, dass die sechsmonatige Stillhaltung zwar für alle kurzfrist

gen Kredite kurzfristig gelten, dass aber während dieser Frist eine kleine Quote zurückgezahlt werden sollte, bildete die Verhandlungsbasis für die eigentlichen Stillhalteverhandlungen, die am 14. August in Basel begannen.

Wenn die Berliner Gespräche auch noch zu keinem Abschluss führten, so wirkten sie sich doch darin aus, dass die englischen und amerikanischen Gläubigerbanken in diesen kritischen Wochen grössere Kreditkündigungen unterliessen. Am unnachgiebigsten waren, in Geldsachen immer überaus genau, die Schweizer. Sie hatten schon auf die Bankfeiertage mit der Kündigung aller Kredite reagiert. Als die Regierung am 18. Juli für alle Auslandsreisen von Reichsangehörigen eine Gebühr von 100 RM einführte, drohte die Schweiz, die durch die Drosselung der deutschen Urlaubsreisen besonders betroffen wurde, mit der Kündigung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages. Wie der Kanzler in der Ministerbesprechung am 30. Juli mitteilte, lehnte die Schweiz auch die Annahme der Reichsmark ab; die Reichsregierung, sagte Brüning, sei bereit, die Passverordnung aufzuheben, wenn die Schweiz dem Stillhaltekonsortium beiträge. Die Schweiz, die unter den Auslandsgläubigern an dritter Stelle stand, trat bei, und Deutschland hob die Gebühr für Auslandsreisen am 22. August wieder auf. In diesem Zusammenhang muss man auch Somarys Anruf am 30. Juli (S.498) sehen.

Mein Anruf aus London war am 30. Juli wurde durch Schwierigkeiten veranlasst, die dort die Italiener machten. Zugleich wollte ich einen Überblick über die erste Beratung geben, die in der abgelaufenen Woche stattgefunden hatte und in der kommenden ergänzt und redigiert werden sollte. Die zweite Lesung und der Abschluss waren für die übernächste Woche vorgesehen. Der Vorschlag von Schäffer, ich solle "mich ein bisschen erholen" (S.499), war gut gemeint, aber schwer durchführbar. Die Verhandlungen, die Vor- und Nachmittags stattfanden, waren für mich anstrengend, weil ich sie auf Englisch führte und mein Englisch seit meiner Oxforder Zeit (1905/07) doch etwas eingerostet war. Sie wurden noch anstrengender, als ich auch noch die Übersetzung ins Französische übernehmen musste, weil der Übersetzer, ein Angehöriger unseres Finanzministeriums, total versagte. Dr. Michaelis war eine Primadonna, die keinerlei Kritik vertrug. Ich hatte schon öfter mit Schäffer über die Notwendigkeit ei-

nes Wechsels gesprochen. Michaelis hatte die unleidliche Gabe, etwas, was man nebenbei, "under the breath", bemerkte, mit stärkster Betonung und Trompetenschall wiederzugeben. Als ich ihn freundlich darauf hinwies, legte er sich zu Bett und streikte. Es bedurfte einiger Mühe, ihn zur Teilnahme an der nächsten Sitzung zu bewegen. Aber dann passierte etwas Unangenehmes; ich entgegnete auf einer der üblichen peremptorischen Feststellungen Sir Frederics: "I am very sorry, but I cannot agree"; als Michaelis das auf Französisch in folgender Form wiedergab: "Monsieur le Comte est très fâché", unterbrach ich und sagte, der Dolmetscher sei Gedankenleser, ich sei wirklich böse, aber ich hätte es nicht gesagt. Diese Korrektur nahm Michaelis so übel, dass er nicht mehr mitmachen wollte. Aber auch meine Geduld war erschöpft, und ich schickte ihn nach Berlin. Berger erzählte mir, dass ähnliche Sachen schon früher vorgekommen seien, aber Dorn und Schäffer hätten immer ihre Hand über Michaelis gehalten.

31.7.1931 (S.499-518) Am 31. Juli teilte Trendelenburg dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Dresdner Bank, Fritz Andreas, telephonisch mit, dass die Reichsregierung ein Vorzugskapital von 300 Mio RM unter der Voraussetzung zu geben bereit sei, dass neben den Mitgliedern des Vorstandes auch die Mitglieder des Aufsichtsrats ihre Ämter zur Verfügung stellten. Der Standpunkt des Kanzlers in dieser Frage hatte sich durchgesetzt.

Schäffer hatte wieder einmal Anlass festzustellen, Luther habe niemals aufgehört, Finanzminister (Bürokrat) zu sein, und sehe die Dinge stets nur von der budgetären Seite her. Jede psychologische (oder politische) Betrachtungsweise liege ihm fern (S.500). Schäffer hatte nur zu recht.

Ministerialrat Hossfeld (S.500) war einer der tüchtigsten Beamten der Zollabteilung. Später zum Oberfinanzpräsidenten in Brandenburg ernannt, wurde er 1937 ^{von} mir zum "Generalinspekteur des Zollgrenzschutzes" berufen, um den Zollgrenzschutz gegen die Bestrebungen Himmlers und Heydrichs abzusichern, die die Führung in der Grenzüberwachung für die Polizei beanspruchten und mit allen Mitteln versuchten, den Zollgrenzschutz überzuschlucken. Sieben Jahre lang ist es Hossfeld gelungen, das zu verhindern. Unter seiner Leitung wurde im Kriege der Zollgrenzschutz, dessen Sollstärke 1938 17 000 Mann betrug, an immer neuen Grenzen eingesetzt; am 1.10.1942 setzte

sich sein Personal aus 12 857 Stammbeamten und 43 243 Reservisten zusammen. Am 20. Juli 1944 erwirkte Himmler einen "Führerbefehl", der den Zollgrenzschutz dem Reichsführer SS unterstellte. Hossfeld selbst wurde verhaftet und erst im Januar 1945 wieder auf freien Fuß gesetzt. Im Mai 1945 wurde der Zollgrenzschutz wieder dem Reichsminister der Finanzen unterstellt. Es war im wesentlichen Hossfeld zu verdanken, dass der Zollgrenzschutz im Prozess vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg von der Anklage, eine "verbrecherische Organisation" zu sein, freigesprochen wurde. Es war der einzige Fall in Nürnberg, in dem auch das sowjetische Mitglied des Gerichts für Freispruch votierte.

Die Frage, wie dem Ergebnis des Hoover-Plans "Nichtzahlung" zu entsprechen sei, ohne in Konflikt mit den Bestimmungen des Young-Plans zu kommen, bildete den Inhalt der Verhandlungen in London.

Darum ging es bei der Rückzahlung der Eisenbahngelder (S.500) und der Behandlung der gestundeten Beträge bei Auslauf des Feierjahres (S.505). Dass meine Delegation den Standpunkt eingenommen habe, wenn sie als ungeschützt behandelt würden, ~~sein~~, werde der Young-Plan um so eher zusammenbrechen, deshalb könnten wir ruhig zustimmen, ist mir nicht mehr erinnerlich. Aber es wird so gewesen sein.

Wenn man Schäffers Tagebuch liest, kommt es einem beinahe selbstverständlich vor, dass er die Materialzusammenstellung für Melchior, unseren Vertreter im Baseler Stillhalteausschuss, überwachte (S.501). Aber war es eigentlich so selbstverständlich, dass sich die Referenten des Statistischen Reichsamts und des Wirtschaftsministeriums bei Schäffer versammelten und von ihm die Direktiven für ihre Arbeit bekamen? Wenn es das Ziel war und sein musste, die Aussenhandelskredite sicherzustellen und die Währungsreserve wiederherzustellen, dann ergab sich die Notwendigkeit der Devisenbewirtschaftung, die am 15. Juli mit der Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln begonnen und der allein Schacht widersprochen hatte. Danach durften ausländische Zahlungsmittel und Forderungen nur noch von der Reichsbank und an die Reichsbank abgegeben werden; Termingeschäfte in Devisen oder Edelmetallen waren verboten. Aber der Besitz von Devisen war noch erlaubt. Schon drei Tage später wurde nicht nur der Handel mit Devisen, sondern auch der Devisenbesitz unter Kontrolle der Reichsbank

gestellt. Die Notverordnung gegen Kapital- und Steuerflucht verpflichtete alle natürlichen und juristischen Personen, bis zum 29. Juli 1931 ihren Devisenbesitz der Reichsbank anzuzeigen und auf Verlangen zu verkaufen. Für Zuwiderhandlungen wurden schwere Strafen angedroht. Dass es eine deutsche Kapitalflucht gab, hatte der Fall Nordwolle gezeigt. Ob sie einen solchen Umfang hatte, dass sie mit drakonischen Strafandrohungen bekämpft werden musste, war zweifelhaft. Luther glaubte nicht an eine Kapitalflucht erheblichen Umfangs. Die harte Strafandrohung war wohl nur eine Konzession an die rechtsradikale Agitation. Durch die Devisenbewirtschaftung konnte die Reichsbank ihren Gold- und Devisenbestand vorübergehend erhöhen. Am 31. Juli betrug er 1,61 Mrd., Ende August 1,72 Mrd.

Es ist schade, dass Schäffer nicht mitteilt, welchen Standpunkt Melchior bei dem Streit zwischen Lautenbach, der gegen, und Schäffer, der für eine Erhöhung des Diskonts war, einnahm (§.502). Schäffer hielt die Erhöhung zwar hauptsächlich als Mittel im Kampf gegen die Inflation und auch deshalb für notwendig, um der "auf alte Mittel eingeschworenen" Reichsbank die nötige Grosszügigkeit in der Ausgabe von Noten zu ermöglichen, kam aber im Ergebnis dem Standpunkt von Höpke nahe.

Der Plan Jimmy Warburgs über den Aufbau der Danat durch die Warburgs (§.503) war eine wahrhaft kühne Idee. Kein Wunder, dass sie den für solche Kühnheiten empfänglichen Schäffer faszinierte. Es ist zu bedauern, dass dieses Experiment nicht gemacht worden ist.

Ich weiss nicht, warum der auf die B.Z. am Mittag ausgeübte Berichtungszwang Reinhold so aufgebracht hat. Reinhold, Reichsfinanzminister des Jahres 1926, war eigentlich ein zu kluger und grosszügiger Mensch, um sich über Kleinigkeiten aufzuhalten. Noch unverständlicher ist mir freilich, dass Hermann Ullstein den Pressechef "einen unmöglichen Menschen" nannte und Schäffer zwar vor dem Versuch warnte, ihn zu stürzen, aber doch die Notwendigkeit betonte, solange "dieser Pressechef" da sei, die Pressekonferenz durch Einschaltung von Qualität auf beiden Seiten zu beleben. Pressechef war seit 1926, unter Marx, Müller und Brüning, Dr. ~~Walter~~ Walter Zechlin. Im Gegensatz zu seinem jüngeren Bruder, der Angehöriger des Auswärtigen Amtes, zuletzt Gesandter in den baltischen Staaten war und immer einen etwas verlegenen, gehemmten Eindruck machte,

war Walter ein lebhafter, immer zu einem Witzwort bereiter Mensch, den der alte Reichspräsident besonders schätzte. Während der jüngere Bruder deutschnational war, gehörte Walter der SPD an. Ich habe ihn immer für den bedeutenderen der beiden Brüder gehalten; er hat sich später auch durch historische Arbeiten von Wert einen Namen gemacht.

Die Kabinettssitzung zusammen mit der preussischen Regierung und Industrievertretern war etwas Neues. Die Rede Brüning gab einen so umfassenden und eingehenden Überblick über seine gesamte Politik wie man ihn sonst in Schäffers Aufzeichnungen kaum findet. Es ist höchst reizvoll, die eindrucksvollen Argumente zu hören, mit denen die Politiker und die Vertreter der Wirtschaft entgegengesetzte Standpunkte vertraten. Schäffers Urteil, dass meist Unsinn herauskomme, wenn Wirtschaftler über Allgemeines sprächen, wird den Ausführungen von Bücher, Schmitz, Vögler und Dernburg nicht gerecht. Ging es ihm gegen den Strich, dass hier einmal andere Leute zu Worte kamen, wie die Anfang Juli immer wieder gehörten Sachverständigen der Bankwelt? Verdachte er es Brüning, dass er in einer der letzten Sitzungen gesagt hatte, die Sachverständigen von damals wolle er nicht wieder hören? Es sah Brüning ähnlich, daß er Schäffer, der es doch immer verstanden hatte, einen Ausgleich zwischen widersprechenden Meinungen herbeizuführen und die Divergenzen der Sachverständigen auf einen Nenner zu bringen, "mit leichter Ironie" aufforderte, die "Ergebnisse" dieser Besprechung in einer Notverordnung "zusammenzufassen".

Was wollte der Kanzler mit der ganzen Sache, d.h. mit dieser Besprechung? Dieses Rätsel liess Schäffer keine Ruhe, und mit gewohntem Scharfsinn und unendlicher Gründlichkeit überlegte er alle denkbaren Möglichkeiten, darunter auch recht fernliegende. Natürlich mögen auch einige dieser Möglichkeiten eine Rolle gespielt haben. Aber die einfachste und am nächsten liegende Lösung ist doch wohl die, dass Brüning, bevor er den Zahlungsverkehr wieder in Gang setzte, die reorganisierten Banken aktiv werden liess und das Stillhalteabkommen schloss, kurz wieder Leben und Ordnung in den am Boden liegenden Wirtschaftsapparat brachte, sich nach seiner Manier gründlicher Überlegung, die ihm -zu Unrecht- den Beinamen des Cunctators einbrachte, die Ansichten möglichst vieler, sachverständiger Leute

anhören wollte, und zwar nicht nur die seiner Kabinettsmitglieder und die von Schäffers Bankierfreunden, sondern die entgegengesetzten Meinungen der linksstehenden Freassenminister und der rechtseingestellten Wirtschaftsvertreter. Es war ganz natürlich, dass er Schäffer, der ihn immer zu raschem Handeln antrieb, lächelnd vorhielt, Schäffer solle doch mal versuchen, das, was die Sachverständigen in vielstündigen Diskussion von sich gegeben hatten, auf eine Formel zu bringen. Denn, das war wohl Brünings Absicht, werde Schäffer wohl auch Verständnis dafür haben, dass der Kanzler sich seine Entscheidungen noch reiflich überlegen müsse.

Schäffers Tagebuch vom 1.-3.8.1931 (S.519-730)

1.-3.8.1931 (S.519-546). Immer wieder musste Schäffer aufgeregte Gemüter beschwichtigen. Nur bei ihm konnte der gereizte Trendelenburg seinen Zorn auf Dietrich, Luther und die Presse abladen und sich darüber aussprechen, dass er unter einem neuen Minister, der ihm nicht gefalle, nicht bleiben wolle (S.519). Man konnte es ihm kaum verdenken; seit dem 26.Juni 1930, als Dietrich aus dem Wirtschafts- ins Finanzministerium übersiedelte, war er mit der Leitung des Wirtschaftsministeriums beauftragt. Aber bald trat doch ein, was er befürchtet hatte: Am 9.Oktober 1931 wurde Dr. Hermann Warmbold von den Iq-Farben, der in der Kanzlerbesprechung am 3.August seine Eignung nachwies, zum Wirtschaftsminister ernannt, und Trendelenburg blieb Staatssekretär, vielleicht durch Schäffer beeinflusst.

In der Dresdner Bank-Sache machte Wallenberg zum zweiten Mal eine Wendung. Jetzt schlug er die Teilung des neuen Kapitals in 150 Mio Aktien und 150 Mio Kredite vor (S.526). Was Schäffer dazu sagte, erfahren wir nicht, da leider S.521 fehlt. Jedenfalls hat dieser Vorschlag an Brünings Entschluss nichts mehr geändert.

Wenn Schlegelberger als Kandidat für den Posten des Bankenkommisars ausschied, so hatte das wohl mit seinen Grund darin, daß man ihn für die Bearbeitung des Aktienrechts nicht entbehren konnte. In der Ministerbesprechung am 13.Juli 1931 war das Justizministerium beauftragt worden, "baldigst" den Entwurf zu einer Aktienrechtsreform vorzulegen. Sie betraf zwar einerseits nicht die Banken allein und andererseits auch nur einen Teil der Banken; sie wurde aber unmittelbar durch die Bankenkrise und besonders durch die Beobachtungen bei der Danatbank veranlasst. Goldschmidt war über die wirkliche Lage seines Schuldners, der Nordwolle, nicht informiert, obwohl er in ihrem Aufsichtsrat sass. Unter den Geschäften, die zu den hohen Verlusten der Nordwolle führten, spielte die spekulative Intervention in eigenen Aktien eine erhebliche Rolle. Bei der Danat selbst war durch den hohen Bestand an eigenen Aktien das haftende Kapital auf weniger als die Hälfte zusammengeschnitten. Diese Missstände -Irreführung und mangelnde Information der Gläubiger, unzulässige Verringerung des haftenden Kapitals- sollten durch die Aktienrechtsreform beseitigt werden. Zu den neuen Vorschriften gehörte auch eine stärkere Haftbarkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats. Hierüber sprach Schäffer mit Schlegelberger, und Wallenberg äusserte Bedenken (S.522).

Im Kabinett am 1. August wurde über die Devisenverordnung gesprochen. Dabei wurde noch einmal die Strafdrohung erörtert. Man beschloss die Androhung von Zuchthaus, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung, zumal, wie es im Protokoll heisset, "in Süddeutschland rechtsradikale Elemente ihre Agitation gegen die Regierung auf mangelnde Massnahmen gegen die Kapitalflucht aufbauten". Hier gab also die Regierung Brüning, die sonst den Mut zur Unpopularität aufbrachte, der "öffentlichen Meinung" nach.

In derselben Sitzung zeigte Brüning Beeinflussung durch die öffentliche Meinung auch in einer anderen Frage; dieses Mal kam der Druck von links. Es ging wieder um die Entfernung der "Schuldigen" aus ihren Stellen. Er hatte die Hilfsmassnahmen des Reiches für die beiden Banken von dem Rücktritt der beiden Vorstände und Aufsichtsräte abhängig gemacht. Die Rücktrittsbereitschaft sollte veröffentlicht werden. In den leitenden Gremien der Dresdner Bank erhob sich Widerstand gegen den personalpolitischen Druck der Regierung. Es kam selten vor, dass Brüning wütend wurde. Als aber die Vorstandsmitglieder am 1.8. bei ihm anrückten und mit Arbeitsniederlegung drohten, geriet er, überdies durch ^{die} Freien Gewerkschafter eingeschüchtert (S.523), in lodernnden Zorn. In diesem Augenblick sagte er: "Würden die Leiter der betroffenen Banken ihre Geschäfte weiterführen, dann wäre in der Öffentlichkeit mit einem Sturm der Entrüstung zu rechnen, der nicht ausreichend beschwichtigt werden könnte", und ordnete die sofortige Veröffentlichung des Communiqués über den Rücktritt an. Schäffer fiel wieder die Aufgabe zu, "das wilde Volk, das gar nicht so wild ist", zu beruhigen. Auch der Kanzler war gar nicht so wild. Es kam ihm nur auf den Eindruck in der Öffentlichkeit an. Die Leiter mussten nur ihre Ämter zur Verfügung stellen, durch andere abgelöst wurden sie, wenn überhaupt, erst in den nächsten Monaten.

Wallenberg hielt den Zeitpunkt, über eine endgültige Lösung der Reparationen zu sprechen, für noch verfrüht. Darin unterschied er sich von Brüning, der dieses Problem noch 1931 anpacken wollte. Andererseits glaubte Wallenberg, die Franzosen, die bisher immer angenommen hätten, wir spielten ihnen unser Elend vor, hätten nun gesehen, dass es wirklich wahr sei. Damit unterstrich er die Brüning'sche These, dass die Reparationsfrage nur in der Krise und aus ihr heraus gelöst werden könne.

Das holländische Bankhaus Rhodius-Königs war seit 1926 an der Kreditaktion beteiligt, die das Reich in den an Polen abgetretenen Gebieten ins Leben gerufen hatte. Diese Aktion musste natürlich streng geheim durchgeführt werden. Der Bürgermeister a.D. Winkler, der alle Presse- und Kreditaktionen des Reichs in Gebieten jenseits der Grenzen mit kluger Hand und verschwiegen leitete, dadurch schon damals einen grossen Einfluss besass und später, als Film-diktator unter Goebbels und gleichzeitig als Leiter der Treuhand-stelle Ost unter Göring, einer der mächtigsten, im Verborgenen wirkenden Menschen in Deutschland werden sollte, hatte für die Einschleusung von Krediten in die ehemals deutschen Ostgebiete die "Ossa" gegründet, die wiederum zur Tarnung sich des holländischen Hauses Rhodius-Königs bediente. Darauf spielte Schäffer an, als er von den "nationalpolitischen Gründen" sprach, aus denen wir an dieser Bank interessiert waren. Dietrich wusste im übrigen genau Bescheid. Denn er war bis zu seiner Ernennung zum Minister Vorsitzender des Unterausschusses des Reichstags gewesen, der diese Aktionen kontrollierte. Da ich der zuständige Referent für diese Dinge gewesen war, hatte ich viel mit diesem Ausschuss zu tun gehabt. Daher stammte meine gute Bekanntschaft mit Dietrich.

Meine Aufgabe in London war reibungslos, allerdings unter Vorbehalt wegen einiger offen gebliebenen Fragen, und früher als ich angenommen hatte, zu Ende gegangen. Am 2.8. nach Berlin zurückgekehrt, berichtete ich Schäffer über die beiden Dinge, die mich in England am stärksten beeindruckt hatten, die mangelnde Aufklärung über die Vorgänge in Deutschland und die Feindschaft gegen Frankreich.

Über die Deutsche Orientbank wurde wieder viel gesprochen (S.526). Über die Schwierigkeiten bei ihr hatte Dietrich schon am 25.7. im Kabinett berichtet. Am 28.7. teilte er dem Kabinett mit, ein Konsortium habe sich gebildet, dem die Danat, die Dresdner, die Erka und einige kleinere Banken angehörten. Sie müssten eine Garantie für 40 Mio Schulden stellen. Die Guthaben würden wohl wieder hereinkommen. Die Banken hätten eine Rückgarantie des Reiches in Höhe von 20 Mio gefordert. Das Kabinett stimmte seinem Vorschlag zu, die Garantie auf 15 Mio festzusetzen und sie unter der Voraussetzung zu geben, dass das Reich die Aufsicht über die Bank führe.

Am 3.8. fand zum zweiten Mal das grosse Palaver mit den preussischen Ministern und den Wirtschaftlern statt. Dieses Mal fragte Schäffer nicht, was sich Brüning eigentlich bei diesen Besprechungen denke. Von den Politikern waren am eindrucksvollsten Otto Braun und Severing, der sich für die Reichsreform einsetzte, von den Wirtschaftlern neben Warmbold, der sein Ministerexamen ablegte, und Hilferding, dessen Einwand gegen die Bevorzugung der Danat richtig interpretiert ist, Dernburg, der Keynes' sche Gedanken vortrug, und vor allem Silverberg. Der überaus kluge, aber auch eigenwillige Aufsichtsratsvorsitzende von Rheinbraun, war einer der grossen Juden, die in der deutschen Wirtschaft einen überragenden Einfluss ausübten. Ihm verdankte Rheinbraun ihren glanzvollen Aufstieg. Präsident der Industrie- und Handelskammer in Köln, war er eng befreundet mit Emil Kirdorf und Peter Klöckner und Mitglied der von Paul Reusch gegründeten "Ruhrlade", der nur der internste Kreis der Industriebosse von Rhein und Ruhr angehörte. Aber Silverberg war auch ein Mann, der über den eigenen Geschäftskreis hinaus sah und wirkte. Er hat einmal die deutschen Unternehmer als "politisch indifferent, jedenfalls nicht aktiv" kritisiert. Er war einer der Aktiven. Schon 1919 gehörte er dem Stixxrb Siebener-Ausschuss an, der als Gegenzug gegen die damals umlaufenden Sozialisierungsvorschläge den kühnen Stinnes-Silverberg-Vögler-Plan herausbrachte; in diesem Plan wurde eine Gemeinschaft zwischen Kohlenzechen und Kohlenverbrauchender Industrie durch Bildung von Aktiengesellschaften vorgeschlagen, denen auch die Arbeiter mit Kleinaktien von 100 RM angehören sollten. 1929 hielt er das Referat über die vom Reichsverband der Industrie verfasste Denkschrift "Aufstieg oder Niedergang". 1931 arbeitete er zusammen mit Vögler den Kreditplan aus, der zur Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms eine Solidarhaftung der Industrie für Reichskredite in Höhe von 2,5 Mio vorschlug. Es lohnte sich, auf Silverbergs Vorschlag zu hören.

4.-6.8. (S. 546-568) Ursprünglich hatte man die Banken am 1.8. wieder eröffnen wollen, dann verschob man es auf den 3.8. und schliesslich auf den 5.8.. Der Hauptgrund für diese Verschiebungen war, dass man sich wegen der Sparkassen nicht einigen konnte. Anfangs wollte man Sparkassen und Banken am gleichen Tage wieder aufmachen. Schliesslich entschied man sich, die Sparkassen erst am

7.8. aufzumachen. Die Hauptgegner waren Dietrich und Luther. Der Finanzminister wünschte, dass die Sparkassen ohne Einschränkung ihren Zahlungsverkehr wieder aufnehmen sollten. Wenn nötig, sollte der Notenumlauf erhöht werden. Dietrich trat auch dafür ein, dass die Sparkassen der Reichsbank Wechsel einreichen dürften. Unter Umständen müssten die Gemeinden die Sparkassen wieder liquide machen. Dietrich, der die Krise ohne stärkere Eingriffe in das System der Privatwirtschaft überwinden wollte, deshalb zunächst auch gegen eine Beteiligung des Reichs bei der Danat gewesen war und jetzt als geeignetes Mittel für die Flottmachung der Kreditinstitute vor allem die grössere Kreditbereitschaft der Reichsbank ansah, war bereit, dafür den inneren Geldwert etwas zu lockern. Demgegenüber kam es Luther vor allem darauf an, die Währung stabil zu halten und daher ein weiteres Abrutschen der Notendeckung zu verhindern.

In dieser Tendenz standen alle Sachverständigen damals auf Seiten Luthers. Geldentwertung war vor 40 Jahren noch kein gängiges Instrument der Wirtschaftspolitik. Eine zweiprozentige Entwertung im Jahr hätte man 1931 nicht als grossen Erfolg gefeiert, sondern schlicht als Inflation bezeichnet. Ein Kaufkraftverlust um 25 Prozent in 10 Jahren, wie es ein Menschenalter später (1960-69) eintrat, hätte man nicht eine "leicht inflationäre Entwicklung" oder "Stabilität bei Wachstum" genannt, sondern eine das Sparereigentum enteignende Inflation. Man war damals empfindlicher als heute. Deshalb fand Dietrich, der im übrigen durchaus kein Inflationist war und nur eine temporäre Lockerung der Währung im Auge hatte, keine Unterstützung. Aber auch sein Vorschlag, dass die Gemeinden notfalls die Sparkassen wieder liquide machen sollten, wurde als Irrtum erkannt. Es war doch gerade umgekehrt. Die Illiquidität der Sparkassen war eine Folge der Illiquidität der Gemeinden. Um aber Luthers restriktive Haltung gegenüber den Sparkassen aufzulockern, beschwichtigte man seine Bedenken gegen die Herannahme von Sparkassenwechselln dadurch, dass nach einem Vorschlag von Dernburg, der immer mit praktischen Ideen bei der Hand war, auch die Sparkassen das Akzept der Akzeptbank erhielten. Dadurch wurden ihre Wechsel ebenfalls reichsbankfähig. Nun konnte man die Aufnahme des Sparkassenverkehrs in vollem Umfang zum 7. August in Aussicht nehmen. Für die Auszahlung von Spargeldern wurden die vom Sparkassenverband gewünschten Beschränkungen festgesetzt. Um jede Diskriminierung zu vermeiden, unterwarf man die Auszahlung von Sparkonten bei den Privatbanken den gleichen Beschränkungen.

Dass Bücher gegen den kühnen Plan von Jenny Warburg war und dabei die Bemerkung machte: "Die Zeit, wo die Herrschaften herrschten, ist vorüber", (S.549), war kennzeichnend für den als Wissenschaftler und Unternehmer gleich bedeutenden, interessanten und den meisten übrigen Bossen völlig unähnlichen Mann. Hermann Bücher (1882-1951) studierte Naturwissenschaften, trat in den Kolonialdienst, war seit 1908 Leiter des Instituts für tropische Agrikultur in Kamerun, von 1915 bis 1918 Berater des türkischen Landwirtschaftsministeriums und wurde 1920 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt. 1921 wurde er Geschäftsführendes Präsidialmitglied im Reichsverband der Deutschen Industrie, 1925 bis 1928 engster Mitarbeiter von Carl Bosch bei der Badischen Anilin, 1930 bis 1947 Vorsitzender des Vorstands der ABG. Ein ungewöhnlicher Lebenslauf und eine ungewöhnliche Persönlichkeit von ausserordentlicher Begabung! Im Gegensatz zu Bücher war Wallenberg nach wie vor angetan von *Jennys* Projekt und teilte auch dessen Besorgnis nicht, dass die Sache für die augenblicklichen Verhältnisse in Deutschland zu stark jüdisch sei. Seine Bemerkung, dass eben die lange Angewiesenheit auf die Geldgeschäfte allmählich bestimmte Fähigkeiten erzeuge und daher die Juden für das Bankgeschäft prädestiniere, kennzeichnete die klare Denkungsart des Schweden.

Ich ritt beim Minister wieder einmal mein Steckenpferd (S.551) die Kritik an der Misswirtschaft der Gemeinden und die Forderung nach einer straffen Kommunalaufsicht. Ich hatte oft genug an den Verhandlungen in dem auf Schachts Anregung eingesetzten Krediteusschuss mitgewirkt, der, ohne eine direkte Einwirkungsmöglichkeit zu besitzen, bei Kreditwünschen der Gemeinden, vor allem, wenn es sich um Auslandskredite handelte, beratend und empfehlend sich betätigen sollte. Dabei hatte ich miterlebt, in welcher geradezu schamloser Weise manche Grössstädte sich gegen die elementarsten Regeln gesunder Finanzpolitik verstündigten, in der unverfrorenen Zuversicht, ihr Land und am Schluss das Reich könne sie nicht sitzen lassen. Unsere Empfehlungen waren meist in den Wind geredet. Je berühmter die Oberbürgermeister waren, um so weniger kehrten sie sich darum. Später hatte ich in den Reparationsverhandlungen mir ständig die Anklagen des Auslandes gegen die Sünden unserer Grossstädte anhören müssen, die ich nicht zugeben wollte, aber auch nicht verteidigen konnte. Schäffer kannte schon dies Steckenpferd von mir und stimmte mir zu.

Im Kabinett musste ich über die Punkte berichten, die in London offen geblieben waren, wo ich also einen Vorbehalt gemacht hatte. Es handelte sich vor allem um die Klausel, dass nicht in geltende Privatverträge eingegriffen werden dürfe. Es war zweifelhaft, ob die Mixed Claims der Amerikaner und die Marktforderungen der Belgier unter dem Hoover-Plan oder unter die Klausel fielen. Ich hatte in London zugestimmt, dass diese Zahlungen weiterliefen, hatte aber verlangt, dass die Privatklausel auch für unseren Kohlenvertrag mit Italien gelten müsse. Die Italiener hatten sich aber auf die Suspendierung versteift und die Mitglieder der anderen Länder im Ausschuss für ihren Standpunkt gewonnen. Um den Widerstand nicht zu verhärten, hatte ich die Verhandlungen in London abgeschlossen und mich darauf beschränkt, in den wenigen strittigen Punkten Vorbehalte zu machen. Die Regierungen würden, wie ich glaubte, das Abkommen nicht wegen einiger offen gebliebener Punkte gefährden. Die Italiener würden auf höherer Ebene ihren -tatsächlich unberechtigten- Standpunkt eher fallen lassen, als in London. Ich hatte auch in London erklärt, ich würde die Reichsregierung bitten, in diesem Fall auf ihrem Standpunkt zu bestehen.

Schwieriger war die Entscheidung in der Frage, ob die während des Hoover-Jahres unterbliebenen und in den nächsten Jahren nachzuholender Zahlungen im Sinne des Youngplans "aufschiebbare" oder "unaufschiebbare" Zahlungen sein sollten (S.555). Die Franzosen, unterstützt von Leith-Ross, waren natürlich für die Unaufschiebbarkeit. Ich war dafür, in diesem Punkte "nachzugeben". Je mehr wir den unaufschiebbaren Teil belasteten, um so sicherer brach der Young-Plan zusammen. Schäffer sah das als eine "gefährliche" Theorie an, aber Brüning war der gleichen Ansicht. ^{Wie ich} Nach dem Young-Plan waren 612 Mio RM jährlich völlig "ungeschützt", d.h. sie mussten in jedem Falle aufgebracht und transferiert werden. Von dem Restbetrag konnte in den ersten 10 Jahren ein Teil, im ersten Jahr 750 Mio, nach jährlicher Minderung um 50 Mio zuletzt 300 Mio, durch Sachlieferungen abgegolten werden. Für den verbleibenden Betrag konnte Deutschland mit 90 tägiger Vorankündigung ein Transfermoratorium für die Dauer von zwei Jahren erklären. Nach Ablauf des ersten Jahres konnte auch die Aufbringung eingestellt werden. Beide Erleichterungen waren jedoch auf die Dauer von ein (Aufbringung) bzw. zwei (Transfer) Jahren begrenzt. Was Sir Frederics Zettel "so

that they must suffer the same fate" bedeutete, weiss ich leider nicht mehr. Wir formulierten in Berlin schliesslich eine Vorbehaltsklausel (S.568), die besagte, dass wir keine bestimmte Erklärung über künftige Zahlungen abgeben könnten. Ich machte darauf aufmerksam, dass die Franzosen einen "Mordskrach" machen würden und dass wir unsere Erklärung unter Umständen wesentlich weicher fassen müssten.

Die Hoffnung, dass die Wiedereröffnung der Banken ohne Schwierigkeiten vor sich gehen würde, trog nicht. In Berlin ging sie in völliger Ruhe vor sich (S.555). Auch in den anderen Teilen des Reiches verlief sie ohne Zwischenfälle.

In der Kabinettsitzung wurde zuerst das Programm des Kanzlerbesuchs für Italien besprochen. Der Kanzler war dann vom 7. bis 9. August in Rom. Die Reparationsfrage, wurde, wie beabsichtigt, besprochen, aber feste Abmachungen wurden nicht getroffen.

Der Reichsernährungsminister Martin Schiele, der 1925 als Deutsch-Nationaler im 1.Kabinetts Luthers Innenminister, dann 1927/28 im 4.Kabinetts Marx Ernährungsminister gewesen war, sich inzwischen von Hugenberg getrennt und eine Splitterpartei, das Christliche Landvolk, aufgetan hatte, war mit den Agrarierinteressen vielfach verbunden. Er war selbst Rittergutspächter und hatte bis zu seinem Eintritt in das Kabinetts Brüning den Vorsitz des Reichslandbundes. Im Sommer 1931 hatte er vergeblich versucht, das Kabinetts für eine weitere Erhöhung der Agrarzölle zu gewinnen, um vor allem den Import von Butter zu drosseln. Er liess keine Kabinettsitzung vorübergehen, ohne auf die Not der Landwirtschaft und die völlig unbefriedigenden Preise hinzuweisen (s.S.556). Nachdem er mit Zollvrhöhungen kein Glück gehabt hatte, versuchte er, bei der Divisenbewirtschaftung die Devisenzuteilung für Lebensmittelimporte drastisch zu kürzen. Auch damit hatte er bei Luther kein Glück.

Wieder wurde über die Sparkassen gesprochen. Man war sich in den früheren Beratungen über ihre strukturellen Schwächen, die Abhängigkeit von den Gemeinden, die Verwischung der Grenzen zwischen Spar- und Giroeinlagen und die langfristige Festlegung von "Liquiditäts-Reserven" klar geworden, somit auch über die Notwendigkeit, die Organisation zu verbessern. Bisher war das Sparkassenwesen durch landesrechtliche Vorschriften geregelt worden, obwohl die Sparkassen längst mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband ei-

ne das ganze Reichsgebiet umfassende Organisation aufgebaut hatten. Daher musste jetzt eine Reorganisation einheitlich im ganzen Reichsgebiet erfolgen. Deshalb liess sich die Regierung durch die Notverordnung vom 5.8. ermächtigen, bei den Sparkassen "die zu einer zweckmässigen Gestaltung der Organisation erforderlichen Massnahmen.. zu treffen". In der gleichen Notverordnung wurde ihnen bis auf weiteres untersagt, "unmittelbar oder mittelbar Anleihen, Darlehen oder Kassenkredite an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften zu gewähren". Damit war den Gemeinden der weitere Kredit gesperrt, ohne dass ihnen andere Finanzierungsquellen eröffnet wurden. Die eigentliche Sparkassenreform sollte erst im Oktober erfolgen.

Das Problem der Gemeinden gehörte zu den Punkten, über die Marcus Wallenberg, der mit der Wiedereröffnung des Zahlungsverkehrs seine Sachverständigen-Aufgabe in Deutschland beendet hatte, vor seiner Rückkehr nach Schweden mit Schäffer sprach (S.559). Der Hauptpunkt war unser Verhalten in der Devisenordnung. Wallenbergs Rat, sie "nicht zu eng zu machen", ist nicht befolgt worden. Die Devisenbewirtschaftung wurde vielmehr in den folgenden Wochen weiter ausgebaut. Wer Devisen für Auslandsgeschäfte brauchte, musste ihre Zuteilung bei den Devisenbewirtschaftungsstellen, die gemeinsam von den Landesfinanzämtern und den Reichsbankzweigstellen gebildet wurden, beantragen. Die Bearbeitung dieser Anträge hat der Finanzverwaltung viel Arbeit gemacht. Bei Importen war die Devisenabgabe kontingentiert. Die Antragsteller bekamen als Kontingent einen bestimmten Prozentsatz der Importe des letzten Jahres; bei Luxusgegenständen und Genussmitteln wurde dieser Prozentsatz stark herabgesetzt. So führte die Devisenbewirtschaftung zu einer automatischen Drosselung der Einfuhr und, da die Ausfuhr weniger stark zurückging, zu Exportüberschüssen, insgesamt aber zu einer Einschränkung des Aussenhandelsverkehrs. Die Gebühr für Auslandsreisen wurde am 22.8. aufgehoben. Noch früher befolgten wir Wallenbergs Rat, den Diskontsatz zu senken; am 11. August, als der Zahlungsverkehr sich wieder eingespielt hatte, wurde der Diskont von 15 auf 10 v.H. herabgesetzt.

Die persönliche Stellung und Haltung Schäffers charakterisierte der alte Schwede völlig richtig. Schäffer liebte es, im Hintergrund zu bleiben, und er war in seiner Art, hinter der Szene die Drähte zu ziehen, dem Père Joseph (François le Clerc du Tremblay) ähnlich, dem vertrauten Ratgeber Richelieus, der den Spitznamen l'Éminence grise erhielt. In der deutschen Geschichte waren die grauen Eminenzen Holstein, Schleicher vor seiner Kanzlerschaft und, bis zu einem gewissen Grade, auch Schäffer.

Wallenberg war noch immer für den Plan Jimmy Warburgs, für den Schäffer in einer langen Besprechung mit den Warburgs (S.566) nur mit Vorbehalten eintrat. Aber alle gingen davon aus, dass Goldschmidt einer der Präsidialmitglieder sein müsse, und Überlegten nur, wie man ihn in das Präsidium bringen könne. Auch Brüning war nicht mehr so unbedingt für eine Ausschaltung ~~des~~ Wunderknaben (S.561).

Besondere Sorge machte jetzt Hamburg (S.564). Olscher sah eine Möglichkeit, seine Reichsreformpläne vorwärts zu treiben. Hamburg sollte "noch heute" den Antrag auf Aufnahme in den preussischen Staatsverband stellen (S.561). Aber weder er noch Schäffer wagten es, in der Besprechung mit den Hamburgern diese Forderung zu stellen. Sie hätten sich auch eine massive Ablehnung zugezogen.

Das Tagebuch Schäffers sagt schon lange nichts mehr darüber, was aus unserer Bitte, die Berufungen der BIZ, in das Baseler Stillhaltekomitee zu ändern, geworden war. Jetzt erfahren wir, dass der Amerikaner Wiggin Vorsitzender geworden ist (S.562).

7.8.10.8. (S.568-601) Welchen Inhalt der Preussenerlass hatte, den Schäffer einen "Wahnsinn sondergleichen" nannte (S.569), weiss ich nicht mehr.

Bei der Besprechung der Devisenordnung (S.570) kamen die Beteiligten dem Standpunkt von Marcüs Wallenberg sehr nahe.

Die Stillhaltung für Länder und Gemeinden (S.581) wurde erreicht, aber nicht in Basel, sondern erst im Frühjahr 1932.

Schäffer und Trendelenberg waren sich darin einig, dass wir den Abzug von 3 1/2 Mrd. Mark noch nicht verdaut hätten, und ein grösseres Betriebsvolumen haben müssten. Sonst würden wir eine untragbare Produktionsschrumpfung erleben (S.572).

Schäffer verdiente das ihm von Wallenberg zugedachte Grosskreuz schon für die Objektivität und Sicherheit, mit der er für schwierige Aufgaben die geeignetsten Menschen vorschlug. Es gab keine bessere Persönlichkeit, um die von Dietrich verlangten Voraussetzungen für die Genossenschaftssanierung zu schaffen, als der Kruppschwager Thilo Wilmowsky. Ich habe kaum einen anderen Menschen erlebt, der ein so abgewogenes Urteil besass, über so viel Charme und fachliches Wissen verfügte und in so zahlreichen Gremien sass, in denen es auf einen umfassenden wirtschaftlichen Überblick und eine ausgleichende Hand ankam. Schäffer war auch einer der ersten, der das Problem der Gemeinden erfasste, denen man in irgend einer Form Hilfe bringen müsse (S.575). In seiner systematischen Weise entwarf er auch gleich einen Plan, wie man ihnen helfen und was man von ihnen verlangen könne.

Die Sanierung der Schröderbank war vom Standpunkt eines Fachmannes aus gesehen ein "heller Wahnsinn" (S.578). Aber ihr Zusammenbruch würde für die Bremer Wirtschaft, die Schifffahrt, die an ihr interessierten Banken, vor allem die Berliner Handelsgesellschaft, und auch die Stillhalteverhandlungen unheilvolle Konsequenzen gehabt haben. Weil Schäffer fand, dass der junge (Hans) Fürstenberg auf sehr hohem Pferde sass, sagte er ihm mit unüberbietbarer Deutlichkeit, was er von seiner Haltung hielt (S.580). Er selbst fand, er sei im Finanzministerium nicht am rechten Platz da er, statt stur die Interessen der Reichsfinanzen zu vertreten, für die Sanierung der Schröderbank einzutreten sich verpflichtet fühle (S.583). Es war gespenstisch, dass, als Luther und Trendelenburg sich freuten, dass der Reichsbankpräsident und die Staatssekretäre nicht vor den Staatsgerichtshof gezogen werden könnten, Schäffer nur entgegnete, solche rechtlichen Lücken würden die Gesetze des Dritten Reiches sicher schliessen (S.584).

Hilferding kam immer wieder darauf zurück, die Danat-Regelung sei falsch. Es sei unbegreiflich, warum man ein Instrument der Wirtschaftspolitik freiwillig aus der Hand gegeben habe. Schäffer belehrte den Parteigenossen, auf die Dauer könne das Reich nicht Banken führen (S.585). Er war in der Unabhängigkeit von der Parteidoktrin fortgeschrittener als Hilferding, der immer ein Doktrinär blieb.

Wassermann gehörte zu den Bankiers, denen Brüning ihre Haltung in der Bankenkrise am wenigsten verzeihen konnte und einen grossen Teil der Schuld am Zusammenbruch beimass. Dreyse und Schäffer beurteilten ihn milder, meinten aber auch, dass er das Fegefeuer verdient habe, in dem er zappelte (588).

Ich glaube auch, dass es auf S.589 "300" heissen muss.

Wenn in der Kapitalistischen Wirtschaft ein Unternehmen zusammenbricht, dann muss der Leiter, ob er persönlich schuld daran ist oder nicht, die Folgen tragen. Er verliert seine Stellung und meist auch sein Vermögen. Das ist der Sinn eines Systems, das dem Unternehmer die grossen Gewinnchancen gibt und ihn dafür mit dem Risiko der Verlusttragung belastet. Ich habe nie verstehen können, warum man in der Bankenkrise eine Ausnahme von diesem System zu Gunsten der leitenden Bankiers zu machen suchte. Frisch, als Leiter der Dresdner Bank einer der in vorderster Reihe Stehenden, fand es "entsetzlich", dass "Leute, die nichts getan haben", herausgesetzt würden (S.590). Er hatte offenbar das System, dessen Vertreter und Nutzniesser er lebenslang gewesen war, nie verstanden.

Schäffer nahm in der Frage der Auslandskredite den gleichen Standpunkt ein, zu dem ich geraten hatte, immer zu betonen, dass wir allein durchkommen könnten; Kredite würden wir nur bekommen, können, wenn wir sie nicht verlangten. Aber Schäffer war nicht wohl dabei, er hielt es für ein gefährliches Spiel (592).

In gewohnter Systematik stellte Schäffer zusammen mit Bülow eine Aufgabenliste für den bevorstehenden Besuch Laval's in Berlin auf (S.593). Beide Staatssekretäre waren sich darin einig, dass die deutschen Wünsche nur vorsichtig und taktvoll vorgebracht werden durften, um nicht das Vertrauen nach politischen Kompensationen herauszufordern. Denn Brüning war mehr denn je entschlossen, alle solche Forderungen abzulehnen. Zu dem Besuch brachte Laval nicht, wie man erwartet hatte, Flandin, sondern Briand mit. Politisch hatte der Besuch kein Ergebnis. Er verlief auch sonst nicht aufregend, bis auf eine Eskapade Laval's, der dabei zuviel Sauerkraut ass und sich Magenbeschwerden holte.

Markull (S.593) hatte ein weitgehend berechtigtes Misstrauen gegen die Länder, die auf der einen Seite durch fehlende Aufsicht die Misswirtschaft der Kommunen verschuldeten, auf der anderen durch ungerechten und ungleichmässigen Ausgleich eine gesun-

de Finanzpolitik der Gemeinden verhinderten. Schäffer hatte eine Vorliebe für den originellen, geistvollen Mann, der, aus einer evangelischen Pastorenfamilie stammend, in geschliffenem Deutsch schrieb und sprach und alle seine Ausführungen mit Zitaten aus der Bibel, vor allem aus Jesus Sirach, zu würzen pflegte.

Ich war wieder in London, um die vorbehaltenen Punkte endgültig zu regeln. Rom hatte in der Kohelenfrage nichts unternommen. Ich konnte nicht verhindern, dass die Suspendierung aller Sachlieferungsverträge beschlossen wurde. Das entsprach dem italienischen Standpunkt. Ich forderte einen Zusatz, dass die Suspendierung keine Privatrechte verletzen dürfte; damit hätten wir in der Kohlenfrage gesiegt. Aber die Italiener verlangten einen weiteren Zusatz: "mit Ausnahme der von den öffentlichen Autoritäten herrührenden Verträge", damit hätten sie wieder die Oberhand bekommen. In einer persönlichen Aussprache mit Leith-Ross versuchte ich, ihn für unsere Reserve zu gewinnen, er hatte sich aber endgültig auf die Seite der Italiener geschlagen, und drohte mit einer Gegenreserve, die ich für unzweckmässig hielt. Auf die direkte Frage Schäffers, ob wir kapitulieren, d.h. auf den Vorbehalt verzichten, oder den ganzen Vertrag nicht unterschreiben sollten, riet ich, vorbehaltlos zu unterschreiben. Das Abkommen war für uns so vorteilhaft, dass wir es nach meiner Ansicht nicht an der Vorbehaltsfrage scheitern lassen durften. Diese hatte im Übrigen nur in der Kohlenfrage praktische Bedeutung, und über die konnten wir uns in unmittelbaren Verhandlungen mit den Italienern, also in Rom, nicht in London, einigen. Ich habe es immer Schäffer hoch angerechnet, dass er im Kabinett gegen den Vorschlag von Curtius und Trendelenburg, Reserve und Gegenreserve anzunehmen, meinen Standpunkt vertrat. Als auch Dietrich den Curtius'schen Vorschlag für zu kompliziert ansah, und Brüning von einer Nichtunterzeichnung nichts wissen wollte, konnte ich in London ohne Reserve unterschreiben.

In Basel trat am 8. August der Sonderausschuss zusammen, der die deutsche Verschuldung und die Möglichkeit, kurzfristige in langfristige Kredite umzuwandeln, untersuchen sollte. Das Ergebnis dieser Untersuchung sollte die Grundlage für jedes Stillhalteabkommen sein. Unser Vertreter war Melchior, der englische Walter Layton, der den Ausschussbericht redigierte. Die französische Regierung hatte im Juli ihren Besuch der Londoner Konferenz nur gegen die aus-

drückliche Versicherung, die Reparationsfrage würde nicht erwähnt werden, zugesagt. Nur Snowden versties gegen das Tabu, indem er erklärte, man müsse einmal auch über die Hauptsache sprechen. In Basel wiederholte sich dasselbe. Moreau und Franqui hatten dem Vorsitzenden Wiggin gesagt, sie würden abreisen, wenn über die Reparationsfrage gesprochen würde. Wieder war es der Engländer, der die Bombe zum Platzen brachte. Layton sagte am 10. August, man müsse die Reparationen mit in den Kreis der Betrachtungen ziehen, und blieb, als Moreau die Sitzung verlassen wollte, dabei, es handle sich nicht um das Reparationsproblem als solches, aber bei der Behandlung des deutschen Kreditproblems könne man an der Tatsache nicht vorübergehen, dass Deutschland Reparationen zu zahlen habe. Da auch Beneduce sich dieser Ansicht anschloss, mussten sich schliesslich auch die Romanen vor dieser zwingenden Logik beugen. Aber dazu wollte man ihnen Zeit geben, indem man "Theorie trieb" und die Reparationsfrage im Hintergrund hielt.

Im Gespräch mit dem Franzosen Masson (S.600) bewies Schäffer wieder seine Kunst, durch grossartige Argumentation, über das entschuld bare Verhalten unserer Banken und über die Gründe des Anwachsens des deutschen Rechtsradikalismus, Ausländer zu beeindrucken. Den gleichen Wunsch "Hätten wir doch solche Bankiers"!, wie ihn Schäffer nach der Begegnung mit Masson äusserte, hörte ich einmal von Hilferding, der als Finanzminister mit dem Engländer Tiarks verhandelte; als der bat, die Besprechungen an einem Tage zu Ende zu führen, weil er am nächsten Tage keine Zeit mehr habe, da müsse er nämlich in Hamburg Polo spielen, imponierte das Hilferding gewaltig, nicht weil er irgend etwas für Polo übrig hatte, sondern weil es für einen englischen Bankier Dinge gab, die ihm wichtiger waren, als kleine Tagesaufgaben des Berufs.

11.8.-15.8.1931 (S.601-639). In Basel sprach man nun ganz offen über die Reparationen (S.602). Aber man wollte jetzt erst die Stillhalteverhandlungen abwarten. Die beiden Störenfriede, Moreau und Franqui, erwiesen sich als "konzilient und vernünftig" (608), Franqui "besser als sein Ruf" ((30). Franqui hatte seinen Ruf -und sein Geld- in den französischen Kolonien erworben. Ich lernte ihn auf der Reparationskonferenz in Lausanne als wirtschaftlich überaus versierten, in Finanzwesen auf allen Sparten erfahrenen, höchst gewitzten Mann kennen, der aber bei richtiger Behandlung kein un-

angenehmer Partner war. Ein Glück für uns war, dass Layton zum einzigen Berichterstatter bestimmt wurde. Eine gewisse Unruhe brachte das Hin und Her, ob das Komitee nach Berlin kommen sollte, wie vor allem der Kanzler wünschte, oder nicht. Die Gründe, aus denen der Besuch unterblieb (S.613), leuchteten ein. Auf der Mitte von S.613 in dem Satz "Diesem Standpunkt schlossen sich...." muss es m.E. nicht "wichtiger", sondern "richtiger" heissen. In Berlin überlegte man sich -nach Schäffer'scher Art gründlich und systematisch-, ob man den Fortfall der Reparationen oder drei Feiertage fordern sollte (S.620). Auch Brüning schien damals der Weg über die Feiertage mehr zu liegen (S.623). Welchen Weg man ging, hing schliesslich auch -und entscheidend- davon ab, ob Hoover in der Reparationsfrage eine definitive Lösung oder eine Verlängerung des Hoover-Plans anstrebte (S.628). Auf S.628 muss es in der 2.Zeile natürlich nicht "oder" sondern "ohne" heissen. Meine Ansicht, Hoover würde für einen neuen Plan sein (S.630), stammte aus London, wo man die endgültige Beseitigung der Reparationen für die einzig mögliche Lösung hielt. In Berlin war man sich darüber einig, dass die Bedingungen für einen Revisionsantrag im Laufe des Herbstes immer besser werden würde, da die Wirtschaftslage sich weiter verschlechtern würde (629).

Am 14. August begannen auf Einladung des Wiggin-Komitees die Stillhalteverhandlungen. Dabei vertrat die Interessen der amerikanischen Gläubigerbanken Wiggin selbst. Die Vertreter der deutschen Banken waren Schlieper, der schon an den ersten Stillhaltengesprächen in London teilgenommen hatte, Jeidels, der auf dem Gebiet des internationalen Kredits besonders beschlagen war, und Fuchs, der als Mitglied des Reichsbankdirektoriums die Devisenabteilung der Reichsbank leitete. Die Deutschen wollten in Basel zu folgendem Ergebnis kommen: Stillhaltung von mindestens 6 Monaten für alle kurzfristigen Auslandskredite, einschliesslich die ausländischen Reichsmarkguthaben der deutschen Banken. Während der Stillhaltung sollten die Zinsen weitergezahlt werden, aber zu ermässigten Sätzen. Nach dem, was Tiarks schon in London gefordert hatte, konnten die Deutschen nicht damit rechnen, dass sie mit ihren Wünschen durchkommen würden, zumal, wie ich aus London berichtete, die Stimmung in England gegenüber den deutschen Banken sich verschlechtert hatte (S.619).

Die Gläubiger präsentierten dann auch eine ganze Reihe von Änderungswünschen. Das Stillhalteabkommen sollte höchstens -nicht mindestens- sechs Monate dauern. Vorbedingung war, dass die Notenbanken den 100-Mio-Dollar-Kredit vom 25. Juni an die Reichsbank verlängerten; das sagten die Notenbanken zu. Unter die Stillhaltung sollten nur die Kredite fallen, die ab 31. Juli -nicht, wie die Deutschen wünschten, ab 13. Juli- fällig waren; das machte eine Differenz von 1 Mrd., die zurückgezahlt werden musste. Schliesslich sollten die kurzfristigen Schulden der öffentlichen Hand, die Erntekredite, die Verbindlichkeiten deutscher Tochtergesellschaften im Ausland und die Reichsmarkguthaben ausländischer Banken in Deutschland (etwa 675 Mio RM) nicht unter die Stillhaltung fallen.

Am 15.8. berichtete Melchior, dass die Schwierigkeiten immer noch bei den Markschulden lägen (S.626). Auch Luther klagte, dass für die Markschulden sehr hohe Abzahlungen verlangt würden (S.633). Die deutsche Delegation konnte mit Recht darauf hinweisen, dass auch diese Guthaben, die deutsche Devisenbilanz belasteten. Nach den Vorschlägen der Gläubiger sollten von den Reichsmarkguthaben 25 v.H. sofort abgerufen werden und in den folgenden fünf Monaten je 15 v.H.. Das bedeutete, wie Luther hervorhob, dass die Markschulden im Laufe von sechs Monaten abgezahlt würden und dass das rund 600 Mio Devisen koste. Doch für die Gläubiger war es die äusserste Grenze des Entgegenkommens. Als die Deutschen, um noch Milderungen zu erreichen, mit der Möglichkeit eines völligen Moratoriums für Auslandszahlungen drohten, beantworteten Franzosen, Schweizer und Niederländer die deutsche Drohung mit der Gegendrohung, sie würden in diesem Falle deutsche Vermögenswerte in ihren Ländern beschlagnehmen.

Die Frage der ausländischen Filialen lag nach Luthers Bericht, vor allem wegen der Haltung der Holländer und Schweizer, ganz ungünstig, diese Schulden wollten die Gläubiger unter keinen Umständen stunden. Auch Fuchs, Jeidels und die übrigen Sachverständigen beurteilten die Lage kritisch (S.636). Die Deutsche Delegation bekam immer grössere Bedenken, ob sie ein Stillhalteabkommen unterschreiben sollte, das so stark von ihren Vorstellungen abwich. Es kam auf die Entscheidung der Regierung an.

Auch in diesen Tagen hatte Schäffer wieder viel Not mit den Unternehmungen, die in Schwierigkeiten steckten. Er wird sich sein Teil gedacht haben, als er die Bemerkung niederschrieb, ^{vass} Otto Wolff und Flick -die bedenkenlos verlangten, das Reich solle für ihre Schulden Sicherheit stellen- böse wurden, weil sie selbst Sicherheit stellen sollten (S.604). Beide waren stark in Oberschlesien engagiert; auch über die Hilfe für dortige Unternehmungen wurde im RFM verhandelt (S.608). Wie stark Flicks Situation angespannt war, sollte sich im Frühjahr 1932 zeigen, als sich Dietrich veranlasst sah, ihm seine Gelsenberg-Aktien abzukaufen und damit das Reich zum Mehrheitsaktionär beim Stahlverein zu machen. Im Zusammenhang mit Oberschlesien stand auch das Borzig-Problem (S.610). An der Erhaltung von Borsig war wiederum das Reichswehrministerium erheblich interessiert.

Auch die Banken nahmen nach wie vor Schäffers Zeit erheblich in Anspruch. Über die Orientbank war das letzte Wort noch immer nicht gesprochen (S.609). Über die Schröderbank sollte C.C.Fischer in London verhandeln, aber der fühlte sich durch Dietrich beleidigt und musste erst versöhnt werden (S.632). Die Personalfragen bei der Danat und der Dresdner waren noch immer nicht geklärt. Bergmann lobte Goldechmidt, ohne den die Danat ein Leichnam wäre, aber der Kanzler hatte noch immer moralische Bedenken gegen seinen Lebenswandel (S.638). Auch die Engländer hatten kein Verständnis dafür, dass gegen Herbert Guttman von der Dresdner, der ein erhebliches Guthaben bei einer englischen Bank unterhielt, während er bei der Dresdner Bank im Debet war, noch nichts unternommen worden war.

Bei den Plänen für eine Goldanleihe zur Entwicklung der Steueramnestie wies der Referent Dr.Trapp auf den Fehler hin, der bei dieser Konstruktion unvermeidlich war und den Zweck wesentlich gefährdete (S.607). Dafür wollte er, dass bei der Selbstbeichtigung auch die einige Jahre zurückliegenden Verstöße angegeben werden könnten. Das hielt wieder Dietrich für ausgeschlossen und wollte die Ausgleichsmöglichkeit auf 1930 beschränken (S.617). Schäffer erörterte an dieser Stelle auch andere Probleme, die in diesem Plan steckten.

Einen besonders breiten Raum nahmen die Gemeinden ein. Schäffer wies erneut auf die Notwendigkeit hin, auch über die Gemeinden Stillhalteverhandlungen zu führen (S.605). Diese Verhandlungen begannen erst im Frühjahr 1932. Die Gläubigerbanken wollten eine Stundung bewilligen, wenn sie eine Abschlagszahlung von 20 v.H. erhielten. In den Verhandlungen gelang es, den Satz auf 10 v.H. herabzusetzen. Die Zinssätze, die bisher bis zu 11 v.H. betragen hatten, wurden auf durchschnittlich 6 v.H. gesenkt. Auf dieser Grundlage wurde am 15. April 1932 das "Kreditabkommen für deutsche öffentliche Schuldner" abgeschlossen. Dadurch wurden 250 Mio kurzfristiger Schulden bis zum 15. März 1933 gestundet. Von diesen Schulden waren 200 Mio Länder - (86,5 Mio allein Hamburg) und 50 Mio Gemeindeschulden. Hier stand Köln mit 15 Mio weit an der Spitze, es folgte Berlin mit 4,5 Mio. Dieses Stillhalteabkommen ist später immer wieder verlängert worden.

Wie recht alle hatten, die auch von den Gemeinden Einsparungen verlangten, zeigten die Erörterungen über die Angleichung der kommunalen Gehälter und Löhne an die des Reichs (S.606, 616, 625). Hier lagen, wie Trendelenburg hervorhob, die wahren Gründe des Gemeindefizits. Deshalb mußte auch, bevor Deutschland den Revisionsantrag stellte, die Gemeindefrage in Ordnung gebracht werden. Brüning betonte mit Recht die Notwendigkeit, in allen öffentlichen Körperschaften zu sparen, fand bei den Ländern hiermit aber nur geteilten Beifall (S.611). Doch gab es unter den Ländervertretern immerhin einige, die, wie Brecht und Poetsch-Heffter, gerade jetzt, die Reichsreform vorwärts treiben wollten. Es ist ein Jammer, dass man die Brecht'schen Pläne, für die Preussen damals zu haben gewesen wäre, nicht weiter verfolgt hat (S.623). Sie wären auch der Lösung der Reparationsfrage, wie ich in London feststellen konnte, nützlich gewesen. Der Grund ist wohl einfach der: diese Pläne bedeuteten ein enges Zusammengehen mit der Linken (Otto Braun als Vizekanzler, Severing als Reichsinnenminister). Hindenburg verlangte aber von Brüning schon seit längerer Zeit eine stärkere Anlehnung nach rechts. Der Kanzler brauchte für seine Politik die Stütze des Reichspräsidenten und musste auf Pläne verzichten, die dem Feldmarschall nicht genehm waren.

Es muss an dieser Stelle auf das ungeheuer scharfe Urteil Schäffers hingewiesen werden, das er über die Verhandlungen im Wirtschaftsausschuss fällte (S.624). Er hatte das Gefühl "eines unheimlichen Dilettantismus". Dabei kann man das von den vorher von ihm aufgezeichneten Äusserungen von Brüning, Dietrich und Trendelenburg eigentlich nicht sagen. Wohl aber hatte Schäffer recht, wenn er Brüning kritisierte, weil er mit zu vielen, teilweise ungeeigneten, Menschen sprach und sich von ihnen alles mögliche erzählen liess.

✗ 16.8.-19.8.1931 (S.639-671) In diesen Tagen stand alles im Zeichen von Basel. Am 16. August wurde der deutschen Regierung der Text des Layton-Berichts bekannt. Dieser Bericht bemerkte zunächst, dass die deutsche Finanzkrise nur eine -wenn auch besonders akute- Phase der allgemeinen Wirtschaftskrise sei. Eine dauernde Besserung in der Lage Deutschlands sei daher erst zu erwarten, wenn die Ursachen der allgemeinen Depression überwunden seien. Er wies dann aber auf das Interesse der Gläubigerländer hin, einen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern; denn Deutschland spiele im Wirtschaftsleben der Welt eine so bedeutsame Rolle, dass "solange sich die Lage in Deutschland nicht bessert, es keine allgemeine Erholung von der gegenwärtigen Depression geben kann". Als Besonderheit der deutschen Lage und als Ursache der deutschen Krisenempfindlichkeit nannte der Bericht die hohe Auslandsverschuldung Deutschlands und gab -zum ersten Mal- genaue Zahlen an. Ende Juli 1931 waren 23 Mrd. ausländischer Gelder in Deutschland angelegt, davon 8 Mrd. kurzfristig. Ihnen standen deutsche Geldanlagen im Ausland von 8,5 Mrd. gegenüber, davon 1,7 Mrd. kurzfristig, aber nur 0,5 Mrd. unmittelbar verfügbar. Den Exportüberschuss für das zweite Halbjahr 1931 schätzte der Bericht auf 2 Mrd. Der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank betrug 1,67 Mrd. Also selbst wenn Deutschland alle verfügbaren Gold- und Devisenvorräte (zus.rd.4 Mrd.) hergab, konnte es in den nächsten 6 Monaten gerade die Hälfte seiner kurzfristigen Schulden bezahlen. Eine wenigstens teilweise Stillhaltung war unvermeidlich.

In der Anlage II des Reports wurde angegeben, wofür die zwischen 1924 und 1930 nach Deutschland eingeströmten Devisen verwendet worden waren, nämlich 18,2 Mrd., mehr als die Hälfte der Kapitaleinfuhr, für die Bezahlung von Reparationen. Dieser Passus muss-

te die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die Frage konzentrieren, ob Reparationen oder Privatschulden die Priorität zukomme, ob also die Reparationsgläubiger oder die ausländische Investoren ihre Ansprüche aufgeben sollten. Denn eine Befriedigung beider Ansprüche war ^{als} nicht ^{als} möglich ~~zu~~ erwiesen. Der deutschen Regierung lieferte die Berechnung Laytons unschätzbare Argumente für ihre Bemühungen um die endgültige Ablösung der Reparationen.

Der Bericht richtete an die Deutsche Adresse eine deutliche Warnung, das bisherige Schuldenmachen fortzusetzen: "Wir möchten nur betonen, dass, wenn man weiter den Felion auf den Ossa türmt und die alljährlichen Verpflichtungen zu der Schuld hinzukommen, die Last der Zins- und Tilgungsverpflichtungen aus kommerziellen Schulden ständig zunehmen muss, und, wenn ein grosser Teil der wachsenden Schuld kurzfristig aufgenommen ist, Deutschland in steigendem Mass Krisen der Art ausgesetzt sein wird, wie es gegenwärtig durchmacht". Für den gegenwärtigen Zeitpunkt schlug der Layton-Bericht zur Verhinderung weiterer Kreditabzüge aus Deutschland eine Stillhaltevereinbarung vor. An dieser Stelle wurde bei der Publikation des Berichts am 18. August 1931 der Text des Stillhalteabkommens eingefügt, das in den gleichen Tagen in Basel zwischen den deutschen Vertretern und der internationalen Gläubigerkommission ausgehandelt worden war.

Der Bericht liess offen, ob Deutschland "unter normalen Verhältnissen", nach Überwindung der Wirtschaftskrise, den Kapitalbedarf für seine innere Entwicklung und für die Erfüllung seiner "staatlichen" (d.h. Reparations-) Verpflichtungen ganz aus eigenen Ersparnissen würde aufbringen können, stellte aber fest, dass es "unter den gegenwärtigen Bedingungen" nicht in der Lage sei, das abgezogene Kapital aus eigenen Kräften zu ersetzen. Bei der Prüfung ob die Aufnahme einer langfristigen Anleihe für Deutschland möglich sei, nannte der Bericht unter den positiven Aspekten, die zu einer langfristigen Kapitalanlage in Deutschland ermutigen konnten, die entschlossene Senkung der Ausgaben durch Brüning. Unter den negativen Aspekten, die eine Anleihe an Deutschland riskant machten, nannte er an erster Stelle das politische Risiko: "Solange nicht die Beziehungen zwischen Deutschland und anderen europäischen Mächten auf der Grundlage freundschaftlichen Zusammenarbeitens und gegenseitigen Vertrauens beruhen und dadurch eine wesentliche Ursache

innerpolitischer Schwierigkeiten für Deutschland beseitigt wird, ist keine Gewähr für einen dauernden und friedlichen wirtschaftlichen Fortschritt gegeben". Als zweites Hindernis nannte der Bericht die Unsicherheit über die künftige Entwicklung der deutschen Zahlungsbilanz, die sich aus der hohen kurzfristigen Auslandsverschuldung ergab. Weil Deutschland bereits so hoch verschuldet war, bestand für ausländische Geldgeber die Gefahr, dass sie ihr gutes Geld dem schlechten nachwarfen. In diesem Zusammenhang verwies der Bericht auf einen Kardinalfehler der internationalen Wirtschaftspolitik seit 1918 und richtete seine Kritik besonders an die amerikanische Adresse; denn die Vereinigten Staaten als erstes Gläubigerland der Welt machten es durch ihre Schutzzollpolitik seit 1921 den europäischen Schuldnerländern faktisch unmöglich, ihre Schulden durch Warenlieferungen abzutragen.

Der Bericht schloss mit einer dringlichen Aufforderung an die beteiligten Regierungen, unverzüglich die empfohlenen Massnahmen zu ergreifen. Das konnte nichts anderes heissen, als dass die Reparationen beseitigt oder mindestens herabgesetzt werden mussten. Das war Wasser auf Brüning's Mühle. Die Unterzeichnung des Berichts war jedoch abhängig von der vorher erfolgten deutschen Zustimmung zum Stillhalteabkommen. Wollte Deutschland den süssen Tropfen des Layton-Berichts, musste es auch den bitteren des Stillhalteabkommen schlucken. Dieses Abkommen erfüllte nach deutscher Ansicht seinen Zweck, jeden weiteren Abzug ausländischer Kredite zu verhindern, nur unvollkommen, weil es zu viele SLücken aufwies, durch die erhebliche Beträge verloren gehen konnten. Vor allem die Reichsbank hatte daher gegen die Zustimmung stärkste Bedenken. Natürlich wurde die Gefahren bei einzelnen Punkten übertrieben, so war eine Berechnung, die der junge Fürstenberg aufgestellt hatte, erheblich übertrieben (S.645). Luther warnte dringend -Schäffer meinte, er sei "überhaupt kein angenehmer Etappenkommandant" (S.661)-, aber schliesslich bewog ihn Brüning doch zur Annahme des wirtschaftlich sicherlich gefährlichen Vertragsentwurfs. Zum Schluss wurde an einer Erklärung gebastelt, die unsere Vertreter bei der Unterzeichnung abgeben sollten, die Melchior zu geschraubt fand, an der aber Brüning, offenbar "sehr müde" festhielt und die Melchior dann auf eigene Faust in die richtige Form bringen liess (S.666).

Schäffer begann sofort, zusammen mit Freund Bülow, die Revisionsverhandlungen vorzubereiten (S.643) und vor allem der Presse Weisungen für ihre Haltung zu geben (S.667). Dass dabei Bülow erklärte, die Reparationsfrage lebe nicht mehr, sie sei eine Leiche, nur deren Beseitigung sei noch ein Problem, war einigermaßen mutig.

Die Bankenfrage spielte die übliche Rolle. Bei den Empfindlichkeiten, ~~zix~~ auf die dauernd Rücksicht genommen werden musste, hat man das Gefühl, die meisten der Bankiers seien Primadonnen gewesen, Ritscher nicht minder als O.C.Fischer (S.646). Die Ansicht Schäffers, dass Brüning keine Menschenkenntnis besaß, dürfte zutreffen; sie wird durch die Haltung des Kanzlers im Falle Zarden unterstützt. Bei der Danatbank setzte Jimmy Warburg unermüdlich seine Bemühungen fort, fand zwar "grosse Wamen", aber nur kleine Beträge (S.668). Der Wirtschaftsausschuss beschäftigte sich mit der Bankenaufsicht. Dazu traten zum ersten Male am 18.August die hierfür ernannten Sachverständigen zusammen. Diese sollten gewissermaßen als "Reichstags-Ersatz" fungieren. Brüning hatte am 14.August im Kabinett gesagt, das Komitee solle unter dem Vorsitz der Reichsregierung tagen, sodass Debatten jederzeit abgeschnitten werden könnten. Er denke bei dem ganzen Plan auch an die Erörterung der Vorgänge der letzten Wochen im Reichstag, die im Oktober vielleicht zu erwarten wäre. Für diesen Fall schein ihm zweckmässig, weitere Kreise bei den zu treffenden Massnahmen zu beteiligen.

Auf seinen Vorschlag wurden in das Sachverständigen-Komitee berufen: Geheimrat Schmitz (IG Farben), für die Industrie, der pommersche Landwirtschaftskammerpräsident v.Flemming aus der Hinterpommerschen Uradelsfamilie, ~~der~~ zahlreiche Kursächsische und brandenburgische Staatsmänner und Heerführer entstammten, für die Landwirtschaft, Professor Philipp Stein, der Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes, für die Genossenschaften, Rudolf Hilferding als wissenschaftlicher Sachverständiger, Dernburg und Reinhart als Banksachverständige, Robert Pferdenges als "Kenner der westlichen Industrie" und der Privatbanken", Albert Hackelsberger aus dem Vorstand des Zentrums; auf Wunsch Dietrichs wurde noch der Münchener Nationalökonom Adolf Weber berufen. Das Komitee war ein Reichswirtschaftsrat im kleinen und vertrat die politischen Richtungen von der SPD (Hilferding) bis zur DNVP (Reinhart). Nach ihrer Erfahrung und ihrem Ansehen hätten Solmssen, Melchior, Mendelssohn oder Ritscher eher in das Komitee gehört als Reinhart. Brüning wird

ihn wohl mehr wegen seiner politischen Richtung gewählt haben, damit auch die Rechte vertreten war. Der Kanzler war, wie Schäffer treffend bemerkte, seelisch vom Reichspräsidenten abhängig (S.645) und daher ständig bemüht, dessen Wünsche nach einer Anlehnung nach rechts zu erfüllen.

Da er sich jedenfalls nicht plötzlich zur Verbreiterung nach links entschliessen konnte, musste er die Reichsreform, die ihm Preussen auf silbernem Tablett anbot (S.645), ablehnen. Man begnügte sich damit, zusammen mit den Preussen die Gemeindefrage zu regeln. Severing verteidigte die Kommunen mit guten Gründen (649), aber selbst Stegerwaldt fand, dass sie in Punkt Sparsamkeit noch viel tun konnten, und Höpker-Aschoff war durchaus dafür, die Besoldungsordnungen zu prüfen. Ich musste Schäffer eine Ausarbeitung über Naturalienverpflegung der Erwerbslosen, Ansiedlung, Reform der Fürsorge und Unterstützung der Gemeinden übergeben. Beim Gleichstellungszwang der Kommunalbesoldung an die von Reich und Staat wollte keiner dem Storch die Schelle abhängen. Die Preussen wollten, das Reich solle das durch Notverordnung anordnen, wir wollten es den Preussen überlassen.

Albert Frhr.Dufour v.Feronee (1868-1945) entstammte einer Hugenottenfamilie, die seit Ende des 17. Jahrhunderts in Leipzig sass. Ihre Mitglieder waren als Bankiers und Grosskaufleute, meist im Seidenhandel, von Leipzig und London aus tätig. Albert Dufour war auch Grosskaufmann, seit 1920 deutscher Diplomat in London, 1932 Untergeneralsekretär des Völkerbundes (S.669). Er war in allen Fragen, die England und den Völkerbund betrafen, besonders beschlagen und gab mit leiser Stimme gute Ratschläge.

H.R.Knickerbocker (S.668) war durch seine Bücher "Der rote Handel droht" und "Der rote Handel lockt" weltbekannt geworden. Nun reiste er kreuz und quer durch Westeuropa und suchte die Fragen zu klären, die er von 1932-1934 in spannenden Büchern behandelte: "Kommt Europa wieder Hoch?" "Deutschland, so oder so" "Kommt Krieg in Europa"? Er löste sie nicht durch theoretische Ausführungen und Statistiken, sondern durch unmittelbare Erforschung der Wirklichkeit. In den europäischen Hauptstädten, die der Vielgereiste besuchte, befragte er Chauffeure und Kellner, Bauern und Kaufleute, Arbeiter und Generaldirektoren, Minister, Staats- und Wirtschaftsführer. Er suchte zu ergründen, unter welchen wirtschaftlichen Bedingungen und mit welchen politischen Vorstellungen die Einzelnen

lebten, und trug ein erstaunliches Material zusammen. In einem seiner Bücher widmete er ein besonderes Kapitel zwei Männern des deutschen Staates, die, ohne persönlichen Ehrgeiz und ohne Bindung an eine Partei, nur ihrer Arbeit lebten, hinter den Kulissen, der Öffentlichkeit kaum bekannt, ein bemerkenswertes Tagewerk leisteten und durch ihre Fachbeherrschung einen erstaunlichen Einfluss ausübten, dem Staatssekretär v. Bülow und mir.

20.-24.8.1931 (S.671-700). Melchior brachte die amerikanische Empfehlung mit, nur die Revisionsmöglichkeit des Young-Plans einzuschalten (671). Darüber war man sich in Berlin einig, aber nicht über den Zeitpunkt. Schäffer drängte, man dürfe die Sache nicht auf die lange Bank schieben (S.673). Aber Brüning wollte -auch ich weiss nicht, aus welchen Gründen-, dass in den nächsten zwei Monaten, mindestens in den nächsten zwei Wochen nichts geschehen sollte. Auch Bülow war dafür, nichts zu überstürzen. Zunächst wollte man in Genf Fländin wieder versöhnen. Beim Berlin-Besuch hatte Laval nur Briand mitgenommen, das hatte Fländin den Deutschen verdächtig, obwohl die wirklich nichts dafür konnten. Melchior, dem Schäffer seinen Eindruck mitteilte, Brüning scheue vor einer Option zwischen rechts und links und sei infolgedessen zur Zeit nicht aktionsfähig -was wahrscheinlich zutraf-, äusserte die vernünftigste Ansicht, man müsse erst einmal abwarten, was Amerika wolle (S.681). Ohne eine Senkung des Kriegsschuldenanteils sei nichts zu erreichen. Das sagte Melchior auch dem Kanzler (S.685).

Reparationspolitisch war die Lage nach Basel ausserordentlich günstig. Die Einstellung der Zahlungen für ein Jahr war erreicht, wenn der Young-Plan auch formal noch aufrechterhalten wurde, politische Gegenleistungen hatte man nicht zu machen brauchen. Ein Moratorium war nicht erklärt worden. Aber Deutschland hatte hart an der Schwelle der Zahlungsunfähigkeit gestanden. Die ausländische Kapitalgeber hätten um Haaresbreite ihre Kredite eingebüsst, und auch jetzt war das Geld nur provisorisch gesichert. Sie würden, wirksamer als es die deutsche Diplomatie vermöchte, auf ihre Regierungen einwirken mit dem Ziel, Streichungen oder Herabsetzung der Reparationen zu erreichen, damit die anfallenden Devisen zur Rückzahlung der kommerziellen Kredite verwendet werden konnten. Aber es gab zwei Hindernisse: das eine war das amerikanische Kriegsschuldenproblem, hier war es wichtig, Sackett und Prittwitz sondieren zu

lassen. Das zweite und grössere war die Tatsache, dass Frankreich der mit Abstand grösste Reparationsgläubiger und der kleinste Privatkreditgläubiger war, ~~was~~ also an der Rückzahlung der kommerziellen Kredite nicht das leiseste Interesse hatte. Die Streichung der Reparationen bedeutete ~~also~~ für Frankreich nur einen Verlust, dem kein Gewinn auf anderem Gebiet gegenüberstand. Die Behandlung der Franzosen erforderte ~~daher~~ viel Takt und Geschick.

Die für die Danat- und Dresdner-Frage gebildete Viererkommision bestand aus zwei Bankiers, den objektivsten und sachverständigsten, die zur Verfügung standen, Dernburg und Ritscher, und den zwei zuständigen Referenten des Wirtschafts- und Finanzministeriums, Claussen und Norden. Man kam und kam in der Personenfrage nicht weiter. Hinsichtlich Goldschmidts hatte der Kanzler zwar noch immer Bedenken wegen seines "wildem Privatlebens", das dabei gar nicht mal so wild war, wurde aber doch von der glänzenden Beurteilung beeindruckt, die Jacobs fachliches Können allgemein fand. Warum er aber bei der Dresdner nicht auf dem Ausscheiden von Herbert Guttman bestand (S.685), ist mir ein Rätsel. Denn der war wirklich kein überdurchschnittlicher Könnner, hatte aber durch seine persönliche Kontoführung im In- und Ausland Anstoss erregt.

Für die Leitung der Banken einen geeigneten Mann zu finden, war tatsächlich nicht leicht (S.675), auf Schlegelberger war Schäffer nicht zurückgekommen. Am 22. August tagte zum zweiten Mal das Sachverständigen-Komitee. Dabei übte Dernburg die schärfste Kritik an der Kreditpolitik der Banken. Es sei falsch, die Krise nur auf die Weltwirtschaftskrise und die ausländische Verschuldung zu schieben. Er sah die Hauptgründe in der Übersetzung des Bankapparats, der ungünstigen Relation von Eigen- und Fremdkapital, der übermässigen Expansion, der Unübersichtlichkeit der Institute und falscher Disposition. Reinhart räumte ein, dass die Banken einen verfehlten Konkurrenzkampf geführt hätten, sah aber die Hauptursache im Übermass der kurzfristigen Kredite. Adolf Weber kritisierte nur die mangelhafte Kenntnis der Banken von ihren Kreditnehmern, fand aber sonst das deutsche Banksystem "nicht schlecht". Pferdenges schliesslich sprach die Banken von jeder Schuld an der Krise frei und sah die Ursache lediglich in der allgemeinen Wirtschaftskrise und in der deutschen Steuer- und Sozialgesetzgebung.

Luther hielt die Aufgliederung der Banken in verschiedene Typen (Depositen-, Investitionsbanken u.a.), wie sie in England, Frankreich und USA bestanden hat und noch besteht, für die beste Lösung. Von einer Bankenaufsicht versprach er sich wenig. In Wirklichkeit fürchtete er wohl nur eine Konkurrenz für die Reichsbank. Auch Reinhart und Pferdenges lehnten die Bankenaufsicht ab und ebenso, hierin von Adolf Weber und Hackelsberger unterstützt, die Typisierung nach Aufgabenbereichen. Obwohl es auch in Deutschland bis in das späte 19. Jahrhundert Banktypen gegeben hatte und die Banken erst später zu Universalbanken geworden waren, hielten die deutschen Bankiers hieran dogmatisch fest. Das lief, wie Dernburg kritisch bemerkte, darauf hinaus, dass "mit geringen Modifikationen und einem Minimum an Staatseinwirkung die Dinge weitergehen können wie bisher". In der Biographie Dernburgs wird seine Tätigkeit als Kolonialstaatssekretär ausführlich behandelt. Darüber kommt sein späteres Wirken meist zu kurz. Durch den Gedanken der Akzeptbank und seine Haltung im Sachverständigen-Komitee, erwies sich Dernburg als aufgeschlossener und ~~ideenreicher~~ als die Mehrzahl seiner Berufsgenossen. Als Luther, Reinhart und Pferdenges mit ihrem Widerspruch gegen die Bankenaufsicht in der Minderheit blieben, bemühten sie sich nun, diese möglichst an die Reichsbank zu binden. Dernburg hielt die Reichsbank nach ihrer personellen Zusammensetzung und ihrer Tradition für ungeeignet, eine Bankenaufsicht auszuüben. Sie war unabhängige Hüterin der Währung und sollte das auch sein. Nachdem aber das Reich mit seiner Beteiligung an Banken ein grosses Engagement eingegangen war, sollte es, unabhängig von der Reichsbank, durch ein eigenes Bankamt eigene Bankpolitik treiben können.

Dernburg drang mit dem Vorschlag, ein Bankamt zu errichten, nicht durch. Dass Bankenaufsicht notwendig sei, war einhellige Meinung des Kabinetts. Aber sie sollte, wie Trendelenburg sich ausdrückte, "rücksichtsvoll" ausgeübt werden, im Einvernehmen mit dem Reichsbankpräsidenten. Das Hauptproblem sah Trendelenburg nicht wie Dernburg, in der Organisation, sondern in der Auswahl der geeigneten Persönlichkeit. Und diese Auswahl allerdings wollte das Reich sich nicht nehmen lassen.

In der Sitzung am 22. August wurde eingehend erörtert, ob bei Danat und Dresdner eine Umgründung erforderlich oder zur Zeit nicht tunlich sei. Dem Vorschlag Hilferdings, die Aktien beider Banken in treuhänderische Verwaltung zu übernehmen und sie in einer Holding-Gesellschaft zu vereinigen, stand die Auffassung der Mehrzahl gegenüber, die für eine privatwirtschaftliche Entwicklung eintrat. Der Reichskanzler bat den Professor Weber um nähere Ausführungen über die Deflation. Weber erklärte, dass eine weitere Deflation die Arbeitslosigkeit stark vermehren würde. Luther bemerkte dazu, die Deflation sei nicht abhängig von unserem Willen, sondern lediglich eine zwangsläufige Folge der internationalen Verhältnisse. Brüning's Erklärung, dass "in der nächsten Zeit aus Gründen der Aussenpolitik die Deflation schwerlich werden vermieden werden können", kennzeichnete seine Absicht, durch konsequente Deflationspolitik die Reparationsgläubiger vom guten Willen Deutschlands zu überzeugen und zur Ablösung der Reparationen zu bewegen.

Wegen der Gemeindesanierung hatte ich mit Höpker-Aschoff verhandelt (S. 676), der sich gemeinsam mit dem Reich um eine Lösung bemühte. Die Lage Hamburgs war böse (S. 678), aber selbst Olscher sprach nicht mehr von einer "Eingemeindung" in Preussen. Während sich Schäffer von dem "Nachprüfung" den Erfolg versprach, dass viele Gemeinden aus Furcht davor nicht mit Anträgen an das Reich herantreten würden, befürchtete Markull, dass wir damit Verantwortungen übernehmen würden.

Bei der Besprechung über unsere Haltung im Europa-Komitee des Völkerbundes sagte Berger, einer der Beamten der englischen Botschaft habe ihm erklärt, der englische Sekretär des Finanzkomitees des Völkerbundes, Loveday, "sei das Karnickel" (S. 683). Berger hatte überall Querverbindungen und war daher unentbehrlich. Aber das auf diesen Wegen gewonnene Material war nicht unbedingt zweckmässig.

25.8.-31.8.1931 (S. 700-730). In der Unterhaltung mit Dernburg wies Schäffer daraufhin, wie entsetzlich misstrauisch Brüning sei (S. 702), in der Besprechung mit Hertz ebenfalls, dass der Kanzler keinem traue, sich darum immer die falschen Berater heraussuche und daher oft zu falschen Ergebnissen komme (S. 713). Man gewinnt den Eindruck, dass Schäffer und Brüning immer weiter auseinanderkommen. Das wird durch Schlesingers Erklärung über die Hetze gegen Schäffer (von wem?) bestätigt (S. 711).

In der Danat-Angelegenheit hat sich der kühne Plan Jimmy Warburbs offenbar wesentlich verändert. Was jetzt dabei herauskam, war jedenfalls eine wesentliche Verschlechterung zu Lasten des Reichs. In der Dresdner Bank war man noch immer bei den Personalien. Den beleidigte/n Pferdmeniges entwaffnete Schäffer durch die Erklärung, er sei der Hauptgegner seines Vorsitzes gewesen (S.719). Wie erwartet, gab sich Ritscher als Aufsichtsratsvorsitzender alle Mühe, die Kollegen von der Dresdner zufriedenzustellen, selbst Guttman (S.721). Meyer brachte wieder den Gedanken der Fusion Danat/Dresdner ins Gespräch, der erst sehr viel später verwirklicht wurde, und möchte ohne Rücksicht auf die grosse Warburg-Sache verhandeln; Schäffer meinte dagegen, diese Sache müsste, wenn überhaupt, möglichst bald gemacht werden. Er hatte also auch Zweifel bekommen (S.726).

Die Russengeschäfte (S.704) spielten in diesen Tagen eine grosse Rolle. Der Ministerialrat Nasse, mit dem Schäffer über diese Sache sprach, war ein hochbefähigter, unbedingt zuverlässiger Beamter, nur etwas ängstlich und zartfühlend. Er litt schwer unter seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Ministerialdirektor Berger, der keinen Sinn für Verletzlichkeit hatte. Ich hatte häufig Mühe, Nasse zum Aushalten zu bewegen. Einigermassen verblüffend ist Kut's Feststellung, dass der Kanzler von russischen Dingen so wenig Ahnung hatte (S.705).

Wilhelm Lautenbach (1891-1948), damals Oberreg.Rat im Reichswirtschaftsministerium, war, zusammen mit Wagemann, das Haupt der "Reformer". Man hat ihn später den "deutschen Keynes" oder die "graue Eminenz der Arbeitsbeschaffung" genannt. Seine Gedanken sind in einer Schrift "Zins, Kredit und Produktion" zusammengefasst, die 1952 neu veröffentlicht wurde. Röpke schrieb über ihn im Vorwort zu dieser Schrift, er habe "in einer durchaus selbständigen Weise zu Beginn der 30er Jahre eine Theorie der wirtschaftlichen Dynamik entwickelt, die der Gedankenarbeit von Keynes parallel lief und sie in machem an Präzision, Klarheit und Geschlossenheit übertraf". Lautenbach war der Ansicht, dass eine automatische Wiederaufstieg nicht mehr zu erwarten sei, dass eine solche Depression nur durch gesteigerte Kapitalverwendung, auf Grund neuer grosser Investitionen, überwunden werden könne, dass die Praxis in der Kri-

se zu einem furchtbaren experimentellen Gegenbeweis gegen die von der klassischen Theorie behauptete Wirkung allgemeiner Lohnsenkungen geworden sei. Er regte einen Einsatz von 1,5 bis 3 Mrd. (Mehrbeschäftigung von 1 Mio Arbeitern) an und begründete zahlenmässig seine These von der Hebelwirkung; bei öffentlichen Aufträgen von 200 Mio würde die komplementäre Produktion von Verbrauchsgütern einen Wert von 600 Mio erreichen. Er errechnete, dass durch ersparte Arbeitslosenhilfe, zusätzliche Einnahmen der Arbeitslosenversicherung, der Lohn- und der Verbrauchssteuern, dank den Primär- und Sekundärwirkungen 75 v.H. des aufgewendeten Betrages zurückfliessen werde. Das Entscheidende war das Prinzip, die Erkenntnis, dass die notwendige Vorfinanzierung nicht in der klassischen Form über die Banken möglich sei, wohl aber vom Staat erwartet werden könne. Diese staatliche Hilfestellung, die man damals den Lautenbach-Plan nannte und über die Schäffer mit dem Autor sprach (S.706) bezeichnete man heute als "deficit-spending".

In der Reparationsfrage glaubte Bülow, man könne an eine grosse Lösung nicht vor Ende 1932 denken, Curtius war noch pessimistischer und meinte, man solle sich auf eine Verlängerung des Hoover-Jahres einstellen. Beide waren sich nicht sicher, worauf der Kanzler hinauswollte, hatten aber das Gefühl, dass es in diesem Punkte sehr bestimmte Auffassungen habe (S.707/8). Vielleicht hat Brüning das Gefühl gehabt, von Curtius gerade in dieser Zentralfrage seiner Politik nicht verstanden und ungenügend unterstützt zu werden; das mag dazu beigetragen haben, dass er sich im Herbst 1931 von Curtius trennte.

Schäffer betonte auch Curtius und Bülow gegenüber, Luthers (und auch Brünings) Weg der fortgesetzten Deflation führe mit grösster Wahrscheinlichkeit zu einer neuen wirtschaftlichen Katastrophe (S.710). Er war wohl innerlich der Ansicht, man müsse der von Keynes, Dassel und Macmillan empfohlenen umgekehrten Weg gehen, empfahl aber zunächst einen Mittelweg. Bei seinen Überlegungen daheim befasste er sich aber intensiv mit dem Buch von Rittershausen und dem Problem "Wirtschaftsbelebung durch Kreditschöpfung". Heinrich Rittershausen, einer der Schriftsteller, die als deutsche "Keynesisten" gelten können, verfasste schon 1930 das Buch "Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung", das mit seinen Vorschlägen einer Politik der Beschäftigung Keynes manches vorweg genommen hat. Die

Möglichkeiten einer Kreditschöpfung berechnete er auf 1,5 Mrd.. Schäffer suchte, auch Luther von den Vorteilen der "Belebung" zu überzeugen, rechnete ihm die Lautenbach'sche Hebelwirkung vor, erreichte aber nur, dass Luther sich die Sache überlegen wollte (S.730).

Mit den Referenten Markull und Lorenz sprach Schäffer die Unterstützungsanträge einer Reihe von Kommunen, mit Hertz die Gemeindefinanzen überhaupt durch (S.712/13). Lorenz, der Mitarbeiter und später Nachfolger von Markull, war vom mittleren in das höhere Beamtenamt aufgestiegen. Er besass nicht Markulls Genialität, wusste aber im Finanzausgleich bis in die letzte Kleinigkeit Bescheid.

Am 29. August tagte zum dritten Mal der erweiterte Wirtschaftsausschuss. Bei den Auseinandersetzungen über die Bankenaufsicht teilte Schlegelberger seine in Chile gemachten Erfahrungen mit. Dort sei die Regelung sehr weit gegangen, sei aber zum grossen Teil Theorie geblieben. Praktisch habe sich eine mehr beratende Tätigkeit der Bankenaufsicht herausgebildet; die Zusammenarbeit habe sich gut entwickelt. Über die Abhebungen berichteten Hilferding, ~~Stein und Reichsbankdirektor~~^{Müller} übereinstimmend, bei den Sparkassen werde dauernd abgehoben. Der Reichskanzler und Dernburg erklärten den Einlagenrückgang damit, dass die Haupteinleger Beamte seien, bei denen sich die Gehaltssenkung bemerkbar mache. Hilferding und Müller glaubten, der Abzug sei durch ein gewisses Misstrauen zu den Sparkassen verursacht, dieses wiederum durch die in der Notverordnung festgelegte Kündigungsklausel. Ernst stellte zur Erwägung, die Kündigungsklausel abzuschaffen und eine Ausfallbürgschaft für die Sparkassen zu übernehmen. Schäffer hat ausführlich alle Gründe aufgezeichnet, die Dernburg in dieser Sitzung für das von ihm vorgeschlagene Bankenamt ausführte (S.717). Auch Luther sprach sich Schäffer gegenüber für die Bankenaufsicht aus, nur dürfe sie nicht in einer Form gemacht werden, die Schaden anrichte.

In dem Gespräch mit dem Professor Laqueur (S.720), war bemerkenswert, dass Schäffer in der individuellen Fähigkeit der Deutschen eine seiner hauptsächlichsten Kraftquellen sah und als Beweis dafür, dass er subaltern sei, sobald er kollektivistisch würde, das Militär und die Sozialdemokratische Partei anführte. Solche Gotteslästerung hätten seine Parteigenossen nicht gern vernommen.

Er selbst aber war das beste Beispiel dafür, dass nicht alle Sozialdemokraten kollektivistisch und daher auch nicht subaltern waren.

Der deutschnationale Abgeordnete Quatz, lange Zeit Vertreter seiner Partei im Haushaltsausschuss, wo ich ihn gut kennen lernte, war kein angenehmer Zeitgenosse, scharf und sarkastisch, aber beschlagen auf dem Gebiet von Finanzen und Wirtschaft, vor allem im Verkehrswesen.

Dr. Otto Kiep (1876-1944) war unter Luther und Marx 1925 und 1926 Pressechef gewesen, und war von 1930-1933 Generalkonsul in New York. Später gehörte er dem Widerstandskreis an und war von den Verschwörern wieder als Pressechef vorgesehen. Er nahm auch an den alle 14 Tage stattfindenden Sitzungen der Mittwochgesellschaft teil, bei denen sich Beck, Popitz, Hassell, Jessen, Clbrich, Goerdeler, Planck u.a. zu treffen pflegten, war ein enger Bekannter des Staatssekretärs a.D. Franz Kempner, zu dessen Bekanntenkreis auch Planck und Zarden gehörten, und besuchte die Teekreise von Frau Hanna Solf, der Witwe des früheren Botschafters und Staatssekretärs. Goerdeler hielt sich von solchen Teekreisen fern, weil er sie "zumindest für sehr unvorsichtig hielt". Wie recht er darin hatte, bewies Kieps Geschick. Er nahm an dem unheilvollen Geburtstagsstee der Oberin von Thadden teil, unter den Gästen war ein Verräter, der die Teilnehmer denunzierte. Kiep wurde hingerichtet.

Bei den langen Unterhaltungen Schäffers mit Kiep ist die Kritik zu erwähnen, die er an der "raschen Aufhebung" der Devisenverordnung übte (S.722). Tatsächlich war sie ja nie aufgehoben worden; die am 1. August erlassene dritte Devisenbewirtschaftungs-Notverordnung, mit deren Inkrafttreten die beiden ersten erloschen, übernahm deren wesentlichste Bestimmungen. Die Regierung gab am 4. August den Landesfinanzämtern als Devisenbewirtschaftungsstellen die Anweisung, Devisen für Importzwecke nur in sehr geringem Umfang zur Verfügung zu stellen. Die Bearbeitung der Einzelanträge führte zur Überlastung der Bewirtschaftungsstellen und hatte einen ziemlichen Wirrwarr zur Folge. Am 6. August wurden die Bestimmungen vereinfacht, es wurde angeordnet, dass Importdevisen nach "der Massgabe volkswirtschaftlicher Dürftigkeit" zuzuteilen seien. Da eine Überprüfung im einzelnen nicht möglich war -täglich musste 50000 Einzelvorgänge des Im- und Exports abgewickelt werden-, wur-

de am 7. August verfügt, dass die Devisenzuteilung auf eine Bescheinigung der zuständigen Handelskammer hin erfolgen solle. Am gleichen Tag riet Luther im Kabinett davon ab, den Import durch Devisenbestimmungen zu restringieren. Aber am 29. August mussten die Devisenbestimmungen verschärft, kurze Zeit darauf eine Kontingentierung eingeführt werden, die auf Grund des Umsatzes der jeweiligen Firma im entsprechenden Monat des Vorjahrs prozentual festgesetzt wurde. Aber die Regierung glaubte damals noch immer, die Devisenbewirtschaftung sei nur eine vorübergehende Notmassnahme, die möglichst bald wieder aufgehoben werden könnte und sollte. Sie ahnte nicht, dass diese Massnahme eine Institution von mehr als 25 Jahren Dauer sein würde.

Erwähnenswert ist auch Kieps Standpunkt in der Reparationsfrage (S. 724/5). Hoover werde nichts tun, wir müssten im November den im Young-Plan vorgesehenen Sonderausschuss anrufen. Amerika werde aber keinen Verzicht in der Reparations- und Schuldenfrage aussprechen, solange Frankreich seinen Reparationsanspruch aufrecht erhalte. Da aber Frankreich zum Verzicht noch nicht bereit sei, werde es wohl auf eine Verlängerung des Hoover-Jahres auf etwa drei Jahre hinauskommen.

Beachtung verdiente auch der Vorschlag Mac Guires, durch deutsche Gelährte von Weltruf eine Aufstellung über die deutsche Zahlungsunfähigkeit machen zu lassen, die man bei den Verhandlungen über eine Revision verwenden könne (S. 724). Dieser Gedanke ist nie verwirklicht worden. Tatsächlich fehlte es in dem Kampf gegen die Reparationen ~~um~~ wirtschaftlich fundiertes ~~by~~ Material. Man griff immer wieder auf die Argumente zurück, die Keynes in seinem berühmten Buch "The economic consequences of the peace" und Schacht in dem glänzend geschriebenen, aber im einzelnen anfechtbaren Buch "Das Ende der Reparationen" dargelegt hatten. Von deutschen Wissenschaftlern hatten sich in grösseren Arbeiten nur M. I. Bonn "Der neue Plan" (1930) und mit einer Reihe von Aufsätzen der alte Agrarwissenschaftler Prof. Max Sering (1857-1939) zur Reparationsfrage geäussert. Er hatte mich im Assessorexamen geprüft, seine Tochter heiratete meinen Freund Wolf Tirpitz, durch sie wusste ich, wie sehr gerade der Kampf gegen die Reparationen ihrem Vater am Herzen lag.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1931

Sept

Dez

St.S.H.Schäffer Tagebuch 1.9.31 - 31.10.31

1.-5.9.31 (S.731-751) Unter den Ländern, mit denen der Kanzler am 1.9. ihre Lage besprach, war Thüringen besonders schlecht dran. In diesem Land hatte Frick als erster Nationalsozialist das Portefeuille eines Landesministers erhalten, am 23.1.1930 das Innen- und Volksbildungsministerium in der Koalitionsregierung Baum; er war aber nach einem gegen ihn angenommenen Misstrauensvotum am 1.4.1931 wieder zurückgetreten.

Auch ich glaube, dass die Zahl in der 6.Zeile v.u. 1,67 Mio heissen muss. Auf S.734 muss ^{es} in ~~in~~ der 4.Zeile v.o. wohl heissen: "ich halte es nicht für möglich".

Interessant ist, dass der Vertreter von Mecklenburg-Schwerin die Ansicht äusserte, eine Herabsetzung der Löhne um 20-25 v.H. würde die Wirtschaft ankurbeln (S.734). Hier wurde also die Lehre von der belebenden Wirkung der Kostendegression noch in voller Stärke vertreten. Bemerkenswert ist auch, dass Brüning von "himmelschreienden" Missbräuchen (Gehälter) im Genossenschaftswesen sprach (S.735). Mir ist nicht erinnerlich, damals von solchen Missbräuchen gehört zu haben. Dagegen hatte Brüning völlig Recht, wenn er von den Ländern erwartete, sie sollten sofortwirkende Ersparismöglichkeiten ausschöpfen und sich nicht auf die Reichsreform verlassen, die mehr auf eine Ersparung von Reibungen als Geld hinauslaufen würde (S.736).

Schäffer übte wieder Kritik an dem Formalismus Luthers, der immer der Primus Omnium bleibe (S.738). Schäffer widersprach mit Recht der Auffassung Keppners, man solle die französische Hegemonie in Europa solange anerkennen, bis man, gekräftigt, stärkeren Widerstand leisten könne; diese Politik hätte in Deutschland nicht getrieben werden können.

In alter Gewohnheit legte Schäffer seinem Minister ein sorgsam ausgearbeitetes Wirtschaftsprogramm vor, das unter sieben Hauptüberschriften 21 Punkte enthielt (S.739).

Am 2.9. konnte Luther den Reichsbankdiskont von 10 auf 8 Prozent herabsetzen. Kam er damit den Erwartungen entgegen, so blieb er in der Stillhaltesache, über die das Kabinett noch nicht endgültig entschieden hatte, so stur, dass er dem Ausland auf die Nerven fiel (S.741).

In der Bankenfrage ging es immer noch um die Personalien.

Man konnte sich nicht darüber einigen, wer von den Leitern der zusammengebrochenen Banken gehen sollte und wer bleiben durfte und auf welche "Pension" die Ausscheidenden Anspruch hatten (S.741). Ich habe es damals nicht verstanden und verstehe es auch heute nicht, mit welchem Recht die Manager eines pleite gegangenen Unternehmens, die zudem meistens an dieser Pleite nicht ganz unschuldig waren, eine Pension verlangten, die höher war als ein Ministergehalt, Ich konnte nicht verstehen und verstehe auch heute nicht, dass kluge Menschen wie Dietrich, Schäffer und Norden über diese Frage debattieren konnten. Mein Widerspruch war heftiger, als es in der lakonischen Notiz Schäffers "Krosigk hat Bedenken gegen die Höhe der Pensionen" (S.751) zum Ausdruck kommt.

In der Besprechung mit Bülow (S.745/7) ist interessant, dass nach Schäffers -durchaus richtiger- Ansicht das deutsche Volk nach dem Misserfolg in der Zollunion keinen weiteren politischen Fehlschlag mehr ertragen und dass man deshalb in der heiklen Saarfrage vorsichtig sein musste. Die beiden klugen Staatssekretäre erörterten verschiedene Gebiete, auf denen vielleicht eine deutsch-französische Zusammenarbeit denkbar war, kamen aber zu keinem praktischen Ergebnis. Zu welchen falschen Entschlüssen man kommen kann, wenn man sich auf einen Gewährsmann verlässt, zeigt die Mitteilung Kempners, Hoover bereite wiederum, diesmal in Verbindung mit den Franzosen, einen Schritt in der Reparationsfrage vor. Bülow dagegen bezeichnete es als ausgeschlossen, dass Amerika zur Zeit mit Frankreich über eine Verlängerung des Hoover-Jahres verhandele (S.750).

In der Frage der Bankenaufsicht fiel am 5.9. eine Vorentscheidung in einer Unterhaltung zwischen Brüning und Luther. Der Reichsbankpräsident kämpfte immer noch für die Angliederung der Bankenaufsicht an die Reichsbank. Der Reichskanzler erklärte eine Beteiligung der Reichsregierung als innerpolitisch notwendig. Sie einigten sich auf einen Plan, den Luther eine Woche vorher schon mit Trendelenburg besprochen hatte und auf den er sehr stolz war. Er war ganz "seines Geistes Kind" und eine echte Primus-Arbeit. Danach sollte auf Vorschlag der Reichsregierung im Benehmen mit dem Reichsbankpräsidenten vom Reichspräsidenten ein Bankenkommisсар ernannt werden, der disziplinarisch dem Wirtschaftsminister, sachlich

dem Bankenkuratorium unterstand. Das Kuratorium sollte bei der Reichsbank bestellt werden und fünf Mitglieder haben: den Reichsbankpräsidenten, die Staatssekretäre des Wirtschafts- und Finanzministeriums, den Bankenkommisear und ein vom Reichsbankpräsidenten ernanntes Mitglied des Reichsbankdirektoriums. Es war eine abgezwungene Konstruktion, bei der man sofort erkennt, dass es allein vom Bankenkommisear abhängt, wie sie funktionierte.

69-12431/3251-113) Schäffer erwähnt in seinem Tagebuch nicht, dass am 7.9. das Stillhalteabkommen abschliessend im Kabinett beraten wurde. Eine Möglichkeit der Ablehnung bestand noch, da die Zusage der deutschen Vertreter in Basel für Berlin nicht bindend war. Brüning trat aus politischen Gründen dafür ein, dem Abkommen zuzustimmen. Luther hatte erklärt, dass die einzige Alternative ein binnen weniger Tage notwendiges Moratorium sein würde. Das wollte Brüning unter allen Umständen vermeiden. Für ihn war auch nach wie vor der Gewinn massgebend, den der Layton-Bericht für seine Reparationspolitik bedeutete. Der war aber nur um den Preis zu heben, dass ^{my} Deutschland das Stillhalteabkommen angenommen wurde. So unterzeichneten am 9.9. Reichsbank, Golddiskontbank und Bankenkomitee das Abkommen, das am 17.9. in Kraft trat. Die stillgehaltenen Schulden beliefen sich auf 6,3 Mrd. RM.

Die Katze liess das Mäusen nicht. ^{Dr. Dem.} Der Präsident des Reichsfinanzhofs, kam aus München nach Berlin, um dem Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums Gedanken über Aussenpolitik und Wirtschaftsbelebung vorzutragen, über die er auch mit dem geschäftsführenden Vorstand des Bundesverbandes der Industrie und mit einem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sprechen wollte (S.756)

Bei den Besprechungen des Kanzlers mit den Preussen (S.757-763) ging es in der Hauptsache um die Kürzung von Gehältern und Pensionen, sowie um die Gemeindefinanzen. Die zu diesem Thema hinzugezogenen Vertreter des Deutschen Städtetags, des Geschäftsführers Mulert, gewandt und beschlagen, und der Präsident Sahn, seit 1931 Oberbürgermeister von Berlin, mit Luther befreundet, gewichtig und mit Nachdruck sprechend, ergänzten sich gut.

Schäffer hatte eine Arbeit über Krisenbekämpfung geschrieben. Sie lief auf öffentliche Arbeitsbeschaffung, finanziert durch Kreditausweitung, hinaus, also genau auf das, was ein Jahr später im "Papen-Plan" projektiert und dann in grossem Stil unter Hitler

durchgeführt wurde. Bei einem solchen Plan dachten aber 1931 die meisten Sachverständigen noch an eine "kleine Inflation" (S.764). Selbst ein Mann wie Bonn fürchtete sich vor der inflatorischen Wirkung und auch Loeb liess sich durch diese Furcht beeindrucken (S.766).

Höchst zeitgemäss war die Debatte zwischen Hoff, der einen "gemilderten" Bolschewismus in Deutschland einer politischen Hegemonie Frankreichs vorzog, und Schäffer, der an die Möglichkeit, den Bolschewismus zu mildern, nicht glaubte (S.764).

Der Min.Rat Giess, damals Personalreferent, hatte beim Volksentscheid gegen die Regierung gestimmt. Dietrich und Schäffer waren beide der -richtigen-Ansicht, dass das sein gutes Recht sei, dass aber ein Personalreferent aus Takt auf seinen Minister eine Rücksicht zu nehmen habe, die weitergehe als die gewöhnliche. Giess, deutschnational, aber ein besonders loyaler Beamter, entschuldigte sich mit momentanem Ärger über einen Presseerlass Brauns, an den ich mich nicht mehr entsinne (S.772). Er blieb Personalreferent, wurde später Oberfinanzpräsident in Schleswig-Holstein und lebt dort noch heute, weit über 90, körperlich und geistig erstaunlich frisch.

Bonn begründete seine Inflationsfurcht mit dem damals allgemein üblichen psychologischen Argument, man dürfe nichts tun, was von der Bevölkerung als Inflation gedeutet werden könnte (S.769). Seine Reparationsformel, wir dürften nicht revidieren, solange es uns nicht besser ginge, damit wir nicht während der Revisionsverhandlungen schwach würden und nachgeben müssten, entsprach Gedankengängen, die auch Schäffer selbst mehrfach geäussert hatte, widersprach aber völlig dem von Brüning konsequent verfolgte Linie.

In der Besprechung mit Trendelenburg, Luther und Saemisch (S.773) über "Arbeitsfinanzierung" wurde als weiteres Argument -neben der Inflationsfurcht- für das zögerliche Verhalten der Regierung die Ansicht vertreten, eine starke Ankurbelung könne nur helfen, wenn die Wirtschaft schon auf dem Grunde wäre. Auch ich stand damals auf diesem Standpunkt. Man hat später das Unterlassen wirtschaftspolitischer Massnahmen, die eine Konjunkturbelebung hätten bewirken können, Brüning heftig vorgeworfen. Er war im Sommer 1930 noch sehr und in der Juli-Krise 1931 gemässigt optimistisch gewesen. Im August sah er, wie er in mehreren Interviews mit englischen

Zeitungen mitteilte, für den kommenden Winter 7 Mio Arbeitslose und eine weitere Verringerung der Produktion voraus. Trotzdem hielt er an seiner "Deflationspolitik" fest. Dabei tauchten seit dem Sommer 1931 unzählige Reformpläne zur Verbesserung der deutschen Wirtschaftslage auf.

Nur einer von diesen Plänen stellte das Reparationsproblem voll in Rechnung. Es stammte von Ferdinand Fried-Zimmermann von der Tat. Sein Rezept war, den Handel mit dem westlichen Ausland weitgehend abubrechen und eine Art Tauschverkehr mit Südosteuropa zu beginnen. Damit löste er die Reparationsfrage: "Solange wir ohne Weizen aus Kanada, ohne Baumwolle aus Amerika, ohne Tee aus Indien nicht leben können, solange werden wir auch Reparationen zahlen müssen. In dem Masse, wie dieser Zwang entfällt, fällt auch der Zwang zur Schuldzahlung; die Gläubigerstaaten können sich dann ihre Zinsen nur noch mit Kriegsschiffen oder Truppen holen" / (Das Ende der Reparationen, Jena 1931 S.247 ff). Diese Pläne mögen für Anhänger von "Mitteleuropa" verführerisch geklungen haben. Aber selbst für die eifrigsten Reformer erschien Frieds "Autarkie" unrealisierbar.

Alle anderen Pläne liefen auf eine Beendigung des Deflationskurses, Arbeitsbeschaffung und Kreditechöpfung hinaus, so, um nur einige zu nennen, die Vorschläge des Ministerialrats Lautenbach und des Wirtschaftsjournalisten Friedländer-Precht sowie der "WTB" (Woytinsky-Tarnow-Baade)-Plan der Gewerkschaften. Die Finanzierung der Arbeiten sollte in allen Fällen durch Erhöhung des Notenumlaufs oder andersartige Kreditausweitung erfolgen, durch Massnahmen also, die als "inflationär" zu bezeichnen waren. Man gab sich Mühe, einen Unterschied zu dem Schreckgespenst der "Inflation" zu konstruieren, indem man z.B. den neuen Terminus "Redeflation" schuf für Pläne, welche die durch die Deflation bewirkte Schrumpfung ausgleichen sollten.

Aber eine "aktive Konjunkturpolitik" war damals noch ein gefährliches Dokument, das "deficit-Spending" war noch nicht erprobt, es wurde erst mit dem "Papenplan" und Roosevelts "New Deal" erstmalig durchexerziert. Selbst wenn ^{Brüning} es aber angewandt hätte, würden, da seine Wirkungen nicht sofort eintreten, die Deflationsmassnahmen nötig gewesen sein, um die Etatslücke zu schliessen und dadurch den drohenden Staatsbankrott zu verhindern. Brüning bedurf-

te zur Kreditschöpfung der Zustimmung der Reichsbank. Aber der steckte die Furcht von der Inflation in den Knochen. Luther lehnte alles ab, was nach Inflation roch. Er war ^{aber} bereit, mit sich über Kreditschöpfung reden zu lassen, wenn die Reparations~~en~~ beseitigt sei~~n~~.

Die Reparationspolitik, nicht die Furcht vor Inflation oder ein anderes Bedenken, stand bei Brüning der Durchführung der Reformvorschläge im Wege. Ihm kam es in erster Linie auf die Lösung der Reparationsfrage an. Dazu gehörte einmal die genaue Erfüllung des Young-Plans, auch der Bestimmung über die Aufrechterhaltung des Goldwertes der Reichsmark, die praktisch die Realisierung aller Reformvorschläge verbot. Hätte ^{Regierung} die ~~die~~ Währung verschlechtert, wäre sie zu den Reparationsverhandlungen mit dem Odium des Vertragsbruchs gegangen. Zweitens konnte nur in der Krise durch die sich ständig verschlechternde Wirtschaftslage, aller Welt erkennbar, der Nachweis geführt werden, dass Deutschland unfähig war, Tribute zu zahlen.

Brüning liess daher detaillierte Pläne zur Arbeitsbeschaffung ausarbeiten, die nach der Beseitigung der Reparationen ausgeführt werden sollten. Die Reihenfolge stand für ihn fest: erst Lösung der Reparationsfrage, dann Krisenbekämpfung und Wirtschaftsbelebung. Die Kritiker Brünings haben die Zwangsläufigkeit, die ihm in seinen Massnahmen keine Wahl liess, zum grössten Teil nicht begriffen. Nur die Autoren, die sich intensiv mit seiner Politik befasst haben, kommen zu einem positiven Urteil, wie W. Helbig in "Reparationen in der Ära Brüning", K.E. Born in "Die deutsche Bankenkrise 1931", R. Lücke in "Von der Stabilisierung zur Krise". Lücke hat mit der Feststellung völlig Recht: "Abwertung und innere Kreditexpansion verboten sich solange, als nicht das Reparationsproblem gelöst war", ebenso Prof. Dr. Ferd. A. Hermens, der kürzlich in einem offenen Brief an die Frankfurter schrieb: "Es fehlten Brüning nur einige Monate, damit er auch durch die Tat und allen sichtbar hätte beweisen können, dass eine "Deflationspolitik" alles andere als das war, was er wollte".

14.9.-20.9.1931 (S.774-804) Brünings Politik war eine Wanderung auf dem Drahtseil. Kein Wunder, dass selbst seine nächsten Mitarbeiter oft fragten: Was will er eigentlich? Auch sein Vizekanzler Dietrich wurde häufig aus ihm nicht klug (S.775). Was er wirklich wollte, konnte er nicht laut aussprechen. Denn er war abhängig von anderen, die er nicht beeinflussen konnte, insbesondere

von Hoover, und der war nach der Darstellung von Bendix wie ein deutscher Bauer, der, wenn er sich verrannt hat, immer weiter geht (S.778).

Für Schäffer, von dessen Neigung, auszuschneiden, der Gerüchtemacher Zarden zu berichten wusste (S.782), standen weiter die alten Probleme im Vordergrund: die Aktienreform, die Ordnung der Gemeindefinanzen, die Regelung der Bankenfrage und vor allem die Bankenaufsicht. Die grossen Männer des Privatbankgewerbes, Louis Hager, Warbuß, Loeb, Pferdenges, wehrten sich gegen die Bankaufsicht (S.783). Aber der Kanzler musste ~~den~~ ^{ihnen} Propaganda den Wind aus den Segeln nehmen und konnte sie daher nicht ausnehmen. Ausgenommen wurden lediglich die Golddiskontbank, die "Privatnotenbank" (Länderbanken), Hypothekenbanken, Sparkassen, Girozentralen u.ae. Der Aufsicht unterstellt wurden 30 000 Institute mit einer Bilanzsumme von 40 Mrd. RM, und zwar 2000 Privatbanken, 21 000 Genossenschaften, 50 öffentl. rechtl. Kreditinstitute, 2 500 Sparkassen und 4000 sonstige Kreditinstitute.

Vor allem, man fand den für das Amt des Bankkommissars hervorragend geeigneten Mann, den Ministerialdirektor Dr. Friedrich Ernst vom Preuss. Handelsministerium, der als Fachmann für Sparkassenfragen an den Bankbesprechungen des Kabinetts seit Mitte Juli teilgenommen hatte. Er erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen in vollstem Masse. Er hat auch später als Inhaber von Delbrück, Schickler & Co, als Präsident der ~~ABC~~ ^{Bankvereine Baden} und als Vorsitzender des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes seine ungewöhnliche Befähigung unter Beweis gestellt. Der Reichskommissar erhielt die Richtlinien für seine Amtsführung vom Kuratorium. Da er ihm selbst angehörte, wirkte er bei der Richtlinienerteilung für sich selbst mit.

Otto Wolff, der meistens unzufrieden war, schimpfte auf das Stillhalteabkommen, was man ihm nicht verdenken konnte, auf die Regierung, die ^{eine} freie Wirtschaft oder einen echten Staatssozialismus schaffen sollte, und auf die Generaldirektoren, die sich den Eigentümern gegenüber zu viel herausnahmen und zu luxuriös lebten (S.79). Mir hat dieser Mann immer imponiert, aber er war für den Staat gefährlich, da er alle Beamten, die in einem Straf-, Devisen- oder Steuerverfahren für ihn eine Gefahr bedeuteten, mit dem Angebot des Mehrfachen ihres bisherigen Gehalts in seinen Dienst zog. Als er im Laufe eines Steuerunterwerfungsverfahrens, bei dem es um

mehrere Millionen ging, dasselbe mit einem Beamten der Steuer-
verwaltung machte, liess sich -damals Finanzminister- ihm sagen, ich
würde ihn nicht mehr empfangen, bevor er nicht die strittige Steuer
bezahlt hätte, und gab nicht nach, auch als Schacht sich dringend
für Wolff verwandte. Wolff zahlte, Schleicher wollte als Kanzler
ihm einmal drastisch vor Augen führen, dass er die Art, Beamte
zu bestechen, nicht mochte. Bei einem Essen bei Wolff hob er in
seiner burschikosen Weise den Teller auf ^{und} sagte: Wo ist die Million,
Herr Wolff?

In der Liste der beim Laval-Besuch mit den Franzosen zu be-
sprechenden 17 Punkte war bezeichnender Weise der erste ein Nega-
tivism: kein Geld. Dazu hatte auch Wolff geraten. Aber die Repara-
tionsfrage war dabei. Am aussichtsreichsten war wohl das industri-
elle Gebiet, zumal zwischen den Schwerindustrien bereits Vorbe-
sprechungen stattgefunden hatten (S.792).

Aus dem Gespräch zwischen Schäffer und mir (S.793) wird nicht
klar, wie der Kanzler die Frage der Behandlung der Reparationszah-
lungen nach Ablauf des Hoover-Jahres behandelt sehen wollte. Ich
weiss nicht, ob ich mich damals unklar ausgedrückt habe, oder ob
Schäffer meine Ausführungen falsch niedergeschrieben hat, oder ob
die Übertragung aus dem ~~Stenogramm~~ Programm Fehler aufweist.

In dem Gespräch mit der Industrie (S.793-96) wiederholte der
Kanzler seine Vorwürfe, dass in der Krise über Verluste und Vor-
räte irreführende Angaben gemacht worden seien. Er schonte die In-
dustriellen. Aber auch sie sprachen aus, was sie gegen die Regie-
rung auf dem Herzen hatten, vor allem nicht rechtzeitiges Durch-
greifen, Mangel an Initiative auf den verschiedensten Gebieten,
fehlendes Verständnis, vor allem für die mittlere und kleine In-
dustrie.

Einen grossen Raum nahmen im Tagebuch wieder die Verhandlungen
über die Gemeindefinanzen ein. Dabei stand im Hintergrund das Pro-
blem, dass die Sparkassen zwar von der Bankenaufsicht freiblieben,
dass aber ihre Lage ebenso kritisch und ihre Reformbedürftigkeit
ebenso gross war wie die ^{der} privaten Aktienbanken. Wie bei diesen hat-
te sich das Reich auch bei den Sparkassen finanziell engagieren müs-
sen. Die im Tagebuch wiederholt erwähnte Landesbank der Rheinpro-
vinz spielte im Sparkassenbereich etwa die Rolle wie die Danat bei
den Banken. Reich und Preussen hatten ihr mit Schatzanweisungen im
Betrag von 200 Mio aushelfen müssen. Die Reichsbank hatte ihr ei-

nen Rediskontkredit von 75 Mio gegeben. Ihre Auslandsverpflichtungen im Betrage von 100 Mio wurden in das Baseler Stillhalteabkommen einbezogen. Die Leitung der Landesbank übernahm der Staatsfinanzrat Weltzien als Reichs- und Staatskommissar.

Dabei war im Sparkassenbereich der Fall der Landesbank nicht einmal ein Einzelfall. Bei ihr waren die geschäftlichen Fehler und Mängel der Sparkassen ^{hier} besonders eklatant zu Tage getreten. Die wunden Punkte des Sparkassenwesens waren der zu grosse Einfluss der Gemeindevertreter und die ihnen innewohnende Tendenz zur Illiquidität. Hier musste die Sparkassenreform einsetzen, die ebenso wichtig war wie die Umschuldung der Gemeinden.

Schäffer notiert (S.800), dass im Kabinett die letzten vier Punkte der HGB-Novelle erörtert und angenommen wurden. Damit war die Aktienrechtsreform abgeschlossen, die die in der Krise zu Tage getretenen Missstände - Irreführung und mangelhafte Information der Gläubiger, unzulässige Verringerung des haftenden Kapitals u.ä. - beseitigen sollte. Die Aktienrechtsnovelle wurde am 19.9.1931 als Notverordnung verkündet. Sie schränkte den Erwerb eigener Aktien sachlich und formell ein. Während bisher solcher Erwerb nur grundsätzlich durch ein dehnbares Soll-Verbot untersagt war, durften fortan AG eigene Aktien nur "zur Abwendung eines schweren Schadens von der Gesellschaft" erwerben, und auch dann nur bis zu höchstens 10 v.H. des Grundkapitals. Um eine Umgehung dieser Vorschriften innerhalb von Konzernen auszuschalten, wurde den Tochtergesellschaften der Erwerb von Aktien der beherrschenden Gesellschaft verboten. Ausdrücklich waren die eigenen Aktien vom Stimmrecht und von der Gewinnverteilung ausgeschlossen. Ferner wurden in der Novelle die Vorschriften über die Rechnungslegung präzisiert und verschärft. Die Gesellschaften mussten nunmehr ihren Jahresabschluss vor der Vorlage an die Generalversammlung durch einen Wirtschaftsprüfer prüfen lassen. Das hatten viele Gesellschaften längst freiwillig getan. Jetzt wurde es für alle vorgeschrieben.

In der Kabinettsitzung am 19.9. wurden im Kabinett nochmals die Vorzüge und Nachteile der Amnestieanleihe durchgesprochen. Trotz des politischen Bedenkens, dass die radikalen Parteien rechts und links die Vorteile für Steuersünder herausstreichen würden, war Brüning dafür, weil sich die Anleihe der allgemeinen Tendenz seiner Politik dem Ausland gegenüber, alles nur Denkbare getan zu haben,

einordnete, Dietrich, weil er dadurch Mittel für öffentliche Arbeiten, vor allem Reichsbahnaufträge, zu bekommen hoffte.

Merkwürdig war, dass Luther, Groener und Brüning sich so lebhaft für Sondergerichte bei Terrorakten, Kravallen, Devisenvergehen und ähnlichen Delikten einsetzten. Schäffer hatte ganz Recht mit seiner Warnung. Aber kennzeichnend für das immer schlechter werdende Verhältnis zwischen ihm und Brüning war, dass der Kanzler, ungerecht und ungeduldig, ihn unterbrach und die Einführung von Sondergerichten "noch heute" forderte. Als am Nachmittag das Thema nochmals erörtert wurde und Trendelenburg den Kanzler leise warnte, wenn die Verordnung ausgerechnet am Montag, dem Versöhnungstag der Juden, herauskäme, sähe das nach Absicht aus, antwortete Brüning, entweder noch immer erregt oder tatsächlich voreingenommen, die Juden brächten ja auch ihr Geld ins Ausland. Es war verständlich, dass Schäffer Dietrich gegenüber in begreiflicher Erregung über Demagogie schimpfte.

21.9.-26.9.1931 (S.805-850) Die Abwertung des englischen Pfundes war in diesen Tagen das Thema, um das sich alles drehte. Man kann sich heute, in einer Zeit, da keine Währung wirklich fest ist und Auf- und Abwertungen an der Tagesordnung sind, kaum mehr vorstellen, welche Aufregung in der ganzen Welt entstand, als das Pfund sich vom Golde löste. Das Pfund gehörte zu den sichtbarsten Dingen, die es auf Erden gab. Worauf konnte man sich noch verlassen, wenn auch das Pfund schwankte? Natürlich war der englische Botschafter "völlig aufgelöst" (S.808), und überall rätselte man herum, welche Auswirkungen der englische Zusammenbruch haben würde. Auch mich muss es schwer erschüttert haben, denn meine damaligen Ausführungen (S.805) erscheinen mir heute etwas konfus. Nachdem Schäffer mit Zarden und mir, Mowres und Dieckhoff, Dreyse und Dietrich, Wallenberg und Kastl, Brüning und Trendelenburg, Welter und Church, Kempner und Somary das Problem durchgesprochen hatte, machte er sich daran, zusammen mit Somary in gewohnter systematischer Weise die Wirkungen auf die westlichen Länder aufzuzeichnen (S.815/18).

Auf der Referentenebene war man damals so weit, weittragende Massnahmen der Reichsreform für sofort durchführbar zu halten. Markull und Olscher, beide keine Phantasten, legten den Entwurf einer Notverordnung über die Auflösung des Landes Hessen vor, den sie zusammen ausgearbeitet hatten (S.808).

Der französische Finanzattaché Gailleau-Billoteau erzählte von grossen Plänen, die auf dem Währungsgebiet die Franzosen gehabt hätten und die durch die englische Finanzkatastrophe zerschlagen worden seien. Frankreich sei von dieser Krise schwer betroffen worden. Er fragte immer wieder, ob denn nicht auch Deutschland betroffen wäre. Schäffer konnte nur auf die Handelskonkurrenz hinweisen, die den Engländern auf dritten Märkten und in Deutschland selbst sehr erleichtert worden sei. Als Vorbote des Laval-Besuchs war François-Poncet am 21.9. als neuer französischer Botschafter in Berlin eingetroffen und nahm sofort Verbindung zu Menschen auf, die er für wichtig hielt. Die Grüsse an Schäffer mit der Bestellung, sie wollten ihre Londoner Verhandlungen über Finanzfragen fortsetzen, während sie dort kein Wort miteinander gesprochen hatten, waren kennzeichnend (S.809).

Die Pläne der Zusammenlegung der Danat ~~mit~~ der Dresdner und der Dresdner mit der Erka^{waren} zunächst begraben. Jetzt tauchte der Gedanke der Fusion der Danat mit der Compri auf. Diese grosse Bank hatte eine wechselvolle Geschichte gehabt. 1870 hatte auf Anregung von Theodor Wille führende hanseatische Bankiers wie Warburg, Donner, Hesse und Newman sowie bekannte Überseehandelshäuser wie Aminek, Nölting, O'Swald, Woermann und Wille die "Commerz- und Discount-Bank in Hamburg" gegründet. Die Bank beschränkte sich bald nicht darauf, den Interessen des Hamburger Handels zu dienen, sondern stellte sich auch den Bedürfnissen der Industrie zur Verfügung errichtete für diesen Zweck Niederlassungen in Berlin und Frankfurt a.M. und löschte den Zusatz "in Hamburg". In den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nahm sie an der Konzentrationsbewegung im Bankwesen teil und übernahm mehrere kleine und mittlere Bankinstitute. 1920 nannte sie sie nach der Vereinigung mit der 1856 gegründeten Mitteldeutschen Privatbank in Magdeburg "Commerz- und Privatbank". 1929 fusionierte sie mit der Mitteldeutschen Creditbank in Frankfurt, verlegte den Schwerpunkt nach Berlin und vereinigte sich mit dem Barmer Bankverein, dem letzten grossen Provinzbank. Die Compri hatte noch einen völlig "unverritzten" Namen. Die Vereinigung der Danat mit der Compri hätte natürlich die Aktionäre der Danat besser gestellt als die der ~~Compri~~^{Dresdner}. Noch schwerwiegender war das Bedenken Schäffers, dass das Reich nach dem Fusionsplan zum ersten Mal auch die Debitoren einer Bank garantieren sollte (S.812).

Das Stillhalteabkommen galt zunächst für 6 Monate. Dann musste erneut verhandelt werden. Aber Somary und Schäffer hielten es für gefährlich, bis zum Februar zu warten (S.818), und erörterten verschiedene Konstruktionen, die am Abend des 22.9. bei Loeb mit Somary und anderen Bankiers vertieft wurden (S.820). Somary bemerkte bei dieser Gelegenheit, dass die letzten 14 Tage (nach der Pfundkrise) Frankreich die Hegemonie in Europa gebracht hätten. Um so gründlicher mussten natürlich die Besprechungen beim Laval-Besuch überlegt und vorbereitet werden. Dabei stand immer die Frage im Vordergrund, ob man jetzt eine milde Endlösung oder eine Verlängerung des Provisoriums mit der Aussicht auf eine spätere vollständige Befreiung (Melchior S.825) ansteuern sollte. Schäffer war für die baldige "milde Endlösung" (z.B. nur noch Zahlung des ungeschützten Teils), da er die Aussicht auf eine spätere Totalstreichung für illusorisch hielt.

Dietrich und Schäffer waren wieder in Abschiedsstimmung. Dass Curtius ging, war so gut wie sicher. Er war der Sündenbock für die gescheiterte Zollunion. Nicht nur die Rechte, auch Curtius eigene Partei und der Reichspräsident wollten dieses Opfer. Brüning musste, um seinen einzigen Halt, den RPr, zu behalten, ihm zu Willen sein und im Herbst sein Kabinett umgestalten. Curtius und Wirth wurden ausgebootet. Curtius trug die Enttäuschung anständig, aus der Fraktion, die unter der Führung von Dingeldey der Brüning-Regierung die Unterstützung aufkündigte, trat er zusammen mit Hans von Raumer aus. Wer aber sollte Nachfolger werden? Bernstorff, den Melchior gern an dieser Stelle gesehen hätte (S.821), kam unter den damaligen Umständen nicht in Frage; er stand ja als Demokrat noch weiter links als Curtius; so übernahm Brüning das AA selbst. Als Nachfolger von Wirth hatte Brüning dem RPr. den früheren Reichswehrminister Gessler vorgeschlagen, und hatte begründete Hoffnung, dass Hindenburg zustimmen würde. Als der Präsident aber wider Erwarten schroff ablehnte, nahm Brüning den General Groener, der nun neben dem Wehr- auch das Innenministerium leiten musste; das sollte sich als keine gute Wahl herausstellen. Melchior und Schäffer hatten sich über Brünings Abhängigkeit von taktischen Erwägungen - darauf ging auch dieser Entschluss zurück- und über den Mangel an persönlicher Zuverlässigkeit unterhalten. Diese Beurteilung zeigt, wie weit sich Schäffer schon innerlich von Brüning entfernt hatte. Es lag nahe, dass sowohl er wie Dietrich sich als Kompensations-

objekte ansahen, die die Volkspartei vielleicht fordern würde. Dietrich träumte in einem Aufflackern alter Energie davon, dass er eine grosse politische Schlacht eröffnen und die Einigung der bürgerlichen Parteien versuchen werde. Mit dem Hinweis Schäffers auf die befriedigende Haltung von W. (S.824) kann doch nur Melchior gemeint sein, mit dem Schäffer gerade über diese Interna gesprochen hatte. Dietrich nannte, neben Curtius und sich, Schäffer, Posse und mich die besten Mitarbeiter Brünings; er hatte also mit Schäffer einmal wieder Frieden gemacht. Aber Dietrich und Schäffer wussten beide nicht: was will der Kanzler letzten Endes? Dietrich hielt die Unklarheit für Absicht; dem alten Bismarckanhänger waren die "Jesuiten" immer unheimlich.

Im Kabinett wurde deutlich gesagt, dass das Volk Taten sehen wollte (S.827 f). Der Ruhrkonflikt drohte. Das Volk murrte angesichts des raschen Handelns der englischen und der Unentschlossenheit der deutschen Regierung. Aber Brüning verteidigte sein Zögern mit guten Gründen. Er wollte sich nicht von der öffentlichen Meinung vorschreiben lassen, ob und wann etwas getan werden sollte, sondern den Zeitpunkt selbst bestimmen. Doch auch Trendelenburg kritisierte: der Kanzler beschränke sich nur auf Taktik, während jetzt Strategie notwendig sei (S.831). Auch Schacht, der noch vor Jahresfrist Treviranus gesagt hat, er wäre doch im Amt geblieben, wenn er eine Ahnung gehabt hätte, dass Brüning Kanzler werden würde, warf der Regierung Mangel an Initiative vor (S.834).

Das Material für die Unterhaltung mit Laval, das dies Mal Bülow zusammengestellt hatte, sah die Reparationsfrage nicht als Verhandlungspunkt vor (S.833). Brinon hielt eine gemeinsame Betätigung in den neuen Mandatsgebieten Frankreichs für möglich (S.840). Ob ein Trinkspruch ausgebracht werden und wer an den gesellschaftlichen Veranstaltungen teilnehmen sollte, wurde ausgiebig erörtert. Die Reparationsfrage sollte nach dem Wunsch des Kanzlers möglichst umgangen werden (S.846). Groener warnte "feierlich" - nach Schäffers Ansicht nach Verabredung mit Brüning - vor Anbiederung mit den Franzosen und betonte die Notwendigkeit, zuverlässig für ihre Sicherheit zu sorgen.

wie Davison mitteilte

Die Amerikaner wiederum möchten, (dass Frankreich und Deutschland sich in der Reparationsfrage einigen und dann gemeinsam an Hoover heranträte). Schäffer gab mit Recht zu bedenken, dass Hoover den Franzosen eher ein Opfer zumuten könnte als die Deutschen (S.835)

Nach anderer Nachricht rechnete Hoover nicht mehr mit der Bezahlung der Kriegsschulden und Laval sei bereit, in der Reparationsfrage weit entgegenzukommen, sich "sogar" auf den ungeschützten Teil zu beschränken (S.836). Das wäre dann die "milde Endlösung" gewesen.

Aus der Besprechung der Staatssekretäre ist die Feststellung von Weihrauch, des Vertreters der Reichsbahn, von Bedeutung, dass der Durchschnittsarbeitslohn den Stand des Jahres 1928, mit Einrechnung der Feierschichten den des Jahres 1925, erreicht habe, dass man sich aber, wenn man den Lebenshaltungsindex hinzuziehe, in einer Zeit stark steigender Realverdienste befände (S.838). Man vergisst zu leicht, dass in dieser Krisenzeit zwar die Löhne stark gesenkt worden, die Preise aber noch stärker gefallen ~~sind~~.

Schäffer unterließ nie, in seinem Tagebuch Charakterstudien zu treiben. Selbst der kluge Somary war pikiert, wenn man seine Vorschläge nicht begeistert aufnahm; wenn man nicht wollte, dann würde er eben nichts tun. Dann musste Luther seine liebenwürdigste Seite hervorkehren und die Primadonna beschwichtigen. Brüning's Rede zur Feier des 70. Geburtstags von Duisberg war stark auf "Führung zugeschnitten"; sollte das den Jubilar ehren oder war es ein Zugeständnis an dem "Geist der Zeit"?

Die Gemeindeumschuldung wurde mit den Vertretern der Gemeinden und den Banken eingehend besprochen. Schäffer legte einen Plan vor. Luther, Mulert und die Bankiers hatten viele Einwände und Bedenken (S.840-44), aber es schälte sich ein Ergebnis heraus. Im Anschluss daran besprach Schäffer mit Luther die Stillhaltung für die Auslandsschulden der Länder. Hier kam es zu keinem Ergebnis. Diese Frage wurde erst im Februar 1932 geregelt.

Während Raumer es nicht für richtig hielt, dass Brüning in die Verhandlung mit den Franzosen einen Aussenminister mitbrächte, der in den nächsten Tagen doch verschwinden müsse (S.845), meinte Schäffer erstaunlicherweise und entgegen seinen noch kurzlich hierüber geäußerten Ansichten, er glaube nicht, dass Curtius gehen werde.

27.9.-3.10.1931 (S.850-898). Es kam für mich völlig überraschen⁽²⁾ dass ich am Montag des Lavalbesuchs, am 27.9., zum Kanzler bestellt wurde, dort mit Hoesch und Bülow dem Kanzler über Haushalts- und Stillhaltefragen Bescheid sagen musste und dann an der Besprechung von Brüning/Curtius mit Laval/Briand teilnahm. Brüning ersuchte

mich, nichts darüber zu sagen, dass ich zu ihm bestellt worden sei. Ich habe daher zunächst auch Schäffer nichts darüber mitgeteilt (S.850), und erst darüber gesprochen, als Planck von meiner Anwesenheit bei Brüning berichtete. Erwin Planck, der kluge Sohn des grossen Physikers, war aktiver Offizier und Schleicherschüler und -bewunderer. 1919 wurde er als Vertrauensmann des Reichswehrministeriums als Oberreg.Rat in die Reichskanzlei versetzt. Brüning hielt grosse Stücke auf ihn. Im Herbst 1931 entschloss sich Brüning auf Grund eines Gesprächs mit Planck, der während seines Urlaubs Gessler getroffen hatte, diesen als Nachfolger von Wirth dem Reichspräsidenten als Innenminister vorzuschlagen. Zu seiner Überraschung lehnte Hindenburg ohne Angabe sachlicher Gründe Gessler schroff ab. Seinen zweiten Kandidaten, den Oberbürgermeister von Essen, Franz Bracht, schlug Brüning gar nicht erst vor, weil Planck, offenbar auf Anweisung von Schleicher, mit dem Vorschlag kam, den Reichswehrminister Groener gleichzeitig zum Innenminister zu machen. Als Anfang Januar 1932 Brüning und Schleicher sich entfremdeten und Planck in einer Besprechung mit Treviranus sagte, er müsse Schleicher, der ihn ins Kanzleramt gebracht habe, die Treue halten, riet Trevi dem Kanzler, Planck nicht mehr "mit vertraulichen Gesprächen zu belasten". Planck war Staatssekretär in der Reichskanzlei unter Papen und Schleicher, wurde von Hitler entlassen, schloss sich dem Widerstand an und wurde, obwohl Papen sich lebhaft für ihn einsetzte, hingerichtet.

Ich sagte Schäffer unter vier Augen, offenbar liege beim Kanzler wieder etwas gegen den Minister vor. Vielleicht richtete sich aber das Verbot Brünings, etwas über meine Besprechung in der Reichskanzlei zu sagen, gar nicht gegen Dietrich, sondern gegen Schäffer. Die Entfremdung zwischen ihm und dem Kanzler hatte sich wohl verstärkt. Schäffer selbst entnahm der kleinen Episode beim Abendempfang den Eindruck, dass er Brüning endgültig "unheimlich" geworden sei (S.856). Das ~~war~~ wieder war wohl übertrieben, auch Schäffer war ja misstrauisch. -Die Seite 852 fehlt.

Laval brachte zu dem Besuch nicht Flandin, sondern Briand mit. Das nahm Fländin uns übel, obwohl wir wirklich nichts dafür konnten. Briand legte am Grabe Stresemanns einen Kranz nieder und überliess, wie er spitzbübisch lächelnd bemerkte, protokollgemäss die Unterhaltung dem MPr. Von 2 Stunden sprach Laval 1 3/4 Stunden, von

der letzten Viertelstunde nahm Curtius, der immer, wenn er das Wort nahm, "Schauer" erregte, 10 Minuten in Anspruch. Für Brüning blieben nur 5. Briand wurde erst Abends beim Empfang lebhaft und sprach über die verschiedensten Themata mit seinem "jungen Freund" Treviranus. Am 28. beim Abendempfang in der französischen Botschaft war François-Poncet wieder besonders liebenswürdig zu Schäffer. Insgesamt hatte der Besuch kein Ergebnis. Bülow war enttäuscht. Über die Hauptfrage, die Reparationen, wurde nicht gesprochen. Der Besuch verlief auch sonst nicht aufregend, bis auf die nächtliche Eskapade Levals, der dabei zu viel Sauerkraut ass und sich Magenbeschwerden holte. Auf Seite 856, 4. Zeile muss es "Kriegsbeschädigte" heissen.

Auch die Schweden hoben den Goldstandard auf, aber Jacob Wallenberg beruhigte Schäffer: die schwedische Notenbank habe nicht mehr einlösen können, man wolle, sobald wie möglich, zum Goldstandard zurückkehren (S. 853).

Aus den Instruktionen, die Schäffer dem Professor Palyi für seinen Besuch in USA mitgab, ist bemerkenswert, dass neue Kredite angebahnt werden sollten, aber dabei eine Verpfändung von Reicheinnahmen auf alle Fälle zu vermeiden sei (S. 854).

Raumer, der kluge Hans, hielt nach wie vor die Stellung von Curtius für unhaltbar. Frau von Raumer stammte nicht nur von den Hohenzollern und den Wettinern ab, sondern war vor allen Dingen eine Enkelin der Bettina von Arnim. Raumer zeigte mir einmal eine nie veröffentlichte Schrift, in der Bettina als alte Frau für ihre Kinder und Enkel in schönster Romantik ihre erste Begegnung mit Goethe, nicht als Kind, sondern als junges Mädchen, erzählte.

Wenn man die Niederschrift Schäffers über die Kabinettsitzung am 29.9. liest (S. 859), kann man verstehen, dass Trendelenburg die grosse Linie vermisste. Aber vielleicht hatte er mit der Annahme recht, dass die Vorwegbehandlung der Einzelfragen wieder einer der taktischen Schachzüge Brünings war.

Im Wirtschaftsausschuss kam es zu einem Streit zwischen Brüning und Schäffer. Der Kanzler hatte in einem Interview mit einer englischen Zeitung für den Winter 7 Mio Arbeitslose vorausgesagt. Als Dietrich diese hohe Ziffer anzweifelte und Stegerwald bestätigte, mit dieser Zahl brauche man nicht zu rechnen, konnte Schäffer

es nicht lassen zu betonen, sie sei von Regierungsseite in der Öffentlichkeit genannt worden. Brüning reagierte empfindlich: das sei nur aus reparationspolitischen Gründen geschehen. Dass selbst bei der Zahl von 6,2 Mio die Arbeitslosenunterstützung einen Betrag erreichte, den das Reich nicht leisten könnte, wollte auch Dietrich nicht hören, so sehr Schäffer, von mir unterstützt, insistierte (S.865). Weder er noch Brüning wollten an eine Senkung der Sätze der Arbeitslosenunterstützung heran. Selbst das Arbeitsministerium war dazu bereit gewesen, aber der Kanzler hätte es persönlich abgelehnt (S.868).

Als Groener im Kabinett unsere Pensionsregelung angriff und erklärte, er werde aus der für den 29.9. Nachm. angesetzten Chiefbesprechung fortgehen, wenn Dietrich jemand mitbrächte, der nicht das nötige Verständnis für das Militär hätte, meinte er damit offenbar Schäffer. Der war darüber verständlicherweise wenig erfreut, verbot auch mir, hinzugehen, und schickte den Leiter der Unterabteilung Besoldung, den Min.Dirig.Weaver (S.861).

Wenn Treviranus die hessische Regierung als Eierkuchen mit hochgetriebener Mitte bezeichnete (S.863), war das eine sehr politische Vergleich. Aber wir hören hier zum letzten Mal davon, dass Hessen im Reich aufgehen müsste. Es geschah nichts in dieser Richtung.

Der einzig neue Gedanke in der Unterhaltung Bülows mit Schäffer über die Reparationsfrage war die Anregung Schäffers, Belgien solle die Initiative zur Einberufung einer Währungskonferenz ergreifen (S.869).

Wegen des Silbers kam es zu einem Wutausbruch Dietrichs. Der richtete sich diesmal aber nicht gegen Schäffer, sondern gegen die Reichsbank (S.871). Dietrich sah immer rot, wenn man seinen Lieblingsplänen, dem Silbergeschäft oder der ländlichen Siedlung, Schwierigkeiten machte. Die rasche Besiedlung des Ostens war das Paradepony, das er bei jeder Gelegenheit vorritt (S.873).

Auf S.872 muss es in der zweitletzten Zeile Anlehnung heißen

Aus der sehr ausführlich wiedergegebenen Kabinettsitzung vom 2.10. (S.874 ff) verdient die Entschiedenheit hervorgehoben zu werden, mit der Brüning erklärte, wir müssten am Goldstandard festhalten und könnten dem Volk keine Inflation zumuten; er war auch der Meinung, die Preise seien erst um 10 v.H. gesenkt, die Löhne er-

heblich mehr. Dietrich empfahl vor allem die ländliche Siedlung. Das war Wasser auf Schiele's Mühle, der im übrigen den Hauptwert auf die Zinssenkung legte. Trendelenburg ging der Frage, ^{nach} wer von der Zinssenkung profitieren und wer die Last tragen würde. In bemerkenswerten Äusserungen trat Stegerwald für einen Abbau der öffentlichen Verwaltung und für städtische Randsiedlung ein; er erklärte sich sogar zu einer Reform der Sozialpolitik bereit. Luther sprach sich entschieden gegen jedes Währungsexperiment ^{aus} und brachte als eine m.W. bisher bei der Diskussion über diese Frage zu wenig beachtetes Argument für die Zurückhaltung der Reichsbank gegenüber allen Vorschlägen auf Kreditschöpfung die Tatsache vor, dass die Reichsbank, mindestens zur Zeit, durch die Menge illiquider Wechsel, vor allem der Sparkassenwechsel, die sie im Portefeuille ~~hat~~, in ihrer Bewegungsfreiheit ^{beeinträchtigt} sei. Das richtige Mittel für Zinssenkung sei -darin hatte er recht- die Diskontsenkung, aber damit dürfe er nicht zu früh einsetzen. Auch er war, vor allem aus psychologischen Gründen, für Verwaltungs- und Reichsreform. Dietrich, der gern die Klängen mit Luther kreuzte, trat für baldige starke Diskontsenkung ein und versprach sich von einer Verwaltungsreform nichts. Damit hatte er für den Augenblick recht, stellte aber das psychologische Moment und die Beseitigung von Reibungen nicht hinreichend in Rechnung.

Brüning betonte zum Schluss die Notwendigkeit der Zinssenkung, auch um den Preis einer gewissen Planwirtschaft, wies auf die Gefahr hin, dass die Deflation in eine Inflation umschlagen könne, und zeigte damit erneut, wie weit er von einer Deflationspolitik ~~cont~~ ~~qui~~ ~~cont~~ entfernt ~~war~~. Er wies schliesslich darauf hin, dass es für kein Volk möglich sei, die Krise isoliert zu überwinden.

Kuh sagte Schäffer, man wundere sich, dass er so einem reaktionären Kabinett diene und Dinge, die er für richtig halte, in diesem Kabinett nicht durchsetzen könne (S.880). Leider sagt das Tagebuch nicht, ob Schäffer hierauf etwas geantwortet hat und was. Er hätte seinerseits sein Erstaunen darüber ausdrücken können, dass man ein Kabinett, das von rechts fanatisch angegriffen wurde und das die SPD dauernd tolerierte, als reaktionär bezeichnete. Bisher waren auch seine Ratschläge fast immer angenommen worden.

Der "arme Konrad" (S.880) kann nur Adenauer sein, der genötigt war, sein Elektrizitätswerk zu verkaufen.

Der "Tat"-Preis fand tatsächlich damals einen immer wachsenden Leserkreis. Fried behielt mit seinen meisten Voraussagen recht. Aber der Abstand von der NSDAP wurde wirklich immer geringer (S.895).

In der Bankenfrage drehte sich das Rad wieder. Ritscher dachte erneut an eine Fusion Danat/Dresdner und war bereit, sich für die Dresdner "zu opfern". Für dieses Opfer hatte er ja schon früher einen hohen Preis gefordert. Goldschmidt war wieder obenauf. Der Kanzler habe ihm versprochen, er könne, wenn er jetzt ausscheide, nach drei Monaten wieder eintreten. Das habe er, Jacob, stolz abgelehnt (S.897). Von dieser Geschichte glaube ich kein Wort.

Auch Adolf Weber ist der Ansicht, es sei noch keine Rede davon dass die Preise in Deutschland stärker sanken als die Löhne (S.896)

Im Etat ergab sich ein Defizit von 305 Mio. Die Deckung durch Vorzugsaktien und Münzgewinn wollte Luther -wieder Etatsdogmatiker- nicht als Deckung gelten lassen. Brüning vertagte die Frage bis nach der Reichstagssitzung.

4.10.-10.10.1931 (S.898-913) Der 5. Oktober war angefüllt mit den Vorbesprechungen über die Dritte Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Olescher, hatte Bedenken dagegen, dass die Girozentrale unter Reichsaufsicht gestellt wurde. Im Kabinett stritt man um die Pensionen, der Bayer Schätzel bekämpfte nachdrücklich die Zentralisierung des Geldmarkts durch eine "Reichsgirozentrale". Schliesslich ging es um die Hauszinssteuer und die Deckung des Haushaltsdefizits durch den Münzgewinn. Die am 6.10. erlassene Dritte Notverordnung hatte zwei besonders wichtige Abschnitte.

Sie sah das Verfahren für die Umschuldung der kurzfristigen Kommunalkredite in langfristige vor. Das sollte durch die Errichtung einer Umschuldungsstelle beim RFM erfolgen. Die vorgesehene Reichsgarantie war mit einer Verschärfung der Bestimmungen für neue Kreditaufnahmen verbunden. Aber die Regelung minderte die Missstimmung der Gemeindevertretungen gegenüber der Reichsregierung in keiner Weise. Denn die praktische Durchführung stiess auf grosse Schwierigkeiten. Die Durchführungsbestimmungen für das Umschuldungsverfahren waren selbst im Mai 1932 noch nicht erlassen. Die Kommunalverbände legten die Verzögerung dem Reichsfinanzministerium zur Last. Es fehlte auch wirklich an einer einheitlichen Linie. Nach der Notverordnung vom 6.10. konnten Ertragnisse der kommunalen Elektrizitäts-

Gas- und Wasserwerke für die Umschuldung verwendet werden, insbesondere durch Erhebung von Zuschlägen auf die Tarife. Die Notverordnung vom 8.12.1931 stellte dagegen die Aufgabe, die Tarife zu senken. Was war wichtiger? Der Unmut der Gemeinden richtete sich vor allem gegen Dietrich persönlich, gerade weil er selbst Kommunalpolitiker war; Dietrich hatte ihnen mehrfach offen -vielleicht zu offen- die Leviten gelesen, sich monatelang nicht zu sachlicher Aussprache mit den Oberbürgermeistern zur Verfügung gestellt und sich um die steigende Verbitterung nicht gekümmert. Schäffer hatte viel zu beschwichtigen, wenn sie ihren Groll bei ihm abluden.

Das zweite war die Sparkassenreform. Der beherrschende Einfluss der Gemeinden wurde dadurch eingedämmt, dass die Sparkassen zu Anstalten des öffentlichen Rechts ausgebaut werden mussten. Das waren sie bisher in den meisten Ländern, auch in Preussen, noch nicht. Als solche bildeten sie nun eigenes Vermögen, das dem Zugriff der Gemeinden entzogen war. Deren Haftung als Gewährsverbände blieb aber bestehen. Über Liquiditätsreserven und Kreditgewährung wurden scharfe Bestimmungen vorgesehen. Die Sparkassen mussten 30% ihrer Spareinlagen in flüssigen Werten anlegen. Sie durften höchstens 40% der Einlagen in Hypotheken anlegen. Die Girozentralen mussten die Liquiditätsreserven, die die Sparkassen bei ihnen unterhielten, als Guthaben bei der Deutschen Girozentrale halten. Es wurde ausdrücklich verboten, Liquiditätsreserven zur Gewährung von Krediten zu verwenden. Das durch die Notverordnung vom 5.8.31 den Sparkassen auferlegte Verbot, Kommunalkredite zu gewähren, wurde während der Weimarer Zeit nicht mehr aufgehoben.

Es ist bezeichnend, dass der Amerikaner Sprague für Zinssenkung war, selbst im Wege staatlichen Eingriffs, während Schäffer einen solchen gewaltsamen Eingriff für kredithemmend ansah. Aber Sprague blieb dabei, man könne die Löhne nicht herabsetzen, ohne die Zinsen zu senken (S.903).

Schäffer erkannte an, dass der Kanzler in der Besprechung mit den Ländervertretern gut sprach, während er Dietrich mit "sehr gegenständlich, aber ziemlich durcheinander" zutreffend zensierte (S.906).

Semper vom Stahlverein war, wie damals die meisten Industriellen, dafür, dass die NS in die Verantwortung kämen und sich international bänden. Er und ich machten die wahrscheinlich richtige Bemerkung, dass die Amerikaner sich nur für drei Deutsche interes-

sierten: Brüning, Schacht und Hitler (S.907).

Schäffer sprach zum ersten Mal mit mir über das abnehmende Vertrauen des Kanzlers zu ihm, über die immer geringer werdenden Möglichkeiten, im Kabinett etwas auszurichten, und über seine Absicht auszuscheiden, wenn der Kurs noch weiter nach rechts ginge. Er erwähnte dabei ein ihm von Ullstein gemachtes Angebot. Er sprach am nächsten Tage auch mit dem Kanzler darüber. Brüning erwähnte eine "mittlere Lösung" der Regierungskrise, bei der es Schäffers Pflicht sein könnte, im Amte zu bleiben (S.908).

Um was es sich bei dem Vorgang des Generals von Stülpnagel gehandelt hat, weiss ich nicht. Joachim von Stülpnagel (geb.1880), 1.Garde Rgt, im Kriege zuletzt Chef der Operationsabteilung in der OHL, nach 1918 zu der fortschrittlichen auf politische Kontakte bedachten Offiziersgruppe im Truppenamt (Schleicher, Stülpnagel, Bussche) gehörend, galt 1929 als designierter Nachfolger Heyes als Chef der Heeresleitung. Aber Schleicher zog seinen Regimentskameraden Hammerstein vor. Wegen seines gespannten Verhältnisses zu Schleicher und Hammerstein schied Stülpnagel zum Jahresende 1931 aus dem Dienst und übernahm die "Berliner Börsenzeitung". Im Oktober 1932 regten die Schleichergegner an, Schleicher als Wehrminister durch Stülpnagel zu ersetzen. Auf die Frage Papens, ob Stülpnagel bereit sei, "in ein Kampfkabinett unter ihm einzutreten", er müsse dann aber "eventuell scharf schiessen lassen", antwortete der General im Prinzip zusagend. Im Januar 1933 suchte Papen wieder Stülpnagel als Wehrminister für ein "Kampfkabinett Papen-Hugenberg" zu gewinnen; auch die Nationalsozialisten nahmen Fühlung mit ihm für ein Kabinett Hitler-Papen auf. Blomberg, in G.enf gut über die Berliner Vorgänge orientiert, gratulierte Stülpnagel telegraphisch zum Reichswehrminister. Aber Hindenburg lehnte ihn als "zu eigenwillig" und als Freund des bei ihm in Ungnade gefallenen Schleicher ab und gab Blomberg den Vorzug. Joachim, der "blonde" St., ist nicht zu verwechseln mit dem "schwarzen" Edwin St. und dem "roten" Karl Heinrich St., dem Militärbefehlshaber von Paris 1944, der ein Opfer des 20.Juli wurde.

Schäffer behielt gegenüber dem Rat Blairs, den Beratenden Ausschuss des Young-Komitees in Bewegung zu setzen, da Amerika ~~von~~ sich aus nichts unternehmen werde, seine Bedenken gegen ein Sachverständigengremium (S.911). In der Abschiedsunterhaltung mit Curtiu

sah Schäffer schwere Zeiten voraus, vertrat aber die interessante Ansicht, es sei besser, wenn über bei einer Lösung der Reparationsfrage wohl unvermeidliche Verzicht auf "politische Exkursionen" von der Rechten ausgesprochen würde.

Nach dem Brief Brünings an Fechel 1947 hat Schleicher im Spätsommer 1931 versucht, die Regierung zugunsten der Nazis umzubauen. Die Lage sei durch den geistigen Zusammenbruch Hindenburgs im September -von dem ich nie etwas gehört habe, verschärft worden. Er habe dem RPr. die Folgen einer Beteiligung der NSDAP an der Reichsregierung dargelegt. Hindenburg habe leidenschaftlich gegen den "böhmischen Gefreiten" protestiert. Brüning habe schliesslich seinen Rücktritt angeboten, wenn er nicht in der Fortführung der bisherigen Politik rückhaltslos unterstützt würde, und habe im Hinblick auf das Harzburger Treffen eine eindeutige Zusicherung des RPr.verlangt. Groener habe Hindenburgs Einverständnis zu seiner Forderung um den Preis der Opferung von Curtius und Wirth erzielt. Im Einvernehmen mit Schleicher und Hammerstein, mit denen Brüning gerade Burgfrieden vereinbart hatte, bot er das Wirtschaftsministerium Professor Warmbold an, der als Vorstandsmitglied von IG Farben und als preussischer Landwirtschaftsminister unter Stegerwald 1920 zugleich Gelehrter und anerkannter Praktiker in Kredit- und Betriebswirtschaft war.

12.10.-24.10. (S.913-940) Die Schachtrede in Harzburg wirkte wie eine Bombe. Der Schweizer Bachmann fragte: "Wie kann jemand so etwas gegen sein Volk unternehmen?" Ich musste eine Erwiderung für Brüning entwerfen. Sie wurde bei Dietrich noch verschärft. Am 13. 10. trat der Reichstag zusammen. Der Kanzler sprach, Breitscheids Antwort am 14. kam ihm entgegen. Die SPD hielt also am Tolerieren fest. Die Erklärung der NS war nach Schäffers Eindruck schwülzig, schlecht ~~und~~ stilisiert und wirkungslos. Am Nachmittag brüllte Dietrich die Nationalsozialisten an. Dass diese pöbelhafte Zwischenrufe gegen Schäffer gemacht hätten (S.921), ist mir nicht erinnerlich.

Das Reparationskränzchen war ebenso wie Hans Meyer der Ansicht, ein Anstoss sei nötig (S.915). Roepke wurde ausersehen, einen Gedankengang auszuarbeiten, der für die Amerikaner bestimmt war.

Selbst Kempner neigte der Auffassung zu, Brüning solle sich nach rechts erweitern. Auch Schäffer war der Ansicht, ohne rechts oder gegen rechts liessen sich die aussenpolitischen Dinge nicht durchführen (S.916). Gerade hierin war der Kanzler anderer Ansicht.

Bei der Erörterung über die neuen Stillhalteverhandlungen sagte Bülow, man könne ja immer noch drei Monate vor Ablauf des Hoover Jahres, also im März 1932, die Rechtsbehelfe des Young-Plans benutzen. Aber Schäffer entgegnete, so lange hielten wir es nicht mehr aus (S.921). Das war sein Albtraum, von dem er nicht loskam.

Die Antworten Klifforths auf die Fragen, die ihm Schäffer stellte, erfahren wir ~~die Antwort~~ nicht, denn S.923 fehlt.

Am 15.10. sprachen Dietrich und Schäffer über seine Nachfolge, falls er bei einer nach rechts gehenden Regierung ausschiede. Beide waren sich einig, dass ich der einzige sei, der die Dinge schaffen könne. Aber Schäffer hat mit mir nie hierüber gesprochen. Erst nachträglich ist mir klar geworden, dass er mich seit dem Sommer 1931 durch ständig wachsende Beteiligung systematisch „aufgebaut“ hat.

Im Reparationskränzchen gingen die Ansichten über die Ziele und die nächsten Schritte in der Reparationspolitik weit auseinander. Die Mehrheit war für ein Provisorium, also eine Verlängerung des Hoover-Jahres, auch Schäffer, der es sogar für das allein Mögliche hielt, weil eine Endlösung 12 Monate Verhandlungen brauche. Ich war der Einzige, der es als Fehler bezeichnete, wenn man von vornherein eine Endlösung ausschaltete (S.926).

Die zweite Rede Brünings im Reichstag, am 16.10., nannte Schäffer sehr leidenschaftlich und eindrucksvoll. Er verlas aus einem Brief Hitlers an ihn den Satz: "Wenn Ihnen selbst nur vorübergehend das Ziel der wirtschaftlichen Sanierung gelungen wäre, hätte kein Mensch in der Welt an eine Revision des Young-Plans auch nur gedacht", und nannte das einen grundsätzlichen Fehler. Dabei entsprach dieser Satz Brünings eigener, oft wiederholten Auffassung. In seinen weiteren Ausführungen bestätigte er denn auch die Richtigkeit des Satzes (S.926/27).

Die Bankenfrage drehte sich weiter im Kreis. Alle. Luther wie Brüning und die Bankiers, hielten eine baldige Lösung für notwendig. Aber der Weg war ungewisser denn je. Im Augenblick stand die Fusion Danat/Compri im Vordergrund, -ich erinnere mich nicht da-

ran, dass ich über dieses Projekt mit Luther "viel gesprochen" hätte (S.930)- aber ich hatte völlig recht mit der Frage, was denn in diesem Falle aus der Dresdner werden sollte. Als Schäffer nach seiner Art die Dinge sehr theoretisch auseinandersetzte, wurde Brüning -nicht unberechtigterweise- ungeduldig. Man beschloss schliesslich, ich sollte die Frage vorbereiten. Ich trug sie am 21.10. im Bankenkuratorium vor. Man kam aber dort auch nicht weiter als zu der Feststellung aller denkbaren Fusionsmöglichkeiten.

Das Tagebuch enthält keine Aufzeichnungen über den 20.10. An diesem Tage gab England offiziell und definitiv den Goldstandard auf.

Schäffer brauchte immer jemanden, mit dem er sich aussprechen und dem er "die gesamte Lage" darlegen konnte. So besprach er am 23.10. Probleme der Stillhalteverhandlungen mit Schlegelberger, der sofort darauf einging (S.937).

Bei der Besprechung mit Bülow (S.939) über die Reparationsfrage waren sich beide Staatssekretäre darüber einig, dass eine Endlösung, auf die der Kanzler nach wie vor hinauswollte, um 500 Mio herum vielleicht zu haben, aber auch zu begrüssen sei. Mit der Anregung zu einer Konferenz dürfe man aber nicht bis Ende November warten.

25.10.-31.10.1931 (S.940-965) Vom 22.-26.10. war Laval in Amerika. In Washington erreichte Laval sein Ziel, sich gegen eine neue Initiative Hoovers zu sichern und gleichzeitig Deutschland zur Anrufung des Beratenden Sonderausschusses, also zu einem Vorgehen innerhalb des Rahmens des Young-Plans, zu nötigen. In dem gemeinsamen Kommuniqué vom 25.10. erklärten Hoover und Laval kurz: "The initiative in this matter (Reparations) should be taken at an early date by the European powers principally concerned within the framework of the agreement existing prior to July 1.1931". Sackett teilte mit, das bedeute, Deutschland solle den Sonderausschuss einberufen. Frankreich erhielt von Amerika überdies die beruhigende Zusicherung, dass "la France est désormais protégée contre les initiatives ^{à elle} semblables de juin dernier."

In Reparationskränzchen kam man zu dem Ergebnis, dass sich die Reparationsfrage nur in Verbindung mit einer allgemeinen Konferenz erreichen liesse. Während der kluge Melchior die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses zwar für wenig wünschenswert, aber für unvermeidlich erklärte (S.949), war Berger unbedingt dagegen (S.954).

Der Minister schloss sich ihm an (S.958). In einem von Schäffer angefertigten Schema der Verfahrensmöglichkeiten "nach der Annehmlichkeit" rangierte der Young-Ausschuss an 5. und letzter Stelle. Trotzdem waren Bülow und ich der Ansicht, dass man über ihn nicht herum käme. Am 31.10. telegraphierte Hoesch, da Amerika und Frankreich sich über die Anrufung des Young-Ausschusses geeinigt hätten, solle man diesen Weg gehen. Jetzt galt es nur noch, das Memorandum zur Einberufung des Young-Ausschusses zu formulieren. Diese Formulierung war Gegenstand dreiwöchiger Verhandlungen, die Bülow und Hoesch in Paris mit Laval führten.

Nach Brüning's Plan sollten Preise und Löhne um 10 v.H. gesenkt werden. In mühseligen Besprechungen (S.945-47) wurde festgestellt, wie weit auf dieser Grundlage Post und Bahn ihre Tarife ermässigen könnten.

Die Schweiz machte Schwierigkeiten wegen der Einfuhrkontingente und drohte mit Kündigung der Stillhaltung. Selbst Trendelenburg war dafür, es auf eine Kündigung ankommen zu lassen. Die Reichsbank war ängstlicher (S.949). Im Kabinett war man empört. Luther hatte eine "Mordswut" und drohte mit Unterbindung der Zinszahlungen. Schäffer sagte, Reichsbankpräsidenten dürften keine Mordswut haben, und empfahl statt der vertragswidrigen Einbehaltung geschuldeter Zinsen Gegenmassnahmen im Fremdenverkehr (S.953).

Der neue Wirtschaftsminister Warmbold hielt seine Jungferrede im Kabinett und machte seine Sache gut. Es ging um Preise, Löhne und Tarife, am nächsten Tage auch um Zinsen. Jeder tummelte sein Steckenpferd, Dietrich trug Fragen zur Arbeitsbeschaffung vor. Luther bestritt die Wirksamkeit der Diskontsenkung, Trevi gab unklare Erklärungen über die Osthilfe ab. Hatte der preussische Finanzminister ^{müde} teilte mit, er habe die Osthilfe bewusst sabotiert, oder hatte er eine Sabotage eingestanden, von der er nicht gewusst habe? Die ganze Sache war wohl von Trevi nur in Szene gesetzt, um einen Vorstoss in Richtung Zinssenkung zu machen.

Der alte Hegemann (S.955), einer der klügsten und anständigsten Bankiers der damaligen Zeit, brach mit seinem Urteil über Goldschmidt den Stab über ihn. Er habe tragischer Weise Anfangs zu viele Erfolge gehabt, konnte doch nur heissen, er habe später unver-

antwortlich leichtfertig gehandelt. Goldschmidt mochte ein guter Mann sein, sicher war er ein Unternehmer, der durch eigene Schuld Pleite gegangen war. Heggmann riet Schäffer nicht zu Ullmann zu, da nach seiner Überzeugung Hitler doch ans Ruder kommen würde.

Jetzt schoss auch, undankbar wie immer und unverständig wie häufig, die Schwerindustrie auf Schäffer (S.961); auch Kempner meinte, dass seine Tage wohl gezählt seien.

Am 31.10. erging, von Schäffer nicht erwähnt, eine Notverordnung über Notgeld, die für die Regierung die Grundlage schuf, gegen Pläne für die Einführung verschiedener Arten von Gutscheinen oder Notgeld einzuschreiten. Im Herbst 1931 wurden zahllose Möglichkeiten aufgezeigt, wie man Arbeitsbeschaffung finanzieren könne. Solche Pläne gingen im Reichsfinanzministerium in derartiger Fülle ein, dass schliesslich die Absage eine stereotype Formulierung bekam, etwa, "dass der Kapitalmangel nicht durch eine Vermehrung des Zahlungsmittelumsauffs, die letzten Endes eine inflationistische Wirkung ausüben müsse, behoben werden kann".

Am 30.10. sagte, auch von Schäffer nicht erwähnt, ^{Rehmig} dem englischen Botschafter vertraulich, Deutschland könne nur seine kommerziellen Schulden bezahlen, die selbstverständlich den Vorrang hätten. Wenige Tage später sagte Stegerwald öffentlich: "Deutschland hat nie bestritten, dass die privaten Schulden verzinst und zurückerstattet werden müssen. Wir sind aber nicht in der Lage, daneben noch politische Schulden in grösseren Beträgen zu zahlen". Dagegen betonte Sackett seine Ansicht, dass private Schulden den politischen Schulden keineswegs vorgingen. Washington drückte aber auf ihn, Deutschland solle den Young-Ausschuss einberufen (S.962).

Institut für Zeitgeschichte. StS Schäffer Tagebuch 1.11. - 31.12.1931
(S. 966-1239)

1. - 7.11.1931 (S. 966-994) "Wir deutschen Plutokraten, wir sitzen und beraten . . ." Viel Zeit und Geist wurde auf die Umschuldung der auch nach dem Stillhalteabkommen noch drückenden, kurzfristigen Auslandskredite ~~verlegt~~. Wenn auch Berger es für zu "plump" hielt, mit einem Stillhalteplan in die Welt zu platzen (S. 966), so waren doch die Sachverständigen in der Besprechung beim Kanzler überwiegend der Ansicht, dass man ~~beschleunigt~~ an die Gläubigerregierungen herantreten müsse. Wassermann hielt sogar auf Grund von Mitteilungen Franqui's, den er - völlig zutreffend - als einen "nüchtern denkenden Kaufmann" bezeichnete, den Gedanken einer Garantie der Gläubigerregierungen nicht für abwegig. Allgemein wurde auch ein zusammenfassendes Institut für notwendig gehalten. Nur war man sich noch nicht einig, ob, nach dem Vorschlag der Reichsbank, eine neue Umschuldungsbank errichtet werden müsse, oder ob man die Aufgabe nicht einem bestehenden Institut übertragen könne. Der Vorschlag von Pferdenges, die Golddiskontbank zu nehmen, wurde beifällig aufgenommen (S. 966-73).

Charakteristisch für Schäffer ist seine These: "Charakter macht die Wirtschaft", (S. 974), ein damals wie heute schwer zu realisierendes Ideal. Kennzeichnend für ihn ist auch, dass er unter den Kandidaten für den einzuberufenden Sonderausschuss seinen Freund Kaste, wahrscheinlich richtigweise, als "zu ^{ihm}gebraucht gegenüber seinen eigenen Leuten" bezeichnete (S. 976). Ich habe es selbst ebenfalls erlebt, dass Kaste gelegentlich Fragen "zu einfach sah". Viel merkwürdiger ist, dass Brüning Melchior, unseren besten Mann, nicht als Delegierten wollte (S. 992). Ob auch hier den Kanzler ein ähnliches Misstrauen beherrschte, wie im Juli 1931 vor der Pariser Konferenz gegenüber Schäffer, lässt sich nicht mehr feststellen.

Für eine Besprechung Brünings mit François-Poncet bereitete Bülow dem Kanzler einen Zettel vor (S. 977), der unser wichtigstes Ziel in der Reparationspolitik enthielt: die Endlösung und als Mittel dazu die Vollmacherweiterung für den Youngausschuss. Nach einem Telegramm von Hoesch aus Paris war eine Erweiterung der Vollmachten wohl nur im Wege der Auslegung denkbar (S. 990). Laval läutete sogar den Kanzler selbst Nachts an, um ihm zu sagen, dass

er eine formelle Erweiterung der Zuständigkeiten nicht durchsetzen könne. Schäffer war für eine grundsätzlichere Argumentierung und kam nach seiner ganzen Einstellung zum Reparationsproblem zur Zwischenlösung, für die aber gewisse Mindestanforderungen gewährleistet sein mussten. Als Anfang der Endlösung schlug er für die Übergangszeit einen Ausschuss vor (S. 970), ein Gedanke, auf den man in der Folge nicht zurückkam. Aber für die Unterhaltung mit Bulow stellte Schäffer doch eine Skizze auf, bei der die Ausdehnung der Vollmachten des Young-Ausschusses und die alsbaldige Endlösung an der Spitze standen.

Die enge Fühlung, die François-Poncet mit den Nazis hielt (S. 981 und 991), ist kennzeichnend für die diplomatischen Fähigkeiten des französischen Botschafters, der immer in Verbindung mit der Opposition stand, unter Brüning mit den Nazis, unter Hitler mit den Widerstandskreisen. Zu der Annahme Dietrichs, dass danach die Tage des Brüning-Kabinetts wohl gezählt seien, einer Annahme, die François-Poncet in seinem Bericht nach Paris unterstrich, trug der Botschafter durch seine Haltung selbst wesentlich bei. Denn bei Schleicher, der natürlich über die Haltung genau unterrichtet war, verstärkte sie seinen Standpunkt, auch das Ausland schreibe Brüning schon ab, der "arme Heinrich" habe eben kein "fortune" und müsse daher ersetzt werden. Ein halbes Jahr später zog er die Konsequenzen.

Die Zinsfrage spielte eine zunehmende Rolle. Schäffer überlegte das Problem einer etwaigen Zinssenkung in seiner Art nach allen denkbaren Richtungen (S. 980). Während Dietrich eine Senkung der drei "unfruchtbaren" Faktoren, der Steuern, der Sozialversicherungsbeiträge und der Zinsen ~~war~~ unerlässlich ansah und auch Zarden und ich eine Zinssenkung für notwendig hielten, war Schäffer bezüglich der Wirkungen auf die Wirtschaft anderer Auffassung, allerdings nicht mit einer nicht überzeugenden Begründung (S. 985). Tatsächlich waren die überhöhten Zinssätze eine für die Gesamtwirtschaft besonders unangenehme Folge des Konkurrenzkampfes der Banken untereinander. Im scharfen Wettbewerb um Einlagen hatten die Banken ihren Kunden sehr hohe Habenzinsen für Einlagen gewährt. Als Folge davon waren die Sollzinsen für Kredit entsprechend gestiegen; die Banken wollten ja verdienen. Auf dem Geldmarkt glaubte die Regierung nicht eingreifen zu dürfen. Dagegen hielt sie einen unmittelbaren Eingriff auf dem Kapitalmarkt für zulässig und notwendig. Die Zinssenkungsverordnung vom 8. Dezember 1931 schrieb nach langen, wechselvollen Kämpfen eine

Senkung der Zinssätze für Anleihen vor.

Meine Berufung zum Preussischen Finanzminister hatte ich sicherlich Hilferding zu verdanken. Der wusste, dass ich, wenn auch vielleicht "rechtsgerichtet", jedenfalls nicht parteimässig nach rechts gebunden und durchaus bereit war, loyal und vertrauensmässig mit der SPD zusammenzuarbeiten. Die sachlichen Gründe, die Höpker-Aschoff veranlasst hatten, aus dem Preussen-Kabinett auszuschneiden, bestimmten mich, nicht einzutreten. Nicht bekannt war mir, dass, nachdem ich abgelehnt hatte, Braun noch einmal versuchen wollte, Höpker-Aschoff umzustimmen, hieran aber vom Zentrum gehindert wurde, das einen für mich unerfindlichen Zorn auf den Finanzminister gehabt haben muss.

Aus Dietrichs Fünfjahresplan, mit dem illusionären Ziel, auf den Stand von 1913 zurückzukommen (S. 986), ist nichts geworden. Da Zarden und ich gegen eine Umsatzsteuererhöhung waren, die Schäffer immer noch als das kleinere Übel gegenüber einem Haushaltsdefizit ansah - auch ich hielt eine Umsatzsteuererhöhung für möglich, aber nur im Rahmen eines Gesamtprogramms -, trug Dietrich wieder seinen Lieblingsgedanken vor, den Schritt "von der unproduktiven zur produktiven Arbeitslosenunterstützung". Seitdem er Minister war, hatte er alle Arbeitsbeschaffungspläne unterstützt. Natürlich war er für die Bildung eines Ausschusses für Arbeitsbeschaffung eingetreten, die in der Ministerbesprechung am 28.10.1931 beschlossen wurde. Ebenso hatte er den freiwilligen Arbeitsdienst begrüsst, der, in der Ministerbesprechung vom 1.8.1931 errichtet, seit Oktober 1931 praktisch eingeführt worden war. Obwohl er für die Frage des Arbeitslosenproblems nicht zuständig war, entfaltete er gerade zu ihrer Lösung eine besondere Aktivität. Im Januar 1932 beklagte er sich in einem Brief, er sei mit seinen Plänen überall auf Widerstand gestossen. Dabei gingen auf ihn, wie Schlange-Schöningen später bekundete, die ersten aussichtsreichen Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zurück. Der frühere Reichsfinanzminister Heinrich Köhler war, am wenigsten berechtigt, in seinen Erinnerungen Dietrich als "Projektmacher", seine Ideen als "unausgegoren" und seine Reden als "Blufferei" zu bezeichnen. Dietrichs Hauptidee war die vorstädtische Randsiedlung in Form von Kleinsiedlungen. In einem Brief an Brüning vom 3.9.1931 hatte er es als möglich bezeichnet, "schon in verhältnismässig kurzer Zeit grosse Massen von Arbeitslosen anzusetzen und hinsichtlich eines grossen Teils ihres Nahrungsmittelbedarfs zu Selbstver-

sorgern zu machen, wodurch sie aus der Unterstützung durch die öffentliche Hand ausscheiden können." Ein entsprechender Plan wurde im RFM ausgearbeitet. Ich habe diesen Plan aus innerster Überzeugung gefördert, ohne allerdings den Optimismus des Ministers zu teilen, dass man damit die Gesamtlage der Arbeitslosen grundlegend bessern könne. In der Chefbesprechung am 21.9.1931 fand Dietrichs Plan allseitige Zustimmung. Man hielt ihn sogar für so wichtig, dass man in der Person von Dr. Saassen einen Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung ernannte, der sein Amt am 20.10.1931 antrat. Gegen das Projekt meldeten einzelne Stadtverwaltungen, Gewerkschaften und das Baugewerbe Widerstand an. In Preussen waren Braun und verschiedene Minister dagegen, hauptsächlich wohl als man wegen des Geldmangels zur Form der Primitivsiedlung zurückkehrte, deren eifrigster Verfechter Dietrich war. Der Reichskommissar führte in seinem Bericht Ende Juli 1932 aus, mit den insgesamt bewilligten 73 Mio seien 27.000 Kleinsiedlungen und 80.000 Kleingärten gefördert worden. Das war ein netter Erfolg, aber an der Gesamtlage änderte er nichts.

Welchen Vorschlag (S. 987) ich in der Bankenfrage gemacht habe, weiss ich nicht mehr. Ich war damals schon für die Fusion von Danat und Dresdner und war, wie Schäffer, grundsätzlich gegen eine "Sozialisierung der Grossbanken". Sie hatten an Verlusten 1931 682,6 Mio RM zu verzeichnen. Sie hätten diese Verluste nicht tragen können, wenn ihnen nicht das Reich und die Reichsbank zu Hilfe gekommen wären. Das Reich brachte insgesamt 893 Mio zur Kapitalaufstockung und Verlustdeckung der Banken auf. 223,5 Mio gingen endgültig verloren, 187 Mio waren Aktien, 483,5 Mio Vorschüsse, die zurückgezahlt wurden. Die Golddiskontbank brachte 175 Mio auf, von denen 37,5 Mio verloren gingen. Nach der Sanierung war die Dresdner Bank zu 91 %, die Commerz- und Privatbank zu 70 %, die Deutsche Bank zu 35 % im Besitz der öffentlichen Hand (Reich und Golddiskontbank). Gustav Stolper und Rolf Lücke haben später die Ansicht vertreten, Hitler habe ein weitgehend verstaatlichtes Bankwesen übernommen, über die Banken die Wirtschaft in den Griff bekommen und dadurch 1933 seine Macht befestigt. Das ist Theorie. Hitler bediente sich anderer Mittel, um die Wirtschaft unter seine Kontrolle zu bringen. Für das Bankwesen zeigten die Nazis erstaunlich geringes Interesse. Die Sozialisierung der Grossbanken wurde in aller Stille rückgängig gemacht. Die Reprivatisierung, wie sie von den meisten der an der Bankensanierung

1931/32 Beteiligten beabsichtigt gewesen war, wurde im wesentlichen 1935 abgeschlossen.

André Maginot (1877-1932) war 1913/14 Staatssekretär für Krieg unter Doumergue und 1931/32 Kriegsminister unter Laval (S. 988). Seinen Namen hat er in der berühmten Verteidigungslinie verewigt, die 1940 die Hoffnungen aller Franzosen so bitter enttäuschte. Er wettete bei jeder Gelegenheit gegen eine Versöhnung mit Deutschland. Einen "Sergeanten" nannte ihn sein klügerer Kollege Briand.

John Foster Dulles (1888-), Rechtsanwalt und republ. Politiker Direktor der Bank von New York, wurde in weiteren Kreisen der Welt bekannt, als er 1955 amerik. Aussenminister wurde. Die Schilderung Murnanes über die mangelnde Orientierung des amerik. Notenbankpräsidenten durch Luther wirft kein gutes Licht auf die diplomatischen Fähigkeiten des deutschen Reichsbankpräsidenten.

Schäffer stellte bei Brüning wieder die "betonte Liebenswürdigkeit" fest, die er nicht mochte (S. 991) und die ihm schon am Abend des Laval-Empfangs missfallen hatte. Er wie Bülow hatten sich auch über raschen Meinungswechsel des Kanzlers und über seine Unentschlossenheit in Personalfragen zu beklagen (S. 992).

8.11. - 14.11.1931 (S. 994-1023). Die Beurteilung der Lage durch Dulles (S. 994/5) zeichnete sich durch kristallene Klarheit aus: Wir könnten nicht mit einer langfristigen Stillhalterregelung rechnen, nur mit kurzfristiger Verlängerung des Abkommens, dann aber könne die Reparationsregelung kommen; dafür sei der Druck der bevorstehenden Stillhalteverhandlung unser bester Schutz. Das bedeutete aber für uns: Schluss mit allen Überlegungen über Umschuldung u. dergl.

Schäffer blieb dabei: die Hauptsache sei die Deckung des Fehlbetrages von 400 Mio. Deshalb müsse man trotz aller Bedenken die Umsatzsteuererhöhung in Kauf nehmen. Dies Mal war er sogar mit Luther einig (S. 998) und auch Brüning war der gleichen Ansicht (S. 1004).

Dr. Gaus (S. 996) war der berühmte & Chefjurist des AA, unter dessen Einfluss nach dem Urteil des Staatssekretärs Freiherr von Rheinbaben sogar Stresemann geriet. Später übte er auch auf Ribbentrop einen bestimmenden Einfluss aus und spielte im Nürnberger Wilhelmstrassenprozess als Zeuge der Anklage gegen die Angehörigen seines Amtes eine klägliche Rolle. Bevor Bülow im AA die Zügel ergriff, hatten sich die Ministerialdirektoren Gaus, Karl Ritter und

Gerhard Köpke eine höchst selbständige Politik angewöhnt, die häufig nicht zur Kenntnis des Kabinetts, manchmal sogar nicht der eigenen Minister und Staatssekretäre kam.

Bei den von Schäffer sehr eingehend behandelten Besprechungen im Kabinetts über Wirtschaftsfragen mutet es durchaus zeitgemäss an, dass der Kanzler die Aufhebung der Preisbildung der zweiten Hand verlangte (S. 999). Als neuer Akteur auf der Kabinettsbühne wird erstmalig der Ostseiedlungskommissar, Hans Schlange-Schöningen (1886-) erwähnt, der erst seit dem 5.11.1931 amtierte, aber bereits redete (S. 1000), als sei er der Ernährungsminister. Bemerkenswert war in dieser Kabinettsitzung der Ausfall Brunings auf die Preussenkasse, auf Hugenberg, der sich von der Danat unterstützen liess, und auf die Genossenschaften, die politische Parteien subventionierten, Hochseeflotten bauten und Luxuskaffeehäuser errichteten (S. 1003). Brüning konnte, wenn er in Rage geriet, sehr pointiert, und nicht immer gerecht, sprechen.

Schäffer war ein Gegner der staatlich dekretierten Zinsenkung. Die Sparer müssten beunruhigt werden, wenn sie in den Zeitungen läsen, der Kanzler sei für die Zinskonvertierung (S. 1007). War das nun bloss ein Gerücht oder war es eine gezielte Indiskretion? Brüning war mit Recht wütend, wenn die Presse Nachrichten brachte, die seiner Reparationspolitik schädlich waren, oder solche, die nur auf Indiskretionen verantwortlicher Stellen herrühren konnten. Der Farbenschmitz stand in Verdacht. Aber teilweise war der Kanzler selbst an solchen Pannen nicht ganz unschuldig. Denn er verstand nichts von der Presse (S. 1017), und unter ihm war der Kontakt der Regierung zur Presse miserabel, wenn nicht Schäffer sich auch dieser Sache annahm (S. 1012).

Im Gespräch mit Murnane, der wieder wertvolle Nachrichten über die Lage und die Stimmung in Amerika mitbrachte, nannte mich Schäffer zum ersten Male Dritten gegenüber als seinen "voraussichtlichen Nachfolger" (S. 1010).

Ivar Kreuger (1880-1932), dessen zusammengebrochenen Konzern Schäffer zwei Jahre später als Treuhänder übernehmen sollte, galt damals noch als eine der festesten Säulen in der Weltwirtschaft. Aber dem klugen alten Wallenberg war es schon klar, dass er "zu stark ins Zeug gegangen sei" (S. 1011). Ich bin dem Schweden nur

einmal begegnet, bei den Verhandlungen über die Kreuger-Anleihe von 125 Mio M , die er dem Reich für das dem Kreuger-Konzern eingeräumte Zündwarenmonopol gewährte. Mir imponierte dabei die rasche Entschlossenheit, mit der er kleinere Wünsche von uns sofort grosszügig konzedierte, bei anderen von vornherein erklärte, hier könne er nicht nachgeben; man wusste Bescheid, es war eine höchst angenehme Verhandlungsart. Als ich dem Vizebankpräsidenten Dreyse sagte, das sei doch mal ein grossartiger Unternehmertyp, sah mich der verwundert an, ob ich denn Kreugers Verbrecheraugen nicht bemerkt hätte. Ich hatte sie nicht bemerkt; wie richtig Dreyse beobachtet hatte, zeigte sich erst sieben Jahre später.

Um was es sich im einzelnen bei dem Streit Groener-Braun gehandelt hat, weiss ich nicht mehr. Der kluge General hatte, von seiner "Hundsfott"-Rede im Kriege an, immer wieder mit seinen Äusserungen Pech. Sobald er in Erregung geriet, hatte er keine "glücklich Zunge".

Im Gespräch mit Hans Meyer sprach Schäffer die Vermutung aus, dass Reparationen und Stillhaltung nebeneinander hergehen würden, (S. 1013). Aber Lamont (Morgan) warnte in einem Memorandum vor einer Verquickung der politischen mit der Stillhaltefrage (S. 1015). Mit Recht sah Schäffer bezüglich der französischen Forderungen schwarz. Auch Hoesch berichtete, Deutschland müsse sich vor der Sachverständigen-Konferenz mit Frankreich über das Ergebnis verständigen (S. 1015). Den Franzosen fiel es auf die Nerven, dass man in Deutschland wie in Amerika den Vorrang der Privatschulden vor den Reparationen immer stärker betonte. Dem englischen Botschafter hatte Brüning am 30. Oktober 1931 vertraulich gesagt, Deutschland könne nur seine kommerziellen Schulden bezahlen, die selbstverständlich den Vorrang hätten. Stegerwald sprach öffentlich aus, die privaten Schulden würden verzinst und zurückerstattet werden; "Wir sind aber nicht in der Lage, daneben noch politische Schulden in grösseren Beträgen zu zahlen." Solche Äusserungen waren gegenüber der wachsenden Agitation der Rechten innerpolitisch nicht notwendig, aussenpolitisch zu diesem Zeitpunkt unerwünscht. Der Zwang für das Kabinett Brüning, nach innen eine andere Sprache zu führen als nach aussen, trat deutlich in Erscheinung, ebenso die Doppelrolle, die in der Reparationspolitik die kurzfristigen Auslandsverschuldungen spielte. In den angelsächsischen Ländern wirkte sie als einer der wichtigsten Argumente für die Beseitigung der Reparationsverpflichtungen. In

Frankreich dagegen sprach man immer erbitterter über eine "véritable conspiration contre nous de la finance germano-américaine" und über das empörende Schauspiel, dass England und die USA nur den einen Gedanken hätten, die dem Hauptkriegsopfer Frankreich bewilligten Reparationen zu annullieren, "pour se faire rembourser des avances qu'ils ont consenties à l'Allemagne." Frankreich sollte zugunsten einiger angelsächsischer Financiers, die leichtsinnig investiert hätten, auf seine moralisch und rechtlich vordringlichen Ansprüche auf Wiedergutmachung verzichten, die Deutschland feierlich vertraglich anerkannt habe. Am 20.11.1931 sagte Daval in der Chambre des Députés: "Nous n'accepterons pas qu'une priorité soit accordée aux dettes privées sur nos réparations. . ." Diese Diskussion, die im Sommer 1931 begonnen hatte, dauerte bis Lausanne. Sie stellte das eigentliche Reparationsproblem dar. François-Poncet hatte es genau erkannt (S. 1018)

Der Kanzler sagte, mit bedauerndem Ton, zu Bülow, Schäffer wolle zum 1.1.1932 ausscheiden, er habe es ihm selbst gesagt (S. 1018). Das war doch mehr als ein Missverständnis, das war bewusste Unwahrheit. Brüning verfolgte mit solchen Äusserungen immer ein Ziel. Da er wusste, dass Bülow diese Mitteilung an Schäffer weitergeben würde, konnte er doch nur bezwecken, Schäffer dadurch tatsächlich zum Ausscheiden zu veranlassen. Gerade im Verhältnis zu Schäffer ~~was~~ zeigte Brüning häufig die "jesuitische" Seite seines komplizierten Charakters.

Für die ins Auge gefasste Konferenz hatten Bülow und Schäffer vorgesehen: Dietrich, Frenkel, Bülow, Hoesch, Guérard und mich (S. 1018). Wie man auf Guérard verfallen war, ist mit schleierhaft. Es konnte nur ein Trostpflaster dafür sein, dass er bei der Bildung des zweiten Kabinetts Brüning am 8.10.1931 ausgebootet worden war. Theodor von Guérard (1863-1945), war unter Müller von 1928/29 Verkehrs-, von 29-30 Justiz- und unter Brüning von 30-31 wieder Verkehrsminister gewesen. Er war erst Ende 1918 in die Zentrums-
partei eingetreten und dort nie recht warm geworden. Als Schäffer mir die Namen der Konferenzmitglieder mitteilte, war ich ehrlich entsetzt. Guérard war ein unbeschriebenes Blatt, für internationale Verhandlungen in leitender Stellung völlig ungeeignet. Dietrich hatte die nötige Intelligenz, aber er war zu impulsiv und sprunghaft, ausserdem fehlten ihm für solche Verhandlungen ~~die~~ Erfahrung und das Durchstehvermögen.

Interessant an dem ausgezeichneten Überblick, den Mac Guire über die Stimmung in Amerika gab (S. 1019-1023), war die Schilderung der seit August 1931 zu Ungunsten Deutschlands eingetretenen Änderung. Man wollte sich nicht durch Eintreten für Deutschland in Konflikt mit Frankreich bringen lassen und sich lieber überhaupt nicht mit europäischen Angelegenheiten befassen. Anderer Ansicht sei eigentlich nur Borah. Mac Guires Urteil über Borah, "dessen Schicksal sei es immer, dass er keine Gefolgschaft habe", traf nicht für die Anfangszeit, aber für die letzten Lebensjahre des Senators William Edgar Borah (1865-1940) zu, der gegen den Vertrag von Versailles gestimmt hatte, als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses für die Anerkennung der Sowjetunion, die Eintreibung der Kriegsschulden und die Politik des "big stick" Theodor Roosevelts gewesen war, später für den Kellog-Briand-Pakt und gegen die Trust- und Wirtschaftsmonopole eingetreten.

15.11. - 21.11.1931 (S. 1023-1067). Das deutsche Memorandum zur Einberufung des Beratenden Sonderausschusses, in wochenlanger Arbeit in Berlin und Paris erarbeitet, musste am 15.11. auf Grund der Wünsche Flandins noch einmal umgearbeitet werden (S. 1023). Es wies, wenn auch abgeschwächt und verklausuliert, auf den engen Zusammenhang zwischen Reparationen und Privatschulden hin. In der Stillhaltungssache ging eine Sondernote heraus. Für die deutsche Seite war es eine grosse Enttäuschung, dass nach den langen Verhandlungen die Franzosen eine ausdrückliche Zustimmung zu dem am 20.11. abgeschickten Memorandum ablehnten und sich darauf beschränkten, keinen Protest gegen unseren Antrag zu erheben. Laval liess sich auch bewegen, die von ihm angekündigten drei Grundsätze (S. 1042) etwas abzuschwächen. Die Unterhaltung mit Kempner (S. 1024), in der Schäffer sagte, er möchte es Melchior gern ersparen, in den Ausschuss berufen und nachher als Vaterlandsverräter behandelt zu werden, deckt durch den Hinweis auf die eigene Jugend alte, kaum vernarbte Wunden auf.

Schäffer warnte zweimal den Minister mit sehr deutlichen Worten, selbst auf die Konferenz zu gehen (S. 1024, 1028). Der Minister wusste nicht, wohin die Pläne des Kanzlers zielten. Schäffer glaubte, sie deutlicher zu erkennen. Seine Annahme, Brüning wollte offenbar mit der Linken alles Schwere erledigen und dann mit der Rechten ein neues Konto beginnen, wird durch eine Unterhaltung bestätigt, die ich Ende Mai 1932 auf einem Spaziergang mit dem Kanzler von Baden-

weiler auf den Blauen hatte, Ich fragte ihn, warum er die Nationalsozialisten nicht schon 1930 in die Verantwortung gezogen habe; damals hätten sie noch keine hohen Ansprüche stellen können und wären billig zu haben gewesen. Brüning erwiderte, sie würden nicht mit ihm den steinigen Weg der Deflation gegangen sein und würden auch, durch die eigene Propaganda gebunden, zu keiner Reparations-Schlusszahlung bereit sein. Beides sei aber notwendig. Erst wenn er die Reparationsfrage gelöst habe und die Krise auf dem Tiefpunkt angekommen sei, könne er das Steuer herumwerfen und einen Weg beschreiten, auf dem die Rechte mitgehen könne. Das werde in wenigen Wochen eintreten, und er stehe mit den Nationalsozialisten schon in aussichtsreichen Verhandlungen. Dieser Plan wurde durch Brünings Sturz vereitelt. Schäffer hatte den Plan richtig vorausgesehen, aber gerade das war ein Grund mehr für seine Absicht, sich rechtzeitig von Brüning zu lösen.

Treviranus war im Brüning-Kabinetts erst Minister für die besetzten Gebiete gewesen, und wurde, als dieses Ministerium am 1. Oktober 1930 aufgelöst wurde, Reichs-Kommissar für die Osthilfe. Er musste alle Entscheidungen mit dem zweiten Reichskommissar, dem preuss. Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, abstimmen. Da auch zwischen Reich und Preussenkasse ein Kompetenzzwiespalt bestand, beantragte Trevi am Schluss seines ersten Dienstjahres als Reichskommissar, die alleinige Verantwortung auf das Reich zu übernehmen, das so wie so schon die Finanzlast trug. Preussen war einverstanden, und Brüning zog seinen Freund Trevi aus der Schusslinie der Kritik von rechts und links an der undankbaren Osthilfearbeit, übertrug ihm das Verkehrsministerium und fand in dem Domänenpächter Hans Schlange-Schöningen (Landvolk) einen Mann, der mutig und ehrgeizig genug war, den schwierigen Posten zu übernehmen. Am 31.3.1931 war das Osthilfegesetz ergangen, dessen Hauptteil die landwirtschaftliche Entschuldung bildete. Ihre finanzielle Grundlage stellte nach dem Plane von Paul Silverberg das Zweckvermögen der Industriebank dar, das aus dem Aufkommen der Aufbringungsumlage gebildet war. Von dem im Laufe der Jahre aufkommenden 910 Mio sollten 500 für die landwirtschaftliche Entschuldung verwendet werden. Der gesamte Entschuldungsbedarf wurde auf 850 Mio geschätzt. Acht Landstellen bearbeiteten die Entschuldungsanträge. Bereits im Juli 1931 war aber durch die katastrophale Verschlechterung der Verhältnisse im Reich

der Entschuldungsaktion der Boden entzogen. Die Industrie konnte die erforderlichen Summen nicht aufbringen. Das Reich musste die der Landwirtschaft zugedachten Mittel selbst in Anspruch nehmen. Der Kapitalmarkt versagte. Die Preise sanken auch auf dem Grundstücksmarkt in einem Ausmass, dass in manchen Fällen bei Versteigerungen die erste Hypothek nicht mehr ausgebaut werden konnte, die Ernte war schlecht, neue Wirtschaftsverluste lähmten ganze Teile der Landwirtschaft. Die Osthilfe musste den veränderten Verhältnissen angepasst werden. Zunächst galt es, die nächste Ernte zu sichern und dazu den täglich steigenden Zwangsversteigerungen Einhalt zu gebieten. Die Verordnung, die Schlange vorlegte, sah vor, dass Sicherungsverfahren beantragt werden konnten, Treuhändler den Betrieb überwachten und unter dem Schutz der Sicherung die Entschuldung stattfand. Bei diesen Entschuldungen durch Zwangsakkorde waren schwere Verluste für die Gläubiger unvermeidlich. Es war kein Wunder, dass die Ansichten über die Vorschläge Schlanges, die er gewandt und selbstbewusst begründete, stark auseinandergingen. Die Osthilfe blieb eine Crux des Kabinetts Brüning. Ein im Mai 1932 vom Arbeitsministerium unter Mitwirkung von Schlange ausgearbeiteter Gesetzentwurf wurde von Vertretern des Grossgrundbesitzes benutzt, beim Reichspräsidenten Unwillen gegen Brüning hervorzurufen, und trug zu dessen Sturz bei. Charakteristisch war Dietrichs Einstellung: "der Handelsjude . . . könne jetzt auch einmal ordentlich etwas hergeben." (S. 1028). Der verständige Ritscher hatte das richtige Gefühl, die Schlangesche Regelung würde den ganzen Kredit des deutschen Ostens untergraben.

Schäffer stiess auf viel Verständnis für die Situation im Reich bei Fritz Schäffer, dem späteren Landes- und nach dem II. Weltkrieg Bundesfinanzminister, jedenfalls auf mehr als bei dem neuen preussischen Finanzminister Klepper, der auch als Minister seine Preussenkassenpolitik, das Reich zu erpressen, fortsetzen wollte (S. 1031).

Die Debatte über die Zinssenkung ging weiter. Wenn Warmbold erklärte, dass die Zinsfrage nur vom Goldmarkt aus gelöst werden und dass man bei den Festverzinslichen keinen Eingriff machen könne, so war das theoretisch richtig, aber, wie sich erweisen sollte, für die damalige Lage ebenso vorschnell geurteilt, wie Luthers Feststellung, dass die Aussprache "mancherlei" Klärung" gebracht habe (S. 1034).

Im Haushaltsausschuss (S. 1039) debattierten die alten Etatskämpen, die auch die Säulen des Sparausschusses waren, Keil (SPD), der sich immer redlich bemühte, soziale Forderungen und Etatsnotwendigkeiten in Einklang zu bringen, Ersing(Z), einer der eifrigsten Streiter für Sparsamkeit, Cremer (DVp), ein auch um Etatsausgleich besorgter, immer etwas nörgelnder Besserwisser, Torgler (KPD), sympatisch und loyal, Gereke (Landvolk), einst der "Wunderknabe" der DNVP, mit 26 Jahren Landrat seines Torgauer Heimatkreises, mit 31 Präsident des Deutschen Landgemeindetages, mit 39 Ostsiedlungskommissar unter Schleicher und dann Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung unter Hitler; 1950 trieben ihn seine allseitig faszinierende Begabung und sein ruheloser Ehrgeiz in die Ostzone, wo er 1970 starb. Der im Hause Hindenburg besonders gut beleumdete Gereke setzte sich 1932 eifrig für die Wiederwahl Hindenburgs ein und wurde 1933 - auf Betreiben seines früheren Parteifreundes Walter v. Keddell verhaftet, angeklagt und verurteilt, weil er Wahlgelder für Zwecke verwandt hatte, für die sie nicht bestimmt waren.

Der Oberfinanzpräsident von Schleswig-Holstein hiess v. Heimburg. In seinem Bezirk kamen am häufigsten Störungen von Zwangsversteigerungen und Gewalttätigkeiten von Bauern gegenüber Finanzämtern vor. Dass der ruhige Schleswig-Holsteiner Landwirt revoltierte, zeigt, wie hoch die Welle der Verzweiflung angestiegen war.

Die nächtliche Besprechung zwischen Bruning und Schäffer ist eine der anziehendsten Schilderungen des Tagebuchs. Endlich konnte Schäffer sein Herz ausschütten, offen über seine Zukunftspläne sprechen, über seine Bitte, ihn nicht auf die nächste Reparationskonferenz mitzunehmen, - hier sprach er klar aus, er habe mich bewusst seit einem Jahr eingearbeitet -, und über seine Zweifel an der Möglichkeit, jetzt eine Endlösung zu erreichen. Bemerkenswert ist, welchen Raum in diesem Gespräch Kriegsgeschehnisse einnahmen. Bei der Beurteilung der politischen Lage fällt auf, dass Bruning nicht glaubte, über Februar hinaus im Amt zu bleiben - wirklich? -, und dass er die Ansicht vertrat, man müsse die Nationalsozialisten in die Verantwortung zwingen. Das deckte sich mit dem offiziellen Standpunkt des Zentrums, den Kaas am 5.11.1931 so formuliert hatte: "Die geistige und politische Umformung der NS.-Bewegung zu einem wirklichen Instrument der Staatspolitik ist Hauptaufgabe der (Zentrums-)Partei", und mit der Absicht, die mir Bruning Ende Mai 1932 über seine eigenen

Verhandlungen mitteilte. Interessant ist auch, was der Kanzler und Schäffer über den Charakter der Deutschen und der verschiedenen Stämme sagten; dabei wiederholte Schäffer die Auffassung, dass alle Kollektiven Äusserungen der Deutschen immer die Gefahr der Subalternität hätten, und nahm wieder als Beispiele das preussische Militär und die Sozialdemokratische Partei. Bei der Aussprache über die Bankenkrise wiederholte Brüning seine Vorwürfe gegen die Banken und besonders gegen Wassermann; Schäffer gab eine wundervolle Charakteristik, Wassermann kranke daran, dass er ein guter Mensch sein, aber die Vorteile der Schlechtigkeit geniessen wollte. Seine über den Dingen stehende Weisheit bewies Schäffer auch in dem Rat an die Ullstein-Vertreter, wenn eine Hitlerregierung bevorstände, nicht zu schreiben: "Hitler ist der Krieg." Leider ist dieser Rat nicht überall befolgt worden.

21.11. - 27.11.1931 (S. 1066-1092). Ernst Wagemann (1884-1956) war von 1923-1933 Präsident des statistischen Reichsamts, gründete 1925 des Institut für Konjunkturforschung, prägte den Ausdruck "die durch den Staat gesteuerte Wirtschaft", und war die einflussreichste Persönlichkeit im Kreis der Reformer. Seine bedeutsamen Reformvorschläge, die im "Wagemann-Plan" ihren prägnantesten Ausdruck fanden, haben damals seinen Schwager Warmbold, den Präsidenten Syrup von der Reichsanstalt und mich tief beeindruckt. Der sonst so aufgeschlossene Trendelenburg blieb skeptisch, zu den Gegnern gehörte der Preiskommissar Goerdeler und Luther, gegen seinen Plan veröffentlichten im Mai 1932 32 Professoren, darunter Bonn, Palyi, Gerloff, Freyer, einen Aufruf. Er war Verfasser vieler Bücher "Geldlehre" (1923), "Konjunkturlehre" (1928), "Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft" (1931), "Was ist Geld?" (1932), "Narrenspiegel der Statistik" (1935), "Wo kommt das viele Geld her?" (1940), "Berühmte Denkfehler der Nationalökonomie" (1951) u.a. Wagemann konnte sich nur eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums vorstellen (S. 1066). Seine Gegner, Professor Palyi, brachte aus Amerika die Nachricht mit, die Amerikaner erwarteten ein Angebot von uns; Schatzsekretär war damals noch Mellon, erst im Februar 1932 folgte ihm Mills (nicht Milles). Die Bankiers, berichtete Palyi (S. 1067), waren nicht gut auf uns zu sprechen. Das waren auch die Franzosen nicht, wie Hans Meyer (S. 1069) und Bülow (S. 1070) übereinstimmend erklärten berichteten. Während auch er nur ein Provisorium von 2-3 Jahren für möglich hielt, blieb Brüning

dabei, wir mussten auf eine Endlösung zusteuern (S. 1076). Diesem Ziel stimmten auch Luther und Melchior zu. Der Hamburger war allerdings skeptisch, ob man Brünings Forderung, der Ausschuss müsse erklären, dass die Reparationsfrage die Wurzel allen Übels sei (S. 1078), würde durchsetzen können.

In der Besprechung Brünings mit den Preussen zeigte Klepper eine erstaunliche Unverfrorenheit in der Art, wie er seine Kreditforderung begründete und die Politik des Reiches kritisierte. In dem Gespräch mit Schäffer wurde er noch deutlicher; die Lombardierung von Aktienpaketen könnte man ihm aus "Prestige Gründen" nicht zumuten (S. 1074), eine Gehaltskürzung, bei der die Löhne in Preussen unter die des Reichs kämen, war "ausgeschlossen" (S. 1082); dem hochgestochenen jungen Mann passte die ganze Richtung nicht, und er sprach das krass aus (S. 1074 und 1083).

Schäffer hatte wieder das Gefühl, dass man im Kabinett den Ernst der Lage nicht erkannte. Nachdem man im Kabinett das Verhalten unseres Vertreters im Ausschuss eingehend besprochen und die Frage der Vorsitzenden erörtert hatte, kam man auf den Holländer Colijn als wahrscheinlich beste Lösung. Hendrik Colijn (1869-1944) war 1925 holländischer MPr, 1933-35, 1935-37, 1937-39 und 1939. Der fromme Calvinist genoss grosses Ansehen. Auf Grund von Schäffers Ausführungen über die bedrohliche Kassenlage beriet man im Kabinett über die Massnahmen zur Deckung des Defizits. Trotz aller Bedenken entschloss man sich zur Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,85 auf 2 v.H., zur Vorverlegung der Einkommenssteuertermine und zur Senkung der Gehälter und Löhne um 12 bis 15 v.H. Schäffer klagte darüber, dass grosse Blöcke, vor allem der Wehretat, sich der Senkung entzögen, und dass wir unseren Haushalt auf unwirtschaftliche Weise decken müssten (S. 1089). Den grössten Stein des Anstosses bildete bis zuletzt die zwangsweise Zinsherabsetzung. Aber selbst Joel, der grosse Jurist, hielt die Senkung bei den Festverzinslichen zwar für einen tiefen Eingriff, doch immer noch für besser als einen ungedeckten Haushalt (S. 1083). Die Bankiers dagegen warnten dringend (S. 1091).

28.11. - 4.12.1931 (S. 1092-1138). Auch die Preise sollten gesenkt werden. In der Chefbesprechung am 30.11. sprach man vor allem über den einzusetzenden Preiskommissar und dessen Befugnisse (S. 1094/7). Die Mehrzahl war für Karl Goerdeler (1884-1945), den Leipziger Ober-

7 genannt und wurde es noch viermal,

bürgermeister (seit 1930). Goerdeler war aus der Hagenberg-Partei ausgetreten und hatte sich mit gewohntem Mut zu Brüning's Politik bekannt. Als er den Posten des Preiskommissars bekommen hatte, befriedigte die ihm zugeteilte Aufgabe, Verhandlungen über Preis Anpassungen zu führen, den aktiven und ehrgeizigen Mann, der anordnen, nicht verhandeln wollte und der auch zu theoretischen Erörterungen in der Öffentlichkeit neigte, in keiner Weise. Brüning musste ihn verschiedentlich bremsen, schätzte ihn aber doch so, dass er bei seinem Ausscheiden 1932 dem Reichspräsidenten Goerdeler als Nachfolger vorschlug. Treviranus erzählt in seinen Erinnerungen, Planck habe ihm am 31.5.1932 Vorm. versichert, die neue Kabinettliste laute: Goerdeler Kanzler, ich Finanzminister. Schade, das war mein Wunschtraum, aber entweder hat sich Planck geirrt oder Trevi hat nicht die Wahrheit gesagt. Jedenfalls wurde statt Goerdeler Fränzchen Papen Reichskanzler. Einen Posten im Papen-Kabinett anzunehmen, lehnte Goerdeler leider ab, statt dessen wurde er noch einmal Preiskommissar unter Hitler von 1933-35 und wurde 10 Jahre später gehenkt. Als Preiskommissar unter Brüning unterstützte er energisch Brüning's Absicht, die kartellierten Preise um 10 v.H. zu senken, und versuchte zu erreichen, dass auch die nicht gebundenen Preise herabgesetzt würden.

Im Zusammenhang mit der Preissenkung wurde für die Reichsbank die Frage der Diskontsenkung akut. Brüning forderte sie entschieden. In der Reichsbank wurde sie vom 29.11. an tagelang diskutiert. Im Direktorium stand es 4:4, aber der ~~Präsident~~ Präsident hatte den Stichentscheid. Der Diskont wurde von 8 auf 7 v.H. gesenkt.

Zur Deckung des Defizits reichten die bisher vorgesehenen Massnahmen nicht aus. Es blieb ein ungedeckter Betrag von 250 Mio (S. 1094). Schäffer schlug den Weg ein, den er in entscheidenden Augenblicken immer gegangen war, er entwarf eine Vorlage für seinen Minister und schickte sie zugleich an Brüning, dies mal mit einem persönlichen Brief an Pünder (S. 1099). Volles Verständnis für die Nöte des Reichs und für die eigene Lage fand er bei Stegerwald (S. 1103) Ihm konnte Schäffer auch sagen, er werde nicht mehr Staatssekretär bleiben, wenn der Haushalt nicht gesenkt würde. In den Besprechungen mit den Ländern war Klepper wesentlich höflicher als beim letzten Mal, offenbar hatte ihn G. Braun an die Leine genommen, und Preussen war gewillt, seinen Etat "mit brutalem Ruck", wie Dietrich es nannte

(S. 1118), in Ordnung zu bringen. Auch die übrigen Länder klagten zwar steinerweichend, aber die Kenner hatten doch den Eindruck, dass sie über die Runden kommen würden. Dagegen kamen für das Reich Kanzler und Finanzminister zu der Überzeugung, dass "das ganze Ding nur gemacht werden" könne, wenn es gelänge, die Wirtschaft zu beleben. In der Kabinettsitzung am 4.12. übten die Minister mit durchaus einleuchtenden Argumenten Kritik an der Erhöhung der Umsatzsteuer, an den Gehaltkürzungen, an der geplanten Reform der Sozialversicherung, aber ausreichenden Ersatz konnten ~~wie~~ nicht vorschlagen. Die Auswanderungs-(Reichsflucht-)Steuer, für die man einen Entwurf im Finanzministerium ausgearbeitet hatte, war doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein des Bedarfs. Ein "grosses Projekt", das die Erhöhung der Umsatzsteuer überflüssig machen würde, behauptete nur Warmbold zu besitzen. Er schlug eine Zwangsanleihe auf das Vermögen vor (S. 1128). Schäffer wandte sich mit guten Gründen dagegen. Dietrich schloss sich ihm an. Nur Trendelenburg unterstützte seinen Minister. Alle anderen Sachverständigen lehnten den Gedanken radikal ab.

Aufschlussreich war das Gespräch mit Walter Layton, der wieder, wie im Sommer, England bei den kommenden Verhandlungen vertreten sollte (S. 1101). Man legte den Gang der Verhandlungen fest. Melchior wollte wissen, was der Kanzler mit "Endlösung" meine; die völlige Streichung der Reparationen sei doch nicht zu erreichen (S. 1111). Gerade das hatte aber Brüning im Auge. Die Skepsis des vorsichtigen Melchior veranlasste den Kanzler, als Begleiter Melchiors den optimistischen Schmitz vorzuschlagen (S. 1117). Melchior war froh, dass er die Verantwortung nicht allein zu tragen brauchte, und war sofort mit der Bestellung von Schmitz einverstanden. Schliesslich ist aber doch Melchior als einziger deutscher Vertreter in den Ausschuss entsandt worden.

Am erbittertesten wurde um das Problem der Zinssenkung gerungen. Die Banken hatten geteilte Ansichten. Auch Schäffer und ich waren verschiedener Auffassung. Die Unterschiede setzte Schäffer mit gewohnter Klarheit auseinander (S. 1108). Auch im Kabinett war man sich nicht einig. Die Debatte über diesen Punkt (S. 1131 und 1133) war lebhafter und kurzweiliger als gewöhnlich. Am eingehendsten und überzeugendsten äusserte sich Schlegelberger (S. 1134), am energischsten traten Schlange, Schiele und Stegerwald für die Zinssenkung ein. Schäffers Zettel "das grösste Unrecht seit der Inflation"

(S. 1137), beweist, wie sehr ihm diese Sache am Herzen lag. Mein Gespräch mit Schäffer am 2.12. hatte mich veranlasst, einen Plan zu überlegen, der die Zinssenkung auf dem Kapitalmarkt erreichen könnte, ohne die von Schäffer befürchteten Folgen, die allgemeine Rechtsunsicherheit und die Erschütterung des Kredits, eintreten zu lassen. Meinen Plan der Besteuerung der festverzinslichen Werte mit 10 v.H., der Belassung eines Mindestzinssatzes für die Gläubiger von 5 v.H. und der Bildung einer selbständigen Zinssenkungskasse (S. 1137) fanden Schäffer und Luther sehr vernünftig.

5.11. - 11.11.1931 (S. 1138-1171) Zarden polemisierte gegen den Plan, der denn auch nicht realisiert worden ist. Im Kabinett stritt man sich heftig über Dinge, die längst hatten entschieden sein müssen, wie die Besoldungskürzung bei den höheren Offizieren, das Ausmass des durch die Notverordnung zu deckenden Defizits, die Unvereinbarkeit der Umsatzsteuererhöhung mit der beabsichtigten Preissenkung, die Zwangsanleihe u.ae.. Brüning war für volle Haushaltsdeckung, aber nur wenn bestimmte Voraussetzungen vorlägen; dazu gehörten die Senkung des Diskonts auf 6 v.H. und eine radikale Zinssenkung. Luther, der an die Widerstände in seinem Direktorium gegen eine Senkung überhaupt dachte, protestierte gegen eine so starke Diskontsenkung. Brüning blieb dabei, er käme im Reichstag mit den rigorosen Massnahmen nur durch, wenn der Diskont, die Anleihezinsen und die Mieten gesenkt würden. Am 6. Dezember erklärte Brüning, er würde am nächsten Tag abstimmen lassen, da keine neuen Gesichtspunkte mehr vorgebracht seien. Am 7. Dezember kamen sie. Aus Basel, wohin sich Melchior schon begeben hatte, kam Protest des Auslandes gegen die Diskontsenkung auf 6 v.H., und im Kabinett trat bei der Besprechung der Mietsenkung der Gesichtspunkt in den Vordergrund, dass nicht die gleichen Personen, welche die Miete senken, Zinserleichterungen empfangen. Trotzdem kam man irgendwie zum Abschluss.

Die neue Notverordnung, die am 8.12.1931 erging, übertraf an Intensität und politischer wie wirtschaftlicher Tragweite alle bisherigen bei weitem. Es war eine letzte Kraftanstrengung, die alle zu Gebote stehenden wirtschaftspolitischen Mittel aufbot. Die Umsatzsteuer wurde von 0,85 auf 2 % erhöht, die Einkommensteuertermine wurden vorverlegt, die Gehälter und Löhne um 10 bis 15 % gesenkt, die Zinsen auf dem Kapitalmarkt wurden zwangsweise um rund ein Viertel herabgesetzt, auf dem Geldmarkt entsprechend beeinflusst; die

Massnahmen erfolgten im Rahmen der eingeleiteten staatlichen Preissenkungsaktion, bei der zunächst alle kartellierten Waren um 10 % gesenkt wurden. In einer Dissertation "Die Reichsfinanzpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-32 unter besonderer Berücksichtigung der Finanzpolitik der Reichsregierung Brüning", Tübingen 1950, schrieb Ludwig Mühlich: "Die Aktion war nicht allein als eine Massnahme gedacht, durch Kürzung der Einkommen, insbesondere der Lohn-einkommen, die Kostenlage der Industrie zu verbessern und die deutsche Wirtschaft dem Auslande gegenüber konkurrenzfähiger zu machen, ~~sie~~ verfolgte gleichzeitig das Ziel, die Lebenshaltung des deutschen Volkes in ~~der~~ nur möglichen Weise zu entlasten und den Binnenabsatz zu beleben." Vor allem aber sollte sie den Nachweis erbringen, dass der Young-Plan unerfüllbar sei.

Während sich im übrigen die Regierung in diesen Wochen weiterer reparationspolitischer Aktivität enthalten hatte, erfolgte während dieser Zeit ein lebhafter Notenwechsel ~~über die Haltung~~ zwischen Frankreich und England über die Haltung der beiden Regierungen zur weiteren Behandlung der Reparationsfrage. Die französische Regierung verlangte in ihrer Note vom 4.12.1931 die Aufrechterhaltung des Young-Plans, da eine allgemeine Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit für die Zukunft während der Krise nicht möglich sei. Die zweifellos notwendige Entlastung Deutschland während der Depression dürfe nicht die im Neuen Plan vorgesehene Dauer von zwei Jahren überschreiten und sich keinesfalls auf die unaufschiebbare Annuität beziehen.

Am 8.12. begannen die Beratungen des Sonderausschusses in Basel. Vom 5. an hatte der deutsche Sachverständige Carl Melchior Vorverhandlungen, vor allem über die Zusammensetzung des Ausschusses, den Vorsitz und den Gegenstand der Beratung. Man vermied die im Young-Plan vorgesehene Beschränkung dadurch, dass der Bericht sich über die gesamte weltwirtschaftliche Lage Deutschland erstrecken sollte, aber Vorschläge zur Reparationsregelung vermied. Die übrigen Sachverständigen waren: Layton (England), Colijn (Holland), Rybäck (Schweden), Bindschädler (Schweiz) - diese standen während der Dauer der Konferenz Melchior zur Seite -, Rist (Frankreich), Franqui (Belgien), Djuritsch (Jugoslawien) - diese vertraten die französische Gegenposition -, Stewart (USA) und der Vorsitzende Beneduce (Italien), die eine vermittelnde Haltung einnahmen. Die Beratungen nahmen in gewisser Weise die Reparationskonferenz vorweg; jeder der "unabhängigen

Sachverständigen" handelte und verhandelte nach genauen Instruktionen und in dauerndem Kontakt mit seiner Regierung. So stand seit dem 5.12. ^{sach} Melchior durch Telefonate und Telegramme (S. 1140, 1152/59), ^{in Verbindung mit Berlin.}

Die geplante Diskontsenkung hatte in Basel eine solche Aufregung hervorgerufen, dass Luther sich einschüchtern liess und Schäffer nach Basel entsandt werden musste, um Melchior die Gründe für die Diskontsenkung auseinanderzusetzen (S. 1160/68). Schäffers "Herzensstärkung" für Berlin (S. 1163) und Melchiors vorsichtige Abschwächung (S. 1164) waren charakteristisch für beide. Wie schwierig unsere Lage in Basel war, zeigt das Gespräch Melchiors mit Layton (S. 1166/67). Denn selbst die Gedankengänge Laytons, der uns doch am nächsten stand, waren noch weit von der Vorstellung der Deutschen entfernt. Die Schwierigkeiten wird auch beleuchtet durch die erneute Aufregung in Basel über die Kanzlerrede (S. 1170), durch die Berichte Melchiors über die Ängstlichkeit von Stewart und Layton (S. 1171) und durch meine Berichte über die Absicht Laytons, die Reparationen durch participating bonds der Reichsbahn zu erledigen.

12.11. - 18.11.1931 (S. 1172-1198). Ich musste im Plenum des Ausschusses bei dessen erster Sitzung als Vertreter der Reichsregierung den Bericht über die Lage in Deutschland halten. Ich benutzte die Notverordnung vom 8.12., um zu zeigen, wie bedrohlich die Lage sei und mit welcher Energie die Regierung gegen die Krise ankämpfe. Mein Bericht zog sich mit den Übersetzungen ins Englische und Französische über mehrere Stunden hin und nahm eine ganze Ausschusssitzung in Anspruch. Nachdem man ihn im Plenum kurz besprochen hatte, wurde er dem Unterausschuss überwiesen, der auf Grund dieser Unterlagen den Schlussbericht des Ausschusses vorbereiten sollte. Vorsitzender dieses Ausschusses war Colijn. Ich benutzte die Gelegenheit einer Unterhaltung, bei der er mich zu dem hervorragenden Referat beglückwünschte, zu einer längeren Aussprache, in deren Verlauf er mir sagte, die Verordnung vom 8.12. sei "etwas in der Finanzgeschichte noch nicht Dagewesenes" und mich nach meinen Zukunftsplänen fragte; ein Mensch wie ich könne sich doch nicht mit der Beamtenlaufbahn im Ministerium begnügen. Ich wagte ein hohes Spiel und erwiderte, ich hätte einen Wunsch, aber ich könne ihm den nicht sagen. Auf wiederholtes dringendes Zureden und nachdem er auf meine Bitte versprochen hatte, es für sich zu behalten, sagte ich ihm, ich würde so gern einmal der Parker Gilbert Frankreichs werden. Colijn amüsierte

sich herzlich und konnte es natürlich nicht lassen, die Sache weiter zu erzählen. Als ich am nächsten Tag in den Ausschuss kam, lachten die Mitglieder, nur der Professor Rist machte ein finsternes Gesicht. Colijn hatte also geplaudert, und war mir etwas schuldig.

Vor den Verhandlungen im Unterausschuss hatte ich aus einem Grunde Angst. Rist würde sagen: die Lage des Reiches sei bedrohlich, aber sie sei selbstverschuldet; dann würde er einen Zettel aus der Tasche ziehen und die Sünden der deutschen Kommunen, mit Köln anfangend, vorlesen. Was sollte ich dann antworten? Bestritt ich sie, sagte am nächsten Tage die französische Presse: noch immer hat der deutsche Vertreter die Unverfrorenheit, die allgemein bekannten Sünden seiner Gemeinden abzuleugnen. Gab ich sie aber zu, schrieben die Zeitungen: Endlich muss auch der deutsche Vertreter der Wahrheit die Ehre geben. Es war eine vertrackte Situation, und es kam genau so, wie ich es erwartet hatte. Als Rist sein Sündenregister aus der Tasche zog, bat ich, neben Colijn sitzend, den Vorsitzenden um's Wort zur Geschäftsordnung. Etwas erstaunt gab mir Colijn das Wort, "natürlich ohne den Herrn Sachverständigen Frankreichs in seinen Ausführungen irgendwie beschränken zu wollen". Ich sagte: Der Ausschuss sei einberufen, um die augenblickliche Lage Deutschlands festzustellen, aber nicht, um die Gründe zu untersuchen, die diese Lage herbeigeführt hätten. Uns ging nur die Gegenwart und die Zukunft, aber nicht die Vergangenheit etwas an. Ich würde daher auf Anklagen wirklicher oder vermeintlicher finanzpolitischer Verstösse deutscher Stellen mit keinem Wort antworten. Colijn stimmte mit vollständig zu, es habe für diesen Ausschuss keinen Zweck, sich mit der Vergangenheit zu befassen, womit er selbstverständlich dem französischen Redner keinerlei Beschränkung in seinen Ausführungen auferlegen wolle. Rist las sein Register vor, aber ihm war der Wind aus den Segeln genommen, und ich erwiderte nichts.

Die Verwendung von Erträgen der Bundesbahn für Zwecke der Reparationen spielte noch tagelang die Hauptrolle im Gedankenaustausch zwischen Basel und Berlin. Da Rist im Laufe der Verhandlungen immer mehr isoliert war, liebäugelten die Franzosen mit der Absicht, die Konferenz zu verlassen oder zu verschieben, und die anderen Teilnehmer suchten nach Kompromissobjekten. Es war für uns ein grosses Glück, dass es gelang, die Abfassung des Berichtsentwurfs Layton zu übertragen; nur bei einzelnen Kapiteln nahm Rist die

Redigierung für sich in Anspruch. Die Grundlage für Layton's Bericht bildete der Unterausschussbericht Colijns. Den entwarf mein Berliner Bekannter Rowe Dutton, mit dem ich jede Einzelheit besprach. So hielt Colijn ein "ausgezeichnetes Referat" (S. 1185). Bei meinem Brief vom 14.12. handelte es sich um die Reichsbahn, auf dieses Ausgleichsobjekt wollte auch Colijn nicht verzichten. Schäffer war der Ansicht, am letzten Tage wäre eine Gewinnbeteiligung bei der Reichsbahn eine erträgliche Lösung für uns. Dietrich war derselben Meinung. Professor Bonn hielt sie sogar für das beste, was zu erzielen sei. Nur Brüning konnte sich mit dem Gedanken nicht befreunden (S. 1189). Mein Anruf am 15.12. berichtete Näheres über den Vermerk, den Rydbäck als Vorsitzender des BJZ-Unterausschusses in seinen Bericht über die Bahn aufnehmen wollte. Aus diesem Anruf hat Treviranus in seinen Erinnerungen eine dramatische Episode gemacht. Ich hätte gemeldet, Rydbäck verlange bis Mitternacht die Zustimmung der Reichsregierung zur Pfandhergabe der Reichsbahn-Einnahmen als unseren Beitrag zur Endlösung. Lehnte die Regierung ab, sei ein Abbruch der Verhandlungen zu befürchten. Brüning habe die Zustimmung abgelehnt und sei für mich nicht wieder zu sprechen gewesen. Ich hätte um ein Uhr Nachts angerufen: "Rydbäck verzichtet auf Pfand."

An dieser Geschichte stimmt so gut wie nichts. Schäffer diktierte am 16.12. - nach meinem Anruf in der Bahnfrage - einen Brief an mich über die verschiedenen Auffassungen in dieser Frage (S. 1192). Am 17. berichtete Berger über die von Rydbäck beabsichtigte Bemerkung über die Bahn in seinem Bericht. Sogar der misstrauische Berger hatte gegen diese harmlose Fassung keine Bedenken (S. 1194). Mit dieser Fassung erklärte sich schliesslich auch Brüning einverstanden, nachdem Melchior gewarnt hatte, sonst würde eine schlimmere Fassung angenommen werden. Dietrich erzählte hinterher, die Entscheidung in der Bahnfrage sei ihm schwer gefallen, da Treviranus immerfort gesagt habe, man müsse fest bleiben. Aus solchen Einstellung entstehen falsche Erinnerungsbilder. Man sieht, wie gut es ist, ein zuverlässiges Stenogramm zu besitzen.

In diesen Tagen wurde auch eingehend über die Stillhalteverhandlungen gesprochen, vor allem darüber, wie sich die verschiedenen Pläne auf die Reparationsfrage auswirken würden (S. 1179-84). Schäffer meinte, die Sache stünde 49:51. Ich glaube, dass Vocke mit

seinem ~~commo~~sensense Recht hatte: wenn man für die Privatgläubiger etwas täte, würden die "Reparationsbrüder" kommen: "uns aber auch!"

In der Beurteilung der inneren Lage sah Hilferding am weitesten: kämen die Nazis an die Macht, würden sie voraussichtlich lange an der Macht bleiben. In einer Koalitionsregierung würde der Nationalsozialismus immer der Starke sein und den Partner verdrängen (S. 1175). Der Graf Brinon berichtete über das Interesse, das die französische Rechte an der Machtergreifung Hitlers habe (S. 1186). Leider erzählte er nichts über die Rolle des französischen Botschafters in diesem politischen Spiel.

19.12. - 31.12.1931 (S. 1198-1239). Die Antwortnote der Engländer vom 16.12.1931 an Frankreich widersprach der französischen vom 4.12. in fast allen Punkten. Man müsse abwarten, was der Beratende Sonderausschuss beschliesse, und dürfe keinesfalls, wie es die Franzosen getan hätten, schon vorher die Möglichkeiten für eine Lösung einschränken. Grossbritannien könne auch der unbedingten Annuität keine Priorität zugestehen. Vor allem aber betonte die Note, England habe durch seine Kredite und die Öffnung seines Marktes für deutsche Erzeugnisse beträchtlichen Anteil daran, dass Deutschland in der Vergangenheit Reparationen an Frankreich zahlen konnte, "and His Majesty's Government cannot be expected to maintain a system which provides resources for the payment of reparations to France if the payment of British private Claims ist not absolutely secured." Das waren Töne, die französischen Ohren weh taten, und Argumente, die Laval nicht minder als Flandin hasste. Es war kein Wunder, dass scharfe Weisungen aus Paris nach Basel gingen.

Liest man Schäffer's Aufzeichnungen vom 19. bis 23. Dezember, bekommt man einen lebhaften Eindruck von der hektischen Betriebsamkeit in Basel und allen Hauptstädten des Westens, von dem Auf und Ab der Verhandlungen, dem Zusammenprall entgegengesetzter Meinungen, dem erbitterten Kampf um jedes Wort, dem Einfluss, den Nervosität und Eitelkeit ausübten. Melchior hatte völlig Recht, man konnte Layton nicht bei jedem Satz sagen: Mache es so oder so. Aber gerade das versuchte man immer wieder von Berlin her, vor allem als es um die Konklusionen des IV. Teils ging. Als Rist erklärte, er werde nichts unterschreiben, was über den geschützten Teil hinausginge, und Melchior dasselbe erklärte, wenn der ungeschützte

Teil ausgeschlossen würde, war die Sache auf dem toten Punkt angekommen. Jetzt ging es darum, ob man den Layton'schen Bericht ohne Rist's Unterschrift, aber mit einer deutschen Zusatzerklärung herausbrächte oder ob man auf Konklusionen überhaupt verzichtete. Die Art, wie Berger sich um eine klare Antwort auf die Frage drückte, was er über die Annahme von Schlussfolgerungen dachte, die künftige Zahlungen als möglich erwähnten, war typisch für ihn; was Schäffer mit dem Sprichwort von den zwei Vögeln meinte, weiss ich nicht. Ich hätte Schäffer geantwortet, dass ich solche Schlussfolgerungen, auch mit einer deutschen Zusatzerklärung, für gefährlich hielt, dass für eine uns genehme, d.h. künftige Reparationszahlungen für unmöglich erklärende Konklusion nur wenige Unterschriften zu haben sein würden, dass es daher besser sei, auf Konklusionen überhaupt zu verzichten, sich mit Feststellungen der Lage zu begnügen und mit allen Mitteln anzustreben, dass Frankreich mit unterzeichnete. In dieser Grundeinstellung war ich mit Melchior einig, nicht mit Schmitz, dem "grossen Kind", der sich gern in Illusionen wiegte.

Die Ansicht Schäffers, dass Brüning sich möglicherweise mit dem Gedanken trage, bei der Konferenz ein deutsches "Nein" auszusprechen und auf der Grundlage dieses "Nein" eine "Regierung der nationalen Einigung" zu bilden, teilte ich damals nicht und teile sie auch heute nicht. Schäffer glaubte nicht an die Möglichkeit einer völligen Beseitigung der Reparationen. Ebenso wie Ritter (S. 1202) glaubte ich an diese Möglichkeit. Sie konnte in Basel noch nicht erreicht werden, nur durfte der Ausschuss den Weg nicht verbauen. Nach den Äusserungen, die Brünings Besucher, François-Poncet und ein inoffizieller Abgesandter von Laval, getan hatten (S. 1207), war vor den französischen Wahlen eine Endregelung nicht diskutierbar. Nach den Wahlen war sie es also.

Als man in Berlin sich dazu durchgerungen hatte, auf Empfehlungen zu verzichten, wenn Rist mitunterzeichnete und Sondervoten unterblieben (S. 1208), brachte Sprague's Vorschlag eines fünfjährigen Moratoriums wieder Verwirrung. Während Dietrich meinte, wenn es nach fünf Jahren der Welt gut ginge, würde man es nicht riskieren, die Reparationen wieder einzuführen, war Trendelenburg der Ansicht, die anderen würden nicht daran denken, ~~was~~ etwas zu erlassen (S. 1211). Ich habe Trendelenburgs Auffassung für richtig. Für Brüning waren die inzwischen eingetretene Verschlechterung der wirtschaftlichen

7. Mai unerschütterlich

Entwicklung und die bevorstehende Präsidentenwahl bestimmend. Er wollte die Endlösung, aber nicht jetzt; nur durfte Basel sie nicht verbauen. Punders Mitteilung, dass die Zustimmung der Nazis und der SPD zu einer gesetzlichen Verlängerung der Amtsdauer des Präsidenten wahrscheinlich sei (S. 1212), stimmte für die damalige Lage. Hitler hatte sogar schriftlich zugesagt, fand aber im Braunen Haus so starken Widerstand, dass er später nicht zu seiner Erklärung stand, zum Hugenberg nein sagte. Die Haltung Hugenbergs / Auch Schleicher scheiterte mit seinen Versuchen, die Zustimmung der Rechten zu dem Verlängerungsgesetz zu erreichen, indem er ihm Brüning's Kopf als ~~Gegengabe~~ und einen Kanzler Seldte oder Lünigk als Gegengabe anbot. Hammerstein, der Chef der Meeresleitung, teilte auf einer Besprechung der Gruppen- und Wehrkreisbefehlshaber am 27.2.1932 mit, dass ~~11~~ alle diese Versuche fehlgeschlagen seien.

Als Schäffer am 20.12.1931 selbst nach Basel fuhr, erlebte er die turbulente Schlussphase der Konferenz selbst mit. Melchior und ich konnten ihm schildern, dass von unserem Gesichtspunkt aus die drei Neutralen, Colijn, Rydbäck und Bindschädler am besten funktionierten; sie waren völlig objektiv, unabhängig und für Vorschläge zugänglich. Das war bei dem für uns natürlich besonders wertvollen, überaus ideenreichen, aber nervösen, sprunghaften Layton schwieriger. Stewart und Beneduce folgten den rein politischen und häufig wechselnden Weisungen ihrer Regierungen. Schwierigkeiten machten uns nicht nur Rist, sondern auch Franqui und der Jugoslave, die ebenso wie Rist manches Mal mit der Abreise drohten. Am wichtigsten war natürlich Rist. Schlimm war, dass er nicht nur das Sprachrohr von Mlandin war, sondern dass bei ihm die gekränkte Autoreneitelkeit (S. 1223) eine solche Rolle spielte und dass die deutsche Verschwendungssucht sein Steckenpferd war. Er hatte es sich nun mal in den Kopf gesetzt, dass nicht die Reparationen, sondern die Verschwendung Schuld an dem deutschen Elend seien.

Nach am 23. stand die Schlacht 50/50. Melchior und ich waren wohl konzessionsbereiter, als Brüning und Schäffer. Sie fürchteten mehr die schlimmen Rückwirkungen einer für uns ungünstigen Fassung des Berichts, wie eines Aufplatzens der Verhandlungen oder einer Vertagung der Konferenz. Aber natürlich beteiligten wir uns eifrig an Kompromissvorschlägen. Wenn Schäffer von drei Lösungsmöglichkeiten spricht, dem Vorschlag Krosigk/Meyer, dem Vorschlag Colijn und dem

Vorschlag Layton, so kann ich leider nicht mehr sagen, worin sie bestanden und wodurch sie sich unterschieden haben. Schäffer nennt meinen Vorschlag "besser", sagt aber nicht, worauf er hinauslief. Die Vorschläge wurden alle überholt durch den neuen Vorschlag Rists (S. 1222), den Melchior und ich für annehmbar ~~halten~~, wenn eine Reserve hinzugefügt ~~würde~~. Zuletzt wurde um jedes Wort der Reserve gerungen; alles schien davon abzuhängen, ob man "but only" einfügte oder nicht. Schäffer war niedergeschlagen; ~~er~~ hielt es für unendlich schwer, in der Reparationsfrage weiterzukommen, da die Franzosen - und auch die Amerikaner - den Reparationsanspruch als solchen unter keinen Umständen aufgeben wollten, phantastisch stark seien und ihre Macht bis zum letzten Tupfelchen ausübten. Hans Meyer und ich richteten Schäffer auf der Rückfahrt etwas auf, weil wir überzeugt waren, dass wir recht daran taten, auch ohne "but only" zu unterschreiben, und weil wir auch ~~die~~ weitere~~n~~ Entwicklung der Reparationsfrage nicht so schwarz ~~sehen~~ ansahen.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

1932

Jan.
Mai

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ZS/A-20 / 08 - 199	
ARCHIV	
Akz. 4787/72	Best. ZSA/20
Rep.	Kat.

1

Institut für Zeitgeschichte, St.S. Schäffer Tagebuch 1.1. - 31.12.32
(S. 1-151)

1. - 9.1.32 (S. 1 - 60) Die Aufzeichnungen können nur im Rahmen der Geschehnisse um die Jahreswende verstanden werden. Am 23.12.1931 war der Beneduce-Bericht veröffentlicht worden. Am 29.12. lud die englische Regierung zur Reparationskonferenz in Lausanne am 18.1.1932 ein. Die Parteien meldeten ihre Anseichten und Forderungen in der Reparationsfrage an. Bei der SPD gab es Stimmen, die aus Gründen der Gerechtigkeit einer Wiedergutmachung die Fortsetzung herabgesetzter Reparationszahlungen forderten; diese sollten aber aus wirtschaftlichen Gründen in Form von Sachlieferungen an Frankreich geleistet werden. Zentrum, Demokraten und Volkspartei hielten sich zurück, deuteten aber an, dass sie mit gewissen Zahlungen bei Verlängerung des Moratoriums oder Herabsetzung der Verpflichtungen einverstanden sein würden. Die Rechte einschliesslich des Landvolks und die Wirtschaftspartei lehnte jede "Tributzahlung" für die Zukunft ab. Alle verlangten, der Kanzler solle seine Karten auf den Tisch legen.

Am 6. Januar 1932 teilte der neue englische Aussenminister, Sir John Simon, dem deutschen Botschafter, Freiherrn von Neurath, mit, dass die englische Regierung die einzig wirksame Krisenlösung in der Streichung der Reparationszahlungen erblicke. Brüning unterrichtete am 6.1. François-Poncet und am 8.1. Sir Horace Rumbold, das Reich müsse in Lausanne auf völlige Streichung dringen oder Vertagung um 5 bis 6 Monate beantragen. Das Reuters-Büro gab eine verzernte Version heraus, die in der Weltpresse Schlagzeilen machte. Brüning gab dem Wolff'schen Telegrafembüro am 10.1. ein Interview, dessen wichtigster Satz lautete: "Es liege klar zu tage, dass Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache." Mac Donald sprang dem Kanzler bei: "Die eindeutige freimütige Feststellung des Kanzlers macht die politische Reparationskonferenz nur noch dringlicher als der Baseler Sachverständigenbericht. Mussolini forderte im "Popolo d'Italia" die Streichung aller Kriegsschulden. Im übrigen Ausland war die Wirkung der Erklärung negativ. Die französische Regierung blieb unnachgiebig. Wenn Deutschland im Augenblick zahlungsunfähig sei, könne man durchaus ein Moratorium zugestehen; eine endgültige Regelung am Tiefpunkt der Krise oder gar eine Annullierung der Reparationen sei für Frankreich

033 64

weiterhin gänzlich unannehmbar.

Innenpolitisch war die Erklärung ein voller Erfolg. Die Anhänger der Verständigungspolitik stellten sich bis auf die sozialistischen Kreise um die Sozialistischen Monatshefte und die Weltbühne, die Brüning vorwarfen, er verderbe durch eine "Alles-oder-Nichts-Politik" seine realen Chancen auf der Reparationskonferenz, hinter Brünings Erklärung, die gemässigte Rechte begrüßte sie mit Begeisterung und selbst Teile der "nationalen Opposition" schwankten einen Augenblick; der Stahlhelmführer Düsterberg erklärte: wenn Brüning die Zahlungseinstellung fordere, dann halte es der Stahlhelm für seine die Pflicht des nationalen Deutschlands, sich fest hinter den Kanzler zu stellen. Die Nazis liessen sich dagegen nicht aus ihrem Konzept bringen: wäre es Brüning Ernst, so hätte er sein "Nein" schon vor Monaten - oder erst in Lausanne gesagt; so sei es ein billiges innenpolitisches Manöver, das ihm keiner abnehme.

Dennoch war der sachliche Streit um die Gestaltung der deutschen Aussenpolitik in der Reparationsfrage, der bisher in der gesamten Regierungszeit Brünings mit wechselnder Heftigkeit ausgefochten worden war, praktisch beendet; die Forderung nach völliger Streichung der Zahlungen wurde von allen Seiten unterstützt. Wenn der etwa Mitte Januar beginnende Wahlkampf zu den Reichspräsidenten- und Preussenwahlen doch weitgehend unter dem Zeichen der Reparationspolitik geführt wurde, so ging es um die Bünden oder Verdienste der Vergangenheit und um die Frage, wer besser geeignet sei, den - nunmehr einheitlichen - deutschen Standpunkt erfolgreich in Lausanne zu vertreten. Die Nazis machten die Reparationsfrage zum Mittelpunkt ihrer Agitation. "Denkt an den 13. März!" (Unterzeichnung des Young-Plans durch Hindenburg 1930) war ihr Schlagwort. Daneben behaupteten sie, Brüning habe nicht mehr die Autorität, in Lausanne die endgültige Beseitigung der Reparationen zu erreichen; durch seinen Kampf gegen die NSDAP habe er sich der besten Waffe für die Verhandlungen beraubt. Nur eine "nationale" Regierung sei in der Lage, die Streichung der Reparationen zu erreichen.

Die Aufzeichnungen Schäffers geben ein eindrucksvolles Bild, wie verschieden man in Regierungskreisen die Aussichten und die ^{zu}erreichenden Massnahmen in der Reparationsfrage beurteilte. Hoesch telegraphierte von Möglichkeiten einer endgültigen Lösung, aber auch

eines Provisoriums; Curtius versprach sich nichts von Lausanne und glaubte nicht einmal an ein kurzes Moratorium (S. 2). Hans Meyer war für ein Provisorium von ein paar Jahren, Schäffer glaubte, dass Brüning auf eine kurzfristige Lösung mit nachfolgender Endlösung hinauswollte (S. 3). Auch Bülow hielt wenig von Lausanne. Schäffer war sich sogar im Zweifel, ob man das Sachverständigeninstrument überhaupt noch spielen solle (S. 6). Als Teilnehmer nahmen beide Staatssekretäre Brüning, Dietrich, Warmbold, Bülow, mich, Ritter und Berger in Aussicht (S. 7). So setzte sich 1932 die deutsche Delegation auch zusammen; nur traten an die Stelle von Brüning und Dietrich Papen und Neurath. Ritter, immer zu harten Regelungen neigend, war für einen de facto Zustand der Nichtzahlung. Auf S. 7 scheint mir in dem in der 6. Zeile von unten beginnenden Satz ein Komma verrutscht zu sein; der Satz muss heissen: "Ritter meint, dass wir selbst, wenn das Stillhalteabkommen zustanden gekommen sei, so/unantastbar seien . . ."

Pünder bestätigte Schäffers Ansicht, dass Brüning sich nur auf ein kurzes Moratorium einlassen werde (S. 8), der Kanzler selbst ebenfalls (S. 9). Bei der Auswahl der Sachverständigen bezeichnete Brüning dien Allianz-Schmidt als einen Typ, der auf die Engländer Eindruck mache (S. 10); ich beurteilte Schmidt genau ebenso (S. 31). Aus der Unterhaltung mit Sprague hatte der Kanzler den Eindruck, dass ein längeres Moratorium schon erledigt sei, dass die Alternative nur eine 6-monatliche oder einjährige Aussetzung sei (S. 14). Der Kanzler sprach ganz offen über die Endlösung durch eine Schlusszahlung von 4 -5 Mrd. - das hatte er in Chequers ausgehandelt - , auch wenn sich dadurch eine Front gegen Amerika bilden sollte (S. 15/16). Melchior und Schäffer waren für ein Hinausschieben um 1 Jahr, Brüning nur um ein halbes Jahr (S. 18). Schäffer fürchtete eine französische Falle, indem sie uns zu weitgehenden Erklärungen veranlassten, mit denen sie dann Rechtswahlen machen könnten (S. 28). Bülow hatte die gleiche Sorge. Er zeigte wieder seine Voreingenommenheit gegen Hoesch, der "wie meistens, alles, was wir tun, für falsch" halte.

Aber in der langen Aussprache Brünings mit den Botschaftern (S. 34-48), die in grossartiger Form alle Aspekte des Reparationsproblems und die gesamte damalige aussenpolitische Lage beleuchtete,

waren die Darlegungen von Hoesch am klarsten und überzeugendsten. Brüning kam wieder auf die Ablösung der Reparationen durch eine einmalige Kapitalzahlung zu sprechen (S. 35) und berichtete über sein Gespräch mit François-Poncet am 6.10.; den französischen Botschafter hatte die Deutlichkeit der Erklärung, Deutschland werde keine Reparationen mehr zahlen, erschreckt, dagegen das Argument, nur so könne ein gemeinsamer Vorstoss der europäischen Länder gegen Amerika vorbereitet werden, stark beeindruckt. Hoesch erwähnte auch das französische "Artischocken"-Argument, das mir in Lausanne vorgehalten werden sollte: sobald die Deutschen ein Blatt herausgezogen hätten, griffen sie zum nächsten; so würden sie, sobald die Reparationen beseitigt seien, eine Revision der politischen Bedingungen fordern (S. 38). Am 9.1. wurde die Veröffentlichung der Erklärung Brünings gegenüber dem englischen Botschafter eingehend diskutiert (S. 55).

Die Verhandlungen über die Verlängerung des Baseler Stillhalteabkommens spielten wieder eine Rolle (S. 4). Nach Luthers Mitteilung standen zwei vorschläge zur Diskussion (S. 19). Die Banken waren mit der Verhandlungsführung der Reichsbank nicht zufrieden (S. 10 und 21). Deshalb wurde der Ruf laut, einen "Devisenkommissar" zu bestellen. Dazu ist es aber nicht gekommen. Tatsächlich konnten die Deutschen im ersten verlängerungsvertrag, dem Deutschen Kreditabkommen 1932 (4. 3. 1932), einige Erleichterungen durchsetzen. Die Laufzeit wurde auf 12 Monate verlängert. Die deutschen Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im Ausland wurden in die Stillhaltung einbezogen. Den Einzelparteien wurde eine Zinssenkung empfohlen. Da eine kleine Rückzahlung stattfand, wurde bei jeder Verlängerung der Betrag, der unter die Stillhaltung fiel, herabgesetzt. Im Frühjahr 1932 wurden 5,4 Mrd. (1931 in Basel 6,5) RM gestundet.

In der Besprechung des Kanzlers mit Klepper (S. 24/26) zeigte der Preusse ein völlig verändertes Gesicht. Er war durchaus bereit, den preussischen Etat selbständig auszugleichen, behauptete, im Gegensatz zu vielen seiner Ministerkollegen wäre er sogar damit einverstanden, dass die preussischen Gehälter unter die Reichsgehälter hinabgingen, und machte interessante Vorschläge für eine preussische Verwaltungsreform, zu deren Durchführung er leider nicht gekommen ist. Schäffer machte hierzu die treffende Bemerkung,

dass man am besten reformieren könne, wenn man nicht zu viel davon versteht (S. 48).

Wegen der Erklärungen, die der Verkehrsminister Treviranus in den Verhandlungen mit den Schifffahrtsgesellschaften abgegeben hatte, verlangte ich Schutzhaft (S. 27), selbstverständlich für Trevi. Ich mochte den netten sympathischen Mann wirklich gern. Aber da die Zunge immer mit ihm durchging, war er wohl für das Anknüpfen von Verbindungen, aber nicht für ernsthafte Verhandlungen zu gebrauchen. Trotzdem verwandte man ihn immer wieder als Mittelsmann, und dann kam es regelmässig zu Missverständnissen. So war Pünder sicher, dass die Nazis der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zustimmen würden. Das stellte sich als Irrtum heraus. Mittelsmann war Treviranus gewesen (S. 60).

Der von Schmitt-Allianz (Dr. Kurt Schmitt, 1886-1950, Wirtschaftsminister unter Hitler 1933-34) erwähnte Kieskauf war nach meiner Erinnerung Generaldirektor der Münchener Rückversicherung.

Die Sanierung der Banken war nicht weitergediehen. Selbst die Personalfrage war noch immer ungelöst. Dernburg, wie immer mit gesundem Menschenverstand urteilend, hielt zwar Goldschmidt charakterlich wie intellektuell für über den anderen Bankdirektoren stehend, glaubte aber doch nicht, dass man ihn als Bankdirektor wieder verwenden könne (S. 54). Der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankgewerbes war nach den staatlichen Eingriffen in das Bankwesen von Brüning abgerückt, so wie der Reichsverband der Deutschen Industrie nach der Preissenkungsverordnung vom Dezember 1931 sich von ihm distanzierte. Das bedeutete nicht, dass sich der Centralverband der radikalen Opposition näherte. Die Banken verkörperten für die Nazi das "raffende Kapital", und viele der führenden Bankiers waren als "Volksfeinde" verfemt. Aber einige Aussenseiter näherten sich Hitler schon vor 1933. Doch sie besaßen Gewicht. Schacht und von Stauss nahmen am Harzburger Treffen teil. Reinhart (Compri) nahm im Dezember 1931 die Verbindung mit der NSDAP auf und gehörte zu den ersten Mitgliedern des Keppler'schen "Freundeskreises". Als von diesem im Herbst 1932 die Initiative ausging, Hindenburg durch eine Petition aufzufordern, er möge Hitler zum Kanzler machen, war Reinhart der Motor dieser Aktion. Da er bei den Regierungsberatungen unter Brüning häufig in scharfen Gegensatz

zu den Ansichten der Regierung geraten war, liegt der Schluss nahe, dass seine Hinwendung zu Hitler eine Folge dieser Auseinandersetzungen war. Auch O.C. Fischer (Erka) näherte sich schon 1931 der NSDAP. Durch das Gewicht, das die Namen dieser vier Männer in der Wirtschaft hatten, machten sie Hitler bei den Unternehmern "hoffähig".

11. 1. - 20. 1. 1932 (S. 61-109). Die erste Enttäuschung hinsichtlich der Reparationen war durch das Verhalten der Amerikaner eingetreten. Die Regierung der USA weigerte sich entschieden und definitiv, an der Reparationskonferenz teilzunehmen oder vor ihrem Abschluss irgend eine Konzession in der Kriegsschuldenfrage zu machen. Diese Haltung verringerte natürlich die Erfolgchancen für Lausanne, war aber aus der innenpolitischen Lage in den USA verständlich. Abgesehen von dem bevorstehenden Wahlkampf, in dem Konzessionsbereitschaft in der Kriegsschuldenfrage mit grosser Publikumswirksamkeit den ohnehin schwer angeschlagenen Republikanern vorgeworfen worden wäre, hatte der Kongress mit aller Deutlichkeit im Dezember noch einmal die Unverletzlichkeit der Schuldverpflichtungen bekräftigt. Vor allem aber, so sagte der Aussenminister Stimson dem deutschen Botschafter, als er ihn mit dem Kabinettsbeschluss bekannt machte, sei irgend ein Nachgeben der USA unmöglich, solange sich die europäischen Mächte nicht zuerst unter sich über die Reparationsfrage geeinigt hätten.

Die Engländer bemühten sich im Januar verzweifelt, die starren Fronten aufzulockern und so die Konferenz doch noch im Januar stattfinden zu lassen, oder wenigstens, als dies mit jedem Tag unwahrscheinlicher wurde, für die Zeit bis zum Juni eine tragbare Übergangslösung zu finden. Vor dem 30. Juni, dem Ablauftermin des Hoover-Jahres, musste die Konferenz ja auf alle Fälle zusammentreten. Um für die kommenden Monate etwas Beruhigung zu schaffen, machten die Engländer den Kompromissvorschlag, das Moratorium schon jetzt um ein Jahr zu verlängern. Aber die Franzosen bestanden auf der Beibehaltung des "Hoover-Mechanismus" - der Pro-forma-Zahlung der ungeschützten Annuität -, während die Deutschen zwar ein Moratorium, nicht aber die Anerkennung neuer Zahlungsverpflichtungen zugestehen wollten. Die Engländer strengten sich unermüdlich an, wenn die Direkt-Kommunikation zwischen Deutschland und Frankreich abbricht, den deutschen Standpunkt den Franzosen gegenüber mit einiger

Flexibilität zu vertreten, bis es schliesslich gelang, einen gemeinsamen Beschluss der sechs hauptsächlichen Young-Mächte - Frankreich, England, Belgien, Italien, Japan und Deutschland - zu erreichen, im Juni, also nach den französischen Parlaments- und den deutschen Präsidentenwahlen, zu der Reparationskonferenz in Lausanne zusammenzutreffen, wo man zu einer "dauerhaften Regelung" kommen wollte - das war ein Kompromiss zwischen dem französischen Wunsch nach einer "Zwischenlösung" und dem deutsch-englischen nach "endgültiger Lösung".

In dieser Zeit war in Deutschland das Reparationsgebiet der Bereich, in dem Ansichten am häufigsten schwankten und am weitesten auseinandergingen. Ich teilte Schäffers Ansicht, dass von unseren Botschaftern Hoesch das meiste Ringerspitzengefühl hatte, verschwieg aber nicht, dass auch er bei seinen Voraussagen sich gelegentlich irrte (S. 61). Ich hielt auch Bergmanns Idee, die Kapitalabfindung in irgend einer Form mit dem Gewinn der Eisenbahn zu verknüpfen, für erwägenswert (S. 64). Brüning suchte erneut, den Franzosen den Gedanken der Konferenz als Basis für ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Mächte gegen Amerika schmackhaft zu machen (S. 74). Vögler bestätigte, dass die Volksmeinung noch nicht reif für eine Beseitigung der Reparationen sei, dass sich aber doch einige schon hierzu durchgerungen hätten (S. 81). Schäffer zerbrach sich, wie schon so oft, den Kopf über Brünings Absichten und über die Möglichkeiten von Lausanne (S. 84). Was er immer befürchtet hatte, sprach Reuter offen aus, Brüning könne die Dinge finanziell nicht durchhalten. Schäffer fand für seine Forderung, das müsse ihm die Wirtschaft selbst sagen, köstliche Formulierung: sie müsse den "Mut ihrer Feigheit" haben, man könne nicht "Händler und Held zugleich" sein (S. 88). Bulow fand für eine scharfe Rede Laval, der am 13.1. sein zweites Kabinett gebildet hatte, bei dem er selbst, statt Briand, das Aussenere übernahm und André Tardieu, statt Maginot, Kriegsminister wurde, die sicherlich wichtige, aber für uns wenig erfreuliche Begründung, Laval habe in Herriot einen "üblen Schrittmacher" gehabt und versuche, ihn noch zu übertrumpfen (S. 94). Eduard Herriot (geb. 1872), der Bürgermeister von Lyon, einer der Führer der Radikalsozialisten, war 1917/18 zum ersten Mal Minister unter Briand gewesen, wurde 1924/25 und 1926 Ministerpräsident, wurde er, nach dem Wahlsieg der Linken, im Juni 1932 zum dritten

Mal und war unser Hauptgegner in Lausanne.

Es begann, Denkschriften zu regnen. Die Entschuldigung Trevis, dass er uns vor der Übergabe seiner Denkschrift an Neurath nicht gefragt hatte, war recht fadenscheinig (S. 98). Schäffer entwarf eine "Vorbereitung auf Lausanne", die er Bülow zu lesen gab. Der war für die Zeit nach der französischen Wahl optimistischer und glaubte, dass man schliesslich auch um den ungeschützten Teil herumkommen würde (S. 99). Bei der Besprechung beim Kanzler (S. 102) war eine schwerwiegende Entscheidung zu treffen, ob man die erste und dringende Empfehlung der Engländer, sich mit der Verlängerung des Hoover-Moratoriums einverstanden zu erklären, annehmen oder ablehnen sollte. Als Pünder nach der Sitzung Schäffer und mich um unsere endgültige Meinung befragte, warnte Schäffer, sich zu fest auf die Engländer zu verlassen, sie wollten das Beste, seien aber zu schwach; er war trotzdem dafür, sich ihrem Druck nicht zu fügen, aber dann auch fest zu bleiben und das "Nein" nicht später zurückzunehmen.

In der Abrüstungsfrage hatte schon im Dezember 1930 Graf Bernstorff dem sog. "Konventions-Entwurf" der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz die deutsche Zustimmung vor allem deshalb versagt, weil er ausdrücklich die weitere Gültigkeit der Versailler Entwaffnungsbestimmungen guthiess und damit die deutsche Forderung nach gleicher Behandlung aller beteiligten Staaten von vornherein nicht anerkannte. Im Laufe des Jahres 1931 hatten Curtius, Groener und Brüning alle sich bietenden Gelegenheiten wahrgenommen, um den "klaren Rechtsstandpunkt" Deutschland auf Durchführung der allgemeinen Abrüstung herauszustellen, und zwar mit dem Hinweis auf einen Grad der Sicherheit, "den die anderen Staaten für sich in Anspruch nahmen". Das war der Standpunkt, den ich auch Schäffer gegenüber vertrat. Zur deutschen Delegation gehörten als Chef der Botschafter Rudolf Nadolny aus Konstantinopel, den der Reichspräsident auf Vorschlag Brünings zum Leiter berufen hatte, und als Stellvertreter der ehemalige Staatssekretär Stresemanns in der Reichskanzlei, Freiherr von Rheinbaben. Die deutschen Vorschläge, die Nadolny im Kabinett vortrug (S. 86), stellten ein Maximalprogramm dar. Sie bauten auf den Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages auf, forderten eine Abrüstung der anderen Nationen bis zu diesem Niveau und entsprachen genau den Aussichten und der Taktik des Reichswehrministeriums. Nadolny ist dann in Genf, als die Arbeit der Ausschüsse begann, sehr

beid in eine Verständigungsbereitschaft erwiderte.

Rudolf Nadolny (1873-1953) aus ostpreußischer Gutsbesitzerfamilie war als Student national und antisemitisch, schlug 1902 die Konsulatskarriere ein, verkehrte in Petersburg als Vizekonsul viel mit dem Adel der Botschaft und bemühte sich, 1907 ins AA versetzt, Schülers Reformplan der "Einheitskarriere" durchzusetzen. Im 1. Weltkrieg war er Hauptmann in der "Sektion Politik" des Generalstabs. Zu den von ihm bearbeiteten "Sonderkommandos" gehörten die finnische Freiheitsbewegung, der irische Aufstand, die Bewegung in Georgien, die Afghanenexpedition und die Revolte in Persien, wo er 1916/17 als "Gesandter" selbst tätig war. Als stellvertretender Leiter des Ostreferats des AA wurde er von Ludendorff als "einer der Unsrigen" bezeichnet. Sein Kollege Blücher bewunderte sein "driving power". 1919 wurde er als Verbindungsmann des AA zum Reichspräsidenten abgeordnet und zum Leiter des Büros des Reichspräsidenten ernannt. Als Hermann Müller ihn zum Außenminister machen wollte, lehnte er ab; er wollte sich nicht "totavanpiren". Als Gesandter in Stockholm kandidierte er 1922 mit Brockdorff-Rantzau und Hintze für den Botschafterposten in Moskau. Aber die Russen wollten ihn und Hintze nicht haben. 1924 zum Botschafter in Ankara ernannt, war er 1928 noch einmal ohne Erfolg - Stresemann lehnte ihn ab - Kandidat für Moskau. 1931 wurde er auf besonderen Wunsch Hindenburgs Leiter der Genfer Abordnung. Die Franzosen nannten ihn "le Schupo allemand" und bezeichneten ihn als "le plus dangereux". Im August 1933 erfüllte sich sein Herzenswunsch; er wurde an Stelle von Herbert von Dirksen Botschafter in Moskau.

~~bald in eine verständigungsbereite Linie eingeschwenkt.~~

Ich weiss nicht, ob der hübsche Ausdruck, Markull wolle sich ^{nicht} wie Thusnelda vor den Popitz'schen Siegeswagen spannen lassen, von Schäffer oder Markull stammte. Interessant ist, dass Schäffer die vielgepriesene Schrift von Popitz über den Finanzausgleich nicht durchweg billigte und die Betrachtung für "ziemlich unzeitgemäss" hielt (S. 67). Ebensowenig hielt er die Anregung Warmbolds, den Haushalt für drei Jahre zu decken, für durchführbar (S. 98). Warmbold gefiel sich in geheimnisvollen Andeutungen.

Die Stillhaltefrage spitzte sich, wie so häufig in Deutschland, auf einen Organisations- und Personalstreit zu. Solltoman einen Devisenkommissar berufen, und wer sollte es werden (S. 70)? Natürlich war Luther dagegen. Aber gerade mit der Verhandlungsführung durch die Reichsbank waren weder die Deutschen noch die ausländischen Gläubiger zufrieden, ich glaube, nicht mit Recht.

Es war ähnlich wie mit dem Buch Priesters "Das Geheimnis des 13. Juli 1931". Schäffer, immer objektiv, wenn es darauf ankam, sagte dem Auto, er tue dem Reichsbankpräsidenten bitter unrecht (S. 73). Wie so oft, konnte der Verfasser an dem Buch nichts mehr ändern, was aber sehr interessiert dafür, "wie die Dinge wirklich vor sich gegangen" waren. Aber auf den Gedanken, hier nach Schäffer zu fragen, bevor er schrieb, war er nicht gekommen. Nicht einmal zur Richtigstellung in der zweiten Auflage konnte er sich entschliessen (S. 97).

Bei der Usthilfe ist es mir heute zweifelhaft, ob das, was Schäffer mit Recht kritisierte (S. 77), wirklich unbeabsichtigt war, wie ich damals annahm, oder ob die Verfasser des Gesetzentwurfs es nicht gerade so hatten haben wollen. An meine Arbeit "Feste Währung trotz zurückgezogener Auslandskredite" erinnere ich mich nicht mehr. Ich weiss auch nicht, ob ich Schäffers Empfehlung gefolgt bin. Denn mir lag damals sehr daran, auf die möglichen bösen Folgen einer Währungsverschlechterung hinzuweisen, gerade weil man nie wissen konnte, was kommen würde.

In dem Gespräch mit Vögler nahm Schäffer kein Blatt vor den Mund, als er die Schwerindustrie beschuldigte, gegen ihn gehetzt zu haben (S. 82). Ich weiss nicht, ob man Vögler völlig glauben

kann, wenn er das für sich, Flick und Krupp bestritt. Auch Schäffer scheint, wenn ich seine Antwort richtig verstehe, ihm nicht hundertprozentig geglaubt zu haben. Ich bin mir auch nicht völlig sicher, ob Vögler wirklich Hitler und Göring den Kopf wegen ihrer Stellung zum Judentum so gewaschen hat, wie er es hier behauptet. Jedenfalls ist dies die erste - und einzige - Stelle, in der ich auf diese Erzählung gestossen bin.

In der Unterhaltung mit Wallenberg betonte Brüning, dass er mit Hitler nur über die Reichspräsidentenwahl gesprochen habe (S. 93). Aber er hatte also selbst mit ihm gesprochen und nicht nur Trewi als go-between benutzt. Aber die endgültige Zustimmung zur Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten erreichte auch er nicht. Die Untersuchungen Brüning, ob man beim Abgang Hindenburgs einen Reichsverweser, einen Hohenzollern-Prinzen oder den Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg als Reichsverweser einsetzen könne, führten zu keinem Ergebnis. Die Pläne, den Admiral Adolf von Trotha, den Kruppschwager Thilo von Wilmowsky oder den General Otto von Below als Nachfolger Hindenburgs auf den Schild zu heben, scheiterten an der Tatsache, dass man die Sozialdemokraten oder die Nazis zur Mehrheit brauchte, beide sich aber weigerten. Brüning wollte ~~aber~~ verhindern, dass kurz vor Lausanne ein Wahlkampf im Ausland das Zutrauen zu einer stabilen Führung des Reiches zum Schwinden bringen könne. Also musste er alles versuchen, die Amtszeit Hindenburgs verlängern zu lassen, obwohl er schon im September 1931 die Abnahme der Denkkraft Hindenburgs festgestellt und Sauerbruch die Diagnose, dass der Reichspräsident an Verkalkung litt, bestätigt hatte. Als sich dann Hitler trotz seiner persönlichen Zusage, er werde sich nicht als Kandidat aufstellen lassen, doch um die Krone bewarb, war Hindenburg der einzige, der ihn schlagen konnte, und Brüning blieb trotz aller Bedenken nichts anderes übrig, als sich rückhaltslos für seine Wiederwahl einzusetzen.

Natürlich schmerzte der Wagemann-Plan wegen der Stellung des Verfassers den Reichsbankpräsidenten viel tiefer als die Vorschläge anderer Reformer (S. 107). Brüning war durchaus bereit, die Einfälle reformfreudiger Ideenträger auf praktische Verwendbarkeit prüfen zu lassen. Aber die Planungen durften die internationalen Bindungen der Reichspolitik nicht ausser Acht lassen. Gerade das aber hat

der Plan Wagemanns getan. Deshalb musste er vom Reichskabinett wie von der Reichsbank abschlägig beschieden werden. Brüning schrieb darüber 1947: "Eine neue Schwierigkeit ergab sich durch die Erregung, die der Wagemann-Plan in den USA und Frankreich hervorrief. . . Der wissenschaftlicher Berater der Chase National Bank in New York erhob schärfsten Protest. Dieser erregte die Beunruhigung bei allen Reparationsgläubigern . . ."

21. 1. + 31. 1. 1932 (S. 109-151) Der Wagemann-Plan schlug weite Wellen. Rowe-Dutton berichtete, er habe in England einen sehr klugen Eindruck gemacht (S. 121); doch war man durch Keynes an solche Gedanken eher gewöhnt als in Deutschland. Dort hatte man aber auch keine Inflation durchgemacht. Peter Reinhold meinte allerdings, man dürfe nicht aus Furcht vor Inflation an sich verständige Massnahmen unterlassen (S. 122). Es war ein Geld- und Kreditreformplan, der nicht unmittelbar eine Kreditausweitung für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung vorsah, sondern viele Möglichkeiten vorschlug, wie man Arbeitsbeschaffungsmassnahmen finanzieren könne. Harms fand, dass er einige ganz gute Gedanken enthalte, aber auch inflatorisch wirken würde (S. 128). Die schärfsten Gegner waren Brüning und Luther, mit dem Hinweis, dass der Plan starke inflationistische Tendenzen habe. Brüning unterstrich hierbei die reparationspolitischen Gefahren (S. 134). Ob wirklich alle Wirtschaftlicher sich gegen den Plan aussprachen, wie Luther behauptete, erscheint mir nicht ganz sicher. Jedenfalls lehnten Kabinett und Reichsbank den Plan ab, und der Präsident des statistischen Reichsamtes wurde durch seinen Schwager Warmhold veranlasst, zu erklären, es handele sich um seine persönlichen Gedanken.

In der Reparationspolitik begann Neurath eine etwas merkwürdige Rolle zu spielen; er rühmte sich in London, er habe in Berlin der schärferen Tonart zum Durchbruch verholfen (die "Heldenbrust" - S. 129), und berichtete über seine in gleicher Tonart gehaltenen Gespräche mit Simon, was Bülow allerdings für Renoméage hielt (der "Zwölfender" - S. 113). Aber auch andere Stellen in Berlin gebrauchten starke Ausdrücke; Hinweise auf seinen Freund Trevis beantwortete Brüning allerdings mit "misstrauischem Krokodilsblick". Bülow und Schäffer waren sich in dieser kritischen Zeit über die England gegenüber einzunehmende Haltung nicht einig (S. 117). Das geplante Memorandum brachte in dieser Frage auch nicht weiter. Luther hielt unsere

intransigente Haltung, insbesondere die Ablehnung der Verlängerung des Hoover-Jahres, für eine grosse Torheit (S. 126). Auch Harms bezeichnete unsere Reparationspolitik als "grosse Dummheit". Aber Brüning hielt an seiner Linie fest. Die schliesslich erreichte Verschiebung von Lausanne auf den Juni war reparationspolitisch ein Erfolg, da es im Januar zweifellos nicht gelungen wäre, die Streichung der Reparationen zu erreichen, für Brüning persönlich dagegen bedeutete es, dass er infolge seines inzwischen eingetretenden Sturzes nicht dazu kam, die Früchte seiner Reparationspolitik selbst zu pflücken.

Melchior befürchtete bereits, dass Brüning's Thron wackelte. Die Schwerindustrie dachte ihm in einem Reichskabinett nur noch den Posten des Aussenministers zu (S. 114). Für die Reichspräsidentenwahl wurde ein Ausschuss unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Sahm gebildet. Brüning hat später - in einem Brief an Wilmowsky aus dem Jahre 1949 - berichtet, die Finanzierung der Wahl, allein schon die Herstellung von Flugblättern und Plakaten für den Ausschuss, sei dadurch sehr erschwert worden, dass die aus der ersten Hindenburg-Wahl von 1925 aufgelaufenen Schulden (über 5 Mio RM) noch nicht bezahlt waren. Die Geheimfonds mussten angezapft und die Unternehmen um Spenden gebeten werden. Die ständige Verschlechterung der Wirtschaftslage trieb den radikalen Parteien immer mehr Anhänger zu. Wie sehr sich Ausländer in der Beurteilung eines fremden Landes täuschen können, zeigt die Unterhaltung Schäffers mit Klifforth, der auf Grund persönlicher Eindrücke zu der Auffassung gekommen war, die Nazi-Bewegung habe ihren Höhepunkt bereits überschritten (S. 123). Ritscher war auf dem richtigen Weg mit der Ansicht, das Volk sei nur durch die Wirtschaftsnot so radikal (S. 138); weil die Not sich noch verschärfte, stieg auch der Radikalismus.

Sehr zutreffend war auch Ritschers Urteil über Schleicher; man war stark beeindruckt von ihm, wusste nur nicht, ob alles echt war, was er sagte. Das war ja auch nicht Schleichers Absicht, dem es immer mehr auf den Eindruck, als auf die Echtheit ankam. Schäffer wird entzückt gewesen sein über die funkelnde Unterhaltung mit dem General, der Hitler völlig ablehnte, Frick als Escherichs dümmsten Referendar bezeichnete, sich nach dem Wagemann-Plan erkundigte, bei dieser Gelegenheit einflocht, er habe Schacht, der "übrigens

doch ein Kerl" sei, gesagt: "von Banken verstehen Sie ja was, aber von Politik gar nichts," in der Reparationsfrage verständige Ansichten äusserte, "mit Energie, aber nicht Vorsicht", interessant von den "grossen Führern" im letzten Krieg erzählte und für Friedenspolitik eintrat. Er brannte ein richtiges Feuerwerk ab und schloss die Illumination mit der Feststellung, der Kanzler habe sein Miss-trauen gegenüber Schäffer ganz verloren, wie sie dann überhaupt alle wüssten, was sie an ihm hätten. Wenn er zum Schluss sagte, Groener - der damals noch sein grosser Gönner war - sei, wenn Hindenburg die Präsidentschaftskandidatur ablehne, der beste Kandidat, werde aber bei der SPD nicht allgemein auf Zustimmung stossen, so bedeutete das doch, Schäffer solle bei seinen Freunden für Groener eintreten. Das war wohl einer der Zwecke, die Schleicher bei diesem Mittagessen verfolgte.

Luther war jedesmal entsetzt, wenn sich die Kassenlage wieder verschlechtert hatte (S. 112). Eigentlich konnte er doch, solange der Schrumpfungsprozess andauerte, nichts anderes erwarten. Schäffer konnte auch mit Recht darauf hinweisen, dass er weitgehende Deckungsvorschläge gemacht^{hätte}, damit aber nicht durchgekommen war. Er beklagte sich auch Dietrich gegenüber, ^{Das System} ~~die~~ haben alles gemacht, was die Haushaltsführung erschwerte (S. 115). Nun wehrte sie sich auch, wegen der ungunstigen Wirkung vor den Wahlen, gegen die Erhöhung der Schlachtsteuer, die Klepper brauchte, um den Preussenetat auszugleichen. Ich hatte mit Klepper verhandelt und in ihm einen durchaus verständigen Gesprächspartner gefunden. Er hatte durchaus Verständnis für die schwierige Lage des Reiches, stellte auch keine unmittelbaren Ansprüche an das Reich mehr, sondern wollte nur die Unterstützung des Reiches bei der Reichsbank und bei der Verwaltungsvereinfachung haben. Er war bereit, die Justiz an das Reich abzutreten, und Schäffer unterhielt sich hierüber bereits mit Schlegelberger. Nur in einem Punkte war Klepper unnachgiebig. Er wollte die Preussenkasse nicht an das Reich abgeben. Das hatte aber schon Treviranus als Abkommen verlangt, und das forderte ~~se~~ nun auch Schlange-Schönungen. Die Preussenkasse war jedoch Kleppers Imperium gewesen, in dem er ziemlich unbeschränkt geherrscht hatte, und diesen Thron-sessel wollte er sich freihalten, falls seine Ministerlaufbahn nicht von Dauer sei.

Dietrich hatte sich am 19. 1. 32 im Haushaltsausschuss positiv

über den Wagemann-Plan geäußert, stimmte dann aber der Ablehnung in der Ministerbesprechung am 28. 1. zu, blieb aber dabei, dass manches an dem Plan richtig sei. Nur sei die Bombe zu früh geplatzt. Das sei für den Erfolg der Pläne einer vorsichtigen Kreditausweitung nachteilig. Man musste sich immer vor Augen haben, dass die Regierung mit ihrer ablehnenden Haltung keineswegs gegen den Strom der öffentlichen Meinung schwamm. Vielmehr äusserte sich eine Anzahl von Hochschulprofessoren ebenfalls negativ zu diesem Projekt. Dietrich, der in der ihm eigenen temperamentvollen Art in einer Rede am 8. 1. 1931 gesagt hatte: "Der Widersinn, dass wir für Millionen von Arbeitslosen über 2 Mrd. jährlich ausgaben . . ., ohne einen Gegenwert zu bekommen, sei so ungeheuerlich, dass wir ohne ängstliche theoretische Bedenken uns zum Betreten neuer Wege entschliessen müssten . . . Wenn 4 Millionen Menschen in Gefahr seien, zur Verzweiflung getrieben zu werden, seien Bedenken nichts und positive Massnahmen alles", zeigte wachsende Aufgeschlossenheit gegenüber den neuen Ideen aktiver Konjunkturpolitik. Nächste Dietrich war im Kabinett Warmbold der Aufgeschlossenste; er hatte schon im Dezember 1931 in einer Ministerbesprechung ausserordentliche Massnahmen auf dem Gebiet der Geldschöpfung und des Kreditwesens als unerlässlich bezeichnet, war hierbei aber auf den entschiedenen Widerstand Luthers gestossen. Luther bewegte sich noch in den traditionellen Methoden der Krisenbekämpfung und stand unter dem Druck der Inflationsangst. Man hatte später die aussenpolitische Notwendigkeit der deutschen Notenpolitik betont, durchaus zu Recht, nur hätte Luther auch ohne Reparationsverpflichtungen die gleiche Notenpolitik betrieben. Darin lag der Unterschied zur Haltung Brunings; für den Kanzler war die Reparationspolitik absolut primär, er war durchaus bereit, den "Neuen Weg" seiner aktiven Konjunkturpolitik zu beschreiten, aber erst nach Abschluss der Reparationsverhandlungen.

Es ist kennzeichnend, dass man auch in Amerika, im Gegensatz zu England, starke Bedenken gegen die Ideen der Reformer hatte. Man war dort noch dem traditionellen Dogma völlig verhaftet. Der Umschwung kam erst durch Roosevelts New Deal. Hoover, den Hoover und Siegmund Warburg für einen schlechten Politiker und einen Abenteuerer hielten (S. 114, 118) - das war sicher übertrieben - hatte infolge der Krise vollständig abgewirtschaftet. Aber er hielt

an seinem wirtschaftspolitischen Liberalismus fest. Als er später einmal Deutschland besuchte, zollte er in einer Unterhaltung mit uns dem Arbeitsbeschaffungsprogramm von 1933 mehr Anerkennung als Roosevelts New Deal, da es mit sparsamerem Mitteleinsatz mehr erreicht habe. Nur war er gegen den Preis- und Lohnstop. Als ich sagte, dass sie zu den Voraussetzungen für den Erfolg gehörten, erwiderte er, dass er dann lieber auf den Erfolg verzichten würde. Staatliche Preis- und Lohnlenkung verstießen gegen die persönliche Freiheit. Diese gelte ihm aber mehr als wirtschaftliche Erfolge.

7. 2. 1932

1

Institut für Zeitgeschichte, St.S. Schäffer Tagebuch 1.2.1932-29.2.1932

1. 2. 1932 - 7. 2. 1932 (Seite 152 - 182). Auch Dietrich hatte, genau wie Schleicher, Groener als Kanzler und Brüning als Aussenminister im Gefühl (S. 152). Er wie Schäffer hatten Meissner im Verdacht, an den Intrigen gegen Brüning beteiligt zu sein (S. 168). Aber beide wussten nicht, weshalb er auf Brüning "böse" war. Schäffer hatte wahrscheinlich Recht mit der Annahme, dass er sich eine Art Rückversicherung schaffen wollte. Hitler versuchte unentwegt, seine Mässigung und Legalität unter Beweis zu stellen, so durch seine erste Rede in Düsseldorf vor den Industriellen, von denen aber nur die jüngeren während die älteren skeptisch oder enttäuscht waren (S. 171).

Der Lee Higginson-Kredit spielte eine grosse Rolle im Februar. Wieder wurde der Zusammenhang zwischen Privatschulden und Reparationen deutlich. Schäffer und ich rechneten, was wir kassenmässig im Jahre 1932 noch zusammenkratzen könnten, um wenigsten mit keinen Ruckzahlungen zu beginnen. Dabei rechnete Dryse fest damit, dass bis 1933 die Reparationen erledigt seien (S. 153). Das im AA entworfene Memorandum in der Reparationsfrage gefiel keinem. Luther war ganz scharf dagegen; er äusserte übrigens die völlig abwegige Ansicht, dass ein Sieg in der Reparationsfrage unseren Verzicht in anderen Fragen, vor allem in der Korridorfrage, nach sich ziehen könne (S. 162). Auch Dietrich fand das Memorandum unmöglich (S. 169). Es ist dann auch in dieser Form nicht abgeschickt worden.

Dietrich jagte wieder seiner Lieblingsidee nach, Wirtschaft und Währung durch Übergang zur Silberwährung zu sanieren und zunächst einmal Silber auf Kredit zu kaufen (S. 158). Darüber hatte ich ja im Sommer in London mit Deterding sprechen müssen. In Währungsfragen war Dietrich nicht kleinlich. Seine Bemerkung, in einer diktatorischen Regierung würde er am ersten Tag den Notenumlauf um 1 Mrd. vermehren, kritisierte Schäffer in der schonenden Form, er würde das für "sehr wenig richtig" halten.

Wagemanns Pläne verursachten noch immer Unruhe. Hilferding konzidierte ihm in einem Referat "bei unwichtiger theoretischer Einstellung eine Reihe ganz netter Vorschläge" (S. 159). Bei der Aussprache im Kabinett Ende Januar 1931 über die Frage der Arbeitsbeschaffung, an denen sich der Preisskommissar Goerdeler lebhaft

beteiligte, war man nicht an den Kern des Problems herangekommen, sondern hatte sich auf Einzelvorschläge beschränkt, bei denen sich Dietrich dafür einsetzte, Projekte zu bevorzugen, bei denen vor allem die Handarbeit eine Rolle spielte, und ebenso Treviranus sich grundsätzlich für verstärkte "Spatenarbeit" aussprach; hatte Brüning¹¹¹¹/abschliessend festgestellt, dass eine Anzahl der Vorschläge "sicherlich brauchbar" wäre. Der Arbeits- und¹¹¹¹Wirtschaftsminister wurden beauftragt, diese Fragen beschleunigt zu behandeln. Nun war die Ministerialbürokratie schon seit längerer Zeit mit diesem Problem beschäftigt. Die Referenten kamen daher zu Verhandlungen zusammen. Die Hauptbesprechung fand am 12. 2. 1932 statt und liess eine für die Reformer günstiges Ergebnis erwarten.

Das einleitende Referat hielt Lautenbach, einer der Aktivisten des "Kreises der Reformer". Er sprach mit aller Deutlichkeit aus, dass eine Ankurbelung der Wirtschaft nicht möglich sei, wenn man Kaufkraft (z. B. durch Steuererhöhungen) verlagere, sondern dass es sich darum handeln müsse, zusätzlich Kaufkraft durch Kreditausweitung zu schaffen. Während die Vertreter der Reichsbank deutliche Vorbehalte anmeldeten, stimmten ihnen die Ressortvertreter in verbüffender Einigkeit zu. Trendelenburg identifizierte sich mit den Ausführungen Lautenbachs und kritisierte den währungspolitischen Purismus der Reichsbank, "da ein weiterer Zusammenbruch der Wirtschaft möglicherweise noch grössere Gefahren für die Währung zur Folge habe." Aber die hier zutagegetretene Übereinstimmung in der Frage der Arbeitsbeschaffung blieb zunächst noch ohne Folgen. Es sollte noch ein gutes halbes Jahr dauern, bis sich Luther vom Saulus, den die Reformer verfolgte, zum Paulus wandelte, der sich zu ihnen bekannte.

Luther musste sich damals noch gegen andere Vorschläge zur Wehr setzen, so gegen den Plan von der Porten. Max von der Porten, Generaldirektor der reichseigenen Aluminiumwerke, war ein mordsgescheiter, aber überaus eitler Herr. Man lächelte schon etwas darüber, dass er nur in einem riesigen silberglänzenden Auto fuhr, das nur aus Aluminium bestand. Man mokierte sich, wenn er bei jedem Gang der Diners, die er gab, bescheiden mitteilte, den Fisch habe er mit Spezialflugzeug aus Italien, das Gemüse aus Südfrankreich usw. kommen lassen, als kleine Aufmerksamkeit für die Damen habe er einen Gegenstand herstellen lassen, den sie vielleicht gern und viel

gebrauchen würden - es war ein Sektquirl aus purem Gold. Aber man lachte lauthals, als er seinen Vornamen Moritz, der ihm zu jüdisch klang, änderte, aber, um das Monogramm in seiner Wäsche nicht abändern zu müssen, in Max. Natürlich hiess er nun "Max und Moritz". Porten gehörte zu den Sachverständigen, die im Juli und August zu den Beratungen über die Banken herangezogen wurden.

Luther hatte nun mit Zittern und Zagen im Herbst 1931 etwas begangen, was, von der strengen Orthodoxie hergesehen, eine Todsünde war, er hatte zur Deckung der Währung Finanzwechsel hereingenommen, also Wechsel, die nicht zur Finanzierung eines Warengeschäfts dienten. Zum Jahresende 1931 enthielt das Portefeuille der Reichsbank etwa zu einem Drittel Wechsel, deren Annahme sie unter normalen Verhältnissen verweigert hätte, vor allem Russenwechsel und Finanzwechsel, die zum grössten Teil aus den Hilfsmassnahmen für die Banken und in noch höheren Masse für die Sparkassen stammten. Die Reichsbank hatte sich, um die unabsehbaren Folgen des Bankenzusammenbruchs und des langdauernden Schalterschlusses der Sparkassen zu verhüten, über die ehrwürdigen Grundsätze der Notenbankpolitik hinweggesetzt. Den Weg hierzu fand sie durch die Konstruktion der Akzeptbank. Sie nahm bis zu einem Höchstbetrag von 150 Mio RM Wechsel für Exportkredite nach Sowjetrussland herein, von denen sie wusste, dass der wirkliche self-liquidating Vorgang, der sich beim echten Warenwechsel in drei Monaten vollzieht, sich erst in einem Zeitraum von zwei Jahren, bei der Bezahlung durch Russland, vollziehen würde. Schliesslich gehörten in diesem Zusammenhang die 200 Mio, die zur Bankenstützung von der Reichsbank eingesetzt wurden, nicht direkt, sondern über die Golddiskontbank, die aber der Reichsbank hundertprozentig gehörte.

Nun sollte die Reichsbank wieder für die mittlere und kleine Industrie eine Stützungsaktion einleiten, die auf dem von Porten erdachten ingeniosen Weg der Umwandlung von Warenvorräten in mobilisierbare Obligationen der Reichsbank allerhand zumutete. Schäffer hatte nicht ganz Unrecht, wenn er die Reichsbank gegen den von Dietrich gemachten Vorwurf der Kleinlichkeit verteidigte (S. 169). Aber bei Luther trat er für Portens Plan ein (S. 170), schon um zu verhindern, dass die leicht verletzbare Primadonna seinen Plan der Bankensanierung kaputt machte.

Die Bankenfrage war wieder einmal akut. Die Lösung, die man Ende

Juli gefunden hatte, reichte nicht hin und nicht her. Hilferding wies schon Ende August darauf hin, dass Danat und Dresdner so auf die Dauer nicht weiterexistieren könnten, da gerade die besseren Kunden von ihnen weggingen, und schlug eine Fusion vor. Das wurde damals von der grossen Mehrheit des Wirtschaftsausschusses und den Sachverständigen abgelehnt. Aber bessere Vorschläge konnte keiner machen. Im Winter 1931/32 setzte sich auch in der Reichsregierung und bei der Reichsbank die Ansicht durch, dass es besser wäre, die beiden Banken zu fusionieren. Ich hatte das von Anfang an für die zweckmässigste Lösung gehalten. Die Leitung der Dresdner Bank sträubte sich zunächst gegen die Fusionierung mit der Danatbank, auch unter den Aktionären der Danatbank herrschte Abneigung gegen die geplante Fusionierung. Die Reichsregierung war aber entschlossen, diesen Widerstand notfalls durch Notverordnung zu brechen, wie es denn auch geschah.

Mit der Fusion der Dresdner und der Danat allein war es aber nicht getan. Die anderen Grossbanken, ausgenommen die Berliner Handelsgesellschaft und die Erka, waren ebenfalls in eine kritische Lage geraten und bedurften ebenfalls einer finanziellen Rekonstruktion unter finanzieller Mithilfe des Reiches und der Reichsbank, d.h. ihrer Tochtergesellschaft, der Golddiskontbank. Die finanzielle Beteiligung gab der Regierung die Möglichkeit, die Sanierung in einem Zuge gleichzeitig vorzunehmen, und ein Druckmittel, um die Banken zur Ordnung ihrer Verhältnisse zu zwingen. Die Regierung nutzte das aus. In einer Chefbesprechung am 2. Februar, an der auch Schäffer teilnahm, gab Dietrich einen Überblick über die Pläne zur Reorganisation des Bankwesens. Drei Typen sollten geschaffen werden: Dresdner und Danat wurden verschmolzen; die neue Dresdner Bank wurde die kapitalstärkste Bank Deutschland und faktisch eine Staatsbank; von dem Aktienkapital besass das Reich 152 (fast 2/3), die Golddiskontbank 48 Mio RM. In einer anderen Grossbank, der Commerz- und Privatbank, hatte die Reichsbank die Führung; an dem Aktienkapital von 80 Mio war die Golddiskontbank mit mehr als 50, das Reich mit 14 % beteiligt. In der dritten Grossbank, der Deutschen Bank, sollte das Privatkapital überwiegen; von dem Aktienkapital von 144 Mio war die Golddiskontbank mit 50 Mio beteiligt. Den Gesamtbedarf der Sanierung schätzte Dietrich auf 700 bis 800 Mio. Auf Vorschlag Luthers wurden die vom Reich und von der Reichsbank erworbenen Aktien von zwei Treuhandgesellschaften (GmbH) verwaltet,

zwischen deren Verwaltungsorganen Personalunion bestand. Der Wirtschaftsminister wies darauf hin, dass ein erheblicher Teil der Bankenforderungen eingefroren und die Kapitalbasis zahlreicher industrieller Unternehmungen stark eingeschrumpft sei; wenn die Industrie von der öffentlichen Hand ferngehalten werden solle, müsse man eine Verwertungsgesellschaft schaffen, die den Banken helfen sollte, eingefrorene Forderungen durch Umwandlung in Beteiligungen zu mobilisieren. Dieser Anregung wurde erst Ende 1932 durch Gründung der Deutschen Finanzierungs-Institut AG (Finag) entsprochen, von deren 30 Mio RM Aktienkapital Golddiskontbank, Akzeptbank und die Bank für deutsche Industrieobligationen 10 Mio übernahmen, während 20 Mio von privaten Bankunternehmen gezeichnet wurden.

In der Chefbesprechung am 4.2., an der Schäffer ebenfalls teilnahm, berichteten Norden über die Verhandlungen mit Danat und Dresdner, Friedrich (Reichsbank) über die mit der Compri und der Deutschen Bank. Man war sich darin einig, dass der aufgetretene Widerstand überwunden werden müsse. Der Reichskanzler wies darauf hin, dass die Verhandlungen so rasch wie möglich abgeschlossen werden müssten, um während der Wahlzeit - im März und April fanden die Wahl des Reichspräsidenten und Landtagswahlen in mehreren Ländern, u.a. in Preussen, statt - Beunruhigungen nach Möglichkeit zu vermeiden. Als äussersten Termin für den Erlass der Notverordnung bezeichnete er die Mitte der kommenden Woche, also etwa den 11. Februar. Tatsächlich ermächtigte erst die Verordnung des Reichspräsidenten über die Sanierung von Bankunternehmen vom 12. Februar 1932 die Reichsregierung, die erforderlichen massnahmen (Beteiligung, Leistung von Einlagen, Verkauf von Beteiligungen) zu ergreifen. Der Plan Wassermanns (S. 181) wurde nicht in der Form realisiert, die ihm vorschwebte und gegen die Schäffer erhebliche Bedenken hatte.

Mit der Kapitalrekonstruktion war für die Regierung die Bankensanierung noch nicht abgeschlossen. Bruning, der schon im Sommer auf personelle Änderungen gedrängt hatte, bezeichnete erneut die Personalfrage als wichtigsten Gesichtspunkt. Da Reich und Reichsbank in der Dresdner und der Commerzbank die absolute Mehrheit und in der Deutschen Bank immerhin ein Drittel besaßen, konnten die personellen Veränderungen jetzt ohne rechtliche Schwierigkeiten vorgenommen werden. Die entscheidenden Fragen waren, wer in der

neuen Dresdner der führende Mann sein und ob man Goldschmidt weiter verwenden würde. In der Besprechung Schäffers ~~und~~ mit Luther und Oeser (S. 181) war noch von seinem Übertritt in den Aufsichtsrat der Dresdner die Rede. Brunings härtere Linie setzte sich durch. Vom alten Vorstand der Dresdner blieb nur Walter Frisch, der, ursprünglich im Reichsdienst, erst kurz vor der Bankenkrise von der Reichsbank zur Danat übergewechselt war und später einmal Präsident des vorübergehend unabhängigen Landes Lindau am Bodensee werden sollte. Aus dem Vorstand der Danat wurde nur Bodenheimer in den Vorstand der neuen Dresdner übernommen. In diesen Vorstand trat auch Bergmann ein, der im Juli 1931 als Treuhänder bei der Danat eingesetzt worden war. Der wichtigste ~~Mann~~ neue Mann in der Dresdner war aber Samuel Ritecker, der nun doch nach so langem Hin und Her von der Erka zu dem neuen Institut hinüberwechselte. Der "grand old man" der Dresdner Bank wurde aber Carl Goetz, der 1930 das Angebot Luthers, in das Reichsbankdirektorium einzutreten, ablehnte, ein Jahr später von der Compri zur Dresdner übertrat und in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg die Geschicke der wiedervereinigten Dresdner Bank als Vorsitzender des Aufsichtsrats mit umfassendem Wissen und grosser Überlegenheit leiten sollte. Von den Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bank mussten ein Drittel, von denen der Compri die Hälfte ihre Plätze räumen. Unter den "Bankers", die bei diesem grossen Revirement weichen mussten, waren mehrere, die bis zur grossen Krise nicht nur in der Bankwelt hochangesehen waren: Henry Nathan (Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdner), Herbert Gutmann (Dresdner), Emil Georg v. Stauss (Deutsche) und Jakob Goldschmidt (Danat). Nathan und Gutmann hatten in den kritischen Tagen des Juli die Reichsregierung zunächst falsch informiert. Stauss hatte sich durch seine Teilnahme am Harzburger Treffen offen gegen die Regierung gestellt, Goldschmidt wurde als "Sündenbock" der öffentlichen Meinung geäussert.

Die doppelte Fähigkeit, schwierige Probleme bis in die letzten Verästelungen zu beherrschen und sie auch Ausländern verständlich zu machen, besaßen damals vielleicht nur drei Menschen in Deutschland in vollendetem Masse: Brüning, Schäffer und Melchior. Deshalb wurde Melchior immer wieder zu Konferenzen herangezogen, deshalb musste Schäffer an die Front, wenn unangenehme Fragen zu behandeln waren. Natürlich wurde er dazu bestimmt, mit dem russischen Botschafter

Chintschuk über dessen Zahlungswünsche zu sprechen (S. 179).

Bei den Verhandlungen mit Preussen ergaben sich eine Reihe von Merkwürdigkeiten. Klepper hatte die Schlachtsteuer erhöhen und die Gehälter senken und dadurch den preussischen Etat ausgleichen wollen. Jetzt bezeichnete O. Braun beides aus politischen Gründen als unmöglich und verlangte Hilfe vom Reich (S. 165). Als Schäffer geschickt replizierte, wenn man auf Antrag Preussens die Ersparnisse aus den Senkungen der Postgehälter nicht dem Reich entzogen und für die nutzlose Senkung des Briefportos verwandt hätte, könnte das Reich helfen, lehnten Braun, Klepper und Weismann die Verantwortung für den "törichten" Antrag ab. Die Schuld sollte allein der Ministerialdirektor nobis tragen. Der stellte sich ein halbes Jahr später, als Papen den Coup gegen Preussen durchführte, überraschend schnell den neuen Herren vorbehaltlos zur Verfügung.

Seit Januar 1931 liefen Verhandlungen mit Flick über Hilfe für Ostoberschlesien und über das weitere Schicksal seines Konzerns. Schäffer stellte die ostoberschlesische Frage völlig richtig dar (S. 161). Ergänzend sei vermerkt: 1920 erwarb Flick die Aktienmehrheit an der Bismarckhütte und kurz darauf an der Kattowitzer Hütte Bergbau-Gesellschaft. Bei der Teilung Oberschlesiens 1921 fielen die Kattowitzer AG (mit Ausnahme der Preussengrube in Mieschowitz) und die Bismarckhütte an Polen. Flicks oberschlesischer Besitz wurde in eine holländische Holding-Gesellschaft eingebracht. Um die deutschen Arbeiter und Angestellten in Ostoberschlesien zu halten, wurde Flick 1927 von der Reichsregierung beauftragt, den Aktienbesitz der österreichischen Bankengruppe Bosel und der tschechischen Industriegruppe Weinmann an der Vereinigten Königs- und Laurahütte zu erwerben. Der Mittenbesitz der Polenlaura lag in Ostoberschlesien, ihr Aktienkapital bei der in Berlin residierenden deutschen Laura, zwei Drittel ihres Kapitals wiederum in den Händen von Bosel und Weinmann. Für den Erwerb dieser zum Verkauf stehenden Aktienpakete wurde eine schweizer Gesellschaft, die "Fiduciaire Industrielle", gegründet, an der sich das Reich anfänglich zur Hälfte des Kapitals, später nur mit einem langfristigen Darlehen interessierte. Das war die Beteiligung des Reiches "im Interesse des Deutschtums", von der Schäffer sprach. Massgeblich beteiligt waren vor allem die Gelsenkirchener, die Vereinigten Stahlwerke und die USA-Gruppe Harriman, die 1929 für ihre Interessen in Oberschlesien die Consolidated

Silesian Steel Corporation gründete. Man hoffte, durch die Transaktion mit Harriman einen grösseren Schutz des deutschen Eigentums sowie der deutschstämmigen Leitung und Beamtenschaft in den deutschstämmigen Gesellschaften zu erreichen. Aber alle diese Versuche hatten nur einen bedingten und zeitlich begrenzten Erfolg. Flick stand vor einer kaum erfüllbaren Aufgabe. Die Reichsregierung konnte keine festen Zusagen geben. 1935 liess sich die deutsche Position in Oberschlesien nicht mehr halten.

Das Hauptaktivum der Flick'schen Charlottenhütte war der Mehrheitsbesitz an der Gelsenkirchener Bergwerks AG (Gelsenberg), diese wiederum besass unmittelbar 32 Prozent des Stahlvereins und mittelbar durch die Majorität an Phoenix - van der Zypen 26 Prozent. Tatsächlich war also Flick der grösste Aktionär des Stahlvereins. Dieser litt beträchtlich unter der Krise. Seine Kurse sanken im Herbst 1931 auf neun Prozent. Die Höhe der Schulden erregte Besorgnis bei den Banken. So kam auch die Charlottenhütte "ins Gespräch". Da Flicks Vorschlag, den Stahlverein wieder auf verschiedene Gruppen, Rheinbraun, Rheinstahl, Thyssen, aufzuteilen, nicht auf Gegenliebe stiess, besonders nicht bei Thyssen, ging er seine eigenen Wege und löste sich vom Stahlverein. Als einziger Käufer kam unter den damaligen Verhältnissen nur das Reich in Frage. Von der Porten stellte die Verbindung zwischen der Reichsregierung und Flick her. Im Mai 1932 verkaufte er seine Gelsenberg-Aktien an das Reich für 90 Prozent des Pariwertes, während der Marktwert nur 22 % betrug. Die Nachricht wirkte wie ein Donnerschlag.

Die Gründe, warum Flick verkaufte, lagen auf der Hand. Warum aber Dietrich, der die Verhandlungen führte und, ohne einen seiner Beamten zu beteiligten, auch Schäffer nicht, einen Tag vor dem Rücktritt des Kabinetts Brüning, abschloss, war ein Rätsel. Nach seiner eigenen Darstellung griff er in die seit Januar schwebenden Verhandlungen erst ein, als ihm bekannt wurde, dass über Fritz Thyssen und andere Mittelsmänner Flick ein konkretes Angebot gemacht wurde, ~~dass-über-Fritz~~ wonach die Franzosen in das riesige Vermögensobjekt einzutreten wünschten. Diese Aktion musste, wie Dietrich im Juli 1932 in einer Rede sagte, abgeändert werden. Er rechtfertigte sich damals in einem Briefe: ". . . die Gefahr der Überfremdung und die Tatsache, dass ein Zusammenbruch der Charlottenhütte Gelsenkirchen und den Stahlverein ins Wanken gebracht und damit das

mühselig aufgebaute Gebäude der deutschen Banken wieder erschüttert hätte, haben mich in eine Zwangslage versetzt . . ." 1945 klang es anders. Da gab Dietrich in einem Rundfunkvortrag als Grund an, das Reich habe damals eine internationale Zusammenarbeit mit Frankreich einleiten wollen. Da die Franzosen Koks von der Ruhr und die Ruhr Erz aus Lothringen brauchte, sollte den Franzosen eine Beteiligung an der Ruhrkohle, der Ruhr eine Beteiligung an der Minette gegeben werden. Der wirtschaftlichen Verständigung sollte die politische folgen.

Dietrichs Parteifreund Koch-Weser vermutete, dass "das Vorgehen Dietrichs in erster Linie auf seinen Betätigungsdrang und die Neigung zu plötzlichen Entschlüssen zurückzuführen" sei; er habe mehrfach erlebt, wie leicht Dietrich "Eingebungen folgt, namentlich auch, wenn es sich um die Einmischung in die Privatwirtschaft handelt". Dietrich war impulsiv und machte dadurch seinem lange und gründlich überlegenden Staatssekretär das Leben schwer. Koch deutete aber auf eine Überlegung hin, die ausser den von Dietrich selbst angeführten Gründen bei ihm eine Rolle gespielt haben werde. Er schrieb 1932 an einen Parteifreund, dass "eine monopolartige Herrschaftsmacht in der Hand weniger oder kleiner Gruppen nicht geduldet werden" dürfe und dass der Staat nötigenfalls "sein Hoheitsrecht zu wahren" habe. Es mag ein Grundmotiv für das Gelsenkirchener Geschäft gewesen sein, "eine freie Bahn zu schaffen für mittlere, selbständige Wirtschaften, die nicht erstickt werden sollen von den aufgeblähten Konzernen und Trusts". Wie bei den Banken, so war auch beim Stahlverein nach Ansicht Dietrichs der Staat genötigt, im Gesamtinteresse der Volkswirtschaft zu subventionieren. Aber diese Subventionen stellten, wenn man sich auch dessen kaum bewusst war, bereits Ansatzpunkte einer staatswirtschaftlichen Methode der Krisenbekämpfung dar. Sie wurden aus einem passiven Mittel der Unterstützung notleidender Betriebe ein Instrument aktiver Konjunkturpolitik. Dietrich war kein Theoretiker. Er besass keine wohldurchdachte Gedankengebäude. Er handelte gefühlsmässig, aber reihte sich instinktiv in die Reihen der Vorkämpfer einer modernen Wirtschaftspolitik ein.

Eine Subventionierung der Schiffahrtsgesellschaften (S. 163) hätte Dietrich auch in eine Umkonstruierung einmünden lassen, ohne die eine Rentabilität der Gesellschaften nicht zu erreichen war.

Es ist erstaunlich, dass der Sozialdemokrat Schäffer die notwendige "Bereinigung" als eine von den Privatgesellschaften selbst vorzunehmende Aufgabe ansah, während der Demokrat Dietrich sie als selbstverständliche Staatsaufgabe in Anspruch genommen hätte.

8.2. - 14.2.1932 (S. 183-215) Die Verhandlungen mit Preussen kamen nicht vom Fleck. Es war ein guter Gedanke gewesen, dass Preussen Vermögensobjekte an das Reich übertragen und dafür 100 Mio zur Deckung seines Etats erhalten sollte. Aber das Reich konnte nur aus den Erträgen des Münzgewinns zahlen, und mit diesem ging es nicht glatt. ~~Aber~~ auch bei der Landeskulturfrage gab es Schwierigkeiten, und schliesslich gerieten Klepper und Schäffer hart aneinander (S. 212). Schäffer zeigte wieder einmal, dass, wenn er gereizt wurde, mit ihm nicht gut Kirschen essen war.

Auf der Abrüstungskonferenz in Genf hielt Brüning am 9.2.1932 eine gute Rede (S. 185). Bei der Eröffnung am 8.2. hatte Sir John Simon die rüstungspolitische Ungleichheit kritisiert und Ehrlichkeit in der Festsetzung von Rüstungshöchstgrenzen oder Abbau auf gemeinsam zu beschliessenden Normen verlangt. André Tardieu, damals Kriegsminister, bevor er am 20.2., nach dem Sturz Laval's, für 100 Tage Ministerpräsident und Aussenminister wurde, hatte jede ~~Abrüstung~~ an drei Voraussetzungen geknüpft: Sicherheitsgarantie für Grenzen, Rücksicht auf geographische Besonderheiten, gemeinsames Vorgehen bei Abrüstung. Brüning bezeichnete die allgemeine Herabsetzung und allseitige Beschränkung der Rüstungen als eines der ersten Mittel zur Kriegsverhütung und daher als eine der besten Aufgaben des Völkerbundes. "Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung." Brüning sprach in Genf mit Tardieu (S. 190). Frankreich und England einigten sich dort, die Reparationskonferenz auf den Juni zu verschieben (S. 200). Für Schäffer blieb die besorgte Frage: werden wir es so lange aushalten?

Dass Schacht auf Popitz schimpfte (S. 181), war nichts Neues. War man aber bei Popitz, liess es dieser an scharfer und mindestens ebenso geschliffener Kritik des Reichsbankpräsidenten nicht fehlen.

In den letzten Tagen vor der endgültigen Regelung der Bankenfrage gingen die Ansichten noch wild durcheinander. Warmbold trägt Verwirrung in die Lage durch einen neuen Plan, dessen Auswirkung

keiner ganz übersehen konnte. Die leitenden Leute bei Danat und Dresdner waren zumeist gegen die Fusion. Am umstrittensten war die Personalfrage, in deren Mittelpunkt natürlich Goldschmidt stand. Liest man die seitenlangen Aufzeichnungen Schäffers, dann wird völlig klar, dass es keine andere Möglichkeit gab, als den Gordischen Knoten mit dem Schwert der Notverordnung zu durchschlagen.

Vögler rühmte sich häufig, wie stark er es Thyssen oder anderen Nazis gegeben habe. Der Schweine-Schmidt hatte seinen Namen daher, dass er während des ersten Weltkrieges als Assessor im Reichsernährungsamt der Initiator des Schweinemordes gewesen war; Getreide sollte Menschen, nicht Tieren zur Nahrung dienen, Brot war nötiger als Fleisch. Die Richtigkeit dieser Argumentation wurde schon damals sehr bezweifelt. Schmidt, gescheit und dreist, wurde Reg. Präs. in Köln, hatte aber wegen seiner nichtarischen Frau steigende Schwierigkeiten mit der Partei. Schäffers Bonmot, dass die starken Männer sich in Heroismus gefallen, war auch auf Vögler gemünzt.

Dreyse beanstandete mit Recht, dass der Reichsregierung nie ein Überblick über die Wirkliche Lage in Ostoberschlesien gegeben worden sei (S. 194), trotz der grossen Mittel, mit denen das Reich 1927 und 1929 Laura und Kattowitz beigesprungen war. Erst jetzt sagte Vögler zu, eine Übersicht über den Stand dieser Werke zu geben.

An der Ressortsitzung über Arbeitsbeschaffung am 12.2. nahm Schäffer nicht von Anfang an teil. Er scheint daher das einleitende Referat von Lautenbach mit dem Satz, zur Ankerfestigung der Wirtschaft sei Kreditausweitung nötig, nicht mitangehört zu haben. Er würde sonst darüber berichtet haben.

15. 2. - 21. 2. 1932 (S. 215-252) Die Auseinandersetzung mit der Reichsschuldenverwaltung nahmen im Tagebuch einen breiten Raum ein. Der Präsident Dr. Articus, bis dahin Ministerialdirektor im Preussischen Landwirtschaftsministerium, war kein starker Mann, er war immer bereit, dem jeweiligen Gesprächspartner nach- und rechtzugeben. So geriet er auch unter den Einfluss des willensstarken Vizepräsidenten Kühnemann, der vorher Ministerialdirigent im Reichsfinanzministerium war. Kühnemann, streitlustig, rechthaberisch und geltungsbedürftig, hatte im Finanzministerium so viel Popzellan zer schlagen und durch seine scharfe Art so viele Vertreter anderer Ressorts vor den Kopf gestossen, dass man sich entschloss, den sonst

ausserordentlich tüchtigen und im persönlichen Verkehr sympathischen Mann "kaltzustellen". So kam er auf die Vizepräsidentenstelle der Reichsschuldenverwaltung, einer 1924 gegründeten obersten Reichsbehörde mit eigener Verantwortung. Die Mitglieder mussten einen besonderen Eid ablegen. Diese Behörde hatte wie ein Veilchen im Verborgenen geblüht. Erst Kühnemann, nicht gewillt, sich kaltstellen zu lassen, vertrat in der Öffentlichkeit eine Theorie, die für die Finanzen des Reichs lebensgefährlich war. Schloss sich die Mehrheit der Schuldenverwaltung seiner Deduktion an, war das Reich in seinem Bestand bedroht.

Seit dem Juni 1930 basierten die öffentlichen Finanzen des Reiches auf Notverordnungen. Diese setzten nicht nur den Etat^{fest}, sondern ermächtigten auch den Reichsfinanzminister, Kredite aufzunehmen. Nun reduzierte Kühnemann, nach der Verfassung sei für Kredite ein formelles Gesetz nötig, die Notverordnung genüge nicht, die Schuldenverwaltung dürfe daher keine Schuldverschreibungen herausgeben, die nicht auf einem Gesetz, sondern auf einer Notverordnung beruhten. Diese Theorie drehte dem Reich den Kredithahn ab: folgte ihr die Schuldenverwaltung, musste das Reich am nächsten Tag seine Zahlungen einstellen. Ich hatte als Generalreferent unter Kühnemann gearbeitet und mich bestens mit ihm gestanden. Es wurde daher zunächst der Versuch persönlicher Einwirkung durch mich gemacht. Er scheiterte völlig. Ich gewann den Eindruck, dass bei Kühnemann nicht nur Rechtshaberei und Geltungsbedürfnis bestimmend waren, sondern dass er tatsächlich von seiner eidlich übernommenen Verpflichtung durchdrungen war und überdies die historische Aufgabe fühlte, durch seinen unnachsichtigen Standpunkt die Regierung Brüning zu stürzen und einer Rechtsregierung das Tor zu öffnen; er war nicht Nationalsozialist, aber Deutschnationaler der Hugenberg'schen Richtung. So war durch Charakter, berufliche Stellung und politische Haltung aus einem tüchtigen Beamten ein Fanatiker geworden, mit dem sich nicht reden liess. Unter diesen Anspizien fanden die von Schäffer geschilderten Verhandlungen (S. 256 ff.) statt.

Es ist beinahe rührend zu lesen, wie Dietrich, das grosse Kind, seine bittere Etatssuppe nicht essen will, aber sofort zu allem bereit ist, wenn sein Lieblingsgericht, die Randsiedlung, auf den Tisch kommt und Schäffer ihn auch mit Stallräumen und Dachpappe spielen lässt (S. 220). Es war eine von Schäffers Stärken, andere

Menschen sprechen zu lassen. Das führte dann zu dem herrlichen, aufschlussreichen Gespräch mit François-Poncet, bei dem die beiden geistreichen Partner köstliche Bonmots, von der Bedeutung der *consecutio temporum* in der Politik u.ae., prägten und das Verhältnis Deutschland/Frankreich nach allen Richtungen durchleuchteten. (S. 221-228)

Der Etat machte noch immer Schwierigkeiten. Man war sich mit Preussen nicht einig geworden und stritt sich mit der Reichsbank über die Münzprägung, während Dreyse über Groener und Schlangherzog (S. 229). In den Kabinettsitzungen am 18.2. (S. 240-244) und am 20.2. stand die Finanzierung der Arbeitslosenhilfe im Mittelpunkt. Als zugleich die Frage der Arbeitsbeschaffung auf die Tagesordnung kam, trat ein charakteristisches Junctim zwischen beiden Sachbereichen in Erscheinung. Da das £ Defizit von rd. 600 Mio in der Arbeitslosenhilfe hauptsächlich nur durch Kürzungen der Unterstützungsleistungen ausgeglichen werden konnte, gewann die Arbeitsbeschaffung eine besondere Bedeutung, nicht oder nicht nur wegen der "wiederbelebenden Wirkung auf die Gesamtwirtschaft" (Lautenbach), sondern in erster Linie als Kompensation gegenüber dem geplanten Leistungsabbau. Brüning erklärte: ". . . nur dann, wenn man der Arbeiterschaft die Aussicht auf Mehrbeschäftigung gebe, könne man ihr . . . in der Sozialversicherung weitere Kürzungen zumuten. Kürzungen ohne Arbeitsbeschaffung seien nicht durchsetzbar." Brüning betrachtete also die Arbeitsbeschaffung vor allem als eine psychologisch wirkende Massnahme, die die Kürzungen auf dem Gebiet der Unterstützung schmackhaft machen sollte. Da aber die Arbeitsbeschaffung nur eine Nebenfunktion hatte, das Schwergewicht jedoch auf den Einsparungen lag, war sich Brüning der Unpopulartät und der möglicherweise negativen innenpolitischen Folgen durchaus bewusst. Deshalb sollten die Spar- und damit auch die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen erst nach der Reichspräsidentenwahl realisiert werden. Das bedeutete jedoch durch den notwendig gewordenen zweiten Wahlgang am 10. April und die preussischen Landtagswahlen am 24. April eine Verschiebung bis in den Mai.

Unentwegt drehte sich das Bankenkarsusseel im Kreise. Hatte in der vergangenen Woche Goldschmidt der Fusion Danat/Dresdner widerstanden, so erhoben in dieser Goetz und Ritscher Bedenken (S. 232). Für Schäffer war Ritscher der einzige Mann, der für die Leitung der

sanierten Bank in Frage kam, aber Ritscher zierte sich noch. Auch Dreyse war kein Freund der Fusion, für die personellen Schwierigkeiten wusste er ebenfalls keinen Rat. Bergmann und Dernburg, Frisch und Bodenheimer gaben kluge, meist von einander abweichende Ratschläge (S. 236-40). Am 19.2. wurden noch Divergenzen mit der Reichsbank bereinigt. Dann sprach Dietrich mit der Presse und den Bankiers (S. 250-252). Schliesslich konnte Norden am 20.2. berichten, dass Ritscher jetzt "mitzumachen" scheine (S. 255). So konnte Dietrich am gleichen Tage im Reichsrat- und Reichstagsausschuss über die Bankenfrage Bericht erstatten.

22. 2. - 29. 2. 1932 (S. 263-285) Die Lage im Innern wurde immer undurchsichtiger. Im Januar 1931 hatte Brüning in einer längeren Unterredung mit Schleicher auf Grund seiner Kriegserfahrungen Kritik an der Generalstabsarbeit geübt. Schleicher geriet in hellen Zorn über den "überheblichen Kanzler" und beschloss, ihn fallen zu lassen. Aber sein Versuch, die Rechte für die Wiederwahl Hindenburgs zu gewinnen und ihr dafür Brüning zu opfern, scheiterte, wie Anfang Februar Hammerstein den Militärbefehlshabern mitteilte, an der Sucht der Parteien, Macht für sich allein zu fordern. Doch war nicht nur eine Entfremdung zwischen Schleicher und Brüning eingetreten, sondern auch zwischen Schleicher und Groener. Der gewann den Eindruck, dass Schleicher gegen ihn intrigierte und ihn auf das Innenministerium "abgeschoben" hatte, um nach der Wiederwahl Hindenburgs das Reichswehrministerium selbst zu übernehmen. Wenn er sich auf Schleichers Rat nicht verlassen konnte, wurde er unsicher. So muss man wohl seinen Erlass über das Reichsbanner, der die Staatspartei so ärgerte (S. 262) und seine Bemerkung verstehen, das Kabinett sei im wesentlichen ein Rechtskabinett. Zwei Monate später schlug bei ihm mit dem Verbot der SA das Pendel nach der anderen Seite aus.

Kuhnemann zeigte zum ersten Mal, dass er doch alter Beamter und nicht nur Fanatiker war (S. 263). Er kam nicht daran vorbei, dass die grossen Staatsrechtler fast geschlossen sich auf den Standpunkt der Regierung stellten.

Laval war gestürzt, Tardieu an seine Stelle getreten. Er galt als einer der stärksten und klugsten Leute, aber er blieb nur 100 Tage an der Regierung. Und in der Reparationsfrage hatten wir wenig von ihm zu erwarten. Kein Wunder, dass es auch in Genf "scheusslich" aussah (S. 264). In der Reparationsfrage wurde Schäffer

dem Professor Loi gegenüber sehr deutlich. Man dürfe dieses Problem nicht für innenpolitische Zwecke missbrauchen; es komme ja nicht darauf an, die Deutschen von der Unmöglichkeit weiterer Zahlungen zu überzeugen, sondern die Reparationsgläubiger. Eine völlige Streichung hielt er für ausgeschlossen. Und ich meinte auch, eine Ermässigung auf 400 Mio könne man annehmen, wann sie möglich sei ~~sei~~ endgültig sei (S. 270).

Die Bankenfrage kam endlich zum Abschluss. Dietrich hielt eine "sehr populäre" Rede vor der Presse, und Schäffer schrieb einen herzlichen Dankes- und Trostbrief an Goldschmidt (S. 264). Das grosse Ereignis ging ohne Erschütterung vorüber; das Publikum zog seine Guthaben nicht ab, und kein Bankier erschoss sich.

Im Mittelpunkt der Erörterung standen in dieser Woche die Rückzahlungen des Loi-Higginson-Kredits, die erbetene Verlängerung und die verschiedenen Vorschläge der Modalitäten. Mein Vorschlag, in einem Jahr wenigstens rund 100 Mio zu zahlen, ging von dem Bestreben aus, das Jahr 1932 möglichst zu entlasten, und den grösseren Teil der Rückzahlung auf das erste Vierteljahr 1933 zu verlegen (S. 271). Wenn das Reich seinen Kredit erhalten wollte, musste es einer Bank, die ihm in Zeiten der Not beigeprungen war, einen anständigen Vorschlag für die Regelung seiner Verpflichtungen machen. Auf der anderen Seite mussten wir die bedrohliche Kassenlage berücksichtigen und die Gefahr, dass sich die Reparations- und Stillhaltegläubiger ein Entgegenkommen des Reichs gegenüber Loi-Higginson als Argument für ihre Forderungen benutzen würden. Schon das Gerücht von einer solchen Möglichkeit rief schärfste Reaktion bei Wiggin hervor (S. 275).

Daneben wurde immer wieder die Frage ventilirt, wie lange wir es kassenmässig durchhalten würden. Damit verband sich die andere Frage, wann wir mit der Lösung des Reparationsproblems rechnen könnten. Brüning schwankte in seinen Ansichten. War er eine Zeitlang optimistischer gewesen, so sah er Ende Februar den Juni-Termin wieder als verfrüht an. Er hielt die angestrebte Gesamtlösung vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen für schwer realisierbar. Und die standen erst im November 1932 an. Für den Fall, dass Hoover nicht wieder gewählt werden würde, müsse man, meinte Brüning, mit der Notwendigkeit rechnen, bis zum Frühjahr 1933 durchhalten. Nach allen Berichten aus Amerika war zwar die Möglichkeit gegeben,

dass Hoover gewählt werden würde. Die grössere Wahrscheinlichkeit sprach aber für Roosevelt.

Bei dieser Sachlage war die Frage, wie lange wir durchhalten könnten, von entscheidender Bedeutung. Das Tagebuch Schäffers gibt einen höchst interessanten Aufschluss über das Verhalten der Beteiligten. Schäffer war der Ansicht, dass wir nicht bis Juni durchhalten könnten, und sagte das Bulow. Als aber Ponçet Bulow sagte, nach seinen Berechnungen brächen wir im März zusammen, log Bulow kaltblütig, Schäffer habe ihm versichert, wir kämen bis Juni durch (S. 280). Als der Kanzler François-Poncets Bemerkung Schäffer wiedererzählte, begnügte sich dieser mit der vagen Erklärung, die nächsten Monate würden sehr schwierig werden (S. 277). Auch Schäffer sagte Brüning nicht immer die harte Wahrheit, so wie er sie selbst sah, und Brüning machte dann "Rehaugen", treuherzig und misstrauisch.

Sowohl für die Entscheidung über den Lee-Higginson-Kredit wie für die Aussichten in der Reparationsfrage war die Etats- und Kassenlage bestimmend. Immer noch war weder das Problem der Arbeitslosenfürsorge noch das des Münzgewinns geklärt (S. 267). Schäffer beklagte sich wieder über das Kabinett, das seine weitergehenden Forderungen beschnitten und dadurch den Kassenfehlbetrag herbeigeführt habe (S. 279). In Wut geriet Schäffer allerdings, als die Regierung, von allen guten Geistern verlassen, die Biersteuer senken wollte. Er hatte völlig recht, das "aus Etatsgründen falsch und aus Reparationsgründen mehr als ungeschickt" zu bezeichnen. Hier enthält das Tagebuch eine Unklarheit. Zarden berichtete am Telefon, Dietrich habe eine Senkung der Biersteuer noch bis zum 20.3. zugesagt (S. 272). Als dann aber Schäffer in einer Besprechung mit Dietrich über diese Senkung schimpfte, sei, schreibt Schäffer, auch der Minister wütend darüber gewesen (S. 273). Wer hat hier gelogen?

In seinem Abschiedsgesuch im Mai 1932 hat Schäffer die Sonderwünsche der Bayern bei der Bierbesteuerung als einen der Gründe für sein Ausscheiden bezeichnet. Am 25.2. deutete er das bereits an. Auf Dietrichs Bemerkung, dann würden Zarden und ich uns an die Haare kriegen, nannte er den Ausweg, uns beide zu Staatssekretären zu machen. Das war neu. Gerade Schäffer hatte sich immer gegen den zweiten StS im RTM ausgesprochen. Aber er sah wohl keine andere Möglichkeit. Mich wollte er auf alle Fälle als Nachfolger haben, und Zarden hatte der Künstler einst den Posten versprochen, und Zarden würde ihn nicht aus dieser Zusage freigeben.

Schäffer-Tagebuch 1.3.32 - 31.3.32
(S.266-427)

1.3. (S.286-291)

Es ist bemerkenswert, dass die Professoren Anschütz und ⁴Jellinek in der Frage, ob Anleihen auf Grund einer Notverordnung aufgenommen werden konnten, zu dem gleichen Ergebnis kamen, aber mit völlig verschiedener Begründung. Bevor sie jedoch ihr Gutachten vorlegen konnten, war das Unglück geschehen, dass ich erneut Schatzanweisungen auf Grund einer Notverordnung anforderte (S.363). Die Schuldenverwaltung lehnte die Ausstellung ab. Bayrhoffer widerriet mit überzeugender Begründung dem Gedanken, die Leiter zum Reichskanzler zu bringen (S.371). Die Gutachten machten auf Kühnemann und seine Anhänger keinen Eindruck mehr. Bayrhoffer, der sie für ultrarechts und illegal hielt, hatte in Bezug auf Kühnemann sicher recht, während Schäffers Ansicht, sie hätten sich aus einer unbewussten oppositionellen Einstellung ausweglos in ihren Ansichten verrannt, für die Mehrzahl zutrifft (S.413/14). Dass unter den 6 Stimmen (6:3), die gegen die Regierung waren, sich auch der Vertreter Preussens befand, war ein starkes Stück. Dass die Regierung mit den laufenden Kreditermächtigungen nur bis zum 30. April kommen würde, zeigte, zu welchen unmöglichen Konsequenzen die Haltung der Schuldenverwaltung führte.

2.3. (S.292-95)

Die Senkung der Biersteuer, die für Schäffer ein Hauptanlass für sein Ausscheiden wurde, hatte Ausfälle zur Folge, die auf 30 bis 90 Mio geschätzt wurden (S.294), deren Höhe allein daher für Schäffer kaum bestimmend sein konnte. Als er Pünder sagte, er könne für die "neuen grossen Haushaltsbelastungen" die Verantwortung nicht mehr übernehmen, nannte er neben der Biersteuersenkung die Zusagen an Preussen. Die Biersteuer spielte auch in dem Abschiedsgesuch, das er mir und Bülow am 9.3. (S.346) zu lesen gab, keine ausschlaggebende Rolle.

Groeners Bemerkung über den Warren, den das verrückt gewordene deutsche Volk an seine Spitze stellen wolle, bezog sich natürlich auf Hitler. Er scheint damals entschlossen gewesen zu sein, Unheil mit allen Mitteln zu verhüten, und scheint auch, im Gegensatz zu Ott und Schleicher ein halbes Jahr später, der Ansicht gewesen zu sein, dass er sich für einen etwaigen Kampf auf die Wehrmacht verlassen könne.

3.3. (S.296-98)

Die Pressemeldung über die Einigung mit Preussen, von der Schäffer nichts wusste, wird sicher von Klepper in die Presse lanciert worden sein, um einen Druck auf die Reichsregierung auszuüben. Für das Urteil über Klepper ist bezeichnend, dass Schäffer in ihm die Informations-

quelle für François-Poncet erblickte und Brüning wegen Landesverrats gegen ihn vorgehen wollte (S.318).

Stillhaltefragen, vor allem die Frage von Rückzahlungen auf den Lee-Higginson-Kredit, spielten im März 1932 eine erhebliche Rolle. Wegen einiger Lücken im Baseler Stillhalteabkommen waren vom 1. August bis zum 1. Dezember ¹⁹³¹ noch eine weitere Milliarde RM an Auslandsgeldern aus Deutschland abgeflossen. So hatte sich im Winter 1931/32 die Sorge der Reichsbank um die Sicherheit der Kredite noch verstärkt. Wohl hatte man im ersten Verlängerungsvertrag, dem Deutschen Kreditabkommen 1932 vom 1.3.1932, einige Erleichterungen erreicht: die Laufzeit wurde auf 12 Monate verlängert, die deutschen Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im Ausland wurden in die Stillhaltung einbezogen, den Parteien wurde eine Zinssenkung empfohlen. Wie präkär aber die Devisenlage noch immer war, sieht man aus den endlosen Verhandlungen über die Höhe von Rückzahlungen auf den Lee-Higginson-Kredit und auf die Erregung eines Mannes wie Vocke, der "mit tränenden Augen" erklärte, eine Verpflichtung zur Übernahme von weiteren 10 (!) Mio Dollar könne die Reichsbank nicht übernehmen (S.354). Der Layton-Bericht hatte empfohlen, dass die beteiligten Gläubigerbanken auch mit den deutschen Ländern und Gemeinden über eine Stundung ihrer Auslandsschulden verhandeln sollten. Diese Verhandlungen begannen im Frühjahr 1932. Die Vertreter der ausländischen Gläubigerbanken wollten eine Stundung der Kredite bewilligen, wenn sie eine Abschlagszahlung von 20 v.H. erhielten. Die drei deutschen Unterhändler, unter denen sich der hamburgische Staatsrat Leo Lippmann befand, erreichten in den Verhandlungen, dass die Abschlagszahlung auf 10 v.H. herabgesetzt wurde. Sie handelten auch eine Senkung der Zinssätze auf durchschnittlich 6 v.H. aus, während bisher Länder und Gemeinden ihre Auslandsschulden mit Zinssätzen bis zu 11 v.H. hatten verzinsen müssen. Auf der Grundlage dieser Vereinbarungen wurde am 15.4.1932 das "Kreditabkommen für deutsche öffentliche Schuldner" abgeschlossen.

4.3. (S.298-326)

Das Urteil von Wallenberg über Schmitz, den Finanzminister der IG-Farben, bestätigt meine nicht sehr hohe Meinung von diesem Mann.

Warmbold war in seiner Beurteilung der Haushalts- und Kassenlage immer pessimistischer als der zuständige Ressortminister und hatte damit meistens Recht. Aber seine Abhilfevorschläge waren stets sehr theoretisch und nicht leicht verständlich.

Dietrich setzte sich für zwei Mrd. Kredit für Arbeitsbeschaffung ein (S.305), sagte aber nicht, wie das Geld beschafft werden sollte. Im Zentralkomitee des Reichswirtschaftsrats hatte man zwar einen Plan für 1,4 Mrd. öffentlicher Aufträge, war aber über die Finanzierung durchaus verschiedener Ansicht. Schäffer sah aus Kredit-erweiterungen keine Möglichkeiten für öffentliche Arbeiten. Es war typisch für den Minister, dass er, als ich ihm im kleinsten Kreise die Unmöglichkeit auseinandersetzte, alle die schönen Dinge, an die er dachte, zu bezahlen, einfach erklärte, dass man dann eben die Finanzierungsfrage zurückstellen müsse (S.369), oder dass Luther eben finanzieren müsse und dass er, wenn man ihm Schwierigkeiten bereite, nicht mehr mitmachen werde (S.372). Ich hatte Recht, in einer Besprechung bei Stegerwald darzulegen, man köme nur weiter, wenn man der Reichsbank nicht ein ganzes Programm zumute, das könne sie nicht schlucken; dagegen werde man sie zu einer Reihe von Einzelmassnahmen bringen (S.395).

Brüning glaubte nicht mehr daran, dass wir im Sommer mit der Reparationsfrage fertig werden könnten; wir müssten bis März 1933 "durchhalten" können. Für Brüning war die Benutzung militärischer Ausdrücke typisch. Schäffer hielt ein Durchhalten bis zum Frühjahr für unmöglich (307). Die Durchhalteparole wiederholte Brüning nun ständig, "und wenn wir Betrug anwenden sollten" (S.317). Ebenso regelmässig widersprach Schäffer. Wenn wir Leith-Rose erklärten, wir könnten bis April 1933 durchhalten, würde er uns nicht für ernsthaft halten (S.350). Als auch ich gegenüber der Parole ein skeptisches Gesicht machte, riskierte Brüning eine kleine Lüge. Schäffer habe ihm in einer abendlichen Unterhaltung dieses Durchhalten als durchaus nicht unmöglich bezeichnet. Als ich das Schäffer berichtete, meinte er, er müsse seine wirkliche Auffassung dem Kanzler noch einmal schreiben, weil er es sonst nicht verstehen wolle (S.370).

Entweder muss es in der letzten Zeile auf S.315 statt "Layton" heissen: Laval, oder in der zweiten Zeile auf S.316 statt "Laval": Layton. Ich halte das zweite für richtig!

Bei seinen Berichten über Greener (S.323/24) muss Brüning vieles missverstanden haben. Ob Groner nicht an einen Krieg geglaubt hat und deshalb nicht von Kissingen zurückgekommen ist, weiss ich nicht. Dass aber "in der Zwischenzeit der Schlieffen-Plan geändert und der Durchmarsch durch Belgien eingehalten worden" sei, ist falsch. Der bereits 1905 aufgestellte Schlieffen-Plan sah von Anfang an den Durchmarsch vor. Bülow, der in seinen "Denkwürdigkeiten" die durch die Akten widerlegte Behauptung aufstellte, er habe überhaupt nie etwas vom

Schlieffen-Plan erfahren, behauptete ebenso wahrheitswidrig, er habe den Kaiser vor dem "ungeheuren Fehler" der Verletzung der belgischen Neutralität gewarnt. Bethmann-Hollweg hat diese Warnung tatsächlich ausgesprochen. 1913 hat der Staatssekretär von Jagow in einer vertraulichen Aussprache mit den Parteien mit Bestimmtheit erklärt, Deutschland werde die Neutralität Belgiens nicht verletzen, und vom Generalstabschef von Moltke die Änderung des Operationsplans verlangt. Der Generalstab prüfte nach, kam aber zu dem Schluss, der Krieg sei nicht anders zu führen. Kanzler und Staatssekretär gaben nach. Der jüngere Moltke hat trotz Warnung das Verhängnisvolle des Schlieffen-Plans, den Durchmarsch durch Belgien, beibehalten, aber den grossen Gedanken, alles auf eine Karte zu setzen - "macht mir den rechten Flügel stark" -, verwässert. Schon 1913 setzte er das Stärkeverhältnis zwischen rechtem und linkem Flügel von 7:1 auf 3:1 herab.

Falsch ist auch die Darstellung Brünings, Groener habe "dann" mit Ludendorff schwere Zerwürfnisse gehabt und sei deswegen kaltgestellt worden. Groener hatte im Generalstab als Chef der Eisenbahnabteilung mit Ludendorff, dem Chef der Operationsabteilung, gelegentlich Reibungen gehabt. Aber er besass im Kriege als Chef des Eisenbahnwesens wie als Chef des Kriegsamtes das volle Vertrauen Hindenburgs und Ludendorffs. Auch als er ins Kreuzfeuer der Kritik geriet, die Schwerindustrie ihm eigenmächtige Nachgiebigkeit vorwarf, weil er Arbeitervertreter als gleichberechtigte Partner anerkannte, der linke Flügel der Sozialdemokraten dagegen ihm den militärischen Ton seines Appells an die Heimat ("Ein Hundsfott, wer streikt, solange unsere Heere vor dem Feinde stehen") schwer verdachte, hielt man ihm in der OHL noch die Stange. Doch als er in einer Denkschrift, die seine Ordonnanzoffizier, der Rittmeister d.R. Richard Merton, der Chef der Frankfurter Metallgesellschaft, entworfen hatte und die den berühmten Satz enthielt: "Die Masslosigkeit unserer Kriegsgewinne entspricht der Masslosigkeit unserer Kriegsziele!", eine Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer und eine Ermächtigung für den Reichskanzler forderte, jedes industrielle Unternehmen unter Zwangsverwaltung zu stellen, lief die Schwerindustrie gegen ihn Sturm, und Ludendorff liess im August 1917 seinen besten Mann fallen. Er war 6 Monate, erst als Führer einer Division, dann eines Korps, an der Front im Osten tätig, wurde im März 1918 Chef des Generalstabs bei Eichhorn und im Oktober Nachfolger von Ludendorff. Bis zu diesem Zeitpunkt kann man von einem "tragischen Schicksal" Groeners wohl kaum sprechen.

Wer auf S.326 mit Schr., dem Vetter von Fessler, gemeint ist, weiss ich nicht. Dass schon damals "sehr viele Nazis" in der Beamtenschaft gewesen seien, glaube ich nicht. Wenn ein Zöllner am Rhein in Amtstracht in eine Naziversammlung gekommen ist, kann es sich nur um einen Ausnahmefall gehandelt haben, denn Dietrich schlug bei seiner Hassliebe auf die Nazis - "ich will ja dasselbe wie die Kerle, nur vernünftiger-" bei jedem Beamten, der seine Parteizugehörigkeit offen zeigte, einen Krach, der durch das ganze Ministerium hätte.

5.3.32 (S.327-30)

Somary, der Prophet, sagte schon damals einen Krieg zwischen Amerika und Japan voraus (S.328). Schäffer erzählte dem Kanzler, Somary habe ihm immer gesagt, die Krise würde erst aufhören, wenn das englische Pfund vom Gold getrennt sei, wenn die Banken in Deutschland und Italien (? sollte das nicht heissen: Österreich) zusammengebrochen wären und wenn der Kreuger-Konzern zusammenkrachte. Am 10. März fragte Schäffer den Schweizer, ob er nicht auf die dritte Bedingung verzichten könne. Aber der sagte, dass ihm das nicht möglich sei (S.352). Am 12. März erschoss sich Kreuger in Paris (S.358).

6.3.32 (Sonntag)

7.3.32 (S.338-39)

Die Pressenachricht über die Zusage an Preussen, von der Schäffer nichts wusste, stimmte doch. Schäffer machte Pünder Vorwürfe, dass die "Preussensache gemacht" worden sei. Offenbar hatte man sich auf höchster Ebene (Brüning-O. Braun) darüber verständigt. Pünder kam mit der ersten lahmen Entschuldigung, man habe keine Zusage zur Deckung von Kassenmitteln gemacht (S.330). Aber fortan setzten sich die 400 Mio ungedeckte Ausgaben zusammen aus: 150 Mio für Biersteuer, 150 Mio für Arbeitslosenregelung, 100 Mio für Preussen (S.340 und 351).

Schäffer sprach jetzt immer häufiger über seinen Abschied. Er sagte das Pünder, der allerdings meinte, der Kanzler werde ihn nicht gehen lassen, er brauche ihn bis März 1933 (S.337). Er erzählte Pündermenges seine Ullstein-Pläne, der Bankier teilte ihm Brünings höchst anerkennendes Urteil über ihn mit (S.341). Er arbeitete an seinem Abschiedsgesuch und er sagte Dreyse auf dessen Bemerkung, auf Schäffers Zusage könne er sich verlassen: Auch ich würde Zusagen halten (S.362). Er sprach ausführlich mit Planck über sein Ausscheiden und über die Nachfolgefrage (403). Dass er in dieser Besprechung zwei Staatssekretäre (Zarden und mich) als das "Gegebene" bezeichnete, widersprach etwas seiner bisherigen Haltung. Er hatte auch selbst Bedenken wegen Zardens Charakter. Planck unterstrich sie und meinte, der Kanzler habe eigentlich nur zu mir das entscheidende Vertrauen. Doch in der Be-

sprechung mit Pünder (S.416) schlug er wieder Zarden und mich zusammen vor, wir würden die Dinge schon gemeinsam machen können. Hier zeigte sich ein wesentlicher Charakterzug Schäffers, er konnte keinem wehe tun. Das hatte ihn auch in der Bankenfrage gehindert, die Personalien so schnell und so hart zu regeln, wie es nötig gewesen wäre.

Die Ansicht des klugen alten Wallenberg, man solle eine möglichst hohe Summe, als Abschlusszahlung bei den Reparationen festsetzen, diese Summe aber so "verklausalieren", dass sie tatsächlich nie zur Zahlung komme (S.338), entsprach genau der ~~Taktik~~, die ich in Lausanne mit Erfolg durchgeführt habe.

8.3. (S.339-44)

Es ist interessant, dass ein Mann wie Schäffer für Zeiten der Verwilderung und des Autoritätsschwundes den Abschreckungszweck der Strafe an die erste Stelle setzte (S.343).

Hermann Bernhard Fellingner war einer der ausgezeichneten "Geheimräte" aus der guten Schule des Preussischen Handelsministeriums, dessen Beamte sich dort einen umfassenden Überblick über die Möglichkeiten und Bedürfnisse der Industrie verschaffen konnten und häufig aus dem Ministerium in führende Wirtschaftsposten hinüberwechselten. Fellingner war im Ministerium jahrelang Mitarbeiter und dann Nachfolger von Flotow, der in der Geschichte des Stahlvereins als Vertreter des Reichs während der Mehrheitsbeteiligung des Reichs beim Stahlverein eine bedeutungsvolle Rolle spielte. Fellingner selbst war als Aufsichtsratsvorsitzender der Didier-Werke AG (bis 1941) massgebend an der Umorganisation dieser Firma, des grössten deutschen Unternehmens im Feuerfestgeschäft, im Jahre 1932 beteiligt. Von Fellingner kamen die ersten Nachrichten über ein Nachlassen der Krise (S.344); auf ^{an} deren Gebieten liess sich aber noch keine Taube mit dem Ölzweig sehen.

9.3. (S.345-46)

Adenauer war seit 1917 OB von Köln und hatte viel Geld und Energie darauf verwandt, seine Heimatstadt zu verschönern und zur Messe- und Universitätsstadt zu machen. 1920 auch Präsident des Preussischen Staatsrats, besass er Freunde nicht nur im Zentrum, sondern auch in der Kölner Bankwelt. Politische Neigungen und menschliche Sympathie verbanden ihn vor allem mit Louis Hagen. Adenauer konnte, wenn er wollte, ein grosser Zauberer sein, und Schäffer war empfänglich für Geist und Charme.

10.3. (S.347-50)

An die Besprechung mit Weissmann, den Schäffer in Sachen des Lee-Higginson-Kredits zu mir schickte, erinnere ich mich nicht mehr.

11.3. (S.350-57)

Artur Feiler gehörte zu den gemässigten Reformern, er war für Arbeitsbeschaffungsprogramme, aber in den Grenzen einer naturgemässen Kreditausweitung, und gegen jedes "grosse Programm" (S.355). Das war genau die These, die ich auch vertrat.

Wilhelm Cuno (1878-1933) stammte aus dem Reichsschatzamt, wo er 1912 zum Geheimrat aufrückte, und im Weltkrieg ~~das~~ Generalreferat für Kriegswirtschaftliche Fragen leitete. 1917 trat er in das Direktorium der Hapag ein und wurde 1918 nach Ballins Tod dessen Nachfolger. Der hochgewachsene, liebenswürdige Mann bestach durch sein weltmännisches Benehmen und stand im Geruch weltpolitischer Verbindungen. Rathenau meinte: Diese Zigarre wird wegen ihres schönen Deckblatts auch noch einmal geraucht werden müssen. 1920 berief ihn Ebert als Reichskanzler. Ein Jahr führte er das Kabinett des passiven Widerstandes. Dann kehrte Cuno in den Vorstand der Hapag zurück und erhielt 1926 wieder den Vorsitz. Nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft haftete dem glänzenden Mann immer der Ruf der Naivität an. Trotz seiner antlichen Vergangenheit hatte er keine Bedenken, anspruchsvolle Forderungen an das Reich zu stellen, und traf sich hierin mit seinem brutaleren Kollegen Glässel (S.358). Die Hapag hatte 1919 die Flotte bis auf 5 kleine Schiffe abliefern müssen. Den Wiederaufbau führte sie 1920-1926 in Interessengemeinschaft mit der amerikanischen Harriman-Gruppe durch. Die finanzielle Schwäche machte die Hapag ebenso wie die anderen Reedereien abhängiger von den Banken. 1930 mussten Hapag und Lloyd unter dem Druck der Grossbanken eine Interessengemeinschaft abschliessen, die einer Fusion gleichen kam. In der Weltkrise musste das Reich mit Garantien einspringen, und die Reedereien gerieten in Abhängigkeit vom Staat. 1935 fiel die Mehrheit des Aktienkapitals an das Reich, 1941 wurde die Reprivatisierung durchgeführt. Max Warburg, dessen Bank von jeher an der Hapag beteiligt gewesen war, trat dafür ein, den Reedereien zu helfen, aber erst nach durchgeführter Reorganisation und Säuberung. Der "starke Mann", der die Hamburger und Bremer zusammenhalten sollte (S.356), ist nie gefunden worden.

1233. (S.357-58)

Leider ist die Unterhaltung mit Leith-Ross nicht wiedergegeben. Im Gespräch mit mir riet er, die Krise auf dem „einzig anständigen“ Wege zu überwinden, durch Abwertung. Seitdem England vor einem halben Jahr diesen Weg gegangen war, gab es für Leith-Ross keinen anderen. Row Dutton hatte ihn mir auch schon empfohlen, aber der liess sich wenigstens davon überzeugen, dass es noch andere diskutierbare Möglich-

keiten gab. Wie Brüning später berichtete, hat auch ihm und Schäffer Leith-Ross gesagt, wir müssten dévalvieren (S.392).

13.3. (S.359)

Der Ausgang der Reichspräsidentenwahl enttäuschte viele, sowohl bei Hitlers wie bei Hindenburgs Wählern. Nüchterne Beobachter hatten vorausgesagt, dass der erste Wahlgang noch keine Entscheidung bringen würde. Aber Schäffers Urteil, es sei vielleicht ganz gut, dass Hindenburg nicht sofort gewählt worden sei, und die dafür gegebene Begründung halte ich nicht für richtig. Dadurch dass ein zweiter Wahlgang notwendig wurde, ist es dem alten Herrn erst überaus schmerzlich zum Bewusstsein gekommen, dass ihn "seine" Leute im Stich gelassen und die falsche Leute, die "Sozis, die Katholiken und das Berliner Tageblatt", wie er sich selbst gegenüber dem Reichspressechef Walter Zechlin ausdrückte, gewählt hätten. Zur Not verständlich, aber überaus ungerecht, trug er das Brüning nach. Das war ein Akt erstaunlicher Undankbarkeit gegenüber dem Kanzler, der sich bis zum Äussersten für den Feldmarschall eingesetzt und bei der Kundgebung im Sportpalast am 8. März die Rede gehalten hatte, die viele als beste seines Lebens ansahen. Brüning verehrte den Mythos des Feldmarschalls, aber er hatte auch keine andere Wahl. Den Gedanken einer Reichsverweserschaft hatte er aufgeben müssen, und im Kampf um das Reichspräsidentenamt konnte nur der alte Feldmarschall den böhmischen Gefreiten schlagen. Dass aber Brüning den alten Herrn in die Lage gebracht hatte, mit verkehrter Front kämpfen zu müssen, spielte bei ^{seiner} ~~ihm~~, vielleicht unbewusst, eine entscheidende Rolle, als er seinen Kanzler entliess. Dieser wiederum war zutiefst gekränkt ob der Undankbarkeit des von ihm so hoch verehrten Reichspräsidenten. Diese Zuspitzung in dem Verhältnis zwischen beiden Männern wäre vielleicht vermieden worden, wenn Hindenburg im ersten Wahlgang gewählt worden wäre.

14.3. (S.360-63)

Der Gedanke Schäffers, sich durch Mannheimer Silber auf 5 Jahre einkaufen zu lassen (S.363) kam auf etwas ähnliches wie das hinaus, was Dietrich im Sommer bei seinem mir erteilten Auftrag für ^{Defending} ~~sein~~ vorgesehen hatte.

15.3. (S.364-68) Schäffer gibt ausführlich seine Unterhaltung mit dem Mann aus Chicago wieder, mit der für seine Kinder unverständlichen Tatsache, dass sie unbewaffnet sein müssten, während die des französischen Botschafters bis an die Zähne bewaffnet herumlaufen dürften, und der zynischen Bemerkung François-Poncets zu diesem Thema (S.366). Leider erfahren wir aber nichts über die Unterhaltung Schäffers mit ^{sein} dem Franzosen.

07203

16.3. (S.368-71) Der von Rieth als schwankend bezeichnete Ministerpräsident war der christlich-Soziale Dr. Karl Buresch (1878-1936), der vom Juni 1931 bis Mai 1932 zweimal MF war. Die beiden deutschfreundlichen Minister waren der Minister des Innern Franz Winkler (Landbund, Jahrg. 1890) und der Landwirtschaftsminister Engelbert Dollfuss (1892-1934), christlich-sozial, als Nachfolger von Buresch Bundeskanzler bis zu seiner Ermordung. Beide hatten schon dem Kabinett von Dr. Otto Ender angehört, der von Dezember 1930 bis Juni 1931 ~~Bundes~~ Bundeskanzler war.

17.3. (S.372-76) Dr. Friedrich Schmitt-Ott (1860-1952) war der letzte königl. preuss. Kultusminister vom August 1917 bis November 1918. Nach dem 1. Weltkrieg war er u.a. Vorsitzender des Auswahlkomitees für die deutschen Cecil Rhodes-Spendiaten.

18.3. (S.376-79) Schäffer hatte mit gewohnter Loyalität dem amerikanischen Botschafter gegenüber Brüning's These vertreten, dass wir bis zum nächsten Frühjahr durchhalten könnten. Aber Dieckhoff gegenüber gab er seine Bedenken gegen diese ganze Politik zu, "mit der wir mehr uns selbst als den anderen etwas vormachen" (S.376).

19.3. (S.380-84) Diese Bedenken bildeten den Inhalt des Briefes, den er am 19.3. an Brüning sandte (S.380). Schäffer schrieb u.a., er habe "den ganzen Herbst ständig darauf gedrängt, den Haushalt reichlich zu decken... Ausschlaggebend war dabei auch der Gedanke, dass wir in die Reparationsverhandlungen so finanziell gerüstet hineingehen müssten, dass wir nicht genötigt wären, aus Schwäche Zugeständnisse zu machen. Aus dem gleichen Grunde habe ich damals auch vorgeschlagen, die Erhöhung der Umsatzsteuer vorzunehmen, weil ich annahm, dass wir am Beginn der Reparationsverhandlungen standen". Bis zum Herbst 1932 drohe dem Haushalt keine wesentliche Gefahr, über diesen Zeitpunkt hinaus könne nichts mehr garantiert werden.

^{Dort}~~Dort~~ gegenüber hat Schäffer dann noch ausgeführt, was er auf die Frage des Kanzlers "Was soll ich tun?" antworten würde (384). Stegerwald sagte er, wir hätten seit Dezember in der Finanzpolitik nur Unsinn gemacht, der Kanzler gäbe sich einer Illusion hin, wenn er glaube, man könne bis Frühjahr 1933 durchhalten (397). Planck bestätigte, das Durchhalten sei für den Kanzler ein heiliger Begriff, er wolle die Wirklichkeit nicht sehen (403). In der langen Besprechung mit Pünder am 29.3. antwortete Schäffer auf Pünders Frage, ob er nicht bleiben würde, wenn Dietrich das erfüllte, was er wollte; "Das lässt sich nachträglich gar nicht mehr erfüllen" (S.416). Auch gegenüber

Dreyse schüttelte er sein Herz aus (S.422). So wurde über die Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und dem Kanzler viel gesprochen, und man begann, den Riss für unheilbar zu halten.

Mit gewohnter Schlagfertigkeit sagte Schäffer auf den von Jeidels verkündeten Grundsatz -der im übrigen nicht einmal gegenüber dem Ausland unbedingt richtig ist-, Reichsgarantie für alte Schulden sein ein Unsinn: das werde er sich für Sanierungen merken (S.382). Luther betonte, es dürfe bei den Privatschulden nur die Idee des "Nichtkönnens", nicht auch des "Nichtwollens" aufkommen (S.386). Brüning wies darauf hin, bei allen Devisenmassnahmen müsse man die reparationspolitischen Wirkungen im Auge behalten (S.388). Er erwähnte wieder als akzeptable Reparationslösung die Endzahlung von 2-3 Mrd. (S.389). Kurz, die längst bekannten und ständig wiederholten Thesen bildeten den Inhalt der meisten Besprechungen über die Kreditbeziehungen zum Ausland.

20.3. (S.384-85)

Sonntag. Gespräch mit Dorn

21.3. (S.385-92)

Der Kanzler versprach sich von der Lausanner Konferenz eigentlich recht wenig. Jetzt glaubte er, dass die aus dem Ergebnis zu ziehenden Folgerungen von der Haltung Amerikas abhängig seien. Da die Amtszeit des Präsidenten am 20. Januar beginnt und endet und seit John Adams im Jahre 1797 stets vom 4. März an praktisch ausgeübt wird, die Wahl des neuen Präsidenten aber im Herbst 1932 erfolgte, bestand Brüning auf seiner These, man müsse sich darauf einstellen, bis zum April 1933 durchzuhalten. Bülow erhob mit Recht den Einwand: wenn Hoover nicht wieder gewählt würde- tatsächlich wurde jaek auch Delano Rossevelt gewählt-, würde der neue Präsident sich nicht vor November 1933 mit der Schuldenfrage befassen, wir müssten also bis dahin durchhalten (S.388). Tatsächlich war das amerikanische Schuldenproblem ein fast ebenso grosses Hindernis für die Lösung der Reparationsfrage wie die französische Einstellung zu dem Verhältnis Reparationen/Privatschulden. Ich habe in Lausanne ⁱⁿ einer stundenlangen Nachtsitzung meine Weigerung, einen zahlenmässigen Vorschlag für unsere ~~End~~zahlung zu machen, mit der Abhängigkeit der Reparationslösung von den amerikanischen Schulden begründet. Das war an sich richtig; aber schliesslich wurden die Amerikaner einfach gezwungen, auf die Forderungen an ihre Alliierten zu verzichten, nachdem diese sich auf den Verzicht auf Reparationen geeinigt hatten. Dadurch brachte Lausanne tatsächlich, was vorher die wenigsten für möglich gehalten hatten, die endgültige Lösung der Reparationsfrage.

22.3. (S.393-401)

Bei der Suche nach geeigneten Projekten für die Arbeitsbeschaffung kam Schäffer auch auf die Hausreparaturen (S.396). Das war eines der Hauptobjekte des Reinhardt-Plans im Jahre 1933.

Stegerwald, der wirklich eine der festesten Säulen des Brüning-Kabinetts war, hatte auch viel an der Wirtschafts-, noch mehr aber an der Innenpolitik auszusetzen (S.398). Dass der seit dem Oktober 1931 mit der Führung des Innenministeriums beauftragte Reichswehrminister Groener den Hauptmann Röhm empfing und einen offenbar nach rechts tendierenden Nationalsozialisten-Erlass der Reichswehr herausgab, war schwer zu verstehen und ist auch heute um so weniger zu verstehen, als Groener kurz darauf durch das Verbot der SA die Wirbel in Bewegung setzte, die zum Sturz Brünings führten.

Trendelenburg war der Ansicht, dass sich bereits wieder latente Aufstiegskräfte in der Wirtschaft sammelten (S.398). Man durfte also mit der Reparationslösung nicht mehr lange warten.

23.3. (S.402-05)

Der Tredi-Fina-Kredit (S.405) war ein alter holländischer Kredit. Mehr kann ich nicht sagen. Aber zur "Liquidmachung" ist Folgendes zu bemerken. Die auf Anregung von Dernburg im Juli 1931 gegründete "Akzept und Garantiebank AG", von deren Aktienkapital (200 Mio) das Reich 40 v.H., die Golddiskontbank 10 v.H., die Grossbanken den Rest übernahmen, deren Aufgabe darin bestand, durch Diskontierung und Akzeptierung von Wechseln ^{Kredit} an Banken und Sparkassen zu gewähren, und die bis Ende 1931 für Stützungskredite mit 1625 Mio beansprucht wurde, liess seit März 1932 nur noch "Akzeptbank", sie wurde 1936 aufgelöst, nach dem ihr Wechselbestand planmässig laufend verringert worden war. Ihre Arbeit wurde ergänzt durch die im Dezember 1931 gegründete Diskontkompagnie AG, deren Aktienmehrheit in der Hand der Golddiskontbank lag und die zur Aufgabe hatte, ein normales Arbeiten des Privatdiskontmarktes zu sichern, so dass nicht mehr der grösste Teil des Umlaufs an Privatdiskonten von der Reichsbank aufgekauft werden musste. Im Laufe des Jahres 1932 zeigten sich zwei Schwierigkeiten bei den Banken, die ihre völlige Gesundung verhinderten aber mindestens verzögerten. Die Banken mussten mit ihren Forderungen stillhalten, um den Konkurs ihrer Kreditnehmer zu verhindern, die Forderungen froren ein. Die Golddiskontbank griff helfend ein, indem sie die Forderungen in Beteiligungen umwandelte. Sie kam aber noch nicht zu ihrem Geld, da die Aktien nicht verkauft werden konnten. Sie gründete deshalb im Dezember 1932 die Deutsche Finanzierungs-Institut AG (Finag), die mit

einem Aktienkapital von 30 Mio ausgestattet war, ^{aus} die durch Übernahme von Aktien zur Mobilisierung eingefrorener Forderungen beitrug. Ihre Gründung kam zu spät. Im Tiefpunkt der Depression wäre sie stärker in Anspruch genommen worden. Ihre Bedeutung blieb gering. Gröser war die der zur gleichen Zeit gegründeten Tilgungskasse für gewerbliche Kredite (Tilka), die es den Banken ermöglichen sollte, Verluste, die sie bei der Sanierung eines Schuldners im Vergleichsverfahren erlitten und die sie nicht auf einmal abschreiben konnten, auf mehrere Jahre zu verteilen.

24.3. (S.406-07)

Hilferding gehörte zu den Menschen, auf deren Rat Schäffer besonders gern hörte und denen er sich rückhaltlos anvertrauen konnte. Hilferding war ein ungewöhnlich kluger Kritiker; sollte er selbst handeln, hinderte ihn die Vielzahl der Möglichkeiten, die er sah. In seiner Kritik der Preissenkungsmassnahmen Goerdelers hatte er Recht. Carl Goerdeler, seit Dezember 1931 Freiskommissar, wollte unter allen Umständen zu raschen Ergebnissen kommen, nahm Senkungen vor, die auch Brüning nicht glücklich machten, und befasste sich, über die Aufgaben seines Amtes hinausgreifend, mit der Neuordnung der staatlichen Wirtschaftspolitik. Seine im Mai 1932 dem Reichspräsidenten hierüber vorgelegte Denkschrift erregte einen Sturm im Kabinett. Trotzdem schlug Brüning bei seiner Verabschiedung ihn als Reichskanzler vor. Leider kam es nicht dazu.

25.3. (S.408-)

Karfreitag.

26.3. (S.408-411)

Wenn ein Gläubiger stürmisch Zahlungen von uns verlangte, wie damals die Amerikaner für Besatzungskosten und mixed claims, standen wir immer in der Gefahr, dass uns die anderen Gläubiger wegen der Bevorzugung eines von ihnen schwere Vorwürfe machten. Berger setzte mit Recht auseinander, dass wir die mixed claims zahlen müssten, die Besatzungskosten dagegen nicht zu zahlen brauchten. Ich hatte den Kampf Frankreich/USA in dieser Frage schon in London erlebt, hatte dort erklärt, dass eine Bezahlung von mixed claims dem Hoover -Plan nicht zuwiderlaufen würde, und war daher der Ansicht, wir könnten und sollten die Berufungen anderer, vor allem Frankreichs, abweisen.

27.3. (S.412) 1.Osterfeiertag

28.3. (S.412) 2.Osterfeiertag

29.3.-31.3. (S.412-427)

In diesen letzten Märztagen fiel das lange Gespräch mit Pünder (S.414-17) und die Sitzung der Reichsschuldenverwaltung am 30.3. Der

negative Ausgang hatte zur Folge, dass wir mit den Kreditermächtigungen nur bis zum 30. April reichten, und dass daher der Reichstag Ende April zusammentreten und ein Gesetz über Kreditermächtigungen beschliessen musste (S. 421). Das passte Brüning nicht in den Kram, der den Reichstag nicht vor Mitte Mai einberufen wollte. Er sagte Pünder, die Einberufung Ende April mache er nicht mit. Schäffer erklärte mit der gleichen Entschiedenheit, er werde die Geschäfte nicht ohne die erforderlichen Kreditermächtigungen führen (S. 424). Es war nicht einmal sicher, ob es zur Verlängerung des Lee Higginson-Kredits einer neuen Ermächtigung bedürfe *oder nicht*.

Tagebuch Schäffer vom 1.4.-31.5.1932 (S.428-542)

1.6.4.32 (S.428/29) Die Bemerkung über den Läufer von Marathon kennzeichnet Schäffer.

7.4.(429-37) Den Brief vom 7.4. (S.429) schrieb ich im "Rheingold", auf der Fahrt von Badenweiler nach London, wohin ich mich auf Order von Ritter schnellstens begeben sollte, um in einem Unterkomitee über Anleihefragen tätig zu sein. Ich berichtete Schäffer, ich hätte einen ganzen Nachmittag bei einem Spaziergang auf dem "Blauen" dem Kanzler unsere Etatslage dargelegt; selbst unter den günstigsten Voraussetzungen hätten wir ein Defizit von 100 Mio, das nur durch eine Scheindeckung, nämlich die Einstellung eines Erlöses aus dem Verkauf von Vorzugsaktien, gedeckt werden könnte. Ich schrieb weiter: "Der Kanzler sieht aber zur Zeit, anscheinend auf Grund von Mitteilungen von Höckelsberger über den verhältnismässig günstigen Stand der kleinen und mittleren Industrien in Süddeutschland, ziemlich optimistisch für unsere wirtschaftliche Entwicklung und glaubt, mit Ausnahme vielleicht der Einkommensteuer, nicht an ein weiteres Absinken der ~~Einkommensteuer~~ ^{aufkommen}. Obwohl ich meine Ausführungen stets damit schloss, dass wir 1932 ein -ziffernmässig allerdings schwer einzuschätzendes- Risiko hätten, sagte der Kanzler ganz gemächlich in Karlsruhe zu Bülow, wir müssten bis Frühjahr 1933 durchhalten, ich meinte auch, es ginge, ich wäre optimistischer als Sie. Ich habe daraufhin sofort eingegriffen und gesagt, ich wäre mit Ihnen vollständig einig; ich hätte ja dem Kanzler alle Zahlen genannt, ebenso wie Sie, und es müsse nun seiner Entscheidung überlassen bleiben, wie hoch er das Risiko einschätzen wolle, und ob er seine politische Linie auf ein solches Risiko aufbauen wolle. Der Kanzler gab das zu und wiederholte dann Bülow gegenüber die Gründe für seinen Optimismus. Er will eben nicht anders". Ich hätte dann auch über die Kreditsachen auftragsgemäss an der Hand eines Exposés von Schäffer gesprochen und nachdrücklich auf die Gefahren hingewiesen, die bei einer Verzögerung beständen, "fand aber wenig Gegenliebe, da er zu ungern den Reichstag alsbald nach der Freussenwahl versammelt haben will. Er hat schliesslich die Entscheidung vertagt..".

In der Reparationsfrage gingen die Ansichten weiter sehr auseinander. Während Schäffer die Ansicht vertrat, sie müsse in Lausanne in einem gewissen Umfang gelöst werden (430), hielt es der sonst viel optimistischere Ritter für ganz ausgeschlossen, dass man im Juni in der Reparationsfrage überhaupt weiterkommen könne (431). Brüning sagte zu Kempner, das Volk könne nicht einen zweiten solchen Winter durchhalten, es müsse daher im Sommer zu Erleichterungen kommen, verriet aber nicht,

wie er sich das dachte (471). Die gleiche Haltung, ohne eine beruhigende Regelung kämen wir nicht über den nächsten Winter, man wisse aber nicht, was sich in Lausanne eigentlich ereignen werde, vertrat auch Dietrich (475). Wallenberg meinte, mehr als eine drei- bis fünfjährige Pause würden wir nicht erreichen, auf mehr würden sich die Franzosen kaum einlassen (486). Blücher glaubte, die Regierungen seien jetzt viel zu festgefahren, um weiterzukommen; wenn Lausanne gelingen sollte, müssten zunächst die Wirtschaftler untereinander reden (517). Clarence Dillon fürchtete, mit gar nichts würden wir bei den Franzosen nicht durchkommen, obgleich jede Zahlung unvernünftig sei; er schlug die Übergabe von Bonds als "Beitrag zum Wiederaufstieg der Welt" an einen gemeinsamen Treuhänder vor, mit dem Recht, davon so viel zu verkaufen, wie am Markt unterzubringen seien (522). Einen ähnlichen Gedanken brachten Papen in Lausanne, als "Beitrag zu einem gemeinsamen Unterstützungsfonds" im Rahmen einer "konstruktiven Zusammenarbeit" ins Gespräch. Ich war davon nicht sehr begeistert, erwähnte aber am zweiten oder dritten Tag unserer Verhandlungen mit den Franzosen nebenbei, "under the breath", Deutschland erkenne die Schwierigkeiten an, die besonders in den Donauländern bei Aufhören der Reparationszahlungen entstehen könnten, und sei bereit, "im Rahmen seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten einen Beitrag zu einem gemeinsamen Unterstützungsfonds" zu leisten. Was ich befürchtet hatte, trat prompt ein. Herriot sagte mit vorwurfsvollem Nachdruck: Dann habe ich wohl immer falsch verstanden, wenn Sie sagten, Sie könnten nichts zahlen. - Schäffer fand auch die Kanzlerrede im Reichstag mit den "100 Metern vor dem Ziel" nicht gut, da er mit zu grosser Sicherheit von der Reparationslösung gesprochen habe. Er selbst sah Lausanne höchst skeptisch entgegen, er sah nur die Möglichkeiten einer mit politischen Forderungen belasteten Lösung oder einer wirtschaftliche verhängnisvollen Vertagung (536). Es ist zu verstehen, dass er bei einer so pessimistischen Einstellung den Gedanken seines Ausscheidens mit immer stärkerem Nachdruck betrieb.

Auf die Frage Dietrichs, ob er wirklich Ende April gehen wolle, sagte er, der Minister kenne den allgemeinen Grund, dann sei in den letzten Monaten vieles anders gelaufen, als er gewollt habe. Vor allem aber: der Kanzler wolle von ihm die Erklärung, dass wir bis Frühjahr oder sogar bis Herbst 1933 aushalten könnten, und die könne er ihm nicht geben (433). Hilferding gegenüber erklärte Brüning, die Zeit für ein Ausscheiden Schäffers scheine ihm jetzt nicht richtig; er habe aber meinte Hilferding, die Sache bewusst etwas vor sich hingeschoben (459).

Melchior fand es richtig, dass Schäffer die "Hasardpolitik" nicht mitmachen wolle; gehe es schief, treffe ihn die Verantwortung; gehe es gut, schöpfen andere den Ruhm (463). Reiner (Voss) berichtete, der Kanzler betone immer, er habe vor Schäffers Intellekt weitgehenden Respekt, Schäffer unterschätze aber unsere Durchhaltenmöglichkeiten (466). Danach besprach Brüning mit anderen Schäffers Vorzüge und Mängel. Planck sagte Kempner, er glaube nicht, dass der Kanzler Schäffer gehen lassen werde; wenn Brüning auf Schäffers Brief noch nicht geantwortet habe, so liege der Grund wohl darin, dass sich in der Seele des Kanzlers ständig Kämpfe abspielten zwischen seinem Ziel der vollständigen Beseitigung der Reparationen und der Erkenntnis der gegenwärtigen schwierigen Lage (472). Diese Deutung gibt einen Schlüssel für das Verhalten des Kanzlers Schäffer gegenüber, das in seiner Undurchsichtigkeit und dem Ausweichen vor der Entscheidung einen Blick in Brünings komplizierten Charakter tun lässt. Die Nachfolgefrage regelte Schäffer mit Dietrich dahin, dass er zwei Staatssekretäre ernennen werde, von den in Aussicht genommenen Ministerialdirektoren haben später Hedding die Steuer- und Olscher die Etatsabteilung übernommen. Dass Groener mich einmal als Ersatz für Meissner hat haben wollen, habe ich nie erfahren (491). Ich weiss nicht, ob ich den Posten angenommen hätte; sicher nicht, wenn ich von den Intrigen erfahren hätte, die in der Umgebung des Präsidenten gegen Brüning gesponnen wurden. In dem Gespräch mit dem Abgeordneten Hoff kam zum Ausdruck, dass Brünings Anerkennung immer mit einem Erdenrest von Misstrauen behaftet gewesen sei und dass Zarden, auf Grund der früheren Zusagen Brünings, damit rechnete, allein Schäffers Nachfolger zu werden (493). Schäffer legte, nach seiner Gewohnheit, alle Gründe für sein Ausscheiden schriftlich nieder (499). Dietrich blieb bei der Entscheidung: zwei Staatssekretäre (500). Über den Zeitpunkt des Ausscheidens gab es noch viel Hin und Her (509). Interessant ist, dass Porten Schäffers Verhalten nicht billigte, mit der -wahrscheinlich zutreffenden- Begründung, auch die von Schäffer vorgeschlagenen Massnahmen würden keine Rettung, sondern nur einen Aufschub um 4-6 Wochen gebracht haben (510). Stegerwald gegenüber wiederholte Schäffer seine Auffassung, nach seinem Ausscheiden werde man auf Haushalts- und Kassenlage mehr Rücksicht nehmen (512). Der Termin des Ausscheidens wurde auf den 14. Mai festgesetzt; in der Aussprache mit Zarden charakterisierte dieser den Kanzler überraschend richtig (518). Beim Abschiedsfrühstück fehlten Schleicher und Meissner (521); wollten sie nicht auf ihre Intrigen gegen Brüning angesprochen werden? Die Antwort Schäffers auf Plancks

Mitteilung, Brüning sei sehr betroffen gewesen, als er hörte, dass Schäffers Entschluss unabänderlich sei, war völlig berechtigt: wenn er das nicht wollte, was wollte er nun eigentlich wirklich? Zutreffend war auch Plancks Erwiderung, der Kanzler habe wohl nur etwas Zeitgewinn haben wollen (527). Die Aussprache mit dem Kanzler (S.527-531) führte schliesslich zu einem versöhnenden Schluss. Aber Schäffer hatte durchaus Recht, wenn er später an Professor Feiler schrieb: Brüning habe die Möglichkeit gehabt, durch ein Eingehen auf seine Bedenken sein Ausscheiden hinauszuschieben, er habe es an freundlichen Worten nicht fehlen lassen, aber nichts getan, was die Sachlage wirklich änderte (540). Schäffers dem Kanzler gegebener Rat, mich so oft wie nur möglich, um meine Meinung zu befragen, da ich die Eigenschaft hätte, ungefragt weder zu reden noch zu schreiben (528), muss ich gegen mich gelten lassen; Schäffers Agressivität habe ich nicht besessen.

Schäffer teilte dem Minister den trotz aller Schwierigkeiten bevorstehenden Abschluss des Abkommens mit Lee Higginson mit (432). Wiggin erhob für die Privatgläubiger noch einmal Einspruch (458,462). Aber dann wurde der Kredit am 20.4. doch verlängert -nicht zum letzten Mal- (493). Und Brüning gratulierte mit einem Telegramm aus Genf, was Schäffer dahin auslegte, dass ihm der Kanzler sein Ausscheiden nicht übelnahm.

In den Verhandlungen über die Schulden der Länder und Gemeinden wurde mehr erreicht, als man eigentlich erwarten konnte. Die Schuldner waren sehr zufrieden. Alle Beteiligten empfahlen die Annahme. Nur Luther erhob Einspruch, er wollte einen Grundsatz aufrecht erhalten, honorierte aber eine von der Regierung anerkannte Abmachung. Das war echt Luther.

8.4.32 (S.437-40)

Im Wirtschaftsausschuss des Kabinetts kam man bei der Besprechung über Arbeitsbeschaffung wieder nicht über Einzelheiten hinaus. Man erörterte die Kosten je Siedlung, aber nicht die Grundfrage der Finanzierung (439). In der Besprechung mit Schäffer interessierte sich auch der Minister nur für seine geliebte Randsiedlung und dafür, dass man bei Siedlungen die Häuser nur aus Holz bauen solle; für die Geldbeschaffung dachte er an eine steuerfreie Prämienanleihe (441). Schäffer, wie immer gründlich, stellte fest, was die anderen Länder auf diesem Gebiet taten; im Vergleich dazu waren die deutschen Pläne geradezu ungeheuerlich. Ihm war klar, dass Etat und Kasse für diesen Zweck nichts hergeben könnten. Bei der steuerfreien Prämienanleihe kam er auf einer

optimalen Betrag von 400 Mio. Solche "kleinen Dinge" waren nichts für Dietrich. Darauf lasse er sich gar nicht erst ein (446-449). Sie hatten beide Recht, Schäffer, dass mit den normalen Mitteln nicht mehr als etwa 400 Mio beschafft werden könnten, Dietrich, dass mit solchen Beträgen nichts zu machen sei. Aber darüber, dass es eben ohne Kredit-schöpfung nicht ginge, und darüber, wie, wann und in welchem Umfang sie durchzuführen sei, darüber sprachen sie nicht. Auch bei Luther wurde nur die Arbeitsbeschaffungsanleihe von 400 Mio erörtert, und der Notenbankpräsident interessierte sich vor allem für die "geldlose" Lieferung von Boden, Holz, Eisen und Steinen (467).

9.-11.4.32 (S.441-446)

Ich war nur vom 7.-9. April in London und konnte schon am 11. über die Ergebnisse der Londoner Konferenz, die sich mit Anleihefragen, vor allem für die Donauländer, befasste, berichten. Es war nicht viel zu berichten; man besprach in London vor allem Organisationsfragen (442).

Schleichers schnoddrige Frage, ob wir nicht nächstens soweit seien dass wir die Zahlungen einstellen müssten, beantwortete Schäffer im gleichen Ton. Dass sich Schleicher aber bestätigen liess, die Kassenlage sei sehr schwer (S.443), hatte eine tiefere Bedeutung. Am Freitag den 8.4., besprach Groener mit den Chefs der Heeres- und Marineleitung, den Generalen Schleicher und Hammerstein, den Entwurf einer Notverordnung über ~~das~~ Verbot der SA. Schleicher erklärte dem Staatssekretär Pünder, das psychologische Moment sei gekommen, das staatsgefährdende Übel an der Wurzel zu packen. Brüning, der erst am Wahlsonntag, den 10., nach Berlin zurückkam, hatte Bedenken gegen Groeners Vorschlag liess sich aber durch die Einmütigkeit aller Beteiligten von der Notwendigkeit überzeugen, erbat und erhielt am Montag vormittag Hindenburgs Zustimmung. Um so grösser war seine und Groeners Verblüffung, als Meissner Nachmittags mitteilte, nach einem Vortrag Schleichers habe der Reichspräsident Bedenken bekommen. Schliesslich wurde die Notverordnung am 13.4. unterzeichnet. Am 15.4. wurde aber ein Brief Hindenburgs an Groener - ohne Voranzeige an Brüning oder Groener - veröffentlicht, in dem der Reichspräsident forderte, dass auch andere Wehr-Organisationen unter die Notverordnung fallen müssten; gemeint war das Reichsbanner. Das war Schleichers Geschoss, der gegen Brüning und Groener intrigierte und zunächst seinen alten Chef und Gönner Groener eine Falle stellte. Schleicher versicherte am 17.4. dem Reichswehrminister, er sei an dem Kanzlerschreiben vom 15.4. ganz unschuldig, aber Groener glaubte ihm nicht. Zu dem Spiel Schleichers gegen den

"guten Heinrich", der nur leider ohne fortune sei, gehörte auch der Hinweis, wie bedrohlich schlecht es um die Kasse stand. Diesem Zweck dient der Anruf bei Schäffer. Ich hielt das SA-Verbot für eine politische Dummheit; Schäffer widersprach mir nicht (457).

Moldenhauer stellte, aus echter Besorgnis, die gleiche Frage, wie Schleicher. Der hatte ihm erzählt, wir könnten schon den April-Ultimo nicht mehr decken. Schäffer nahm an, Schleicher stehe infolge der Kürzung der Wehrausgaben unter diesem -unrichtigen- Eindruck; es sei aber unrecht von ihm, so etwas weiterzugeben (443). Auch Schäffer ahnte nicht dass das bei Schleicher nicht Leichtfertigkeit, sondern bewusste Absicht gewesen war. Das Verbreiten von Untergangsparolen gehörte zu seinem Spiel. Dietrich unterrichtete Brüning von der Intrige, die Schleicher und Meissner gegen ihn in Szene setzten. Brüning habe, als Dietrich ihm das eröffnete, von der Vergrämung Hindenburgs zu sprechen begonnen (509). Darüber wusste er also schon im April Bescheid. Nach Dietrichs Ansicht war Groener an der Intrige nicht beteiligt, wohl aber Meissner. Schäffer meinte jedoch, bei Meissner sei das nicht Schlechtigkeit, sondern nur Grossmannssucht. Am 30.4. erzählte Trendelenburg, dass auch Warmbold antsmüde sei (521).

Der Streit mit der Schuldenverwaltung dauerte an. Bayrhofer war noch immer gegen alles, was Kühnemanns Selbstgefühl stacheln könnte, deshalb musste auch die Veröffentlichung des Gutachtens unterbleiben (445). Dietrich war -ich damals auch- für eine Änderung des Gesetzes über die Reichsschuldenverwaltung durch Notverordnung. Schäffer riet im Interesse des Reichskredits dringend davon ab (456). Ich weiss nicht, ob er recht hatte.

12.-14.4.32 (S.446-459)

Der Kanzler kam unserem Drängen insofern etwas entgegen, als er sich mit einem Zusammentritt des Reichstags am 6.Mai einverstanden erklärte. Dann sollte ihm vor allem das im Augenblick wichtigste Gesetz, die Kreditermächtigung, vorgelegt werden, die wir wegen Kühnemann u.Gen. brauchten (S.456).

15.4.32 (S.460-462)

Es ist interessant, welchen Eindruck die Amerikaner Mowrer und Knickerbocker von den führenden Nazis erhalten haben. Aus der Erzählung Mowrer geht nicht völlig klar hervor, ob Goebbels fürchtete oder hoffte, auch von den "reichen Juden" als "Scheusal" angesehen zu werden. Sein übersteigertes Geltungsbedürfnis liess beide Möglichkeiten zu. Die Frage nach der genau parallelen Entwicklung mit Italien hat Hitler sicher gut verstanden; da es nicht ein Abklatsch von Mussolini sein wollte,

konnte er die Parallelität natürlich nicht wahrhaben und zog es nach seiner Art vor, die Frage einfach zu ignorieren und mit etwas anderem zu antworten. Die monarchischen Strömungen sind bei den Nazis wohl kaum so stark gewesen, wie der Amerikaner glaubte (461). Ley und seine Leute waren alles andere als Monarchisten. Hitler selbst war es auch nicht, er benutzte den Gedanken nur, um die Rechte einzufangen. Er hat sicherlich auch nie ernsthaft daran gedacht, zu Gunsten des Kronprinzen zurückzutreten, höchstens vorübergehend, um im Schatten der Monarchie ungestört seine Organisation aufzubauen. Wilhelm II. aber setzte die Reihe seiner Fehler mit dem Verbot an seinen Sohn fort. Auch Schäffer teilte die Absicht, die damals so viele hatten, man könne die Nazis an einer Stelle in die Verantwortung bringen und dort rasch abnutzen (513). Das war eine Illusion. Das war die letzte Hoffnung gegenüber Brüning's resignierter Einstellung, auf die Dauer werde man sie nicht fernhalten können (529).

16.4.1932 (S.463-470)

Denni Heinemanns Plan, die europäische Elektrizitätswirtschaft zu verflechten und einen Elektrizitätsindex aufzustellen, war bestechend und hat nicht nur auf Brüning starken Eindruck gemacht. Die Einwände Schäffers gegen den Index-Gedanken waren berechtigt, trafen aber nur einen Teil des Heinemann'schen Plans. Um was es sich bei den Bergmann'schen Gedankengängen (464) gehandelt hat, weiss ich nicht. Eingehend und überzeugend sprach sich Schäffer in seinem Brief an Pünder (476-480) über die Pläne des Belgiers aus.

Die Feststellung, die ich Schäffer mitteilte, dass wir im April kassenmässig besser dran sein, als wir gerechnet hatten, und deshalb für Mai und Juni ebenfalls keine Sorgen zu haben brauchten (469), war die erste angenehme Überraschung auf diesem Gebiet seit langer Zeit. Sie war aber auch deshalb von Wichtigkeit, weil wir nun nicht zu fürchten brauchten, dass wir während der Konferenz von Lausanne zusammenbrechen würden.

17.4.32 (S.470-474)

Kempner hatte eine wunderbare Gabe, Menschen zu beurteilen und dieses Urteil klassisch zu formulieren. Auch dass er Bülow für kalt hielt, ist wohl richtig; interessant, dass Bülow, Neurath, der damals Nr. 1 auf der Kandidatenliste für das AA stand, so dezidiert ablehnte, aber Bülow hatte Recht darin, dass Brüning nicht das AA auf die Dauer nebenher leiten konnte; nur ein für dieses Amt geeigneter Politiker war schwer zu finden. Das günstige Urteil Kempners über Erwin Flanck kann ich nur voll bestätigen. Er hielt sich vorbildlich in für ihn persönlich schwieriger

Lagen. Er war als Vertrauensmann Schleichers seit 1919 in der Reichskanzlei, aber auch Brüning hielt viel von ihm, er musste dem Freund die Treue halten, durfte aber auch seinen ihm vertrauenden Chef nicht verraten. Als Papen Kanzler wurde, machte er auf Rat Schleichers Planck zum Staatssekretär. Im Herbst 1933 stand Planck erneut zwischen Freund und Chef. Beeindruckt war Kempner auch von Möllendorf. Ich habe ihn nie kennen gelernt, ich weiss nur, dass alle, die 1918/19 mit ihm zu tun gehabt hatten, mit grosser Achtung von ihm sprachen, auch die Gegner seiner planwirtschaftlichen Ideen. Es ist erstaunlich, dass keine Regierung seit 1919 die ausserordentlichen Fähigkeiten dieses Mannes ausgenutzt hat.

18.4.-19.4.32 (S.474-491)

Verblüffend war der Inhalt des Schriftstücks, das mir Brüning gezeigt hatte und über das ich, trotz Brünings Verbot, Schäffer informierte. Anlass dazu bot, dass Schäffer mich über seinen Brief an Pünder wegen der belgischen Elektrizitätspläne unterrichtete. Nun konnte ich nicht anders als Schäffer über andere und viel weittragendere belgische Pläne zu berichten, die aber mit den Heinemann'schen in einem gewissen Zusammenhang stehen mochten (482-84). Es war kein Wunder, dass ich "etwas verdutzt" über die Eröffnungen des Kanzlers war. Denn der Inhalt des Schriftstücks war einfach zu schön, um wahr zu sein: Lösung der Reparationsfrage, Rückgewinn von Danzig, Westpreussen und einem Teil der Kolonien. Aber Bücher, der dem Kanzler das Schriftstück geschickt hatte, war ein seriöser Mann, um das Wenigste über diese ausgezeichnete Persönlichkeit zu sagen, und ebenso waren es die "entscheidenden Persönlichkeiten der belgischen Regierung". Denn das konnten nur der Ministerpräsident Jules Renkin (kath), der bis Oktober 1932 MPr war, und vor allem Paul Hymans (lib.) sein, einer der grossen Aussenminister Belgiens, von 1918-1920 und wieder von 1927-1934 im Amt. Wenn diese Männer hinter dem Plan standen, musste etwas daran sein. König von Belgien war damals Albert I., der 1909 seinem Onkel Leopold II. als König gefolgt war, im ersten Weltkrieg durch seine bewaffnete Verteidigung der belgischen Neutralität die Verehrung seines Volkes gewonnen und die Bezeichnung Koning Ridder erhalten hatte; er stürzte 1934 bei einer Felsbesteigung ab. Wenn dieser König als Mittler den Schritt einleitete, dann bestand Aussicht auf Erfolg. Kein Wunder, dass Brüning von diesem Plan tief beeindruckt war und an der reellen Chance keinen Zweifel zu haben schien. Wie stark seine Zuversicht war, zeigt seine Annahme, er werde sehr bald, schon von Genf aus, den Wink geben können dass losgeschossen werden solle. Doch dieser Wink ist nie gekommen.

Masson vom Crédit Lyonnais schilderte plastisch die Artischockenfurcht der Franzosen (485). Als ich ein paar Wochen später bei einem Frühstück in Vevey, zu dem mich meine französischen Freunde, darunter Coulondre, der spätere Nachfolger von François-Poncet als Botschafter in Berlin, eingeladen hatten, sie nach den Gründen für ihre hartnäckige Weigerung fragte, die Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen anzuerkennen, nannten sie mir als Hauptgrund auch die Artischockentheorie, nach den Reparationen würde die militärische Gleichberechtigung kommen, die Räumung des Rheinlandes, der Anschluss, der Polnische Korridor, Oberschlesien und schliesslich Elsass-Lothringen. Ich sagte ihnen, es gebe gewisse Dinge, auf die kein Volk verzichten könne, ich nannte die Gleichberechtigung, das Rheinland, den Korridor, den auch Kempner als unverzichtbar bezeichnete, sie müssten daher die Artischocke rechtzeitig teilen. Genau das Gleiche sagte Schäffer dem Franzosen (488).

Ich war vom 7.-10.4. wegen der Anleihen an die Donauländer in London gewesen. Nun musste ich als Vertreter Deutschlands in dem "kleinen Komitee" in Genf an diesen Fragen mitarbeiten. In einer Chefbesprechung wurden die Grundsätze festgelegt, nach denen ich mich zu richten hatte (490). Wichtiger als diese Grundsätze war der Rat Schäffers, mich vor Spezialisierung zu hüten, die Dinge immer von allen Seiten zu sehen und die Sache im ganzen selbst in der Hand zu behalten (492). Die Empfehlung, Posse, den grossen Sachverständigen in der Handelspolitik, nicht heranzuziehen, habe ich allerdings nicht befolgt. Wohl war Posse auf "seine" Präferenzen versessen, aber doch klug genug, um Argumente auf sich wirken zu lassen. Vom 21.4. bis 1.5. war ich in Genf. An die Verhandlungen im Komitee habe ich keinerlei Erinnerungen, sie scheinen nicht allzu wichtig gewesen zu sein. Aber ich erinnere mich gut daran, dort ~~mit~~ den beim Völkerbund tätigen Holländer Rost van Tonningen kennengelernt zu haben, der später Treuhänder der Völkerbundsanleihe in Wien war und dort Nationalsozialist wurde. Einmal lernte ich beim Mittagessen im Hotel den ungarischen Grafen Andrassy kennen, der - mit Wissen und Zustimmung der ungarischen Regierung - Dollars und Pfunde in grossem Stile gefälscht hatte, beim Vertrieb gefasst, zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt, aber sehr bald begnadigt worden war. Schliesslich traf ich öfter die deutschen Vertreter bei der Abrüstungskonferenz; sie mühten sich seit Jahr und Tag um die Definition des Angriffskrieges, kamen in der Abrüstung nicht einen Schritt weiter und hatten einen einträglichen Job, der Anerkennung einbrachte und unbegrenzte Dauer versprach. Gerade, als ich in Genf war, am 27. April begründete mein Nachbar in Dahlem, der frühere Zeppelinflieger

und Pour le mérite-Träger, der Ministerialdirektor im Verkehrsministerium, Ernst Brandenburg, unter Nadolny und Rheinbaben der Sachverständige für Luftfragen, im Auftrage des Reichskabinetts im zuständigen Unterausschuss der Genfer Konferenz den Antrag auf Verbot der militärischen Verwendung von Luftfahrzeugen. Der Antrag wurde gegen 10 Stimmen, darunter die Sowjetrusslands, abgelehnt. Er erlitt dasselbe Schicksal wie der deutsche Antrag, auf Bomben, Giftgas und Artillerie schwersten Kalibers zu verzichten.

22.4.-24.4.32 (S.492-501)

Am Tag der Preussenwahl stellte Schäffer noch einmal schriftlich die Gründe für sein Ausscheiden und für den Zeitpunkt seines Ausscheidens fest. Er wollte sich nicht sehenden Auges in eine menschlich und politisch schiefe Lage begeben (499). Einen Tag später, am 25.4., schrieb der Minister Groener einem Freund: "Dass mit allen Mitteln an meinem Sturz gearbeitet wird, ist klar. Wenn Hindenburg nicht wieder stark und zuverlässig wird wie Kaiser Wilhelm I., sehe ich schlimme Tage voraus". Er wurde es nicht.

25.4.(S.502-507)

Der von Schäffer entwickelte Gedanke, den Banken die eingefrorenen Kredite durch ein zu errichtendes Institut abzunehmen und dadurch eine mindestens teilweise Mobilisierung zu ermöglichen (503), wurde im August von der Reichsbank durch die Gründung der "Fina" verwirklicht.

26.4.-31.5. (S.508-542). Bücher legte das belgische Memorandum vor. B Berger war offenbar noch misstrauischer als ich gewesen war. Seine misstrauischen Bemerkungen empörten Bücher sehr. (517) Er hatte ja auch allen Grund, den Plan für fundiert und durchführbar zu halten. Wenn man später von der "belgischen Aktion" nichts mehr gehört hat, so lag der Grund wohl einfach daran, dass die Belgier so etwas nur mit Brüning als Reichskanzler machen wollten. Zu seinem Nachfolgern hatten sie nicht das gleiche Vertrauen.

Schäffer hatte gegenüber Urbigs Bemerkung, gegenüber den Gewerkschaften könne sich niemand durchsetzen, durchaus recht mit seiner Feststellung, dass sich die Gewerkschaften im letzten Jahre musterhaft verhalten hätten; dagegen sei eine Fülle unverständiger Forderungen vom Mittelstand gekommen (525). Ich kann das nur bestätigen. Es war sehr viel leichter, mit den Gewerkschaften zu verhandeln als mit der mittelständlerischen Wirtschaftspartei. Dreyse machte einen zutreffenden Vergleich zwischen Popitz, der sich den politischen Notwendigkeiten gefügt, und Schäffer, der gegen diese angeblichen Notwen-

digkeit^{en} angekämpft habe; ich kann auch gegen seine skeptische Bemerkung, weder Zarden noch ich würden dazu die Kraft finden, nichts einwenden.

Schäffers Abschiedsworte an mich (532) waren aufrichtig, aber auch ich kann ehrlich versichern, dass meine Antwort aus tiefstem Herzen kam.

Der Rücktritt Warmbolds am 3. Mai war Schäffer schon vor seiner Abreise am 2. Mai bekannt. Die Gründe, die Schäffer unterstellt (533), werden zutreffen. Den Anlass gab die IV. Notverordnung, die Warmbold nicht mitmachen wollte. Sein Ausscheiden war das erste Knistern im Gebälk des Brüning'schen Kabinetts. Dass er aber seinen Rücktritt mit Schleicher verabredet habe, glaube ich nicht. Als ich sein Ministerkollege wurde, habe ich öfter mit Warmbold über seinen Rücktritt und sein Verhältnis zu Brüning gesprochen. Er hat dabei eine Verabredung mit Schleicher nie auch nur andeutungsweise anklingen lassen. In das Kabinett Papen trat er ein, nicht weil er hier mehr Verständnis für seine Pläne, wohl aber weniger Widerstand dagegen zu finden hoffte.

Dass Herriot keinen innenpolitischen Mut hatte, zeigte er in den ersten zwei Wochen der Lausanner Konferenz. Aber dann raffte er sich doch zu einer bemerkenswerten tapferen Haltung auf. Papen fand keinen Kontakt zu ihm. Deshalb ging auch der Versuch schief, den Schuldparagraphen des Versailler Vertrags zu streichen. Wenn Schäffer darin Recht hatte, dass Herriot Brüning ablehnte, weil er "Jesuit" war (535), wird er vielleicht auch Papen abgelehnt haben, weil dieser frommer Katholik war.

Die Rede, die Groener am 10. Mai hielt, war wirklich, wie Schäffer schreibt, "mordsschlecht". Er war sichtlich körperlich behindert, wohl durch seine Diabetis und Furunkulose. Schleicher und Hammerstein verliessen die Regierungsbank, ohne sich um ihren Minister zu kümmern. Der bat am 11.5. um Entlassung aus seinem Amt als Wehrminister, behielt aber auf Verlangen Brünings das Innenressort. Der Kanzler hielt am 11.5. eine Rede im Reichstag, die starken Eindruck hinterliess. Er fühlte sich stark, in Lausanne und Genf für das deutsche Volk auftreten zu können.

1932

Juni

Septbr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Schäffer-Tagebuch 1.6.32 - 31.7.32

2.6.32 (S.543-45)

Die Nachricht, das Reich habe am 31.5., am letzten Tage des Brüning-Kabinetts, von Flick die Aktienmehrheit des Stahlvereins erworben, schlug in der Öffentlichkeit wie eine Bombe ein. Nach Dietrichs späterer Darstellung hat er selbst bereits in die seit Januar 1932 schwebenden Verhandlungen über das Schicksal des Konzerns eingegriffen, als ihm bekannt wurde, dass die Franzosen Flick ein konkretes Angebot gemacht hätten. Dietrich sagte in einer Rede am 28.7.32, er habe erkannt, dass die Gefahr der Überfremdung abgewendet werden müsste; die Tatsache, dass ein Zusammenbruch von Flick den Stahlverein ins Wanken gebracht und damit das mühselig errichtete Gebäude der deutschen Banken wieder erschüttert hätte, habe ihn in eine Zwangslage gebracht, aus der heraus er gehandelt habe. In einem Rundfunkvortrag 1945 gab Dietrich als weiteren, eigentlichen Grund^{zu}, dass damals das Reich eine internationale Zusammenarbeit, mit den Franzosen einleiten wollte; die Franzosen sollten sich an der Ruhrkohle, Deutschland am Erz in Lothringen beteiligen. Die wirtschaftliche Verständigung sollte die Vorstufe zur politischen sein.

Die öffentliche Kritik am Eingreifen der Regierung im Fall Gelsenkirchen machte ihr zum Vorwurf, einen "Spekulanten" wie Flick durch Ankauf eines grossen Aktienpakets zu überhöhten Kursen unterstützt zu haben. Die Angriffe konzentrierten sich auf Dietrich, der die Verantwortung für die Transaktion trug. Koch-Weser schrieb, die Aktien seien "unter der alleinigen, die Beamten des Ministeriums geradezu zurückdrängenden Verantwortlichkeit Dietrichs" erworben worden. Am 21.6.32 berichtete Zarden im Kabinett über die Angelegenheit, Dietrich habe alle Verhandlungen persönlich geführt, auch Schäffer habe nichts gewusst. Die Behauptung Dietrichs gegenüber Schäffer (S.604), Olscher und ich seien "vollkommen unterrichtet gewesen", war irreführend. Er korrigierte es selbst einige Tage später (S.638): Olscher sei erst am letzten Tag gefragt worden und habe dringend gewarnt, mit^{er} habe er, als ich ihm Anfang Mai auf Grund einer Mitteilung des Bankdirektors Hülse erzählte, die Stahlvereins-Aktien sollten ins Ausland verkauft werden, die Andeutung gemacht, dass diese Gefahr nicht bestünde. Ich hatte ihn nicht dahin verstanden, dass das Reich die Flick'schen Aktien erwerben wollte, und wurde durch die Nachricht von dem Ankauf völlig überrascht. Das schlechteste Gewissen hatte Dietrich gegenüber Schäffer, deshalb hat er ihm besonders eingehend die Gründe für die Aktion dargelegt und auch zu erklären versucht, warum er Schäffer nicht orientiert hatte; das allerdings gelang ihm nicht (S.635-40).

Die von einigen Schriftstellern aufgestellte Behauptung, die Gelsenkirchner Angelegenheit habe dazu beigetragen, die Rechteschwenkung der Industriellen zu verstärken, scheint mir weit hergeholt. Auch für die Lesart, die Nationalsozialisten, insbesondere Göring, hätten durch geschicktes Verhandeln mit den am Fall Gelsenkirchen interessierten Industriekreisen die Bindung zwischen der Stahlindustrie und der Hitler-Partei wesentlich verstärkt, fehlen, jedenfalls mir, die Beweise. Nach der Machtergreifung 1933 wurde der Stahlverein umorganisiert, und 1936 erhielt Flick seinen Aktienbesitz zurück. Das geschah aber auf Vorschlag des Geheimrats von Flotow vom Preussischen Handelsministerium, den Brüning Anfang 1932 beauftragt hatte, die Entflechtung des Stahlvereins unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten auszuarbeiten, und ~~das~~ das Kabinett Papen als Treuhänder für den Mehrheitsbesitz am Aktienkapital des Stahlvereins einsetzte.

Das Tagebuch Schäffers im Juni nach seiner Rückkehr aus Meran nach Berlin befasst sich nicht mit Flick, sondern mit meiner Ernennung zum Finanzminister. Kempners Mitteilung, ich sei telegraphisch zurückbeordert worden (S.543), ist nicht ganz richtig. Ich musste in Paris an Anleiheverhandlungen für die Donauländer teilnehmen. Am Morgen meiner Ankunft in Paris, am 31.5., erfuhr ich den Sturz Brünings. Aus der Vormittagssitzung wurde ich ans Telefon gerufen, der Botschafter von Hoesch fragte: Wer ist Papen? Befriedigende Auskunft konnte ich auch ihm nicht geben. Da wir im RFW keinen StS und nun auch keinen Minister hatten und ich im Laufe des Tages überdies hörte, mein Name werde für den Posten des Finanzministers genannt, rief ich in Berlin an und bat, sofort einen Vertreter nach Paris zu schicken, ich würde am nächsten Tage zurückfahren. Ich habe am 4.6. nur noch ein Frühstück bei Hoesch mitgemacht, an dem ~~drei~~ Radikal-Sozialisten teilnahmen, von denen einer im Fall eines Sieges der Radikal-Sozialisten bei der kommenden Wahl Finanzminister werden würde. Hoesch forderte uns auf, beim Kaffee die Reparationsfrage noch vor Lausanne zu lösen. Wir hatten ein ausführliches, nettes Gespräch. Von meinen drei Partnern wurde übrigens keiner mein Verhandlungspartner in Lausanne.

Die Behauptung Pünders, Meissner habe sich an der Intrige gegen Brüning nicht beteiligt, sich im Gegenteil bemüht, die Sache ins Lot zu bringen (S.543), scheint mir überaus fraglich zu sein. Hier hat Pünder doch wohl die StS-Kamaraderie einen Streich gespielt.

3.6.32 (S.547-48)

Der Rechtsanwalt Fritz Kempner war ein ebenso kluger und liebenswürdiger Mensch wie sein Bruder, der Bankier Paul Kempner, der Schwiegersohn von Franz Mendelssohn. Schäffers Annahme, dass Schleicher die Macht nicht an die Nationalsozialisten abtreten wollte (S.548), ist sicher zutreffend. Aber Schleicher, der allerdings seinen Standpunkt ständig wechselte - was schert mich mein Geschwätz von gestern und wie soll ich meine Meinung von morgen kennen², hatte auch die feste Absicht, sie an die Verantwortung zu bringen, freilich in seiner Hand. Dass die Sympathien für Brüning ständig im Wachsen waren, konnte auch ich in meinem Bekanntenkreis feststellen.

4.6.32 (S.549-52)

Ich habe mir allerdings, soweit das in dem zeitlich begrenzten Gespräch am 2.6. mit Papen -ich musste um 11 Uhr zur Beisetzung meines ältesten Bruders abfahren- möglich war, die Zusage geben lassen, dass keine Währungsexperimente gemacht werden würden. Eine Aussprache mit Schacht (S.549) ist mir nie nahe gelegt worden.

An Quertreibereien gegen Brüning habe ich mich nie beteiligt. Von keiner Seite ist mir angedeutet worden, dass man mich für ein neues Kabinett in Aussicht genommen habe. Schäffer konnte wirklich seine Hand ins Feuer legen (S.550). Die "geheimen Konventikel" in Döberitz bestanden darin, dass meine Frau und ich wiederholt das mit uns verwandte und uns befreundete Ehepaar 'Gilsa dort besuchten. Der Major v.Gilsa war Kommandant des Lagers Döberitz und jeder Intrige fern.

Schäffer erhebt nicht ganz mit Recht gegen die neue Regierung den Vorwurf, in ihrer Begründung für die Notverordnung die Unwahrheit gesagt zu haben (S.552).-Schäffer wusste doch selbst, dass wir zwar im Juni keine akuten Kassensorgen hatten, wohl aber im Juli solche haben würden, dass es sich also nicht nur um ein Haushalts-, sondern auch um ein echtes Kassenproblem handelte.

5.6.32 (S.552-61)

Die Erklärung über die Aufrechterhaltung der Währung, die Luther im Gespräch mit Schäffer erwähnte (S.553), entsprach der Zusage, die Papen mir gemacht hatte. Auch im übrigen kann ich nur bestätigen, dass Papen die Verhandlungen im Kabinett geschickt und sachlich leitete.

Wer der Schlichter Brahm war (S.556), weiss ich auch nicht.

Schäffers Bemerkung über das "böse Beispiel", das Luther mit der Ernennung Schliebens zum Finanzminister gegeben habe (S.557), war berechtigt. Natürlich hatten tüchtige Beamte mehr Lust, lange Staatssekretär zu bleiben, als kurz Minister zu spielen. Deshalb hatte Po-

pitz s.Zt. Schlieben den Vortritt zum Ministerposten gelassen. Das war auch für mich einer der Gründe, aus denen ich die Berufung in das Kabinett Papen ablehnte. Der Hauptgrund war allerdings, dass ich für dieses Kabinett nicht die leiseste Zukunftschance sah. Es besass keinerlei Möglichkeiten zu einer Koalition. Es hatte auch nicht die Tolerierungsmehrheit, mit der Brüning regiert hatte. Seine Notverordnungen mussten daher vom Reichstag aufgehoben werden. Dann gab es nur noch die Möglichkeit wiederholter Wahlen, und da das nicht beliebig fortgesetzt werden konnte, musste das Kabinett entweder scheitern oder zum Verfassungsbruch greifen. Beides waren keine erfreulichen Aussichten. Ich ahnte nicht, dass Schäffer sich bereits um meine nachministerielle Tätigkeit bekümmerte. Luther hatte natürlich Bedenken, er hatte die übertriebene beamtenmäßige Hochachtung vor dem Ministertitel. Tatsächlich war Mac Kenna 1911-15 Innenminister gewesen, und wenn kein Minister Mitglied des Reichsbankdirektoriums werden konnte, hätte auch kein Reichskanzler Präsident werden dürfen.

Hans Meyer bewies einen scharfen Blick für Menschen, mit der Beobachtung, dass ich auf Dinge, die ausserhalb meiner Umgebung ¹²³ liegen, nicht käme, wenn nicht ^{ich} darauf hingewiesen würde.

6.6.32 (S.562-63)

Schon zwei Monate vor Papens Preussencoup sprach man von der Einsetzung eines Reichskommissars in Preussen (S.562). Das Eingreifen des Reiches ^{Har} also erwartete, es kam nur auf die Form an.

Schäffer hatte völlig Recht: der Reichspräsident hat bei meiner Ernennung nicht den geringsten "Druck" auf mich ausgeübt, mich nur bei der parole d'honneur gepackt (S.563). Das genügte aber auch.

7.6.32 (563-570). Weichmann, der heutige Senatspräsident von Hamburg, damals Referent im Preussischen Finanzministerium, war eine zuverlässige Quelle. Klepper hat also die Äusserung, die Preussen würden den Reichskommissar einfach verhaften (S.564), sicher getan. Aber Elban wie Schäffer hatten mit der Beurteilung dieser Äusserung völlig Recht.

Man hat beim Lesen der Niederschrift über die lange Unterhaltung Schäffers mit Brüning das Gefühl, dass der Kanzler das Bedürfnis hatte, einen Mann wie Schäffer, dem er trotz früherer Meinungsverschiedenheiten vertrauen konnte, das Herz auszuschütten. Wenn er von Staatsstreichplänen im Oktober 1931 sprach, könnte er eigentlich nur die Gedanken gemeint haben, die Gessler durchführen sollte, wenn man ihn zum Innenminister machte. Brüning hat in einem Brief zum 80. Geburtstag Gesslers, den Treviranus in seinen Erinnerungen abdruckt, dem Ju-

bilar geschrieben, Hindenburg habe seine Ernennung 1931 schroff abgelehnt, wohl auf Betreiben Schleichers, der Groener an dieser Stelle haben wollte, um nach der Wiederwahl Hindenburgs selbst das Reichswehrministerium zu übernehmen. Tatsächlich rückte Schleicher bereits im Oktober 1931 innenpolitisch von Brüning ab; in einer Aussprache mit dem Stahlhelmführer Wagener liess er das deutlich durchblicken. In einem Rundbrief an die Landesführer schrieb Seldte Mitte Dezember 1931, die Stellung Brünings im Kabinett sei sehr schwach, man spreche von einem Ersatz durch Groener, "das Reichswehrministerium scheint einer Militärdiktatur zuzusteuern". Hier werden also auch Staatsstreichpläne angedeutet. Genau wie Groener sagte Brüning, dass Hindenburg nicht von Dankbarkeit wisse und kein Gefühl mehr dafür habe, was man dem Menschen zumuten könne (S.565).

Im Gegensatz zu Pünder war Brüning von der Zuverlässigkeit Meissners, den er zutreffend einen reinen Opportunisten, keinen schlechten, aber einen schwachen Menschen nannte, insofern nicht überzeugt, als Meissner noch während der Amtszeit Brünings sich furchtbare Mühe um die Neigung Hitlers gegeben habe (S.567). Zutreffend beurteilte Brüning die Familie Hohenzollern, auch den Kronprinzen und seine Brüder (S.567). Oscar war tatsächlich mit Abstand der beste. Wenn François-Poncet wirklich bereits vor dem Sturz Brünings Bescheid darum wusste, spricht das für die engen Kontakte zwischen Schleicher und dem Botschafter. François-Poncet ist nicht an Berthelots Stelle getreten, er blieb in Berlin und ging später nach Rom; wahrscheinlich hatte er die Aussenminister Herriot, Paul-Boncour, Barthou und Laval nicht so in der Hand wie den von ihm abhängigen Tardieu. Brüning war überzeugt davon, dass wir in Lausanne keinen vollständigen Erfolg haben würden (S.568). Auf die Frage, wer auf Papen verfallen sei, antwortete Brüning leider nur, "man" habe ihn dem Reichspräsidenten nahegelegt, um das Zentrum zu gewinnen (S.569). "Fränzchen" ist doch wohl die Entdeckung Schleichers, der, wie er dem mit ihm befreundeten Gutsbesitzer Magnus von Knebel sagte, keinen "Kopf", aber einen "Hut" brauchte. Wenn Klepper, der so starke Worte über den Reichskommissar brauchte, gleichzeitig eine Rückversicherung bei den Nazis gesucht hat (S.570), würde das kein gutes Licht auf ihn werfen.

8.6.32 (S.571-72)

Die Unterhaltung mit Hindenburg steht nach Form und Inhalt in einem bemerkenswerten Gegensatz zu der mit Brüning.

9.6.32 (S.574-74)

Der Konsul Bernhard war der persönliche Referent Stresemanns, der ihn

nach Locarno begleitete und den dort Briand wie seinen "Lieblingsenkel" behandelte.

10.6.32 (S.574-75)

Aus der "Vorbesprechung" für Lausanne ist nichts geworden. Ich teilte die Ansicht Melchior's, dass die Idee denkbar unglücklich war.

11.6.32 (S.575-79)

Schäffer hielt eine Streichung der Reparationen ohne politische Gegenleistung nicht für möglich (S.77). Schäffer traf den Nagel auf den Kopf, als er Herriot einen "Manné der Geste" nannte (S.578). Das sagte ich Papan in Lausanne, und weil er das in der entscheidenden Unterhaltung vergass, verscherzte er die Möglichkeit, dass die "Schuldlüge" gestrichen würde.

13.6.32 (S.580-81)

Ich kann mich nicht mehr erinnern, ob in dem Streit um die Bürgersteuer die Länder und Gemeinden oder ich gewonnen haben. Schäffer's Sprachregelung (S.581) entsprach der Tatsache, bis auf den Punkt, dass die Kasse gedeckt sei und gewesen sei. Das war für den Augenblick noch zutreffend, stimmte aber bereits für den Juli nicht mehr.

14.-16.6.32 (S.581-83)

Auch Max Warburg glaubte, dass Lausanne nur zu einer Milderung der (so muss es auf S.582, Zeile 4, heissen) Verschuldung führen könne. Von Kempner kam die erste Nachricht aus Lausanne. Dort "passierte" noch nichts. Am 15.6. traf die deutsche Delegation ein. Am 16.6. machten sich die Konferenzteilnehmer Besuche.

17.6.32 (S.584-91)

Der Jubel Reimers, die Reparationen seien zu Ende, war verfrüht. Am 17.6 wurden in der ersten Sitzung lediglich die Reden zum Fenster hinaus gehalten. Papan sprach gut und stützte sich in seiner Rede wesentlich auf Brünings Memorandum vom 19.11. Aber der Kampf sollte erst noch kommen. Schäffer war denn auch skeptisch und blieb dabei, dass eine Streichung nur für den Preis politischer Konzessionen zu erreichen sei. Natürlich war ein gutes Ergebnis das "Erbe Brünings". Aber Schäffer widersprach sich doch etwas mit der Behauptung, eine Streichung der Reparationen würde kein Ergebnis von Lausanne sein, sondern aus der Weltlage hervorgehen (S.585).

Groener charakterisierte Hammerstein, den ich in meinem Buch "Es geschah in Deutschland" den "lässigen Seigneur" genannt habe, zutreffend darin, dass er alles tue, was Schleicher sagte; aber ich kann nicht zugeben, dass er ein "völlig unpolitischer" Mann war. Er war ein gebranntes Kind und war vorsichtig bei Behandlung des Feuers, aber er scheute

es nicht. Schleicher hat wohl wirklich daran gedacht, den Kronprinzen gegen Hitler auszuspielen, aber ich glaube nicht, dass irgend eine Abmachung zwischen dem Kronprinzen und Hitler bestanden hat (S.590). Groeners Urteil über Hindenburg: "Er ist in seinem Wesen nicht treu" gründete sich auf die Vorgänge 1918/19.

18.6.32 (S.591-93)

Der Ministerialdirigent Wever (S.593), war der Bruder des ersten Generalstabschefs der deutschen Luftwaffe, der in einem von ihm selbst gesteuerten Flugzeug tödlich verunglückte. Wever war ein hervorragender, kluger Beamter und ein besonders feiner, zuverlässiger Charakter. Er war der einzige der leitenden Beamten, der im April 1945 in Berlin blieb; er hatte in Dahlem ein eigenes Haus, in dem er 1969, hoch in den Soern, verstorben ist. Ich könne mich auf ihn verlassen, sagte er mir 1945 beim Abschied. An Papens Ungeschicklichkeiten bei den Verhandlungen mit den Ländern erinnere ich mich dunkel, an mein Eingreifen gar nicht.

19.6.32 (S.594-96)

War Reiners Jubel verfrüht gewesen, so war Welters Kritik weitgehend unberechtigt. Die eigentlichen Verhandlungen hatten noch gar nicht begonnen. In der ersten Woche, bis zum 25.6., verhandelten nur die Engländer mit den Franzosen. Wir waren noch gar nicht im Fechtsaal erschienen, ich war daher aus dem "Hintergrund" überhaupt nicht hervorgetreten. Meine englischen Freunde erzählten mir, lieber wollten sie Steine klopfen, als mit diesen Franzosen verhandeln, die ahnten nicht einmal, was "Wirtschaft" sei. Meine französischen Freunde klagten, lieber verhandelten sie mit uns als mit diesen Engländern; eine Woche lang hätten die ihnen gepredigt, die Franzosen müssten auf die Reparationen verzichten, damit die Engländer ihre kurzfristigen Kredite zurückgezahlt bekämen, dass nannten sie "Wirtschaft". In der zweiten Woche begann der Kampf zwischen uns und den Franzosen, den ich in erster Linie zu führen hatte. "Preisgegeben" hatten wir überhaupt nichts. Welter kann dabei nur an eine -allerdings sehr ärgerliche- Episode gedacht haben. Papen hatte in den ersten Tagen ein Interview mit Stephan Lauzanne, dem Chefredakteur des Matin, der in London besonders populär war, weil er als natürlicher Sohn von Blochwitz galt, dem berühmtesten Korrespondenten der Times in Paris. Lauzanne war also ein wichtiger Mann für uns. Papen unterhielt sich zwei Stunden mit ihm. Am nächsten Morgen gab der Matin den Inhalt wieder; dabei hiess es, Deutschland werde die Reparationen durch eine Endzahlung ablösen. Das allerdings war das grosse Zugeständnis, das wir völlig geheim halten und erst zum Schluss preisgeben wollten. Wir stürmten zu Papen,

ob er das wirklich gesagt habe? Nein, natürlich nicht. Ob wir dementieren sollten? Selbstverständlich ja. Wir dementierten. Der Marin blieb bei seiner Behauptung. Wir dementierten zum zweiten Mal. Der Marin schrieb: Wenn Papen bestritte, etwas von der Endzahlung gesagt zu haben, dann solle er sagen, worüber er und Lausanne zwei Stunden gesprochen hätten. Es war eine Blamage. Mein anfänglich guter Eindruck von Papen bekam einen starken Dämpfer. Er war eben doch der "Herrenreiter in der Politik", wie ich ihn später in meinem Buch nannte. Als solcher erwies er sich auch in seinen Bemühungen um Frankreich. Entgegen Bülows Warnungen bot er Herriot einen Konsultativ-~~Fakt~~ und eine Militärbündnis an. Am 21.6. erklärte er in einem Brief an Macdonald die Bereitschaft Deutschlands, an allen Massnahmen zum Wiederaufbau Europas teilzunehmen und 5 Jahre lang auf Rüstungsangleichung zu verzichten. Das war alles ein bisschen hektisch und erweckte schliesslich, als Papens Blümenträume nicht reiften, fälschlicher- und überflüssigerweise den Eindruck, Lausanne sei überhaupt ein Misserfolg gewesen.

20.6.32 (S.597-602)

M. Waßberg empfahl die Lösung der Reparationen durch eine Endzahlung in Bonds. So ist es auch geschehen. Aber er hielt 10 Mrd. für nötig und nicht ohne Kompensation (S.598). Wir kamen in Lausanne auf 3 Mrd. ohne Gegenleistung. Kompners Bericht, dass Brüning sich überlegt habe, ob er im Juli 31 die französische Anleihe nehmen solle, ich ihm aber abgeredet hätte (S.602), stimmt in der Nuancierung nicht; Brüning war von vornherein entschlossen, die mit der Anleihe verbundene politische Forderung abzulehnen, ich habe ihn in dieser Haltung nur bestärkt

21.6.32 (S.603-04)

Interessant die Bemerkung (603), dass in Preussen sowohl die Regierung wie alle anderen auf den Reichskommissar zusteuernten.

22.6.32 (S.605-07)

Die Nachricht, Herriot habe auf die Darlegung der deutschen Gründe für die Streichung der Reparationen noch nicht geantwortet, ist nur halbrichtig. Nach dem Remis Frankreich/England wurde der Start zum Kampf Frankreich/Deutschland auf Freitag, den 24. Abds. 20.00 angesetzt. Über Weekend wollten Papen und Herriot in ihre Hauptstädte fahren, Es dürfte also am Freitag nichts gesagt werden, dass ~~der~~ Oppositionspresse Stoff zu Angriffen gegeben hätte. Denn Herriot, der, wie ich in meinem Buch später schrieb, "Über seinen Schatten sprang", war wohl aufrichtig in seinem Bestreben, Deutschland und Frankreich versöhnen und der Welt Frieden geben zu können, er glänzte auf der Tribüne als Redner durch die Meisterschaft im Gebrauch von Gemeinplätzen, aber er war

kein starker Mann und anfällig, wenn er scharf angegriffen wurde. Auch Papen war ehrlich in seiner Vorliebe für Frankreich und in seinem Glauben an eine deutsch-französische Verständigung, doch ebenfalls höchst empfindlich gegenüber Angriffen von rechts. So bereiteten wir zur ersten ~~Redaxf~~ Sitzung für Papen eine Rede vor, die alle Möglichkeiten deutsch-französischer Kooperation umfasste und von Gemeinplätzen strotzte. Zu Beginn der Sitzung zogen sich Papen und Herriot zurück, um den Ablauf der Verhandlungen zu besprechen. Im Plenum, zu dem die beiden Delegationen mit allen Mitarbeitern vollzählig erschienen waren, sagte dann Herriot, sie würden heute Abend zwei Stunden tagen und dann am Dienstag wieder zusammenkommen; die heutige Sitzung würde mit einem Referat des Reichsfinanzministers eingeleitet werden. Ich flüsterte Papen zu: Worüber soll ich denn sprechen? Papen erwiderte: Worüber Sie wollen, nur kein Wort über Reparationen, und es muss zwei Stunden dauern! Ich hatte den guten ~~Gedank~~, mich an Herriot zu wenden, er habe zu Beginn der Konferenz das Baseler Gutachten die Bibel für Lausanne genannt; wenn es das sein sollte, müsse es, da seit seiner Abfassung 6 Monate vergangen seien, up to date gebracht werden. Alles atmete erleichtert auf. Wir gingen das Gutachten Posten für Posten durch und brachten die neuen Zahlen. Herriot schrieb, damit ich ja nicht zu früh fertig würde, die französische Übersetzung mit kratzender Feder mit. Nach 2 Stunden war ich fertig. Den Journalisten draussen, die ihn nach dem Stand der Verhandlungen fragten, antwortete Herriot: er sagte mit Goethe: Mehr Licht!

23.6.32 (S.607-09)

Erich Marcks wurde formell erst am 16.8. Pressechef, als Nachfolger von Heinrich von Kauffmann-Asser, der dieses Amt vom 2.6. bis 16.8.32 bekleidete und damals in Lausanne war. Marcks war im Juni 32 stellvertr. Pressechef. Er blieb Pressechef bis 28.1.33, wurde dann durch Funk abgelöst und ist 1944 als kommandierender General in Frankreich gefallen

24.6.32 (S.610-15)

Schäffer war berechtigt, Nachrichten wie von der Regentschaft des Kronprinzen (S.613) sehr skeptisch zu betrachten. Das Urteil Schäffers gegenüber Dreyse, ihn besäße die Zartheit und Zähigkeit, um Währungsexperimente zu verhindern (S.614), gibt zu einem gewissen Stolz Anlass.

25.6.32 (S.615-16)

Kempner war Optimist in der Annahme, länger als bis zum 2.7. würde die Sache in Lausanne nicht dauern.

27.6.32 (28.6.32) (S.616-21)

Schleichers Erklärungen, dass er dem Kronprinzen niemals die Reichs-

präsidentschaft oder die Regentschaft angeboten habe und auch keine Restauration der Monarchie plane (S.619), sollte man nicht auf die Goldwaage legen. Dagegen war Schäffers Ablehnung einer damals wieder errichteten Monarchie, die nur eine Kampfmonarchie gegen links sein könne (620), echt und begründet.

29.6.-30.6.32 (3622-27)

Brüning bezweifelte, dass die Regierung Papen schon jetzt in Lausanne eine Einigung mitmachen würde; sie würde sich vorher nach rechts erweitern (626). Das war ein Irrtum. Papen dachte in der Lausanner Zeit nicht daran, die Nazis in die Regierung zu nehmen.

1.7.32 (S.628-30) Dass Melchior "auf den Tisch geschlagen habe", um in Lausanne zugezogen zu werden (S.629), ist offenbar eines der vielen Gerüchte, die aus Lausanne nach Berlin kamen. Melchior's Art war es nicht, auf den Tisch zu schlagen, und ich stand in dauerndem Kontakt mit ihm. Es ist wohl möglich, dass Luther zu den Sitzungen des Rumpfkabinetts "nicht oft" zugezogen worden ist (S.630), vor und nach Lausanne habe ich ihn häufig im Kabinett erlebt.

2.7.32 (S.630-31)

Die Nachricht, Herriot habe in bestimmtester Form erklärt, er werde sich mit einer Restzahlung von 4 Mrd. begnügen und obendrein die Schuldlüge streichen (S.630), widersprach allerdings so diametral allen bisherigen Voraussagen über ein mögliches Ergebnis von Lausanne, dass Schäffer mit Recht einfach nicht daran glaubte. Aber es war etwas dran. Inzwischen waren unsere Verhandlungen mit den Franzosen ausgegangen wie das Homberger Schiessen. Nach Papens Berichten in seinen Büchern war Herriot ursprünglich durchaus bereit gewesen, auf Papens Vorschläge einzugehen. Am 27.6. hatte der französische MPr. den englischen aufgesucht und ihm gesagt, Frankreich werde, wenn es seinen Anspruch auf Reparationen aufgebe, politische und wirtschaftliche Kompensationen von Deutschland erhalten. Papen habe in mehr als einer Unterhaltung Deutschlands Bereitschaft zu solchen Kompensationen erklärt. Das französische Kabinett habe sich Herriots Ansicht angeschlossen, dass eine deutsch-französische Verständigung besser sei als irgend eine Geldzahlung. Eine solche Verständigung habe aber nach Papens Darstellung Englands Widerstand ausgelöst, da sie nach Macdonalds Ansicht Grossbritannien isolieren und das ganze europäische Gleichgewicht stören würde. Noch am 27.6. erfuhr Papen von Macdonald, dass England Papens Pläne ablehne. Der Engländer sagte, er habe in der Presse Erwägungen über den Abschluss einer militärischen Allianz gehört, "er befinde sich in einem Zustand des Entsetzens". Am 28.6. habe

Papen in einer Besprechung mit Herriot erkennen müssen, dass Frankreich die britische Freundschaft einer Aussöhnung mit Deutschland vorzog. Bei Herriot war eine völlige Meinungsänderung eingetreten, er erklärte der "Fonds" habe für Frankreich keine Interesse, die Frage der Rüstungsgleichheit dürfe nicht mit den Reparationen verknüpft werden, er konzentrierte sich nun auf eine möglichst hohe Endzahlung. Seitdem debattierten die "grossen Sechs", die Premier- und Aussenminister von England, Frankreich und Deutschland, wie sie die Konferenz vorwärts bringen könnten. Ich bat Layton, nach Lausanne zu kommen, und machte die "Bonds" mit ihm zusammen, so "narrensicher", dass eine Begehung ausgeschlossen war. Mit Layton knobelte ich auch aus, dass wir in der Höhe der Endzahlung den Franzosen entgegenkommen könnten, wenn Papen den Sturm von rechts durch einen Erfolg beschwichtigen könnte. Das sollte die Streichung der Schuldlüge sein. Laytons Sondierungen ergaben, dass Macdonald damit einverstanden war und Herriot ebenfalls einverstanden sein würde, wenn diese Forderung nie offiziell ihm gegenüber erhoben würde. Er wollte dann am Schluss der Konferenz mit grosser Gestalt als Zeichen des Geistes von Lausanne die Kriegsschuldlüge für erloschen erklären. Aber für Herriot war die Sache aus, als Papen im Eifer des Gefechts in einer Besprechung der Grossen Sechs die Streichung als Vorauszahlung für eine Endzahlung forderte. Papen stellt diesen Teil von Lausanne so dar: Nach Scheitern seiner Allianzpläne habe er wenigstens eine Streichung des berüchtigten Artikel 231 erreichen wollen. Das wäre in der Atmosphäre eines deutsch-französischen Vertragschlusses leicht gewesen. Aber aus dem Komplex der Deutschland diskriminierenden Bestimmungen herausgegriffen, sei es viel schwieriger gewesen. Am 5.7. sagte Herriot den Engländern: "Die deutsche Delegation versuche die Reparationsfrage zu regeln... und auch die Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg... alles ^{dies} für eine Zahlung von 2,6 Mrd. RM. Unter solchen Umständen könne er sich zu Hause nicht zeigen."

Nun gingen zwei Besprechungen neben einander, die eine war der Ausschuss der Finanzminister, an dem auch Italien (Beneduce) und Belgien (Franqui) teilnehmen durften und wo ich meine Bonds durchbringen musste. Dort fand man Layton's und meine Sicherungsmassnahmen zu weitgehend. Franqui nannte unsere Schuldverschreibungen "Monkey-Bonds". Es dauerte lange und ich hatte grosse Mühe, bis ich das Wesentliche durchgesetzt hatte. Der zweite Verhandlungskreis bestand aus den Grossen Sechs. Dort rang man um die Höhe der Summe. Herriot, über seinen Schatten springend, war schliesslich mit 4 Mrd. einverstanden.

Papen wollte nicht über 2 Mrd. hinausgehen. Macdonald brachte schliesslich die Einigung auf der Mitte zusammen und brach nach der letzten Verhandlungsnacht zusammen.

3.7.32 (S.631-34)

Der Bericht von Kempner über meine Einstellung stimmte einigermaßen. Das Intermezzo Layton hatte ich natürlich auch ihm nicht erzählen können. Richtig war aber, dass ich das Erreichte für ausserordentlich günstig hielt. Es war mehr, als irgend jemand einschl. Brüning, Schäfer u.a. für möglich gehalten hätten, eine Endzahlung von 3 Mrd. in Bonds, die nie begeben werden konnten, ohne politische Gegenleistung an die Franzosen. Dass Berger drei Tage und drei Nächte auf mich eingewirkt habe, damit eine Annahme stattfände, ist pure Bergersche Wichtigtuerei und Aufschneiderei. Ich brauchte keine Einwirkung nach dieser Richtung und hatte auch weder Zeit noch Lust, mich stundenlang mit Berger zu unterhalten. Meine grösste Schwierigkeit lag bei Papen. Das Rumpfkabinett in Berlin teilte uns seinen Beschluss mit, die endgültige Regelung könne nur vom Gesamtkabinett entschieden werden, um die Berliner würden keinesfalls über 2 Mrd. hinausgehen. Gegen diesen Beschluss verwahrten wir uns, Papen mit halbem Herzen, Neurath, Warmbold und ich mit voller Entschiedenheit. Wir seien nach Lausanne geschickt mit der Vollmacht des Gesamtkabinetts, zu verhandeln und abzuschliessen. Dieses Recht liessen wir uns nicht nehmen, nur wir an Ort und Stelle könnten beurteilen, was äusserstenfalls herauszuholen sei und wo die Grenze liege. Als ich dem Kabinett in Berlin auseinandersetzte, es käme, nachdem ich die Bonds "dicht" gemacht hätte, auf die Höhe der Endsumme nicht entscheidend an, entgegnete mir Gayl, ich sähe die Sache nur als Fachminister, sie müssten sie leider unter politischen Gesichtspunkten betrachten, und es liege nun mal so, dass nicht nur die Nazis, sondern auch Deutschnationale und Stahlhelm mit Knüppeln auf das Kabinett einschlagen würden, wenn wir über 2 Mrd. hinausgingen. Ich schrie wütend zurück, ich würde diese nie wiederkehrende Gelegenheit einer für Deutschland so günstigen Regelung nicht fahren lassen, und sei bereit, mich dafür auf dem Potsdamer Platz öffentlich auspeitschen zu lassen. Nach diesem Temperamentsausbruch gaben die Berliner uns die Entscheidung frei, baten aber dringend, die innerpolitische Seite nicht zu vergessen. Im Druck zwischen uns und seinen Freunden in Berlin hat dann Papen, gut unterstützt von Neurath, zäh und geschickt das Kompromiss der letzten Nacht herausgeholt.

4.7.-5.7.32 (S.634-40) Das Tagebuch enthält die vollständige Beichte Dietrichs in der Flicksache.

6.7.32 (S.640-48)

Schäffer sagte zu Planck, er verstehe nicht, warum die Regierung in Lausanne statt der geschützten Bonds-Zahlungen ungeschützte *Annuitäten* angeboten hätte. Planck erwiderte, ihm sei der Grund auch nicht klar (S.641). Ich hätte es auch nicht verstanden, Aber es war wieder eine der falschen Nachrichten aus Lausanne, ein solches Angebot ist von uns nie gemacht worden. Recht hatte Planck darin, es werde schwierig sein, die Regelung in Berlin durchzuführen, das Lausanner Abkommen vom Reichstag genehmigen zu lassen. Aber ich wiederholte Papen und Gayl immer wieder, die Reparationen seien, sobald wir in Lausanne die Streichung erreicht hätten, endgültig tot, ob das Abkommen nun ratifiziert würde oder nicht. Tatsächlich ist das Abkommen in keinem Partnerland -es waren 16 Partner- ratifiziert worden, da es von einem befriedigenden Abkommen der verschuldeten Mächte mit dem Gläubigerland USA abhängig gemacht worden war. Doch trat es faktisch in Kraft. Niemand hat je versucht, den Young-Plan wieder zum Leben zu erwecken.

Interessant ist, dass nach Plancks Ansicht im Augenblick des Verbots der SA die Reichswehr bei einem Umsturzversuch Hitlers nicht sicher in der Hand ihres Führers gewesen sein würde, dass sich jetzt aber Schleicher ihrer wieder vollkommen sicher sei (S.644). Das sollte in einem Vierteljahr wieder anders aussehen. Planck hatte auch eine einleuchtende Theorie für Hindenburgs Verhalten gegenüber Brüning; er habe so viele Dynastien und Kabinette stürzen sehen, dass ihn diese Vorgänge innerlich nicht mehr berührten (S.647), also nicht Treulosigkeit, sondern Alters-Gefühllosigkeit. Diese These hat nur das eine gegen sich, dass Groener ihm den Mangel an Treue schon aus früheren Zeiten her zum Vorwurf machte.

7.7.-8.7.32 (S.649-52)

Schäffer hatte einen berechtigten Ärger über die Falschmeldung, wir hätten auf unsere politischen Forderungen verzichtet (650). Wir hatten auf nichts verzichtet. Schäffers Sprachregelung für die Voss (S.651) war journalistisch geschickt, aber nicht gerecht, er warf Brünings Nachfolgern vor, sie hätten alle taktische Fehler begangen, die sie hätten begehen können. Kann man aber wirklich die "Tatsache ihrer Existenz" schon als Fehler bezeichnen². Die grössere Vertrauensgrundlage Brünings kann man Papen nicht als Fehler anlasten, vielmehr nur als Erschwernis für sein Verhandeln in Rechnung stellen. Schliesslich hat Papen nicht politische Bindungen (Verzicht auf Schuldflüge) zur Voraussetzung für die Endzahlung gemacht, sondern nur ausgeführt, dass ein Entgegenkommen in der Höhe der Endzahlung ihm erleichtert werden würde.

wenn man ihm in der Frage der Schuldlüge entgegen käme; das war bei der Einstellung Herriots ein Fehler, hatte aber für die Streichung der Reparationen keine Bedeutung. Schäffer konnte jedoch nicht aus seiner Haut heraus, er musste schliesslich das Erreichte anerkennen, und schlug in einer zweiten Ullstein-Konferenz eine freundlichere Haltung gegenüber der Regierung vor (S.652). Man könnte umgekehrt die Frage stellen, ob Brüning das Gleiche erreicht haben würde. Er hatte in Chequers als Endsumme schon 4 Mrd. angeboten, konnte er dahinter zurückgehen? Er hatte in den letzten Wochen vor Lausanne nicht mehr an die Möglichkeiten eines Erfolgs geglaubt; wäre er mit der Papen'schen "Unbefangenheit" an die völlige Streichung herangegangen? Hinter Papen sah die Gegenseite die unmittelbare Gefahr des Rechtsradikalismus auf-tauchen; hätte man ihn bei Brüning nicht in weiterer Entfernung gese-

9.7.32(S.655-59)

Am 9.7. ging in Lausanne die Konferenz zu Ende. Schäffer verteidigte das Abkommen auch gegenüber Brüning, der natürlich das Ungünstige hervorhob (S.653) und die Einzelheiten hinsichtlich der Bonds noch nicht kannte. Die Absicht, Bülow zu ersetzen (S.655), mag bei Neurath ver-legen haben, in Lausanne habe ich nichts davon bemerkt; dort schien zwischen beiden bestes Einvernehmen zu bestehen. Später hat ja Neurath auch nicht Köpke zum Nachfolger Bülow gemacht, sondern seinen Schwiegersohn Mackensen (Lästerlicher Witz von François-Poncet: Ich war im AA, ich habe den Vater gesehen, ich habe den Sohn gesehen, nur den Geist habe ich nicht gesehen). Brüning hatte die Ernennung eines Reichskommissars für Preussen auch schon ins Auge gefasst; er hatte Goerdeler dafür vorgesehen (656).

Der 10. Juli fehlt, die Seite 658 beginnt mit 11. Juli (Forts).

11.7.32 (S.658)

Bülow kritisierte Papen und lobte mich. Aber ganz den Tatsachen entspricht auch sein Bericht nicht. Ich habe in Lausanne keine Denkschrift angefertigt. Auf meinem eigenen Gebiet erreichte ich alles, was ich mir gewünscht hatte. Über die Schuldlüge-Frage konnte ich be-greiflicherweise nichts Schriftliches bringen.

12.7.32 (S.659-60)

Dass Bücher (S.660) Lausanne in Grund und Boden kritisieren würde, war vorauszusehen. Aber weder Papen noch Neurath noch ich wussten et-was von seinen belgischen, viel weiter gehenden Plänen. Er hätte doch die Möglichkeit gehabt, sie auch nach Brünings Sturz an verantwort-licher Stelle vorzutragen. Jetzt meinte er, die Belgier würden ihre

Initiative wieder aufleben lassen, wenn "man" ihn ermächtige, die Sache in die Hand zu nehmen. Glaubte Bücher an seine Sache, dann musste er alles daran setzen, dass er den Auftrag erhielt, und musste sein Misstrauen gegen Bülow runterschlucken. Aber ich habe nie das Leiseste von dieser Sache gehört, im Kabinett hat man auch nicht andeutungsweise davon gesprochen.

14.7.32 (S.660-63)

Dr. Ilgaer (S.662) habe ich gekannt. Was er fachlich konnte, weiss ich nicht. Politisch war er ein Naivling. Wenn man bei der IG einen solchen Mann vortragen liess und Beschlüsse fasste wie im Adlon im Oktober 1932 dann wundert es einen nicht, dass Brüning wie ich den Finanzgewaltigen Schmitz als Versager bei Auslandsverhandlungen empfanden.

15.7.-18.7.32 (S.663-66)

Welter's "Eindrücke" sind ebenso anfechtbar wie es seine Berichte waren. Wie kann ein Journalist angesichts eines überraschend grossen Erfolgs sagen: "man habe denkbar unfähig verhandelt" (S.665). Wohl hatte Papen Fehler gemacht. Aber schliesslich war doch ein gewaltiger Erfolg erzielt worden. An die Pressekonferenz erinnere ich mich nicht. Dass Papen derartig gestottert und sich hilflos benommen habe, ist kaum zu glauben. Man kann Papen viel vorwerfen, aber man kann ihm nicht abstreiten, dass er überaus gewandt war und dass er reden konnte. Auch meine Unterbrechung wird kaum in dieser Form von Papen vorgetragen worden sein. Wir hatten ja auf keine politischen Forderungen verzichtet, sondern nur die Streichung der Schuldklausel nicht weiter verfolgt. Dass wir bei einem Bestehen auf dieser Forderung riskierten, politische Gegenforderungen der anderen Seite hervorzurufen, war um so heher anzunehmen, als vor Lausanne alle Sachverständigen damit gerechnet hatten, wir würden die Streichung der Reparationen mit politischen Konzessionen erkaufen müssen. Papen hat in seinem Buch "Vom Scheitern einer Demokratie" Luther den Vorwurf einer "besonders üblen Verdächtigung" gemacht, weil dieser die "Geschichte erfunden habe, er hätte das Ersuchen an die Konferenz, den Artikel 231 zu annullieren, mit der Offerte verknüpft, dafür eine höhere Reparationslast übernehmen zu wollen. Mit dieser Behauptung wollte Luther wohl von seiner wenig rühmlichen Rolle in Lausanne ablenken". Luther war nur einen Tag in Lausanne. Von einer wenig rühmlichen Rolle kann keine Rede sein. Aber Luther hat auch, wenn man sich nicht an die Worte klammert, keine "üble Verdächtigung" ausgesprochen. Der Sinn von Papens Erklärung im Kreis der Grossen Sechs war doch der: Wenn der Artikel 231 gestrichen würde, erhalte er den Erfolg, der es ihm möglich mache, in der Höhe der Endzahlung entgegenzukommen.

19.7.-22.7.32 (S.667-680)

Schäffer glaubte, die Regierung sei sich bei der Preussenaktion der Reichswehr nicht sicher gewesen (S.676). Ich weiss es nicht. Ich war nach Lausanne auf Urlaub gefahren und habe die Kabinettsitzungen vor der Preussenaktion nicht mitgemacht. Ich kann daher auch kein Urteil darüber abgeben, ob es richtig ist, dass Severing Papen einen Tip für den richtigen Moment der Einsetzung eines Reichskommissars gegeben hat.

Eine erstaunliche Eröffnung machte Brüning. Ihm und Kaas würde vorgehalten werden, dass sie "immer Papen und Bracht empfohlen" hätten (S.678). Dass Brüning Bracht gefördert hat, ist bekannt, und das gibt er ja auch Schäffer im einzelnen zu. Aber leider hören wir nichts darüber, wann, wie und wem Brüning auch Papen empfohlen habe. Hat der die Natter am eigenen Busen genährt?

23.7.-24.7.32 (S.681-84)

Kurt Hamann habe ich in Lausanne nicht kennen gelernt und auch nichts von seiner Tüchtigkeit gehört. Er machte sich wohl mit der Behauptung, sein Chef habe auf den Tisch geschlagen (S.683), etwas wichtig. Diese Geste lag Warmbold ebenso wenig wie Melohior. Richtig ist, dass Macdonald die beherrschende Figur in Lausanne war. Ohne den "Prediger Europas", wie ich ihn in meinem Buch nannte, wäre die Konferenz geplatzt. Er setzte sich bis zur totalen physischen Erschöpfung für ein Ergebnis ein.

26.7.-31.7.32 (S.685-705)

Brüning war skeptisch gegenüber der Ansicht von Planck, dass die Reichswehr wieder fest in der Hand von Schleicher sei; nach dem, was Brüning gehört hatte, ging ein grosser Teil der Reichswehr mit Hitler (S.691). Brünings Annahme entsprach wohl mehr den Tatsachen als die Plancks. Dieser blieb aber ~~noch, xxxxxx~~ in einem langen Gespräch mit Schäffer bei seiner Ansicht (693). Planck glaubte aber auch, dass Gayl, der ein verfassungstreuer Mann sei, sich jeder Änderung widersetzen würde (698). Dabei stand Gayl ganz auf Seiten der Papen'schen Pläne, die auf Änderung oder sogar Bruch der Verfassung hinausliefen. Recht hatte Planck mit seiner Ansicht, wenn schon der Unitarier Otto Braun sich durch den Besitz der Macht in Preussen zum Föderalismus habe verführen lassen, werde es seinen Anhängern erst recht so gehen. Das wurde noch schlimmer im Dritten Reich. Hitler war Unitarier, aber die Reichsstatthalter ~~were~~ und Gauleiter waren engagierte Territorialherren. Frick hat manchmal über den massiven Partikularismus seiner Parteigenossen geklagt.

Bei unserem Beitritt zum englisch-französischen "Vertrauenspakt", den Herriot und Macdonald hinter unserem Rücken in den letzten Tagen von Lausanne abgeschlossen hatten, konnten wir schlecht die Gleichberechtigung und den Verzicht auf den Kriegsschuldparagraphen verlangen (S.702). Herriot stellte bestimmte Vorbedingungen für die militärische Gleichberechtigung (S.705) und hinsichtlich der Kriegsschuld mussten wir uns wohl damit begügen, dass Macdonald in seiner Schlussrede in Lausanne gesagt hatte, die diskriminierenden Bestimmungen von Versailles existierten nicht mehr.

Schäffers Tagebuch 1.8.1932 - 30.9.1932

Zu S.710 ff (3.8.)

Ich erinnere mich, dass Melchior scharfe Kritik daran übte, dass bei dem von Herriot gegebenen Tee dessen Ausführungen über den „puerilen“ Gedanken einer Annullierung der Reparationen von uns nicht widersprochen wurde; aber ich habe an dem Tee nicht teilgenommen. Das Angebot von jährlichen Festzahlungen ohne Mobilisierungsgeschutz war nach meiner Erinnerung kein offizielles deutsches Angebot, sondern ein Papenscher "ballon d'essai". Von dem Gespräch Melchior/Franqui habe ich nie etwas gehört. Ich glaube nicht, dass es auf die stürmischen Verhandlungen zwischen Papen/Neurath und Mc Donald/Herriot, die fast eine ganze Nacht dauerten, mit dem Kompromiss über 3 Mrd. endeten und den körperlichen Zusammenbruch Mc Donalds zur Folge hatten, irgend einen Einfluss ausgeübt hat. Das hätte mir Neurath, der mir eingehend den Verlauf der Verhandlungen schilderte, sicher erzählt. Zusammen mit Neurath und Warmbold habe ich gegenüber Papen, der manchmal schwankte, den Standpunkt vertreten, der in der Kabinettsitzung vom 13.6. auf meinen Antrag hin festgelegt worden war, dass die Delegation für Lausanne nicht gebunden werden dürfte, sondern ihre Entscheidungen in eigener, freier Verantwortung zu treffen habe. An diesem Beschluss haben wir - ich einmal in einer sehr temperamentvollen Auseinandersetzung mit dem Führer des Berliner Kumpfkabinetts, Freiherrn von Gayl - in telephonischen Verhandlungen am 1.7. und 7.7. den Berlinern gegenüber festgehalten. Da aber Papen durch die Warnungen Berlins von der Stimmung in Deutschland doch beeindruckt war, liess ich Sir Walter Layton nach Lausanne kommen, den ich von den Verhandlungen in London als ungewöhnlich klugen und für deutsche Darlegungen aufgeschlossenen Mann kannte. Ich wollte mit ihm Möglichkeiten besprechen, wie man Papen die notwendigen Entschlüsse durch Erfolge in anderer Hinsicht erleichtern könne. Ich dachte dabei vor allem an den Fortfall der Kriegsschuldfrage. Da ich aber in dieser Frage, die Papen besonders am Herzen lag, ihn nicht der Gefahr einer Ablehnung aussetzen wollte, musste ich dieses Risiko auf mich nehmen und ohne Rücksicht auf Kompetenzen (Neurath) und auf etwaige andere Absichten Paëpens die Initiative ergreifen. Das ging an die Grenzen der Loyalität. Ich musste wegen des Berliner Drucks auf Papen in Verhandlungen eintreten, die ich "als loyaler Mensch" eigentlich nicht hätte führen können. Das hat entweder Melchior oder Schäffer bei der Niederschrift nicht richtig verstanden. Denn hier klingt es so, als hätte ich

Loyalitätsbedenken gegenüber Berlin gehabt, davon war keine Rede. Ich hatte sie nur gegenüber Papen und Neurath. Meine Bitte an Melchior, Layton auch seinerseits, die Grösse der innerpolitischen Schwierigkeiten Papens darzulegen, erfüllte er in der bei ihm üblichen, ausgezeichneten Form. Ich hatte nun keine Schwierigkeiten mehr, Layton zu veranlassen, bei McDonald einen Vorstoss in der Kriegsschuldfrage zu machen. Welchen Erfolg dieser Vorstoss hatte und wie das Ergebnis dann von Papen vertan wurde, habe ich im Papen-Kapitel meines Buches "Es geschah in Deutschland" eingehend geschildert.

Zu S.719 (6.8.)

Stegerwalds Bericht, dass 1931 Kaas und Hitler über die Teilnahme der Nazis an der Regierung einig gewesen seien, Brüning aber nicht gewollt habe, stimmt mit dem überein, was mir Brüning im Mai 1932 sagte, dass er die Nazis damals nicht in die Regierung habe aufnehmen können, weil sie auf Grund ihrer Propaganda, weder seinen Deflationsmassnahmen noch die Lösung der Reparationsfolge durch Bewilligung einer Endzahlung hätten zustimmen können.

Zu S.721 (7.8.)

Alle, die ihre Wünsche auf dem Wege der parlamentarischen Gesetzgebung nicht für durchführbar hielten, setzten auf Diktatur. Wagemann, Präsident des statistischen Reichsamts und des Instituts für Konjunkturforschung, Schwager Warmbolds, hatte im Frühjahr 1932 seinen Arbeitsbeschaffungsplan bekannt gegeben, der damals vom Kabinett ~~mit~~ und der Reichsbank abgelehnt wurde, weil er die internationalen Bindungen nicht berücksichtigte. Brüning war schlecht auf ihn zu sprechen, weil er ihm bei Übernahme der Regierung 1930 eine falsche Prognose der Konjunktorentwicklung gegeben hatte und später durch seine Kreditpläne die Kredite der Brüning'schen Reparationspolitik störte. Da Wagemann seinen Schwager Warmbold dazu bewog, erweiterte Kreditgebungen zu befürworten, kam es zu einem schweren Konflikt zwischen Warmbold und Luther, die beide mit ihrer Demission drohten und die Brüning nur schwer beschwichtigen konnte. Aber auch nachdem unter Papen das Ruder in der Kreditpolitik herumgeworfen worden war, ging Luther auf Wagemanns Pläne wegen ihrer Grössenordnung nicht ein. Auch Schäffer hielt die Wirkung für "verhängnisvoll". Popitz dagegen, in Währungsfragen immer novarum rerum cupidus, griff den Gedanken, Kassenscheine zur Unterlage von Reichsbanknoten zu bestimmen, der schon im 1. Weltkrieg die Inflation herbeigeführt hatte, mit Freuden auf.

Zu S.741 (12.8.)

Der von Hindenburg auf Neurath ausgeübte Druck ist ein Märchen. Diese angebliche Unterhaltung zwischen beiden hat nicht stattgefunden. Ich weiss nicht, ob Brecht oder Planck der Erfinder ist, nehme aber zu Gunsten beider an, dass Brecht eine Bemerkung Plancks, etwa dahingehend, Neurath werde vielleicht auch die Ungnade des RPr. und eine ungünstige Rückwirkung auf seine Karriere befürchtet haben, missverstanden hat. Als ich am 2.6.1932, gerade aus Paris zurückgekehrt, mich weisungsgemäss im Reichstag über Planck meldete, sagte mir dieser, ich käme sofort dran, augenblicklich wäre gerade Neurath bei Papen. Auf meine Bemerkung, bei mir werde es nicht lange dauern, denn ich würde die Berufung ablehnen, lachte Planck, genau dasselbe habe gerade Neurath gesagt; ich würde sehen, dass er als Aussenminister aus dem Zimmer käme, und mir werde es genau so gehen. Als ich Neurath bei seinem Heraustreten fragte, ob ich ihm gratulieren könnte, sagte er mir, ich solle ihm lieber kondolieren, er habe annehmen müssen. Gleich darauf nahm auch ich an; Papen verständigte telephonisch Meissner, dass ich mich weigerte, Meissner übermittelte mir nach wenigen Minuten einen Appell des RPr., der mich am Portepée fasste.

Wer mit dem "russischen Legionär" und dem "Grafen" gemeint sei, die Hitler für den 13.8. beim RPr. anmelden sollten, weiss ich nicht.

Zu S.757 (15.8.)

Luther, immer misstrauisch und um sein Prestige besorgt, beklagte sich wieder einmal, dass er von den Währungsplänen des Kabinetts nichts wisse. Das war nicht berechtigt. In der Kabinettsitzung am 28. Juli berichtete ich über meine und Warmbolds Besprechungen mit Luther, in der wir uns über die erste Kredithilfe der Reichsbank für die Arbeitsbeschaffung geeinigt hatten. In der Sitzung am 15. August trug ich vor die öffentliche Hand müsse entschlossen mit der freien Wirtschaft mitgehen. Ohne ein solches Mitgehen und Mitwirken werde man die Wirtschaft nicht vorwärtsbringen. Der Reichskanzler solle die massgebenden Faktoren der Wirtschaft zu einer Aussprache zu sich bitten, um mit ihnen die Lage zu besprechen und ihnen auseinanderzusetzen, dass es um den Bestand der Wirtschaft selbst gehe, wenn man sich nicht aufraffe und tatkräftig handle. Papen erklärte sich dazu bereit. Warmbold führte aus, er sehe als vordringlichste Aufgabe der Reichsregierung die Lösung des Arbeitslosenproblems und die Inangriffnahme einer neuer Kreditpolitik an; die zweite Frage sei zweifellos am weitesten im Rückstand. Es handelte sich also noch nicht um die Beratung eines Ar-

beitsbeschaffungsprogramms, sondern um Vorüberlegungen. Trotzdem wäre es vielleicht am Platz gewesen, Luther hinzuzuziehen. Aber seine meist etwas langatmigen und gouvernantenhaften Ausführungen gingen Papen auf die Nerven und hielten durch die sich anschliessende Debatte den Geschäftsbetrieb auf. Wenn es daher nicht unbedingt nötig war, sah Papen davon ab, Luther einladen zu lassen. Am 17.8. einigten sich die Fachminister mit der Reichsbank über das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

In der Ministerbesprechung am 26.8., auf der als Beratungsgegenstand das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung auf der Tagesordnung stand, berichtete der Reichsarbeitsminister Schäffer über die Besprechungen, die er, Warmbold und ich über die Zwangsanleihe gehabt hatten. Luther, der an der Sitzung des Kabinetts teilnahm, schlug in längeren Ausführungen vor, auf die Zwangsanleihen zu verzichten und dafür Steuergutscheine zu schaffen. Ich stimmte zu. Papen hatte gewisse Bedenken und bat, sie in engerem Kreise zu besprechen. Das geschah. In der Kabinettsitzung am 27.8. erläuterte ich den Plan für die Aufstellung von Steuergutscheinen, und Luther machte zusätzliche Ausführungen. In der folgenden Septembersitzung beschloss das Kabinett, "bei den bevorstehenden Besprechungen mit dem Reichsbankpräsidenten auch die Frage der Diskontsenkung zu klären." An der Kabinettsitzung, in der die Verordnung zur Belebung der Wirtschaft verabschiedet wurde, nahm auch Luther teil. Ich berichtete, dass über die kreditpolitische Seite der Steuergutscheine mit der Reichsbank volle Einigung erzielt worden sei. Bei Besprechungen der fakultativen Ermächtigung der Reichsregierung zu einem Zwang auf Einstellung von Arbeitskräften bei Gewährung von Steuerrückvergütungen machte Luther Bedenken gegen den Zwang geltend, weil er dem Grundgedanken einer Anregung der freien Unternehmerinitiative widerspreche. Auch an der Sitzung des 23. September, in der über die Kontingente, Kredit- und Zinsfragen gesprochen wurde, nahm Luther teil. Ich teilte mit, dass Oldenburg und Anhalt vorgeschlagen hätten, Arbeitsbeschaffung durch Notgiralgeld zu finanzieren, Luther sah in dieser Bewegung eine Gefahr. Luther konnte sich wirklich nicht beschweren, dass er "ohne jede Fühlung mit dem Kabinett" sei. Man muss aber auch berücksichtigen, dass, wie Bülow Schäffer erzählte, man in der Regierung nicht gut auf Luther zu sprechen sei, weil er allen Arbeitsbeschaffungsprogrammen gegenüber in der Finanzierung Schwiegigkeiten mache (S.763).

Ich weiss nicht, was Luther mit dem Satz meinte, es sei ihm zweifelhaft geworden, ob er sich auf mich verlassen könne. Da der Satz in einem Gespräch über Währungspläne geäussert wurde, kann er eigentlich nur bedeuten, Luther befürchte, ich sei zu den Inflationisten übergegangen. Andere kritisierten umgekehrt meine allzu traditionelle Auffassung. In dem Aufsatz "Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33" -Vierteljahrsheft für Zeitgeschichte 1967/1- hat Dieter Petzina hervorgehoben, dass Papens und meine "konservative Einstellung" im Sommer 1932 weitergehende Entschlüsse verhindert habe, dass Luther in seiner "restriktiven Haltung" von Warmbold und mir unterstützt worden sei und dass Schleichers Einstellung viel weniger von einer bestimmten Doktrin geprägt worden sei als Papens oder meine -und damit ist eine traditionalistische Doktrin gemeint-. Und tatsächlich habe ich die Inflation für eine der schlimmsten, wirtschaftlichen und sozialen Gefahren angesehen, da sie das Gleichgewicht der Preise, des Aussenhandels und der Investitionen untergrabe und zum Schluss immer zu Lasten des kleinen Mannes gehe, des Sparerers und Arbeiters. In der grundsätzlichen Ablehnung der Inflation unterschied ich mich von Gereke. Auf der anderen Seite hat er z.B. Grotkopp in seinem Buch "Die grosse Krise" als das historische Verdienst der Reichminister bezeichnet, die Notwendigkeit, das Steuer der Kreditpolitik herumzuwerfen, erkannt und kluge, kühne Vorschläge ausgearbeitet zu haben. Grotkopp berichtet auch, dass Gereke und Lübbert, zwei der führenden "Reformer", von einer Besprechung, die sich in Gegenwart von Warmbold und mir mit Papen Anfang September 1932 gehabt hätten, enttäuscht zurückgekehrt seien; nur ich sei "aufgeschlossen" gewesen. In dieser Aufgeschlossenheit gegenüber den Ideen der Reformer ging ich sicher weiter als Luther. Ich glaube, dass mein Standpunkt, sowohl der Inflation, wie dem Keynesianismus gegenüber, der Einstellung von Schäffer entsprach, der denn auch seine Hand für mich ins Feuer legen wollte.

Zu S.770 (19.8.)

Meine sibyllinischen Ausführungen Dreyse gegenüber über den Zutrauenswert von Schacht, den man ausnutzen müsse, kann ich selbst heute nicht mehr verstehen. Wie Planck am 22.8.Schäffer erzählte (S.787), sei Luther einmal durch das Projekt Schacht sehr gefährdet gewesen, aber jetzt sei man allgemein davon zurückgekommen und stehe sich wieder sehr gut mit Luther.

Zu S.793 (24.8.).

Nach Levison haben die Deutschen in Lausanne tatsächlich angeregt, den Russen die Ukraine abzuknöpfen. Aber diese Anregung ist, wie ich vermutete, wenigstens nicht von Papen ausgegangen. Planck hält es auch für ganz ausgeschlossen, dass Papen in Lausanne gegenüber Herriot Bemerkungen über Russland als gemeinsamen Feind gemacht habe.

Zu S.830 (2.9.)

Interessant, dass Planck ^{von} die "Phantasie Brünings über das Abhören der Telefone" sprach. Er und Marcks bestritten -sicher optima fide-, dass ein Mensch in Deutschland aus innerpolitischen Gründen abgehört werde, während Schäffer das für sich hielt. Ich fürchte, dass er recht hatte.

Schäffer-Tagebuch 1.10.32 - 31.12.32

Zu S.876 (3.10.) Über Verfassungspläne ist im Kabinett nie gesprochen worden. Mir ist nichts davon bekannt geworden, dass der Reichspräsident seinen Nachfolger selbst bestimmen sollte, auch nichts davon, dass Schleicher je die Absicht gehabt habe, dieses Amt selbst zu übernehmen. Auch über die Einführung einer Ersten Kammer wurde im Kabinett nie verhandelt, wohl dagegen über die Personalunion zwischen Reich und Preussen (S.881). Die Wahl zu einer ausschliesslich für die Verfassung bestimmten Nationalverfassung (S.903) ist ebenfalls im Kabinett nicht diskutiert worden. Auch Neurath und Bülow wussten von diesen Plänen nichts (S.918). Reimer scheint also darin Recht gehabt zu haben (S.930), dass nur vier Leute, Papen, Gayl, Gürtner und Planck sich mit dieser Frage befasst haben. Papen hat offenbar seine Partner um Geheimhaltung gebeten, sonst hätten Gürtner und Planck, die häufig mit mir über akute Fragen sprachen, mir sicher auch hierüber berichtet.

Zu S.894 (10.10.) Es ist kennzeichnend, dass die Voss zwar in Opposition zu Papen stand, aber ihm in der Frage der Wirtschaftsbelebung folgte und, wie Schäffer sich ausdrückte, "sogar das Experiment der Steuergutscheine" mitmachte. Der Papen-Plan erfüllte tatsächlich alte Wünsche Schäffers. Neu und originell waren nur die von Vizebankpräsident Dreyse erfundenen Steuergutscheine, die der Wirtschaft zu Kredit verhelfen, dadurch eine Belebung erreichen und durch sie die Zukunftsreserven schaffen sollten, auf die die Steuergutscheine einen Vorgriff bildeten. Schäffer nannte es ein "Experiment". Der Minister Reinhold bezeichnete es mir gegenüber als eine geradezu glänzende Idee und war nur betrübt, dass er nicht darauf verfallen war.

Zu S.914 (18.10.) Reinhold und Schäffer waren sich darin einig, dass eine gewisse Belebung in der Wirtschaft ~~darz~~ festzustellen war. Es bestehe aber die Gefahr, dass die wirtschaftlichen Ansätze durch politische Fehler, vor allem durch "Verfassungsreformspielerei" zerschlagen würden. Genau das war meine Sorge. Deshalb führte ich fast in jeder Kabinettsitzung aus, für eine wirtschaftliche Besserung brauchten wir unbedingt politische Ruhe. Deshalb war ich auch gegen Papens Kampfpläne.

Zu S.917 (18.10.) Die Restaurationswünsche des Kronprinzen sind wohl nur in einem kleinen Kreise erörtert worden, in dem "Potsdamer Verkehr", der den englischen Botschafter so beeindruckt hat. Ich hörte davon nur in dem Salon der Frau von Dirksen, die bemüht war, bei sich den Kronprinzen, Diplomaten und führende Nazis zusammenzubringen. Dass auch der Kronprinz Rupprecht von Bayern von einer Reichsverweserfrage gesprochen habe, war mir unbekannt. In der Öffentlichkeit ist die Wiedereinführung der Monarchie nicht als ernsthaftes Problem angesehen worden. Planck behauptete, dass Papen nie beabsichtigt habe, die Bestimmung der Verfassung, dass Deutschland eine Republik sei, anzutasten (S.947). Schäffer wollte es anders wissen. Jedenfalls hat im Kabinett diese Frage nie zur Debatte gestanden.

Zu S.921 (21.10.)

Für Papen trat das ein, was ich ihm bei meinem Eintritt in das Kabinett vorausgesagt hatte. Je länger, je mehr "verloren die Begleiter sich". Schliesslich standen nur noch Ludendorff und die DNVP hinter ihm, aber auch Hugenberg konnte ihn nicht leiden; die Abneigung beruhte auf Gegenseitigkeit. Trotzdem hielt selbst Schäffer eine schwarzblaue Gruppierung für denkbar und in diesem Fall ein Bestehenbleiben des Kabinetts Papen für möglich.

Zu S.940 (28.10.)

Ich weiss nicht, wer im Kabinett gegen die Ernennung von Popitz zum preuss. Finanzminister gewesen ist. Popitz machte sich durch seine ironische Art viele Feinde. Ich weiss, dass Gürtner ihn nicht mochte, und auch Neurath war nicht gut auf ihn zu sprechen. Dass Zarden an die Decke gegangen ist, als er von der Reaktivierung von Popitz hörte, glaube ich gern. Er befürchtete natürlich, dass der grosse Sachverständige ihm in die Steuerfragen, die damals seine Spezialdomäne waren, hineinreden würde. Auch Schäffer sah diese Gefahr, und hielt es für bedenklich, wenn er nicht gut mit mir zusammenarbeiten würde. In der ersten Zeit ist aber keine Differenz zwischen uns aufgetreten. Erst unter Hitler kam es zu Meinungsverschiedenheiten. Das hatte zwei Gründe. Für Popitz war der Staatssekretär Reinhardt ein rotes Tuch, und er bekämpfte deshalb prinzipiell jeden Steuerentwurf des RFM. Er brachte es zweitens fertig, sich für die Geldzauberkünste von Kerrl einzusetzen, der spielend Geld für Arbeitsbeschaffung wie Aufrüstung in jeder beliebigen Höhe - durch unverzinsliche Reichsschatzanweisungen - beschaffen zu können sich vermoss. Da machte selbst Hitler nicht mit. Ich weiss auch heute

nicht, wie Popitz dazu kam, sich dieses Unsinns anzunehmen, ob er mir ein Bein stellen oder das RMF übernehmen oder bei der Partei einen Stein im Brett haben wollte. Vielleicht war es nur seine Vorliebe für Währungsexperimente, die Schäffer, glänzender Psychologe, bei ihm erkannt hatte (S.951). So glänzend Popitz auf den Gebieten der Steuern und des Finanzausgleichs war, in Währungsfragen verliess er den Boden der Wirklichkeit.

Zu S.957 (7.11.) Der Bericht von Stein, dass Schleicher an Brüning geschrieben, ihm in einem Kabinett Schleicher das AA. angeboten und dass Brüning bejahend geantwortet habe, klingt einigermaßen erstaunlich. Aber Stein berief sich darauf, dass Brüning selbst ihm das habe sagen lassen. Doch als Schäffer Brüning nach diesem Briefwechsel fragte, erklärte dieser, daran sei kein wahres Wort, er habe nur einmal, acht Tage nach seiner Entlassung, einen kühlen Briefwechsel mit Schleicher gehabt. Bei dem Bericht von Stein ist jedes Missverständnis ausgeschlossen. Es muss also einer gelogen haben, entweder Stein oder der Mittelsmann oder Brüning. Dass Stein die Unwahrheit gesagt habe, ist nicht wahrscheinlich. Wäre er nicht in seiner Berichterstattung völlig zuverlässig gewesen, hätte ihn Schäffer nicht einen Tag auf seinem Posten gelassen. Deshalb ist es ebenso unwahrscheinlich, dass der Mittelsmann gelogen haben soll. Stein gab nur Nachrichten weiter, auf die er sich verlassen konnte. Auch wenn man die Frage cui bono? stellt, lässt sich kein Grund denken, der Stein oder seinen Gewährsmann zum Lügen hätte veranlassen können. Dagegen ist es bei Brüning vorstellbar, dass er sein Techtelmechtel mit Schleicher kurz vor der Entscheidung über die künftige Regierung nicht in die Presse gebracht sehen wollte und dass er deshalb den Briefwechsel einfach abstritt. In seinen Erinnerungen hat Brüning von diesem Briefwechsel nichts geschrieben, aber auch den Besuch Schäffers nicht erwähnt.

Zu S.988 (18.11.) Die schlechten Beziehungen Luthers zur Reichsregierung datierten vom Sommer. Da mit Lausanne der Young-Plan ausser Kraft trat und damit auch die in diesem Plan international garantierte Unabhängigkeit der Reichsbank, hatte Luther um eine Regierungserklärung gebeten, dass die Regierung "die Stabilität der Währung und die Unabhängigkeit der Notenbank nicht als eine irgendwie mit der Reparationsfrage verbundene Angelegenheit, sondern als eine in den deutschen Interessen begründete Notwendigkeit" betrachte. Ich war mit dieser Erklärung einverstanden und gab sie an Papen weiter, der

sich auch bereit erklärte, diesen Satz in seine Rede am 8.7.1932 aufzunehmen. Das tat er aber nicht und schrieb, von Luther nach dem Grund befragt, dem Reichsbankpräsidenten am 12.7., das Kabinett -ich habe an dieser Sitzung nicht teilgenommen- habe sich mit der Frage beschäftigt und sei zu der Auffassung gekommen, dass "eine Änderung der Reichsregierung über die Unabhängigkeit der Notenbank zur Zeit nicht am Platz sei, da der geltende Rechtszustand erst mit Eintritt der Ratifikation geändert wird". Das war formal richtig; ob es zweckmässig war, ist eine andere Frage. Aber es war kein "starkes Stück", wie Luther später in seinem Buch "Vor dem Abgrund" sich ausdrückte, und es war auch keine "sinnlose Begründung". Dann gab es einen langen Streit zwischen Warmbold und Luther wegen der Senkung des Bankdiskonts, von 5 auf 4 Prozent. Nach einer Bestimmung des Reichsbankgesetzes durfte ~~aber~~ bei einer Deckung von weniger als 40 Prozent der Satz von 5 Prozent nicht unterschritten werden. Un- folge der Bindung des Gesetzes im Young-Plan-Abkommen war zu einer Änderung dieser Bestimmung die Mitwirkung der BIZ notwendig; ein bei ihr gestellter formeller Antrag hätte aber die deutsche Anerkennung eines Defacto-Weiterbestehens des Young-Plans bedeutet. Man fand schliesslich den Ausweg, die Bestimmung auf zwei Jahre durch Notver- ordnungen zu suspendieren. Der dritte Streitpunkt war die Einführung von Kontingenten für landwirtschaftliche Importe. Gegen sie hatte auch Neurath, Warmbold und ich Bedenken, und um die Kontingente fochten die Ernährungsminister Magnus Braun und ich manchen Strauss aus. Aber an ein Schreiben des Reichsbankdirektoriums vom 11.10., der von der "künstlichen Einfuhrdrosselung" und einem dadurch mög- licherweise ausbrechenden "Devisenkrieg" warnte, schloss sich eine hässliche Pressecampagne an, die die persönliche Animosität zwischen Luther und Papen verschärfte. Der vierte Streitpunkt war der Papen- plan. In der Presse erschienen Mitteilungen, Luther behindere die Finanzierung. Luther nahm es Papen übel, dass er diese Gerüchte nicht dementierte. Er hat später auch die "Papen'sche Darstellung, er habe erst durch eine Drohung Papens zur Einwilligung in das Ar- beitsbeschaffungsprogramm bewogen werden müssen, kategorisch be- stritten. Papen hat in seinem ersten Buch behauptet, er habe Luther bedeutet, dass sich die Regierung notfalls genötigt sehen würde, auf seine guten Dienste zu verzichten. In seinem zweiten Buch erzählt Papen, Luther habe auf diesen Hinweis hin erklärt, als Reichsbankprä- sident sei er unabsetzbar, worauf Papen erwidert habe: "Sie verdan- ken Ihren Posten nur der politischen Konstellation von 1930! Wenn das Schicksal der Nation zur Debatte steht, werden wir uns auch ge- gen Sie durchsetzen!"

Ich weiss nicht, ob solche Worte gefallen sind. Der Herrenreiter und der Bürokrat konnten sich nicht ausstehen. Ihr Verhältnis war so vergiftet, dass sie den bösen Streit in ihren Büchern fortsetzten. Luther verkleinerte Papens Leistungen und warf ihm alle nur denkbaren Charakterschwächen vor, Papen sprach von der "wenig rühmlichen Rolle" Luthers in Lausanne; das war freie Erfindung, Luther war überhaupt nur einen Tag in Lausanne, von einer wenig rühmlichen Rolle kann keine Rede sein, es sei denn, dass Papen an das von Luther befürwortete Angebot einer unbedingten Zahlung (s.S.711) dachte; aber das ging auf sein eigenes Konto. Zu der Mitarbeit Luthers beim Papenplan kann ich nur sagen, dass nachdem er sich entschlossen hatte, über seinen Schatten zu springen, er loyal mitgemacht hat. Es war ehrlich gemeint, dass der Reichsarbeitsminister Schäffer ihn im Einvernehmen mit mir seinen besonderen Dank für "die Hilfe der Reichsbank im Rahmen des Möglichen" aussprach. Es ging bei Luther nicht mehr um das Prinzip, sondern nur um die Modalitäten. Über die Höhe der Kreditzusagen einigten wir uns rasch. Warmbold und ich hatten Verständnis dafür, dass Luther die Hilfe der Reichsbank nicht mit grossen Ziffern in der Öffentlichkeit erörtern ^{wollte} werden, aber wir konnten Papen, der einen innerpolitischen Erfolg brauchte, nicht hindern, die genauen Zahlen des Papen-Plans öffentlich mitzuteilen. Der erste Entwurf des Plans sah eine allgemeine Zinssenkung vor. Dagegen lief Luther Sturm; da auch Warmbold und ich widersprachen, wurde auf diesen Teil des Plans verzichtet. Ebenso unterstützten wir Luther, als er sich gegen eine Zwangsanleihe aussprach, die ursprünglich den Kern der Finanzierung darstellte. Dagegen konnten wir Luther in seinem Widerspruch gegen die Verwendung eines Teils der Steuergutscheine als Mehreinstellungsprämie nicht zustimmen. Auf diesen Verwendungszweck legten Papen und die Wirtschaft um so mehr Wert, ^{als} die Verwendung mit einer Bestimmung verbunden war, nach der die Löhne in mehreinstellenden Betrieben nach einem bestimmten Schlüssel gesenkt werden durften. Als sich herausstellte, dass von der Mehreinstellungsprämie verhältnismässig wenig Gebrauch gemacht wurde, war ich sofort bereit, den für diesen Zweck vorgesehenen Betrag zu Gunsten anderer Zwecke zu kürzen. Ebenso veranlasste ich, als Luther sich, mit Recht, über den zu langsamen Abruf der von der Reichsbank zugesagten Kredite beschwerte -der Grund lag darin, dass die Durchführung der staatlichen Arbeitsbeschaffung bei den Ländern und Kommunen lag und nur schleppend vor sich ging- sofort Ressortbesprechungen, die diesem Übelstand zu Leibe gingen.

So arbeitete ich mit Dreyse ausgezeichnet zusammen und gab mich dem Glauben hin, dass Luther, auch wenn er sich mit Papen schlecht stand und daher auf das Kabinett als Ganzes nicht gut zu sprechen war, zu Warmbold und mir e in guten Beziehungen stand. Luthers Klage (S.988) ist mir völlig unverständlich. Die Begründung für die gegen mich vorgebrachten Bedenken ist absurd. Von führenden Nazis kannte ich nur Epp und Gregor Strasser, denen ich einmal bei Brandenburg begegnet war. Es kann keine Rede davon sein, dass ich den Nazis "sehr nahestand". Schäffer hat diese Behauptung mit vollem Recht bestritten. Auf einem ganz anderen Brett steht, dass ich es für richtig hielt, sie an die Verantwortung zu bringen, wie z.B. auch Reinhold u.a..

Zu S.1018 (2.12.)

Der Ausdruck "Gewerkschaftsflügel des R.Wehrmin." ist mir neu. Es muss sich um die Gruppe handeln, die schon im August Papens Rücktritt wünschte und ein vom Papenplan abweichendes Wirtschaftsprogramm mit Sozialisierung subventionierter Betriebe, Aussenhandelsmonopol und sukzessiver Inflation mit den Gewerkschaften durchgesprochen hatte (S.S.727). Diese Gruppe lehnte Papen weiter ab, man warf ihm mangelnde Energie in der Wirtschaftspolitik vor und forderte eine Korrektur im sozialen Sinn (s.S.846). Geistiger Kopf dieser Gruppe war Walter von Etsdorf, in der Bendelerstrasse der Referent für Fragen der wirtschaftlichen Mobilmachung und der geistige Vater des sog. Gereke-Plans. Da ich dauernd Wasser in Gerekes Wein giessen musste, war selbstverständlich diese Gruppe des R.Wehrministeriums gegen mich.

Zu S.1042 (17.12.)

Die Behauptung Zardens, mit dem Reichstag würde es wegen seiner "rein demagogischen Finanzpolitik" nicht gut gehen, ist nur halb richtig. Schleicher hatte die Minister, vor allem Warmbold und mich, gebeten, wir sollten versuchen, in den Ausschüssen wieder Kontakt mit den Parteien herzustellen. Die Abgeordneten reagierten dankbar auf diese Versuche. Es war seit vielen Monaten zum ersten Mal, dass die Regierung wieder sachlich mit dem Parlament zusammenarbeitete. Ich habe im Haushaltsausschuss die Anträge auf Arbeitsbeschaffung und Winterhilfe eingehend besprochen und dem Führer der Sozialdemokraten, dem Abgeordneten Reinhardt, dem späteren Staatssekretär, auseinandergesetzt, wo für Regierung und Parlament die Grenzen lägen. Diese Besprechungen wirkten beruhigend und trugen dazu bei, dass Hindenburg seinem "jungen Freund" für das "ruhigste Weihnachten seit langer Zeit" danken konnte.

Zu S.1045 (23.12.)

Es war damals noch immer ungewiss, ob Strasser in der Bewegung bleiben oder sich zurückziehen werde und wie viel Abgeordnete hinter ihm ständen -man sprach von der Hälfte (S.1043)-. Deshalb hatte Schleicher m.W. die Hoffnung auf Spaltung noch nicht aufgegeben. Dass die Regierung eine Reduzierung der Partei dem Zerfall vorziehen würde, war doch ein Wunschtraum. Ein Zerfall war mit Hilfe von Strasser möglich. Aber wie sollte sich, damals, eine Reduzierung erreichen lassen? Ich begreife nicht, wie Planck und Marcks auf diesen Gedanken gekommen sind. Ich kann mir nur denken, dass sie Kuh gesagt haben, rein theoretisch würde ihnen noch lieber sein, wenn die Partei, statt sich zu spalten, einen Teil ihrer Mandate verlöre. Ein verständlicher, aber eben ein frommer Wunsch!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1933

Jan.-

März

Zu den aus dem Gedächtnis rekonstruierten Notizen vom
2.1. - 5.3.1933

Zu S.1

In zwei Unterhaltungen mit Brüning erzählt ihm dieser von den Un-
trieben, die zu seinem Sturz geführt haben, und an denen die Kronprin-
zessin und die Schwiegertochter von Hindenburg beteiligt sein sollen.
Das steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zu Nachkriegsbriefen, in
denen Brüning Schäffer selbst beschuldigt, an seinem Sturz mitgewirkt
zu haben. Brüning hatte eine auffallende Abneigung gegen Damentees,
auf denen politisiert und intrigiert werde, und hatte in dieser Hin-
sicht schon immer einen Verdacht gegen die junge Frau von Hindenburg.
Ob er berechtigt war, entzieht sich meiner Kenntnis; gefühlsmässig
habe ich Zweifel.

Auch in den Sommer- und Herbstmonaten 1932 hatten Brüning und
Schäffer mehrere lange, vertrauensvolle Besprechungen. Es ist schwer
vorstellbar, dass Brüning damals schon einen Argwohn gegen Schäffer
wegen Mitwirkung an seinem Sturz gehabt oder dass Schäffer je gegen
Brüning intrigiert haben sollte. Das ganze Verhalten Brünings gegen
Schäffer ist für seinen zunehmenden Verfolgungswahn kennzeichnend.

Zu S.34 (16.4.)

Ich erinnere mich nicht mehr, ob ich auf Schäffers langen Brief in der
Judenfrage ausführlich oder nur kurz geantwortet habe. Nach dem Ver-
merk von Schäffer auf S.45 (21.5.) scheine ich ihm nur geschrieben
zu haben, seinen Argumenten sei nichts entgegenzusetzen, weil sie
richtig seien. Er hat es mir immer hoch angerechnet, dass ich nicht
versuchte, das damalige deutsche Verhalten zu entschuldigen. In der
harten Auseinandersetzung mit Luther (S.109/122), der erklärt hatte,
er könne nicht für ungerecht erklären, was die Regierung tue, für die
er arbeite, und hinter dem die Mehrheit, ja fast das ganze deutsche
Volk, vielleicht unter einer Psyche, stehe, hielt er ihm vor, ich
hätte zugestanden, dass das Bestehende Unrecht sei, Luther dagegen
habe sich nur mit der Abwendung von Schlimmerem einverstanden erklärt,
dagegen den Satz über die Richtigkeit der Schäffer'schen Argumente
völlig übergangen.

Zu S.39 (30.4.)

Wenn Marcus Wallenberg mich besuchte, habe ich mich immer vollkommen
offen mit ihm ausgesprochen. Mir war völlig klar, welche Bedeutung
die innerpolitischen Vorgänge für den deutschen Kredit hatten. Mir war
auch der Standpunkt ~~Wes~~ Wallenbergs begreiflich, dass ~~sel~~ gegen eine
Begünstigung der Young - gegenüber der Kreuger-Anleihe^{Italo} und es als
höchst schädlich für den deutschen Kredit ansahen, wenn es in der

Kreuger-Anleihe zu einem "default" käme (§.65). Da ich mündlich Wallenberg Recht gegeben hatte, konnte ich ihm auf seinen Brief nur antworten, das Reich sage sich nicht einseitig von einem zweiseitigen Vertrag los, aber die -unabhängige- Reichsbank habe die zur Transferierung der zweiten Hälfte der Zinsen für die Kreuger-Anleihe notwendigen Devisen nicht zur Verfügung stellen können. Schäffer hatte auch mit der Annahme Recht, dass ich es nicht war, der beim Transfer von 400 000 Mark für den Lee Higginson-Kredit Schwierigkeiten machte (§.68).

Ich war dünnhäutiger als Schacht, der Jacob Wallenberg ^{gegläubter} sich erst an ein gegebenes Versprechen nicht erinnern konnte und dann seelenruhig erklärte, er könne es eben nicht einlösen (§.65). Schäffer hatte Recht mit der Auffassung, die Verwendung der den Gläubigern vorenthaltenen Devisen zum Aufkauf billiger Bonds sei unmoralisch (§.67), aber er befand sich im Irrtum, wenn er annahm, Schacht werde das deshalb nicht tun. Schacht tat es nicht nur, sondern er war auch masslos stolz auf dieses Verfahren und sah die auf diese Weise erreichte Verringerung der deutschen Auslandsverschuldung als eines der erfreulichsten Ergebnisse seiner Devisenzwangswirtschaft an. Auch die Herabsetzung der Zinsen war ein ausgesprochenes Ziel der Schacht'schen Politik (§.70). Es ist völlig irrig anzunehmen, dass er bei seinen Massnahmen unter Druck stand; sie entstammten seiner eigenen freien Initiative, er wollte bei Hitler und der Partei sich den Nimbus des grossen Finanzzauberers erhalten.

Zu S.88 (21.9.)

Schacht trieb keine unklare Politik. Sie war für alle Sachkenner völlig klar. Das Empfinden Wallenbergs, Schacht zerbreche sich nicht mehr den Kopf darüber, wie er die Verpflichtungen Deutschlands erfüllen, sondern wie er die Nichtzahlung begründen könne, traf den Nagel auf den Kopf. Und mochte man in New York und London noch so wütend auf ihn sein, Schacht wandte eine überlegene und überhebliche Dialektik an, ohne je die Nerven zu verlieren.

Zu S.93 (29.9.)

Von den Pariser Befürchtungen über einen bevorstehenden Präventivkrieg hatte ich nichts gehört, und, wie ich annahm, auch Schmitt nichts. Die Auffassung Wallenbergs, dass unsere Verhalten gegenüber den Juden eine besondere Dummheit sei, konnten wir nicht widersprechen, auch der alte PG Schmitt nicht; er entschuldigte sich nur selbst durch die Bemerkung, Hitler sei in dieser Frage "sehr verbissen". Dass ich die Etatslage als "leidlich" bezeichnete, entsprach den Tatsachen. Sie hatte sich in den ersten drei Vierteljahren der Hitler-Herrschaft wesentlich gebessert, aber wir waren noch nicht aus dem Gröbsten heraus.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Tage-
buch

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Brü-
ning

Bemerkungen zu den Brüning-Memoiren.

Dieses Buch fesselt, weniger weil es ~~nur~~ Erkenntnisse über Tatsachen bringt, als durch die Urteile über die handelnden Personen, vor allem durch das Charakterbild, das der Autor von sich selbst entwirft. Denn ohne es zu wollen, auch ohne es zu merken, offenbart er in seinem Buch die Wesenszüge, die seine Freunde, und noch mehr seine Feinde, an dem jungen Abgeordneten und noch deutlicher an dem Reichskanzler wahrzunehmen glaubten.

Man hat oft von Brüning gesagt, er sei eine "Mischung von Frontsoldat und Jesuit" gewesen. Das Buch zeigt, wie sehr die Soldatenzeit und das Fronterlebnis ihn geprägt haben. Nur daraus lässt sich der "Hindenburg-Komplex" erklären, die "freudige Zuversicht" in ein konservatives Regime, die ehrfürchtige Unterstellung unter den "greisen Feldmarschall", die trotz allen Enttäuschungen nicht auszurottende Glaube an den Hindenburg-Mythos. Wenn man mit dem Jesuitismus die Auffassung kennzeichnen will, dass der Zweck das Mittel heiligt, dann weist das Buch genügend Beispiele dafür auf, dass Brüning in der Wahl der Mittel nicht immer wählerisch war, dass ihm das Intrigieren, das er anderen so oft zum Vorwurf machte, auch selbst betrieb und dass ihm auch die Lüge nicht fremd war.

Er bestreitet emphatisch, dass er ein "Zauderer" gewesen sei. Tatsächlich haben seine Gegner häufig die gründliche Überlegung aller Probleme und die in der Politik so notwendige Kunst des Wartenkönnens fälschlicherweise als Zaudern bezeichnet. Aber den Leser der Erinnerungen erfasst manches Maß Ungeduld, wenn er miterleben muss, wie ein günstiger Augenblick ungenutzt vorübergeht und an die Stelle entschlossenen Handelns zögerndes Verhandeln tritt.

Brüning ist mimosenhaft empfindlich. Tritt ihm Ablehnung oder Feindschaft entgegen, dann trägt er nach. Dann schlägt sich das in einer kritischen, nicht immer gerechten Beurteilung des Gegners nieder. Dann leidet selbst das Gedächtnis; die Zahl der Erinnerungsfehler ist besonders gross, wenn es sich um Menschen handelt, die er nicht mag.

Am krassesten kommt vielleicht der Charakterzug zum Vorschein, den man seinen "Verfolgungswahn" genannt hat. Er sieht überall Intrigen, unter den Generälen und den Beamten, in seiner Partei und im Hause des Reichspräsidenten. Alle wollen ihm ans Leben oder arbeiten wenigstens an seinem Sturz. Diesen von ihm befürchteten Intrigen steht das eigene Unvermögen gegenüber, seine Pläne zu enthüllen und

den engsten Vertrauten seine letzten Pläne mitzuteilen. Er bleibt ein einsamer, unverstandener, überall auf offene, noch öfter auf heimliche Gegnerschaft stossender Mensch. Die Tragik des Staatsmanns der 100 Meter vor dem Ziel scheitert, wird in dem Buch deshalb so erschütternd deutlich, weil man das Gefühl nicht los wird, dass das nicht nötig war, dass ein entschlossener, nicht durch Bedenken aller Art ~~xxx~~ gehemmter Politiker sich diese hundert Meter erkämpft haben würde.

Nachstehend wird auf einige Stellen hingewiesen, bei denen Vorgänge falsch dargestellt sind oder die zur Illustrierung des eben Gesagten dienen mögen:

Zu Seite 120. Brüning nennt als wesentlichen Grund für das Scheitern des ersten Kabinetts Marx (1923-24) die Beeinflussung durch den Pressechef (Dr. Karl Spieker), der auf eigene Faust Politik gemacht habe. Das sei auch der Grund für die sehr peinliche Ablehnung des Kandidaten Gesslers bei der Reichspräsidentenwahl 1925 im Ausschuss der Zentrumspartei gewesen. Man versteht den Zusammenhang Spieker/Gessler nicht so recht. Auf Seite 115 sagt Brüning, dass Gesslers Kandidatur von der Linkspresse vereitelt worden sei, und verschweigt erstaunlicherweise die entscheidende Tatsache, dass Gesslers Kandidatur an Stresemanns Einspruch scheiterte.

Zu Seite 129. Die Schilderung der "Phöbus-Angelegenheit" gibt eine völlig falsche Darstellung dieser Sache. Es sei auf meinen Bericht im Groener-Kapitel von "Es geschah in Deutschland" hingewiesen (Seite 104). Es ist nicht recht verständlich, warum Popitz den Abgeordneten Brüning nicht an den Minister von Schlieben verwiesen hat, der in den fraglichen Jahren 1923 und 1924 Etatsdirektor gewesen war. Ich erinnere mich nicht an die Anfrage. Aber wenn ich "ebenso auszeichnend" war, werde ich wahrscheinlich wirklich nicht Bescheid gewusst haben.

Zu Seite 147. Die Bemerkung Brünings, das Reichsfinanzministerium sei mehr und mehr unter den Druck der Launen von Schacht gekommen, wird den Tatsachen nicht gerecht. Die Kritik Schachts an der Finanzpolitik der Regierung wurde nicht in feiner Form vorgebracht, war aber vom Standpunkt der Reichsbank aus durchaus berechtigt.

Zu Seite 148. Brüning nennt das Aufgeben von Hilferding und alles, was sich an Intrigen im Reichsfinanzministerium und anderen Stellen abspielte, einen Tiefpunkt des parlamentarischen Systems. Was er mit den Intrigen im RFM meinte, führt er auf Seite 1965 näher aus.

Der allmächtige Staatssekretär Popitz sei während der Etatsverhandlungen auf eine Urlaubsreise nach Rhodos gegangen, um seinen Minister sich während seiner Abwesenheit so festfahren zu lassen, dass er zurücktreten musste. Als er nach seiner Rückkehr einen die Finanzen völlig sichernden Kompromiss vorgefunden habe und die Parteien sich zum ersten Mal einig gewesen seien, habe er mit Hilfe einiger Herren des Arbeitsministeriums den ganzen Kompromiss zu zerstören und ein Chaos in den Reichsfinanzen herbeizuführen gesucht. An dieser Darstellung ist aber auch alles falsch. Wie ich in meinem Buch "Es geschah in Deutschland" im Hilferding-Kapitel (Seite 83) eingehend dargelegt habe, musste Popitz gehen, weil er ohne Wissen von Schacht versucht hatte, einen Auslandsbankenkredit zu bekommen. Der anständige Hilferding deckte seinen Staatssekretär, mit dem er gut zusammengearbeitet hatte, und nahm ebenfalls seinen Abschied. Offenbar hat Brüning den Staatssekretär Popitz nicht leiden können.

Am meisten hat die Animosität bei der Erwähnung von Papen und Schleicher Brünings Feder geführt. Auf Seite 180 erzählt er, Papen habe 1926 bei der Abstimmung über das Misstrauensvotum gegen Marx gegen ihn gestimmt und dadurch seinen Sturz herbeigeführt; aber Papen gehörte damals dem Reichstag nicht an. Auf S.616 berichtet Brüning, Papen habe den Franzosen in Lausanne ein Militärabkommen zur Eroberung der Ukraine angeboten; Schäffer bringt unter dem 24.8.32 (S.793) die Mitteilung, dass in Lausanne die Anregung, den Russen die Ukraine abzuknöpfen und den Polen als Ersatz für den Korridor zu geben, tatsächlich deutscherseits, aber nicht von Papen, gemacht worden sei. Auf S.620 erzählt Brüning, Papen habe privatim geäußert "Man muss dem Volk nur den Stiefelabsatz durch die Schnauze ziehen, dann pariert es"; das war nicht Papens Stil. Auf S.637 berichtet er über die Kabinettsitzung am 2.12.; im Kabinett sei nach dem Vortrag Otts der Eindruck entstanden, Papen habe das Kabinett belogen. Das ist falsch. Über die Haltung der Reichswehr konnte man durchaus verschiedener Ansicht sein. Noch wenige Wochen vorher hatte Schleicher selbst erklärt, die Reichswehr gehorche ihm, notfalls auch gegen die Nazis. Dass Ott nun hieran zweifelte, bestimmte das Kabinett, sich gegen Papens Plan zu wenden, und erschütterte auch Papen selbst. Doch dass er gelogen habe, hat kein Minister angenommen. Unrichtig ist auch, dass Neurath den Kanzler zum Reichspräsidenten begleitet habe. Dieser Vorschlag war im Kabinett gemacht, aber von Hindenburg abgelehnt worden.

*Brüning
Lieber die
Vorgänge
im Kabinett
(siehe S. 21)
im Brief*

Bei Schleicher berichtet Brüning auf S.219, Leuschner habe ihm erzählt, dass Schleicher im Sommer 1931 zwei Gewerkschaftler vor ihm gewarnt^{habe}, weil er alle Gewerkschaftler vernichten wolle. Beide, Leipart und Grassmann, hätten sich allerdings in einer Bundesvorstandssitzung leidenschaftlich gegen diese Verdächtigungen gewandt. Aber Brüning wurden nun viele unerklärliche Entschlüsse der Gewerkschaftler klar. Auf S.396 ff erzählt Brüning von seinem Kampf gegen das Abhören. Er lässt sich von Schleicher und Bredow ehrenwörtlich erklären, dass er von der Reichswehr nicht abgehört werde, setzt aber trotzdem seine Untersuchungen fort, bei denen wenig herauskommt und schliesslich nur der Verdacht übrig bleibt, dass der Ministerialdirektor von Hagenow aus der Reichskanzlei die "Voss" laufen^e informiere; Hagenow, der aus dem RFM stammte, kannte ich gut; ich hätte ihm eine solche Verhaltensweise nicht zugetraut. Bei den Unterhaltungen mit Schleicher stellt Brüning immer auffallende Gefühlsäusserungen bei seinem Partner fest: Schleicher sieht ihm "lauernd" an (Seite 399,402,576), oder scheidet mit "bösem Blick" (Seite 540) oder "schäumt vor Wut" (Seite 584). Wenn man weiss, was für ein glänzender Gesprächspartner Schleicher war und wie sehr er sein Pokergesicht beherrschte, dann erscheinen die Schilderungen Brünings nicht völlig überzeugend. Die Mitteilung von Frau von Willisen (Seite 520), Schleicher habe die Nachricht von der von ihm selbst arrangierten Unterhaltung Brünings mit dem Kronprinzen in die Presse lanciert, um "Brüning endgültig zu erledigen", ist nicht sehr glaubhaft; Schleicher war zu klug, um nicht zu wissen, dass das auf ihn selbst zurückfallen könnte; von der angeblichen Indiskretion ging keine Wirkung aus. Auf Seite 564 erzählt Brüning, Schleicher habe François-Poncet gesagt, Brüning würde gleich nach seiner Rückkehr aus Genf (April 1932) gestürzt werden. Kurz vorher hatte Schleicher Brüning gerettet; dafür, habe Oskar Hindenburg gesagt, werde er "dem Schwein das Genick brechen" (Seite 507). Überdies erhielt François-Poncet seine Informationen über den bevorstehenden Sturz Brünings unmittelbar aus dem Hause Hindenburg (Seite 469).

Sie intrigierten oder verrieten alle. Weil Gereke und Hagenow ihn verrieten (Seite 401), durfte Brüning seine Pläne selbst mit seinen engsten Mitarbeitern nicht mehr besprechen (Seite 401). Nur Bülow, Pünder, Schleicher(!) und mich liess er sie "spüren" (S.308), von seinen letzten Zielen durfte er niemandem etwas sagen. Als er im Frühjahr 1931 den Beamten eröffnete, er werde spätestens im Mai 1931 die Initiative zur Lösung der Reparationsfrage ergreifen, sei er

sie entsetzt gewesen, und er sei auf "eigige Ablehnung" gestossen (S.228). Ich bin bei dieser Eröffnung nicht zugegen gewesen; aus Schäffers Tagebuch aber wissen wir, dass die hohen Beamten, wenn sie anderer Ansicht waren als der Chef, nicht eisig schwiegen, sondern hitzig mit ihm diskutierten. Aber andere Ansichten sah Brüning bei den leitenden Beamten nicht gern, vor allem nicht bei Schäffer, dessen Gedankenaustausch mit Hoesch er zu unterbinden für nötig hielt (S.297).

Auch Lindeiner, den Brüning gern als Pressechef haben wollte, intrigierte gegen ihn (Seite 495). Luther sprang als erster ab, als im Herbst 1931 Brünings Position schwankte (Seite 418), dabei hat Luther nach eigener Bekundung Brüning stets die Stange gehalten, unter jedem Nachfolger wäre Luthers Stellung ^{unsicherer} ~~aussichtslos~~ geworden. Im April 1932 wankten die besten Mitarbeiter; Schäffer, erzählt Brüning, habe noch vor dem Eklat ausscheiden wollen und entgegen den Vereinbarungen um seine sofortige Entlassung gebeten (Seite 556 und 563); dabei wissen wir aus Schäffers Tagebuch, dass er seit Monaten aus dem Dienst scheiden wollte, dass es Brüning war, der ihn immer wieder hielt, und dass sie sich schliesslich auf den 15.5. einigten. Wer die übrigen "wankenden" Mitarbeiter gewesen sein sollen, sagt Brüning ^{mit} Seine Behauptung (Seite 566), ich sei, als er mich Ende April 1932 nach Genf kommen liess, von der Berliner Atmosphäre infiziert und nicht mehr derselbe gewesen, trifft in keiner Weise zu; ich war genau derselbe; konnte auch nicht "infiziert" sein, da ich von den Vorgängen, die die "Atmosphäre in Berlin" bildeten, nichts wusste.

Um noch einige kleine Punkte zu erwähnen: Ich bezweifle etwas die Richtigkeit der Erzählung Brünings auf Seite 577, dass Keudell nach dem missglückten Stapellauf der "Deutschland" Brüning gesagt habe, er könne nach dem bösen Vorzeichen nicht mehr an den Erfolg der Politik Brünings glauben. Ich kann mir nur denken, dass Keudell hier einen ebenfalls etwas missglückten Scherz gemacht hat.

Die Ankunft in Paris im Juli 1931 erfolgte nicht um 1/2 4 Nachmittags (Seite 327), sondern gegen 9 Uhr Vormittags. Die Ankunft habe ich im Brüning-Kapitel meines Buchs (S.135) ausführlich beschrieben.

Dass die Summe von 5 Mrd. bei den Besprechungen zwischen Leith-Ross und Flandin eine Rolle gespielt habe (Seite 496), lässt sich denken. Denn Brüning hatte in Chequers den Engländern 4 Mrd. angeboten; den Zettel mit diesem Betrag hat mir Leith-Ross in Lausanne immer vorgehalten. Wenn Brüning nun im Gespräch mit Sprague als Maximalabschlusszahlung 2 Mrd. nannte, wird sich Sprague, der natürlich von Leith-Ross orientiert worden war, sein Teil gedacht haben.

Dass Oskar Hindenburgs Frau nach dem Abgang Brünings gesagt haben soll: "Wir sind froh, dass wir den Plebs jetzt los sind!" (Seite 613), glaube ich nicht. Das sieht der Frau von Hindenburg, die ihrem Schwiegervater den Haushalt führte und wegen ihrer Gewandtheit und Freundlichkeit in der Gesellschaft beliebt war, durchaus unähnlich. Brüning wird das Opfer einer der leider nicht seltenen Klatschgeschichten geworden sein, die in Berlin, sich ständig steigernd und vergrößernd, von Mund zu Mund gingen.

Ein glattes Märchen ist die Erzählung von Göring, an einem Abendessen beim Kronprinzen hätten sämtliche Minister teilgenommen und einen monarchistischen Putsch besprochen (Seite 633). Ich habe an einem solchen Abendessen nicht teilgenommen. Dass meine Kollegen - oder auch nur einer von ihnen - ernsthaft sich mit einem monarchistischen Putsch beschäftigt hätten, halte ich für ausgeschlossen. Entweder ist das Ganze eine Phantasieprodukt von Göring, oder die Hofdame, seine Agentin, hat ihn beschwindelt. Sie musste ihrem Auftraggeber wahrscheinlich in gewissen Zeitabständen "interessantes" Material liefern.

Es ist nicht richtig, dass ich zugesagt hätte, in ein neues Papen-Kabinett einzutreten. (Seite 646). Auch Neurath hat dies nicht getan. In seinen Büchern schreibt auch Papen nichts über solche Zusagen. Er erzählt nur, dass er am 28.1.1932 dem Reichspräsidenten über seine Verhandlungen mit Hitler berichtet habe; Hindenburg sei über die von Hitler an den Tag gelegte Mässigung erfreut und damit einverstanden gewesen, dass die von ihm geschätzten Minister in der neuen Regierung ihre Ressorts weiter führen würden. Als solche Minister nennt Papen in "Der Wahrheit eine Gasse": Neurath, Schwerin-Krosigk, Gürtner und Eltz. Im "Scheitern einer Demokratie" lässt er in dieser Reihe meinen Namen aus; als er dies Buch schrieb, war er wegen verschiedener Ausserungen über ihn in "Es geschah in Deutschland" böse auf mich. Auch Brünings Bericht, Schleicher habe

die Potsdamer Garnison in Bewegung setzen wollen, Bredow habe das ausgeschwätzt, die Absicht Schleichers sei Hindenburg zu Ohren gekommen und habe seinen Entschluss ausgelöst, Hitlers Bedingungen anzunehmen, dürfen mit den Tatsachen nicht übereinstimmen. Jedenfalls schildern die Erinnerungen von Papen (am ausführlichsten in "Der Wahrheit eine Gasse") und von Treviranus, vor allem aber die dort angegebenen Aussagen von Generälen, den Hergang ganz anders. Danach dürfte feststehen, dass die Anregung, Potsdam mobil zu machen, von Hammerstein ausgegangen und von Schleicher abgelehnt worden ist und dass der "Schwätzer", durch den das Gerücht schliesslich auch den Reichspräsidenten erreichte, Werner von Alvensleben war.